


Bonner Initiative
Gemeinsam gegen Neofaschismus

c/o Boris Hempel
Kaiserstraße 27, 5300 Bonn 1



Die nationalrevolutionäre Connection

# Gaddafi - Mechtersheimer - Schönhuber

## Quellen und rotgrüne Querverbindungen neofaschistischer Deutschland-Vereiniger

Bonn 1990

**Wer auf die Wiederbelebung einer im Nationalbewußtsein naturwüchsig verankerten Identität hinauswill, wer sich von funktionalen Imperativen der Berechenbarkeit, der Konsensbeschaffung, der sozialen Integration durch Sinnstiftung leiten läßt, der muß den aufklärenden Effekt der Geschichtsschreibung scheuen und einen breitenwirksamen Pluralismus der Geschichtsdeutungen ablehnen.**

*Jürgen Habermas in DIE ZEIT, 11.7.1986*



V.i.S.d.P.: Jeweils bei den angegebenen Autoren

Peter Kratz: Gaddafi - Mechtersheimer - Schönhuber. Quellen und rotgrüne Querverbindungen neofaschistischer Deutschland-Vereiniger. Mit einem Beitrag von Uta Schulze-Lessel.
Hg. von der Bonner Initiative Gemeinsam gegen Neofaschismus.
Bonn, Januar 1990

Druck: PR-Druck Werner Rambow Bonn

20 E 10 -

Inhaltsverzeichnis

# 0. Vorwort

Diese Schrift war fast fertig, als die SED durch die Reisefreiheit für DDR-Bürger die aktuelle deutschlandpolitische Situation herbeiführte. Es mußte aktualisiert, geändert, ergänzt werden. Unabhängig von der momentanen deutsch-deutschen Situation bedarf die deutschlandpolitische Diskussion der 80er Jahre einer Aufarbeitung. Die vorliegende Faktensammlung betrifft einen Teil dieser Politik und kommt zu erstaunlichen Funden über Quellen und Querverbindungen der neofaschistischen Deutschland-Vereiniger. Die Aktualität der Schrift ist zwar alles andere als zufällig, dennoch konnte sie bei Beginn der Arbeit nicht vorhergesehen werden.

Man mag die derzeitige Diskussion über eine deutsch-deutsche Konföderation begrüßen oder bedauern; Faktum bleibt, daß die konföderativen Konzepte in den 80er Jahren ausschließlich im Umfeld des nationalrevolutionären Neofaschismus und Teilen des mit ihm verbundenen Nationalkonservatismus entwickelt, diskutiert und verbreitet wurden. Gaddafis Öldollars, darauf deutet heute alles hin, waren bei der Verbreitung behilflich: kleine neofaschistische Gruppen, die niemand groß beachtet hätte, finanzierten sich eine kostspielige Breitenwirkung. Für die Bundestagsparteien waren diese Konzepte bis Anfang November 1989 kein Thema. Von den nennenswerten Parteien beschäftigten sich lediglich die REPs intensiv damit; ihr Deutschlandpolitisches Konzept vom 1.9.1989 war parteipolitisch der Ziel- und Höhepunkt dieser Diskussion der 80er Jahre - bis sich dies durch Helmut Kohls 10-Punkte-Plan nachhaltig änderte.

Man mag darüber streiten oder nicht, ob mit der Konföderationsidee das Konzept der Neofaschisten von den demokratischen Parteien übernommen wurde oder nicht. Letztlich wird die zukünftige Innen- und die Außenpolitik eines, zweier, oder zweier konföderierter (was immer das real bedeuten wird) deutscher Staaten zeigen, ob mit dem Namen auch der Begriff, die Inhalte der Neofaschisten siegreich waren.

Eines läßt sich jedoch bereits heute sagen: Prominente Politiker wie der Grünen-Bundestagsabgeordnete Alfred Mechtersheimer oder der Bildungsreferent beim SPD-Parteivorstand Tilman Fichter fanden schon Mitte der 80er Jahre und auch heute offenbar nichts dabei, nicht nur die Worte der Neofaschisten zu übernehmen, sondern die hinterstehenden Konzepte gemeinsam mit Neofaschisten zu vertreten. Sie finden nichts dabei, Papiere zu propagieren, die im Geruch stehen, direkt oder indirekt Gaddafi-finanziert zu sein. Die Connection "Gaddafi - Mechtersheimer - Schönhuber" fällt (ideologisch *und* finanziell) auf den noch fruchtbaren Boden nationalsozialistisch-arabischer Koalitionen, die schon vor 50 Jahren vom antiliberalistischen Ressentiment gegen "den Westen" und der gemeinsamen Feindschaft gegen die Juden lebten.
Wie aus solchen nationalrevolutionär-neofaschistischen Diskussionszusammenhängen und Personenbündnissen, wie sie die 80er Jahre sahen, für ein geeintes Deutschland demokratische Strukturen entstehen sollen, ist nicht zu erkennen. Die Furcht der europäischen Nachbarn vor dem Wiederentstehen des alten Deutschland erscheint vor diesem Hintergrund allerdings verständlich und berechtigt.

Im Jahre 1955 wurden die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik durch Verträge zu vollkommen selbständigen Staaten mit der vollen Souveränität über ihr Territorium und über ihr staatliches Geschehen. Das Besatzungsrecht war abgelöst und auch die Truppenstationierungsverträge, die den Siegern des Zweiten Weltkriegs ein Bleiberecht auf deutschem Boden garantieren, sind entgegen den von interessierter Seite gepflegten Mißverständnissen weder Besatzungsrecht noch unveränderbar. Bisher fand die Forderung, über sie neu zu verhandeln, bei freien Wahlen keine ernstzunehmend hohe Zustimmung.

Lediglich für das Gebiet von Berlin gilt Besatzungsrecht weiter, in einzelnen Details mit heute nicht mehr hinnehmbaren Nachteilen, in anderen Details mit für die Linke der Bundesrepublik vorteilhaften Sonderregelungen, man denke nur an die Zehntausende von "Bundeswehrflüchtlingen".
Alliierte Vorbehaltsrechte für die Bürger in den beiden deutschen Staaten bestehen seit 1955 nicht mehr. Keine Deutsche und kein Deutscher (mit der Ausnahme Berlins) leiden unter "mangelnder Souveränität". Vorbehaltsrechte gibt es lediglich noch für eine Fiktion: "Deutschland als Ganzes". Nicht vom deutschen Volk als Ganzem ist hier die Rede, sondern von einem Staat, der in der Vergangenheit so noch nie geheißen hatte; nicht einmal über das Territorium dieses "Deutschland als Ganzes" gab es zwischen den Siegern des Zweiten Weltkriegs Übereinstimmung. Ein Phantom im Wortsinn.
Die Neofaschisten haben das Phantom gepflegt, um die angebliche Unterdrückung der angeblich vorher so freien Deutschen durch die Sieger über den Faschismus branntmarken zu können. (Andere haben das Phantom aus anderen Gründen gepflegt. Vgl. auch Bennhold 1989.)
Diese fiktive "Souveränitätsfrage" machten die Neofaschisten erfolgreich zu einem Drehpunkt der Deutschland-Diskussion der 80er Jahre. Hellmut Diwald hat sie in der Präambel zum REP-Parteiprogrammentwurf 1990 jedes Schleiers entkleidet: man will in Wirklichkeit ein Superrecht, das die Deutschen über jedes Völkerrecht heben soll. Und wenn sich heute Sozialdemokraten mit dem populistischen Ruf nach "mehr Souveränität" gegen US-amerikanische Tiefflugübungen wenden (Wären ihnen deutsche Tiefflugübungen lieber?), dann kann das den Neofaschisten nur recht sein: das Phantom wird gepflegt, die "Besatzer" werden vertrieben, das Militär wird wieder deutsch.

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks existiert keine Blockkonfrontation mehr. Es zeichnen sich ganz andere konfrontative Perspektiven ab: Europa gegen den Rest der Welt oder Europa und USA gegen Japan. Denn das unbesiegbar stark erscheinende EG-Kapital mit dem ihm neu zugefallenen Hinterland Osteuropa denkt längst über veraltete Ost-West-Strukturen hinaus. Ein "Status Quo" des "Jalta-Systems", der in den letzten 40 Jahren angeblich friedensgefährdend war und daher von den Nationalrevolutionären in der Friedensbewegung mit Hilfe der "Deutschen Einheit" bekämpft wurde, existiert nicht mehr.
Die angeblich friedensbewegten, in Wahrheit neofaschistischen Deutschland-Vereiniger der 80er Jahre, die der Linken eine deutsch-deutsche Konföderation (entgegen allen Erfahrungen der Geschichte) als einzigen Ausweg aus angeblicher Kriegsgefahr aufschwatzen wollten, sind aber keineswegs verstummt. Das Ende ihres Feindbildes "Status Quo" hat sie vielmehr zu neuem Leben erweckt und mit neuer Hoffnung auf "Deutschlands" Einheit erfüllt, Einheit bisweilen auch bis nach Kärnten und Bozen. Damit wird bestätigt, was Antifaschisten in den 80er Jahren warnend an die Adresse der Friedensbewegung richteten: die eigentliche Motivation derer, die behaupteten, der Frieden sei nur durch die staatliche Einheit der Deutschen zu bewahren, war gar nicht der Friede, sondern blanker Nationalismus. Heute ist diese Friedensmaske gefallen, die Anbiederung an die Friedensbewegung als Mittel deutlich geworden, nationalistische und neofaschistische Inhalte zu verbreiten und in den Köpfen der Menschen zu verankern.
Das ist offenbar breiter gelungen, als es die Linke bis vor kurzem noch geglaubt hat.

## 0.1

## Alain de Benoist: Die deutsche Frage aus neofaschistischer Sicht

Der intellektuelle Kopf des europäischen Neofaschismus, Alain de Benoist von der französischen "Nouvelle Droite", hat 1985 beim rechtsextremistischen "Norddeutschen Forum" die Linie aufgezeigt, der die Deutschland-Diskussion der 80er Jahre folgte. Es war die Suche nach Möglichkeiten für den Wiederaufbau des alten Deutschland als europäischer Hegemonialmacht, als primus inter pares, von faschisierten europäischen Nachbarn als Führer im Weltmarkt-Kampf der kommenden Jahrzehnte akzeptiert. Teile des EG-Kapitals haben dies bereits heute als ihre eigene Perspektive übernommen (vgl. die Schrift des Bonner Initiative Gemeinsam gegen Neofaschismus "Siemens zum Beispiel...").
"Die Tatsache, daß auf diese deutsche Nation heute zwei oder drei einzelne Staaten (die Bundesrepublik, die DDR und Österreich) kommen", sagt Alain de Benoist, sei "verheerend". Tatsächlich aber "verheerte" Großdeutschland Europa im Zweiten Weltkrieg. Zum Thema "'Besiegt' oder 'befreit'?" heißt es bei ihm:
"Heutzutage wird eine Riesendebatte um die Frage ausgetragen, ob Deutschland 1945 'besiegt' oder 'befreit' wurde...'befreit' zu sein heißt, daß man frei geworden ist. Nun ist Deutschland aber nicht frei - für mich wenigstens. Ich sehe Deutschland geteilt, verstümmelt, ja nahezu zersetzt. Ich sehe, wie es besetzt ist; besetzt im Osten wie im

Westen. Die Coca-Cola-Plakate, die in der Nähe der Berliner Brücke, auf westlicher Seite blühen, sind nicht besser als die Vopos, die auf östlicher Seite Wache stehen. Die Vopos erschießen manchmal Menschen. Die amerikanische Subkultur zerstört die Völker und vernichtet ihre Seele. Diese Besetzung ist ohnehin nicht nur geographisch und militärisch. Es ist auch eine geistige, ideologische und kulturelle Besetzung....Ein jeder kennt Carl Schmitts berühmte Definition: 'Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet', Armin Mohler fügt seinerseits hinzu: 'Das Gegenteil eines souveränen Staats ist ein besetzter Staat'. Die Bundesrepublik verfügt heute nur über eine beschränkte Souveränität; der DDR ergeht es nicht anders. Wie kann man unter diesen Umständen von Freiheit sprechen?"
Der Bezug auf den NS-Kronjuristen Carl Schmitt ist das Programm: Das "Dritte Reich" war frei, seit 1945 ist "Deutschland" besetzt, zum Zustand der Freiheit muß zurückgekehrt werden.
Benoist spricht weiter vom "amerikanisch-sowjetischen Kondominat" Deutschland und meint: "Auf die deutsche Frage kann es nur eine deutsche Antwort geben", denn "Deutschland gehört ebensowenig zum 'westlichen Lager' wie zum 'östlichen'. Deutschland gehört in erster Linie sich selbst und dann zum europäischen Kontinent". Das ist die alte Sonderwegs-These der Faschisten und ihrer geistigen Wegbereiter, entsprechend der Entwicklung der Kapitalakkumulation auf die Dimension des europäischen Gemeinsamen Marktes aufgeblasen.
Benoist: "Bereits in den zwanziger Jahren äußerten *Ernst Niekisch* und Artur Moeller van den Bruck die Überzeugung, daß Deutschland nach Osten hin schauen sollte...Warum muß ich daran erinnern (fragt der Franzose Benoist hier, d.V.), daß sich Deutschland mit russischer Unterstützung von der napoleonischen Besetzung 1814 befreite?". Das ist der alte faschistische Tauroggen-Mythos: Deutschland und Rußland gemeinsam gegen den "Hauptfeind", den "Westen", den Liberalismus und sein Anhängsel (nicht Kontrahent, so sieht es die alte und die "Neue" Rechte), den Marxismus.
Benoist fordert die Neutralisierung "Deutschlands", weil "ganz Europa nur dann erneut eine echte souveräne Weltmacht werden kann".
Er verweist positiv auf die Arbeiten Hellmut Diwalds und Bernhard Willms' und fordert den "nationalen Imperativ" ein, den Diwald 1989 in die Präambel des REP-Parteiprogrammentwurfs hineinschreiben wird. Benoist fordert von den Grünen, "daß im Zuge dieser Bewegung die Nationalfrage erneut gestellt wird; wichtig ist nicht der Ort, wo sie gestellt wird, sondern die Tatsache, daß sie es überhaupt wird". Er beschwört den "Antiimperialismus" und endet: "Als Europäer begreife ich, inwiefern 1945 nicht nur Deutschland niedergeworfen wurde; ganz Europa wurde erniedrigt und besiegt".

Benoist umreißt in diesem Vortrag die Deutschland-Diskussion der 80er Jahre. Kein Wunder, daß er in seinen Literaturhinweisen einige der Hauptakteure empfiehlt:
Rainer Dohses Buch über Wolf Schenke; Bücher von Armin Mohler, Caspar von Schrenck-Notzing, Wolfgang Venohr, Bernhard Willms, Hellmut Diwald, Peter Brandt, Herbert Ammon.

(Zitate nach : Alain de Benoist: Die deutsche Frage aus französischer Sicht, Missus-Schriftenreihe, Göttingen 1985. Die Seiten des Heftes sind nicht nummeriert.)

Peter Kratz

# 1. Gaddafi - Mechtersheimer

## 1.0 Zusammenfassung

In Wien traf Dr. Alfred Mechtersheimer, herausragender Exponent der deutschen Friedensbewegung, im Jahr 1982 zum ersten Mal den libyschen Revolutionsführer Muammar al Gaddafi. Im libyschen Rabta weilte Alfred Mechtersheimer über die Karnevalstage Anfang Februar 1989, um nach seiner Rückkehr während der Debatte im Deutschen Bundestag am 17. Februar 1989 zur Giftgas-Affäre und Chemie- und Waffenfabrik Rabta laut "ZEIT" vom 30.3.1989 folgenden "Eiertanz" aufzuführen: "Erstens: Belege für eine Pharmaproduktion gibt es. Zweitens: Belege für eine C-Waffen-Fabrik gibt es nicht. Drittens: Belege, daß es in Rabta keine C-Waffen-Produktion gibt oder geben soll, gibt es ebenfalls nicht."
Der Leiter des gemeinnützigen "Forschungsinstitutes für Friedenspolitik e.V." in Starnberg, Dr. Alfred Mechtersheimer, Wissenschaftler und Politiker, elf Jahre lang CSU-Mitglied bis zu seinem Ausschluß Ende 1981, danach engagierter Friedensforscher und Demonstrationsredner gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß, seit 1987 als parteiloser Abgeordneter der Grünen im Deutschen Bundestag mit Sitz im Verteidigungs- und Auswärtigen Ausschuß, löste Ostern 1989 eine Krise in seiner Fraktion aus.
Anlaß war der am 25./26./27. 3. 1989 in der "Süddeutschen Zeitung" erschienene Leitartikel mit der Überschrift "Bundestagsabge-ordneter Mechtersheimer soll als Lobbyist für Khadhafi tätig sein". Mit Ausnahme von Überschrift und Tenor enthalte der Bericht "nichts ausdrücklich Falsches", so Mechtersheimer zur "taz" vom 28.3. 1989. Worum ging es?

## 1.1

## Der Artikel der "Süddeutschen Zeitung" vom 25.3.1989

Die SZ hatte geschrieben: "Der für die Grünen im Bundestag sitzende Abgeordnete Alfred Mechtersheimer steht im Verdacht, für den libyschen Staatschef Khadhafi als Lobbyist tätig zu sein. Mechtersheimer ist an einer in Vaduz (Liechtenstein) registrierten Stiftung beteiligt, die nach Information der 'Süddeutschen Zeitung' von der libyschen Regierung bezahlt wird. Als Grundstock für die Finanzierung dieser und möglicherweise noch anderer Stiftungsprojekte sollen auf einem Konto in der Schweiz zehn Millionen US-Dollar liegen, die von Khadhafi bereitgestellt wurden. Offenbar mit Teilen dieses Kapitals ist in Vaduz die 'M.A.G. Stiftung für Frieden und Solidarität' gegründet worden... Zwar bestritt Mechtersheimer gegenüber SZ, in dieser Stiftung eine besondere Rolle zu spielen, er sei lediglich als 'eine Art Berater' hinzugezogen worden. Er wolle jedoch nicht ausschließen, daß die zehn Millionen Dollar gestiftet worden seien... Zum Zweck der Siftung sagte Mechtersheimer, sie solle 'der Förderung des neuen Denkens' dienen... Er bemühe sich ganz generell, daß ein so wichtiges Land wie Libyen 'wieder dichter an die Völkergemeinschaft herangeführt' werde... Mechtersheimer war nicht bereit, weitere Auskünfte über die Zusammensetzung des Stiftungsrates, weitere angeblich vorhandene Kapitalgeber oder organisatorische Strukturen zu erteilen. Er bestätigte jedoch, daß die Abkürzung M.A.G. im Stiftungstitel für die Schreibweise der Initialen des libyschen Staatschefs Muammar al-Khadhafi steht... Nach weiteren Informationen der SZ ist Mechtersheimer auch an einem ähnlichen Projekt in der Schweiz beteiligt. Bei der Beantwortung der Frage, ob die Stiftung in Vaduz und das Projekt in Genf miteinander verbunden seien, verwickelte sich Mechtersheimer in Widersprüche. Einerseits, sagte er, sei es 'noch nicht ganz klar', ob es hinsichtlich der Personen oder der Stifter Verbindungen zwischen der existierenden Stiftung in Vaduz und dem Vorhaben in der Schweiz gebe. Zu einem späteren Zeitpunkt des Gesprächs mit der SZ stellte Mechtersheimer dann allerdings kategorisch in Abrede, daß Libyen überhaupt etwas mit den Plänen für eine weitere Stiftung in der Schweiz zu tun habe.
Nach Recherchen der SZ jedenfalls hat sich Mechtersheimer Ende September 1988 in der Schweiz über den ehemaligen Botschafter Libyens in Wien, Enbeia Wadi, mit einem Libyer verabredet und dann gemeinsam mit diesem einen in Zürich ansässigen Rechtsanwalt aufgesucht. Dabei firmierte der Libyer als 'Vertreter der Stifterin'... Dies, wie auch die Aussage eines ehemaligen Mitarbeiters von Mechtersheimer, der bereits im August 1988 den Auftrag hatte, die rechtlichen Möglichkeiten der Installierung einer Stiftung in der Schweiz zu prüfen, deute darauf hin, daß Mechtersheimer in der Stiftung erheblich mehr als nur eine beratende Rolle spielt.
Die Vorgänge um die Stiftung haben nach Worten Mechtersheimer nichts mit dem Starnberger Institut für Friedensforschung zu tun, das der Abgeordnete leitet... Dort war es in den letzten Wochen zu Turbulenzen gekommen, da Mechtersheimer Mitte Dezember (1988, d.V.) zunächst intern und später auch öffentlich den Wunsch geäußert hatte, das Institut mittelfristig wegen des abnehmenden Engagements der Mitglieder ... zu schließen. Dagegen hat es bei einer Mitgliederversammlung vor zwei Wochen (11.3.1989, d.V.) mehrheitlich Widerspruch gegeben. Mechtersheimer baut nun ein sogenanntes 'Starnberger Komitee' auf...
Nach Aussagen mehrerer Konfidenten erzählt der Hauptmann a.D. Erich Schmidt-Eenboom, derzeit engster Mitarbeiter des Oberstleutnant a.D. Alfred Mechtersheimer, im Januar 1989 bei verschiedenen Gelegenheiten, es gebe in der Schweiz festangelegtes Kapital in Höhe von zehn Millionen Dollar aus Libyen. Mit den Zinsen oder der Rendite könne eine Stiftung arbeiten...
Am Rande: Als 1980 Khadhafi zum Bruder Billy des damaligen Präsidenten Carter, gewisse Bande knüpfen ließ, schrieb die Presse vom 'Billy-Gate' ... Vielleicht steht ja jetzt in Bonn, zumindest bei den Grünen, auch ein kleines 'Alfred-Gate' ins Haus. In Tripolis jedenfalls gibt es eine recht gut geplante Politik, wie man eigene Interessen mit Hilfe direkter oder indirekter Finanzierung weltweit zur Geltung bringen kann." (Ende des Zitates des SZ-Artikels)

## 1.2

## Chronologie der bekannten Kontakte A. Mechtersheimers zu Libyen und seines politischen Werdeganges seit 1982

Am 12. März 1982 traf Gaddafi anläßlich seines Staatsbesuches in Österreich Vertreter der deutschen, österreichischen, italienischen und schweizerischen Friedensbewegung zu einem Gespräch in Wien, in dessen Verlauf er die finanzielle Unterstützung der Friedensbewegung anbietet. Unter den deutschen Teilnehmern ist neben dem Grünen "Friedensarbeiter" (Selbstbezeichnung) Roland Vogt, der vom Landesverband Rheinland-Pfalz kommt, auch Alfred Mechtersheimer.

Im Mai 1982 tritt der Libyer Mehdi Imberesh (Sekretär des libyschen Volksbüros in Bonn, Botschafter), bei einer Veranstaltung der Grünen in Rheinland-Pfalz im Rahmen des "Hambacher Festes" auf; teil nimmt neben Roland Vogt auch Alfred Mechtersheimer.

Im Juli 1982 fährt eine europäische Delegation, darunter mehrere deutsche GRÜNE, u.a. Roland Vogt und Alfred Mechtersheimer, zu einem 6-tägigen Besuch nach Libyen, wo sie auch zu einem Meinungsaustausch mit Gaddafi zusammentrifft. In diesem Gespräch wurden laut Pressemitteilung von Otto Schily (der ebenfalls zur Delegation gehörte) vom 7.4.1989 "unter anderem die Perspektiven einer arabisch-europäischen Zusammenarbeit erörtert ... Das Angebot von Khadhafi, die Friedensbewegung finanziell zu unterstützen, habe ich unmißverständlich zurückgewiesen. Ebenso habe ich Überlegungen hinsichtlich einer politischen Zusammenarbeit zwischen Libyen und der Friedensbewegung abgelehnt." Laut "taz" vom 22.7. 1982 erklärte Gaddafi seinerzeit, er unterstütze nicht nur das Programm der grünen Bewegung, er sei auch "bereit, Mittel dafür zur Verfügung zu stellen". Alfred Mechtersheimer, Mitglied dieser Delegation, wurde im "Vorwärts" vom 29.7.1982 zitiert, er habe von Gaddafi "viele Anregungen" mitgebracht. Wie die rechtsextreme Zeitschrift "Diagnosen" (Nr. 9/1983) berichtete, war Mechtersheimer besorgt, daß sich die Friedensbewegung ohne die neuen "universellen Impulse" aus der "islamischen Welt" totlaufen werde.

Im Dezember 1982 gründet Alfred Mechtersheimer das "Informationsbüro für Friedenspolitik GmbH" (ibf) mit Sitz in München, das später nach Starnberg in das Gebäude des 1981 von Mechtersheimer gegründete Forschungsinstitut für Friedenspolitik e.V. umzieht. Laut Pressemitteilung vom 21.12. 1982 soll das ibf das Forschungsinstitut in Starnberg entlasten und die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit von Friedensforschung und Friedensbewegung vorantreiben. Alfred Mechtersheimer ist alleiniger Gesellschafter der ibf-GmbH und bringt bei Gründung der Gesellschaft ca. die Hälfte des Stammkapitals von DM 50.000, nämlich DM 25.000 ein.

Im Januar 1983 kauft Alfred Mechtersheimer ein Haus am Starnberger See, Kaufpreis ca. DM 600.000, wovon er eine größere Summe bar bezahlt (Grundbucheintragung beim Amtsgericht Starnberg, Band 47, Blatt 1680).

Im Verlauf des Jahres 1983 mietet Alfred Mechtersheimer ein Haus in der Nähe von Weilheim mit der Begründung, dort ungestört arbeiten zu wollen, was er zuhause nicht könne. Beim dortigen Telefonanschluß meldete sich zeitweise der Anrufbeantworter mit Alfred Mechtersheimers Stimme, ohne Namens- und Telefonnummer-Nennung. Möglicherweise dient diese Nummer dazu, Nachrichten entgegenzunehmen, die an anderen Stellen nicht hinterlassen werden sollen. In diesem bisher privat genutzen Haus befindet sich im November 1989 ein Büro Mechtersheimers.

Im April 1983 gibt Gaddafi der rechtsextremistischen nationalrevolutionären Zeitschrift "wir selbst" ein Interview, in dem er u.a. sagt: "Ich beurteile die grüne Bewegung in Deutschland sehr positiv... Ich hoffe, daß sich aus der grünen Bewegung auch eine Bewegung zur Befreiung ganz Deutschlands entwikkelt". Mechtersheimer und Gaddafi arbeiten eng mit "wir selbst" zusammen, vgl. Kapitel 2.

Im November 1983 treffen sich auf Burg Schlaining in Österreich zehn führende Mitglieder der europäischen Friedensbewegung mit arabischen Politikern und Wissenschaftlern.
Wie das Informationsblatt des Forschungsinstitutes für Friedenspolitik, die von Mechtersheimer herausgegebene Zeitschrift "Mediatus" (Nr. 12/83) schreibt, war das Institut maßgeblich am Zustandekommen des ersten europäisch-arabischen Friedensdialoges beteiligt. Organisiert wurde das Treffen u.a. vom Österreichischen Institut für Friedensforschung und der Österreichischen Gesellschaft für Nord-Süd-Fragen, Wien. Die SZ vom 25./26./27. 3.1989 weist darauf hin, daß dieses Wiener Institut bei den Bonner Grünen als "PR-Laden für Khadhafi" bezeichnet wird und daß Enbeia Wadi während seiner Zeit als libyscher Botschafter in Wien beste Beziehungen zu dem Institut unterhielt. Die SZ

meldet am 30.3.1989: "Der libysche Diplomat Enbeia Wadi, ... ist nach Informationen aus Kreisen libyscher Diplomaten in Tripolis für Überweisungen zuständig, die 'unbürokratisch laufen sollen'. Wadi war von 1976 bis 1980 an der libyschen Botschaft in Bonn als Finanzattaché tätig, danach wechselte er als Leiter des libyschen Volksbüros nach Wien. Wie ein nordafrikanischer Diplomat sagte, habe Enbeia Wadi auch mit 'Rüstungskäufen zu tun, die nicht über ein Volksbüro abgewickelt werden sollen'. Er verfüge in dieser Funktion über große Mengen Bargeld. In diplomatischen Kreisen sei bekannt, daß Wadi direkt mit der libyschen Führung in Verbindung stehe."
Teilgenommen am Treffen auf der Burg Schlaining hat auch Alfred Mechtersheimer.

Im Frühjahr 1984 sammelt Alfred Mechtersheimer aus von ihm nicht benannten Quellen DM 25.000, zu einer Zeit, in der bekanntermaßen die Friedensbewegung in permanenten finanziellen Schwierigkeiten war. Diese DM 25.000 sollten nach Mechtersheimers Angaben (vgl. Protokoll der Fraktionssitzung der Fraktion der Grünen im Bundestag vom 25.4.1989) die Reisekosten der deutschen Teilnehmer an der "Ersten internationalen Konferenz für Friedens-, Befreiungs- und Alternativbewegungen" auf Malta vom 15.-18.3.1984 decken. Eine Teilnehmerin schreibt in "Mediatus" 4/84: "Der Friedensforscher Alfred Mechtersheimer gehörte zu den Machern" der Konferenz.
Der SPIEGEL Nr. 14./2.4.1984 schreibt: "Seit seiner Loslösung aus dem britischen Commonwealth nennt sich der kleine Inselstaat (Malta, d.V.) 'blockfrei'. In Wirklichkeit segelt er im politischen Windschatten Libyens. Und so kam es, daß Oberst Khadhafi bei jeder Minute der Konferenz anwesend war - unsichtbar wie jeder gute Finanzier... Drei opulente Mahlzeiten...wurden täglich gereicht...alles unentgeltlich wie die Übernachtungen oder die meisten Flugtickets... Als Veranstalter zeichnete ein 'Österreichisches Institut für Nord-Süd-Beziehungen' und das 'Friedenslaboratorium Malta'... Von den Teilnehmern bedrängt, Aufklärung über ihre Geldquellen zu liefern, beschrieben die Organisatoren die Finanzierung der Konferenz schließlich so: 25.000 Mark, knapp zehn Prozent der geschätzten Gesamtkosten, stammten aus einer von Mechtersheimer organisierten Sammlung in der Bundesrepublik - den Rest, rund 225.00 Mark, habe die maltesische Regierung - mit philantrophischen Neigungen bisher weniger hervorgetreten - gespendet... Aus Versehen wohl, erhellend aber für viele Teilnehmer, bedankte sich ein PLO-Vertreter bei den 'Veranstaltern der Konferenz - Malta und Libyen'...Einer der beiden Hauptredner am Eröffnungstag, Mehdi Emberesh, stammt aus Libyen. Er wurde allerdings, als sollte seine Herkunft verschleiert werden, nur als 'Vertreter des Südens' vorgestellt."

Teilnehmer dieser Konferenz war auch Alfred Mechtersheimer.

Anfang 1984 bringt Alfred Mechtersheimer als Betriebskapital in die ibf-GmbH, deren alleiniger Gesellschafter er ist, einen Mercedes im Wert von ca. DM 24.000 ein.
Die ibf-GmbH, ist seit ihrer Gründung 1982 bis heute, 1989, defizitär.

Im Jahr 1985 verliert Mechtersheimer nach Meldungen der Zeitungen "Münchner Merkur", "Abendzeitung" und "Süddeutsche Zeitung" vom 20./21.9.1986 an den Versicherungskaufmann E.P. (dem Ehemann der damaligen Schatzmeisterin des Forschungsinstitutes für Friedenspolitik) durch Wertpapierbetrug nach eigener Aussage DM 35.000.

Im Mai 1986 schreibt der SPIEGEL in Nr. 22 über Dokumente, die beweisen, daß Libyen Rechtsextremisten in Europa finanziert (vgl. Kapitel 2).

Im Januar 1987 kommt Alfred Mechtersheimer als parteiloser Kandidat auf der Landesliste der Grünen Baden-Württemberg in den Bundestag. Er wird Vollmitglied im Verteidigungsausschuß und Stellvertreter im Unterausschuß des Auswärtigen Ausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle. Die "taz" vom 24.9.1986 schrieb über ihn: "Bei Mechtersheimer, der sich in der Friedensbewegung als Waffenspezialist einen Namen gemacht hat, tat die Prominenz ihre Wirkung. Ob sein friedenspolitischer Ansatz - die 'Befreiung' Europas von den Supermächten - das Gesicht der neuen Fraktion prägen soll, dürfte da nicht mehr zur Debatte stehen. Mechtersheimer versteht sich als Zentralo."

Im Novmeber 1987 solidarisiert sich Mechtersheimer durch seine Unterschrift unter eine Zeitungsanzeige mit den Nationalrevolutionären um Rolf Stolz, ein mittlerer Angestellter des Chemie-Multis Bayer AG, mit dem Mechtersheimer bereits seit Jahren "friedenspolitisch" zusammenarbeitet (vgl. 3.4.2.4 und 3.4.2.10). Ende 1989 berichtet der SPIEGEL (Nr. 48/1989), Zollfahnder hätten bei Bayer Aktenordner mit Unterlagen über den illegalen Export solcher Bayer-Chemikalien in den islamisch-fundamentalistischen Iran beschlagnahmt, die auch bei der Giftgasproduktion Verwendung fänden. Im iranisch-irakischen Krieg wurde immer wieder Giftgas eingesetzt.

Vom 13.4. - 18.4.1988 hält sich Alfred Mechtersheimer mit der grünen Abgeordneten des Bundestages Angelika Beer, zwei Mitarbeitern und einem Dolmetscher sowie einem Journalisten in Libyen auf. Im Vorfeld dieser Reise gab es heftige Kontroversen innerhalb der grünen Fraktion wegen der Intention dieses Projektes. Mechtersheimer hatte u.a. als Grund den Jahrestag der Bombardierung Li-

byens durch die USA im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Berliner Diskothek La Belle genannt. Mehrere Fraktionsmitglieder hielten diese Reise für politisch nicht opportun und stimmten mit 2:18:7 dagegen, daß diese Reise sinnvoll sei. Laut Protokoll dieser Sitzung sagte Milan Horacek: "Probleme habe er auch damit, daß die Reise über Wien organisiert worden sei. Jeder, der sich auskenne wisse, daß von dort aus PR-Reisen für Khadhafi organisiert würden." Das Fraktionsprotokoll über die Antwort von Alfred Mechtersheimer: "Den Vorwurf, taktisch vorgegangen zu sein, weise er zurück... Er habe in Wien eine andere Anlaufstelle gewählt, als Milan gesagt habe, nämlich über Kreisky... Er habe das Anliegen im Auswärtigen Amt vorgetragen und mit der Botschaft der USA gesprochen. Die Unterbringung erfolge über das Auswärtige Amt." Aufgrund des negativen Votums der Fraktion mußte die Reise "privat" unternommen werden.
Alfred Mechtersheimer und seine Begleiter sprachen bei dieser Gelegenheit auch mit Gaddafi.

Mitte 1988 wird der ehemalige Offizier Roman Strauss von Alfred Mechtersheimer beauftragt herauszufinden, wie man eine Stiftung im neutralen Ausland, z.B. in der Schweiz, einrichten könne. In einem Brief an die Mitglieder des Forschungsinstitutes für Friedenspolitik schreibt Roman Strauss: "Herr Mechtersheimer befragt mich u.a. zu meiner politischen Einstellung und erzählt mir von seinen Libyen-Besuchen. Mit der ausdrücklichen Bitte um Verschwiegenheit gegenüber den Grünen, gegenüber den Mitarbeitern des Institutes und der Öffentlichkeit berichtet er von einem Stiftungsprojekt... Im Rahmen weiterer vorbereitender Maßnahmen bittet er mich zu prüfen, ob und welche Möglichkeiten es gibt, Geschäftsstellen einer Schweizer Stiftung in der Bundesrepublik oder Österreich einzurichten, wie solche Geschäftsstellen steuerrechtlich zu bewerten sind, welche Infrastruktur erforderlich sei."

Im Juni 1988 erscheint in der österreichischen Zeitschrift "moz" ein Interview zum Thema Staatsterror, an dem u.a. Alfred Mechtersheimer teilnimmt. Mechtersheimer benutzt das Interview, um wiederum breit auf den Überfall der US-Army auf Libyen, der inzwischen zwei Jahre zurückliegt, einzugehen:
"Die Friedensbewegung ist damals nicht auf die Straße gegangen, als die USA verhinderten, daß Libyen Airbusse bekam, obwohl das und andere Wirtschaftsmaßnahmen mindestens so gefährlich waren für das Land. Aber als man das Instrument des verkappten Krieges, den high-tech-Terrorismus von der US-Seite her anwandte und Tripoli und Benghazi bombardierte, da war der Knackpunkt, da war die neue Qualität erreicht...Die Umfragen nach dem Überfall auf Tripoli und Benghazi zeigen deutlich, daß selbst diese mit falschen Beschuldigungen exzellent vorbereitete Aktion von der westdeutschen Bevölkerung nicht mehr akzeptiert wird. Hier sieht man, daß die USA schon an die Grenze dessen gestoßen sind, was die Bevölkerung der Verbündeten noch hinzunehmen bereit sind...Ich meine, daß die USA den Zenit ihrer Macht überschritten haben...Alles, was die USA machen, provoziert Widerstand."
Über die Zeitschrift "moz" schreibt die "taz" vom 6.4. 1989: "Herausgegeben wird die 'moz' von einer 'Grün-Alternativen Verlagsgesellschaft mbH' mit Sitz im Wiener Stadtteil Ottakring. Laut 'profil'-Recherchen fungiert der Verlag, über dessen libysche Finanzierung österreichische Zeitungen schon vor Jahren berichtet hatten (Geschäftsführer sind seit 1986 Mohamed Saleh Musa und Noredin Katabi, beide mit Wohnsitz in Tripoli), neuerdings auch als Tarnfirma für branchenfremde Geschäfte.Im Februar letzten Jahres ließen die libyschen Besitzer den Geschäftszweck des Verlages im Handelsregister umformulieren: Dem 'Export und Import von Waren aller Art', der Exportberatung sowie der Geschäftsanbahnung wollten sich die 'Verleger' fürderhin widmen". Laut "taz" versuchte der Verlag der "moz" daraufhin, hochgiftige Chemikalien nach Libyen zu exportieren, unter ihnen der Giftgas-Grundstoff Isopropanol und das Nervengift Dekalin-Dekahydronaphtalin.

Im Dezember 1988 stellt der Kreisverband der Grünen in Weilheim, wo Alfred Mechtersheimer ein Privathaus gemietet hat, gegen Mechtersheimer den Antrag auf Mandatsrückgabe auf der Bundesversammlung der Grünen in Karlsruhe. Begründet wird der Antrag u.a. damit, daß Alfred Mechtersheimer politische Positionen vertritt, die nicht die Ziele der Grünen sind.

Im Januar 1989 schreibt Alfred Mechtersheimer in "Mediatus": "Das Institut hat seine Aufgabe erfüllt: Niemand, der sich zu Beginn der 80er Jahre in der Friedensbewegung engagierte, hätte sich damals träumen lassen, daß sich das neue Denken in der Bevölkerung so schnell ausbreitet, ja, daß sich der sicherheitspolitische Konsens umzukehren beginnt. In dieser Zeit des unvorstellbaren Erfolges geschieht etwas Merkwürdiges: Das Forschungsintitut für Friedenspolitik verliert an Unterstützung... Ich persönlich denke daran, ein Komitee ins Leben zu rufen, das sich für die Befreiung Deutschlands von fremden Truppen und die totale Entmilitarisierung einsetzt".

Anfang Februar 1989 hält sich Alfred Mechtersheimer zu einem Besuch in Libyen auf, um selber in Augenschein zu nehmen, ob es sich bei der chemischen Fabrik in Rabta tatsächlich um eine Chemiewaffenanlage handelt. Laut Protokoll der Fraktionssitzung der Grünen am 25. 4. 1989 zu diesem Thema sagt Alfred Mechtersheimer: "Zur Exklusiv-

Reise nach Rabta: Diese Reise wäre aufgrund einer spontanen Entscheidung seinerseits zustandegekommen. Sozusagen von Samstag auf Sonntag (4.auf 5.2.1989, d.V.), in Starnberg über die Informationen zu Rabta nachdenkend, hätte er es für richtig gehalten, sich vor Ort sachkundig zu machen und entschied sich dann zu einer sofortigen Reise. Er ist in der vollen Überzeugung gereist, es gäbe in Rabta eine Giftgasfabrik, er wollte der libyschen Regierung Vorschläge zur Schließung dieser Fabrik unterbreiten. Da ihm aber sowohl offizielle Stellen als auch der Botschafter sagten, daß es keine Giftgasfabrik gäbe, geht er von folgendem aus: Es gibt keine Giftgasfabrik, er hat nur Belege für eine pharmazeutische Fabrik gefunden, aber keine Belege für eine Giftgasfabrik...Darüber hinaus beruft sich Alfred Mechtersheimer auf die Auskünfte des Direktors der Fabrik, die die pharmazeutische Ausrichtung bestätigten."
Auf die dezidierten Fragen der Abgeordneten Karitas Hensel: "Wie konnte Alfred Mechtersheimer in Rabta eigentlich kompetent die Situation beurteilen, wo doch ausgewiesene Fachleute sich dazu nicht in der Lage sahen? Welche finanziellen Leistungen hat er von Libyen erhalten? Welche Leistungen hat er erbracht?", gibt Alfred Mechtersheimer keine Antwort.
Er gibt auch keine Antwort darauf, wieso er als einziger westlicher Politiker die Möglichkeit hatte, die Chemiefabrik Rabta zu besichtigen. Er reiste offensichtlich nicht als normaler Tourist, sondern als offizieller Besucher. Ungeklärt bleibt, wieso er unbürokratisch schnell nach Libyen reisen konnte, das Werk in Augenschein nehmen konnte und wieso er Unterlagen und Informationsmaterial vom Direktor der Chemiefabrik erhielt, um die sich andere vergeblich bemühten.

Mitte Februar 1989 hält Alfred Mechtersheimer im Bundestag während der Libyen-Debatte eine von der Grünen-Fraktion mit Befremden aufgenommen Rede. Die "taz" vom 28.3.1989 schreibt dazu: "Für einen mittleren Knatsch in seiner Fraktion sorgte Mechtersheimer in der Libyen-Debatte des Bundestages am 17. Februar. Dort behauptete er, es gebe nicht den geringsten Beweis dafür, daß Libyen in der Chemiefabrik Rabta Chemiewaffen produzieren wolle und dabei die Hilfe deutscher Firmen erhalte. Gegenüber der taz bekräftigte Mechtersheimer am Wochenende (25./26.3.1989, d.V.) seine Ansicht, daß sich hinter der Auseinandersetzung um Rabta der Konkurrenzkampf der weltweiten Pharmaindustrie verberge."

Ende März 1989 erscheint der Artikel der "Süddeutschen Zeitung" über den "Gaddafi-Lobbyisten" Mechtersheimer. Es wird darin u.a. berichtet, daß mit Mechtersheimers Unterstützung in der Schweiz eine Stiftung mit einem Kapital von 10 Millionen Dollar, die Libyen stiftete, eingerichtet wurde und die Gaddafis Namen tragen sollte. Diese Stiftung soll in Genf ihren Sitz haben, Mechtersheimer soll Mitglied des Stiftungsrates sein.

Am 5. April 1989 erklärt der Fraktionsvorstand der Grünen-Fraktion: "Wir sind übereingekommen, daß Alfred Mechtersheimer seine Funktion als Stiftungsratsmitglied einstellt. Wir halten dieses Stiftungsprojekt weder mit den grünen Ideen noch mit der Arbeitsweise der Friedensbewegung für vereinbar. Das gilt sowohl für die konkrete Gestalt dieser Stiftung, vielmehr aber noch für die Frage einer finanziellen Abhängigkeit der Bewegungen, für die wir stehen."

Am 13. April 1989 wird in Starnberg das STARNBERGER KOMITEE gegründet. Die Zeitschrift "Die Grünen" schreibt am 29.4.1989: "Die Gründung des Komitees geht auf eine Anregung von Alfred Mechtersheimer zurück... Zum Vorsitzenden wurde Erich Schmidt-Eenboom gewählt, Mitarbeiter des Forschungsinstitutes für Friedenspolitik. Mechtersheimer ist nicht im Vorstand. Auf die Frage, ob sichergestellt sei, daß keine libyschen Gelder in den Verein fließen, sagte Schmidt-Eenboom gegenüber unserer Zeitung, daß er dies 'im Moment garantieren' könne ... Auf die 'Mechtersheimer-Khadhafi-Connection' weiter angesprochen, sagte Schmidt-Eenboom, daß die M.A.G. Stiftung für Frieden und Solidarität inzwischen aufgelöst sei... Entscheidend dürfte hierfür aber das Ausscheren von Mechtersheimer aus der Stiftung sein. Das 'Starnberger Komitee' will die Gründung weiterer derartiger Komitees in der Bundesrepublik initiieren."

Am 15.4.1989 sagt Alfred Mechtersheimer in der Sendung "Fragen zur Person" im Hörfunk Bayern II, Zündfunk: "Ich habe im Augenblick eine Menge zu tun, die vielen Anträge, die da gestellt wurden, zurückzuweisen und zu sagen, nein, die Stiftung gibt es nicht mehr... Es ist schon irgendwo schade und viele sind mir ja auch böse darüber, daß ich gesagt habe, im Augenblick muß das Projekt eingefroren werden."
Die Frage, wie die vielen Antragsteller von einem Projekt wissen konnten , das erst durch den Artikel in der SZ Ende März bekannt wurde, bleibt ungeklärt. Ebenso der Sinn der Formulierung "im Augenblick muß das Projekt eingefroren werden".

Am 10.5.1989 schreibt die "Frankfurter Rundschau" unter der Überschrift "Mechtersheimer soll gehen, Mitglieder wollen Starnberger Institut retten": "Eine von einer außerordentlichen Mitgliederversammlung im März (1989, d.V.) eingesetzte 'Arbeitsgruppe Zukunft' sieht sich jetzt gezwungen, die Absetzung Mechtersheimers als Institutsleiter zu betreiben, um das Institut zu retten... Wenige Wochen später wurden Mechtersheimers Verbindungen zu einer Stiftung für Frieden und Solidarität in

Liechtenstein bekannt, die der libysche Staatschef Muammar al-Khadhafi bezahlt. Diese Aktivitäten waren weder den Institutsmitgliedern noch den Gremien bekannt. Sie führten jedoch zu Austritten und Geldeinbußen... Um das Institut vor einem weiteren Verfall zu bewahren, müsse jetzt die Kündigung Mechtersheimers betrieben werden."

Am 19.Mai 1989 berichtet die Zeitschrift "Publik-Forum": "Nelson Mandela, der seit 25 Jahren in Südafrika inhaftierte Führer der Schwarzen, erhält den mit 250 000 Dollar dotierten 'Khadhafi-Menschenrechtspreis'. Dieser Preis sei als 'Gegen-Nobelpreis für die Dritte Welt' zu verstehen, teilte die Preisjury mit, der u.a. neben Jean Ziegler ... auch Sam Nujoma ... angehört. Das Stiftungskapital des von Khadhafi ausgerichteten Preises beträgt zehn Millionen Dollar. Die Stiftung wurde in Genf nach Schweizer Recht eingerichtet."

Am 12. Oktober 1989 berichtet die "taz": "Der Chef der Chemiefirma Imhausen, die verdächtigt wird, das technische Know-how für eine Giftgasanlage in Libyen geliefert zu haben, bleibt weiter in Haft... Danach gilt für den Haftrichter als erwiesen, daß Imhausen an der Lieferung eines Gerätes für die Herstellung des Giftgases 'Lost' beteiligt war. Insgesamt gilt Imhausen nach den Ermittlungen als dringend verdächtig, bei der Planung und dem Bau der libyschen Giftgasfabrik in Rabta beteiligt gewesen zu sein."

Am 30.11.1989 berichten die ARD-"Tagesthemen", Rabta sei zweifelsfrei eine Giftgasfabrik; bei Probeläufen sei bereits Giftgas hergestellt worden.

## 1.3

## Aktiva und Passiva: ein paar Fragen

1.
Wie war es für Alfred Mechtersheimer möglich, zwischen 1982 und 1985 eine Summe von DM 109.000 (25.000,-- ibf-GmbH, 25.000,-- für Malta-Konferenz, 24.000,-- für Mercedes, 35.000,-- Wertpapierverlust) aufzubringen, *neben* dem Erwerb eines Hauses zum Kaufpreis von ca. DM 600.000 *und* den laufenden Lebenshaltungskosten *sowie* den monatlichen Mietkosten für das Haus bei Weilheim?

2.
Warum gründete Alfred Mechtersheimer 1982 neben dem bereits existierenden Forschungsinstitut für Friedenspolitik das Informationsbüro für Friedenspolitik, obwohl die Aufgabenstellung für beide Institutionen, abgesehen vom Aspekt der wissenschaftlichen Forschung, fast identisch war?

3.
Das ibf ist seit seiner Gründung 1982 defizitär. Wer trägt die bisher bei der ibf-GmbH, dessen alleiniger Gesellschafter Alfred Mechtersheimer ist, entstandenen Kosten?

4.
Wie finanziert sich das am 13.4.1989 in Starnberg auf Initiative von Alfred Mechtersheimer gegründete "Starnberger Komitee", dessen Gründungsmitglied er ist? Die Gemeinnützigkeit wurde vom zuständigen Finanzamt Fürstenfeldbruck verweigert.

5.
Wie im Mai 1989 in der Presse berichtet, wurde von Gaddafi in Genf eine Stiftung mit dem Kapital von 10 Millionen Dollar eingerichtet, um den mit 250.000 Dollar dotierten "Khadhafi-Menschenrechtspreis" zu finanzieren. Erich Schmidt-Eenboom, Vorsitzender des "Starnberger Komitees", wurde im Artikel der "Süddeutschen Zeitung" vom 25./26./27.3.1989 folgenderweise zitiert: "Nach Aussagen mehrerer Konfidenten erzählt der Hauptmann a.D. Erich Schmidt-Eenboom, derzeit engster Mitarbeiter des Oberstleutnant a.D. Alfred Mechtersheimer, im Januar 1989 bei verschiedenen Gelgenheiten, es gebe in der Schweiz festangelegtes Kapital in Höhe von 10 Millionen Dollar aus Libyen. Mit den Zinsen oder der Rendite könne eine Stiftung arbeiten."
Profitiert das "Starnberger Komitee" auf die eine oder andere Weise von den Zinsen oder der Rendite dieser Stiftung?

Alfred Mechtersheimer sagte bei der Fraktionssitzung der Grünen im Bundestag am 25.4.1989, befragt nach seinen Kontakten zu Libyen, laut Protokoll dieser Sitzung: "Er widerspricht der Behauptung, er hätte seit 1982 regelmäßig Kontakte zu Libyen. Die ca. 10 - 12 Einladungen, die er seit 1982 zu einem Besuch in Libyen erhalten hätte, wurden alle von ihm abgelehnt." Er erwähnte nicht, daß er außerhalb Libyens Kontakte zu Libyen hatte.

*Uta Schulze-Lessel*

(ehemalige Geschäftsführerin der ibf GmbH und Mitglied des Forschungsinstituts für Friedenspolitik e.V., Starnberg)

# Den Frieden retten – Deutschland vereinen!

In diesem Jahrhundert haben wir Deutschen zwei Katastrophen halbwegs überstanden. Das kann aber kein Grund zum Übermut sein, um nun verträumt in eine dritte Katastrophe hineinzurutschen. Sie wäre mit ziemlicher Sicherheit unsere letzte.

Von dem großen politischen Karikaturisten A. Paul Weber stammt die bekannte Zeichnung, wie die Deutschen gehorsam und in endloser Reihe einem riesigen NS-Sarg zustreben. Gezeichnet wurde sie für eine 1932 erschienene Schrift, in der Ernst Niekisch vor Hitler als einem deutschen Verhängnis warnte.

Haben wir Deutschen aus der Katastrophe gelernt? Haben eigentlich unsere Politiker und Moralisten daraus gelernt? Denken wir nicht alle viel zu kurz, viel zu sehr in den Kategorien tagespolitischer Polemik, die einen nach links, die anderen nach rechts attackierend?

38 Jahre nach Kriegsende vermeiden wir es strikt, über die eigentlichen Ursachen der Kriegsgefahr in Europa nachzudenken. Wer nur die Raketen in Europa zählt und danach zusätzliche fordert oder keine neuen will, versündigt sich am Wohlergehen unseres Volkes.

Wer spricht nun eigentlich davon, daß nicht so sehr die Raketen und ihre Anzahl den Frieden bedrohen, sondern die hinter ihnen stehenden gegensätzlichen politischen Systeme, die unseren Kontinent, unser Land und sogar unsere Hauptstadt rücksichtslos zerschneiden?

Warum gehen sowohl die Regierung als auch die Friedensbewegung so eklatant am Kern des Problems vorbei? Ist es Rücksicht auf die Amerikaner bei den einen und Rücksicht auf die Sowjets bei den anderen? Muß die Dankbarkeit für die Befreiung so weit gehen, daß wir uns selbst verleugnen und aufgeben? Sollen Bundeswehr und Volksarmee tatsächlich einen Bruderkrieg führen?

Unser Volk ist wie jedes andere überfordert, die militärstrategischen Finessen der gegenwärtigen Raketendiskussion nachzuvollziehen, aber es beginnt zu begreifen, daß hinter der Raketenfrage unbarmherzig das nationale Problem unseres Landes zum Vorschein kommt. Die sorglose Einfügung in die diametralen Blocksysteme fordert mit historischer Konsequenz ihren zerstörerischen Tribut.

Als Ergebnis des 2. Weltkrieges wurde Deutschland geteilt, aber es ist die Ironie der Geschichte, daß sich an dieser Teilung der nächste Krieg entzünden kann. Es wäre deshalb kurzsichtig und verhängnisvoll, wenn unsere Nachbarn über den deutschen Zustand frohlockten. Sie sitzen mit uns und wir mit ihnen im gleichen Boot.

Die nationale Frage der Deutschen ist zugleich eine wahrhaft revolutionäre Aufgabe aller Europäer. Wenn die Spaltung des Kontinents nicht überwunden und die Freiheit aller seiner Völker nicht errungen wird, enden wir alle irgendwann im atomaren Inferno.

Wir fordern deshalb die Regierungen in Bonn und Ost-Berlin sowie die Friedensbewegung im ganzen Land nachdrücklich auf, zum Kern der Dinge zu kommen und nicht an der Sache vorbeizureden. Politische Emanzipation heißt das Gebot der Zeit.

Wir richten an die beiden deutschen Regierungen und an die Friedensbewegung in West und Ost den dringenden und inständig bittenden Appell, die Rüstungsproblematik in Deutschland und die Idee einer atomwaffenfreien Zone in Europa in einen unmittelbaren Zusammenhang mit dem Friedensvertrag für Deutschland und einem Stufenplan deutsch-deutscher Konföderation zu stellen.

Wir haben die stille Hoffnung, daß die immer mehr wachsende und unkalkulierbar werdende Atomkriegsgefahr neue Einsichten in Washington und Moskau reifen läßt. Vielleicht ist es nicht mehr so absurd, die Rekonstruktion Europas als Mitte und als Mittler zu begreifen als Rettung der Menschheit. In Anbetracht der Gefahr muß die Hybris in der Politik ein Ende haben.

Wolfram Bednarski – Prof. Dr. Konrad Buchwald – Sven Thomas Frank – Dr. Albrecht Giese – Gerhard Josewski
Gerd-Klaus Kaltenbrunner – Ruth Korth – Herbert Meyer – Fred Mohlau – Udo W. Reinhardt – Ottokar Runze – Wolf Schenke
Kurt Schölzke – Dr. Theodor Schweisfurth – Prof. Dr. Wolfgang Seiffert – Wolfgang Strauss – Dr. Wolfgang Venohr – Dr. Michael Vogt

V.i.S.d.P.: Sven Thomas Frank, Postfach 563, 1000 Berlin 46

Zustimmungen an Postfach, Spenden an PSchK 235486-104 Bln-W (Frank)

Freitag, 3. Februar 1984, Nr. 29 — Frankfurter Rundschau

# 2. Gaddafi - Schönhuber

## 2.0
## Zusammenfassung

Romantizistische Zivilisationskritik, antiwestliche Ressentiments, Ablehnung der Gleichheitsforderungen, Nationalismus bringen Gaddafi und nationalrevolutionäre Neofaschisten zusammen. Diese Mischung war schon die Basis der historischen völkisch-faschistischen Ideologen. Immer wieder gibt es Presseberichte über die Finanzierung europäischer neofaschistischer Organisationen durch Gaddafi. Auch bundesdeutsche Nationalrevolutionäre, die Schönhuber zum Aufstieg mitverhalfen, profitierten. Organ hierzu war u.a. die nationalrevolutionäre Zeitschrift "wir selbst" aus Koblenz, in der schließlich Schönhuber höchstpersönlich den Kommentar schreiben durfte. Die Zeitschrift ist auch Propagandaorgan Gaddafis, "wir selbst"-Verleger Bublies hat den Alleinvertrieb für die Bundesrepublik Deutschland bei Gaddafis "Grünem Buch". Bublies war bis vor kurzem Kreisvorsitzender der REPs in Koblenz.

## 2.1
## Spanische Francisten und europäische "Neue Rechte"

Der libysche Revolutionsführer Muhammar Al Gaddafi unterstützt in aller Welt Befreiungsbewegungen finanziell. Berichte über diese Aktivitäten erwecken oft den falschen Eindruck, als würden libysche Petro-Dollars wahllos über rechte und linke Organisationen ausgeschüttet, weil sich Gaddafi Verbündete einkaufen wolle. Tatsächlich lassen sich die meisten von dem Libyer unterstützten Organisationen auf den Nenner "Nationalismus" bringen. (Allerdings erscheinen nationalistische Befreiungsbewegungen der "Dritten Welt", die sich gegen den Neokolonialismus der kapitalistischen Industriestaaten wenden, bei oberflächlicher Analyse manchem fälschlicherweise ebenso als "links" wie die von Gaddafi finanzierten nationalistischen Terrorgruppen IRA oder ETA.)
Bereits des öfteren erschienen Berichte in der Presse, nach denen Libyen bekannte rechtsextremistische Organisationen unterstützt. So schrieb der SPIEGEL (Nr. 22/1986), Gaddafi habe sich "mit rechtsradikalen Anhängern der Franco-Diktatur verschworen". Bei mehrmaligen Treffen des "Gaddafi-Gesandten" Said Mohammed "mit spanischen Ultras" sei unter anderem "die Gründung einer neuen rechtsradikalen, anti-europäischen und Anti-NATO-Partei beschlossen" worden, als deren Ziele der SPIEGEL aufführte: "Sturz der Demokratie, Auflösung aller politischen Parteien, sofortiger Austritt Spaniens aus der NATO und der EG".
"Gaddafi wollte das Unternehmen großzügig finanzieren", weiß der SPIEGEL; "dem Kopf des Gemeinbundes, Oberst Carlos de Meer de Ribera, soll er bei dessen heimlichen Besuch Anfang des Jahres (1986, d.V.) in Tripolis persönlich rund 300 Millionen Pesetas (etwa 4,7 Millionen Mark) versprochen haben".
Gaddafi habe den spanischen Faschisten bereits, so heißt es weiter, "vor Jahren zwei teure, aber wenig erfolgreiche Kampfblätter finanziert" sowie "die rechtsradikale Schlägertruppe der Minigewerkschaft 'Fuerza Nacional des Trabajo' unterstützt". Über den Partner Gaddafis, den spanischen Putschisten Oberst Carlos de Meer, berichtet der SPIEGEL, er sei "der wohl herausragendste Vertreter jener kleinen, aber aktiven Gruppe falangistischer Nationalisten innerhalb der spanischen Armee, die in Spanien ein Militärregime ohne Bindung zu Europa und

schon gar nicht zur NATO anstreben". Diese Faschisten sähen in Gaddafi "einen 'Schimmer Hoffnung in der vom Kapitalismus und Marxismus gleichermaßen korrumpierten, degenerierten Welt', so deren Ideologe und Arabienspezialist Antonio Medrana in seinem Buch 'Islam und Europa'. Im schönsten Gaddafi-Stil lobt der Autor den Islam und den Heiligen Krieg gegen 'die verweltlichte, verweiblichte, gottlose und verbürgerlichte Zivilisation'."

Diese theoretischen Ansätze entsprechen den Positionen der mit faschistisch-elitären Zeitschriften europaweit verbreiteten "Neuen Rechten" um den Franzosen Alain de Benoist, die deutsche Arabien-Kennerin und Altfaschistin Sigrid Hunke (bis November 1988 Chefideologin und Ehrenpräsidentin der Sekte "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft", die nach 1945 von ehemaligen Mitarbeitern und Anhängern des NSDAP-Chefideologen Alfred Rosenberg gegründet wurde) und das Kasseler "Thule-Seminar" (dem bundesdeutschen Ableger der "Neuen Rechten" um Pierre Krebs, Hunke und Benoist). Sie sind in ihrer Gesellschaftskritik weitgehend deckungsgleich mit Positionen der nationalrevolutionären "Konservativen Revolution" der 20er Jahre (diesem europaweit verbreiteten Netz faschistisch-elitärer Intellektueller, die an der geistigen Basis des Faschismus arbeiteten und auf die sich die "Neue Rechte" heute positiv bezieht) und des nationalrevolutionären antikapitalistischen Flügels der NSDAP um die Gebrüder Strasser und die SA/HJ. Die nationalrevolutionären Ideen bilden heute in Italien, Spanien, bei der französischen "Nouvelle Droite", der Britischen "National Front", bundesdeutschen Nationalrevolutionären (die sich inzwischen weitgehend den REPs angeschlossen haben), belgischen und skandinavischen rechtsextremen Gruppen die wichtigste theoretische Grundlage ihrer Politik. Die selbstverständlich zu erwartenden regionalen Unterschiede zwischen den in Tripolis, Madrid, München, Brüssel oder Stockholm vertretenen Positionen können dabei nicht die gemeinsamen ideologischen Grundlagen und die auf absehbare Zeit gemeinsamen politischen Ziele verdecken: eine Loslösung Europas von den "westlichen" Werten der Demokratie, der bürgerlichen und sozialen Gleichheit, und eine Konstruierung eines nationalistischen "Europa der Vaterländer" als der dritten, später der ersten Weltmacht schlechthin gegen die USA (und heute auch noch: die UdSSR) und den asiatischen Raum.

Gaddafi unterstützte auch nach einem Bericht der rechtsextremen Zeitschrift "Criticon" (Dezember 1981, S. 291) die verbotene italienische neofaschistische Organisation "Avanguardia Nazionale" finanziell.

## 2.2

## Britische "National Front", "Gesamtdeutscher Studentenverband", "Thule-Seminar"

Im SPD-Pressedienst "blick nach rechts" berichtete am 25.9.1989 der Kenner des britischen Faschismus Graeme Atkinson über die Beziehungen zwischen der britischen "National Front" (NF) und Libyen.
Die NF ist der britische Ableger der europäischen "Neuen Rechten", ihr Chefideologe Michael Walker ist auch Chef der Zeitschrift "The Scorpion", der britischen Ausgabe der vom Inhalt her fast gleichen neurechten Zeitschriften "Elemente" ("Thule-Seminar", BRD), "éléments" ("Nouvelle Droite", Frankreich), "elementi" und "Transgressioni" (Italien), "punto y coma" (Spanien), "L'anneau" (Belgien) usw., in denen Walker und/oder seine Freunde publizieren. In der britischen NF spielen die nationalrevolutionären Ideen Strassers eine bedeutende Rolle. Michael Walker ist als europäischer Faschist prominent genug, um vom nationalrevolutionär orientierten "Gesamtdeutschen Studentenverband" (GDS), der offiziellen Studentengruppe des "Bundes der Vertriebenen", als Referent zu einem Seminar eingeladen zu werden (Bericht der "Burschenschaftlichen Blätter", Nr. 6/1986, S. 185), gemeinsam mit dem bundesdeutschen nationalrevolutionären Ideologen Peter Bahn, ehemals prominentes Mitglied der Sekte "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft", Unterstützer der Gruppe "Initiativkreis Linke Deutschland-Diskussion" (LDD), Autor in den nationalrevolutionären Zeitschriften "wir selbst" und "Aufbruch" und beim "Nationalrevolutioären Koordinationsausschuß" aktiv, der sich mittlerweile über eine Zwischenstation namens "Politische Offensive" (PO) den REPs angeschlossen hat (dazu mehr in Kapitel 2.4.2 und 3.). Der langjährige GDS-Funktionär und stellvertretende Bundesvorsitzende des GDS, Peter Boßdorf, kandidierte bei der Kommunalwahl 1989 in Bonn für die REPs. Der GDS veranstaltet seit Jahren Seminare gemeinsam mit der Münchner Burschenschaft "Danubia", so auch das Seminar mit Bahn und Walker. Der "Danubia"-Sprecher Hans-Ulrich Kopp ist neben dem Sohn des "Criticon"-Herausgeber Caspar von Schrenck-Notzing, Alexander, einer der Sprecher der neugegründeten REP-Studentenorganisation "Republikanischer Hochschulverband" (RHV); der RHV wurde im Haus der "Danuben" in München gegründet. Wie der SPD-Pressedienst "blick nach rechts" am

31.7.89 schreibt, ist auch das REP-Mitglied Torsten Witt aus Berlin, Mitarbeiter der dem RHV nahestehenden neurechten Intellektuellen-Zeitschrift "Junge Freiheit", für den GDS tätig (er ist dort örtlicher GDS-Vorsitzender). "Junge Freiheit" puschte in Nr. 3-4/1988 den Chef des "Thule-Seminars", Pierre Krebs, mit einem Artikel. Der ehemalige GDS-Funktionär Joachim Apel (Emden), um den sich im Ostfriesischen etliche GDS-Leute sammelten, mietete kürzlich einen Saal für eine REP-Veranstaltung an ("blick nach rechts" 9.10.89).
Der GDS ist vom Bonner Finanzamt als gemeinnützig anerkannt und erstattet den Teilnehmern seiner Seminare oft die Reisekosten. Von einem derartigen Seminar im "Haus Annaberg" des Vereins baltisch-christlicher Studenten in Bonn starteten am 1.9.1984 (Antikriegstag!) neonazistische Gewalttäter und GDS-Funktionäre zu einem Überfall auf Punks am Bonner Kaiserplatz, bei dem sie sich mit FAP-Mitgliedern, u.a. "SS-Siggi" Borchardt und Personen, die später die Bielefelder "Nationalistischen Front" (NF) mitbegründeten, trafen und eine junge Frau schwer verletzten; der Überfall wurde auch im Verfassungsschutzbericht des Bundesinnenministers genannt. Ehemalige Gesinnungsfreunde des NRKA-Vordenkers, GDS-Referenten und LDD-Unterstützers Peter Bahn warfen diesem Ende 1987 vor, bei der Organisation "Politische Offensive", die sich inzwischen den REPs angeschlossen hat, aufgetretene Mitglieder der Bielefelder NF als "kritisch reflektierende Mitglieder" verteidigt zu haben.
Der "blick nach rechts" vom 25.9.89 berichtet, Gaddafi habe die britische "National Front" (NF) des GDS-Referenten Walker jahrelang finanziell unterstützt. Noch im Oktober 1988 seien die drei britischen NF-Führer Nick Griffin, Patrick Harrington und David Holland "in Tripolis geladene Gäste einer staatlich geförderten Organisation (Libysches Friedens-Kommitee)" gewesen. Der italienische Rechtsterrorist Roberto Fiori, ein enger Freund Michael Walkers (zeitweise bewohnten sie nach Angaben der britischen antifaschistischen Zeitschrift "Searchlight" dieselbe Wohnung in London), habe die Libyen-Verbindung zur NF eingefädelt; Fiori gehörte in Italien zu der neofaschistischen Gruppe "Dritte Position", einer an den nationalrevolutionären Strasser-Ideen ausgerichteten Gruppe des rechtsextrem verstandenen "Dritten Weges" zwischen Kapitalismus und marxistischem Sozialismus; Fiori wurde von der Zeitschrift "Searchlight" mehrfach in Verbindung zu dem 1980 verübten Bombenattentat auf dem Bahnhof von Bologna gebracht (85 Tote). Walker lebt heute in der Nähe von Köln. (Vgl. auch Kapitel 2.4.3 und 2.5.)
Wie die antifaschistische Zeitschrift "Der Rechte Rand" schreibt, hat der GDS ausgezeichnete Verbindungen zu dem als Geheimbund organisierten "*Thule-Seminar*" in Kassel: Dessen Chef Pierre Krebs sei bereits im Oktober 1983 zu einem gemeinsam von der Burschenschaft "Danubia" und dem damals noch ODS ("ostpolitscher"...) heißenden GDS veranstalteten Seminar als Referent eingeladen worden. Die langjährige GDS-Funktionärin Yvonne Olivier, die mit Boßdorf in einer gemeinsamen Wohnung in Bonn lebt, gehöre als "ordentliches Mitglied" (Mitgliedsnummer: 84*OM*D*02.25) der obersten geheimen Führungsspitze des "Thule-Seminars" an, dem laut "Thule"-Regeln nur angehören kann, wer "auf relevante Militanz für das THULE-SEMINAR verweisen kann". "Thule"-Chef Pierre Krebs hat auch Kontakt zu militanten Neonazis.
Die Kasseler "Stattzeitung" schreibt im November 1989, der frühere hohe GDS-Funktionär Hans-Michael Fiedler von der niedersächsischen NPD habe in den Jahren 1980 bis 1983 "an den Treffen des Thule-Seminars teilgenommen". Nach einer Meldung des SPD-Pressedienstes "blick nach rechts" vom Juni 1989 hat der Organisator des "Thule-Seminars" Pierre Krebs bei der militant neonazistischen Bielefelder "Nationalistischen Front" (NF) Kaderschulungen durchgeführt. AntifaschistInnen sind im Besitz von Fotos, die Pierre Krebs mit einem NF-T-Shirt zeigen. Wie das Info-Blatt der NF (3/88) berichtet, fuhren Krebs und NF-ler am 26.6.1988 zu einer "Sonnwendfeier" nach Frankreich, auf der an die Tradition der Waffen-SS angeknüpft wurde (der ja auch Schönhuber angehörte, vgl. sein Buch "Ich war dabei") und zu dem sich der Waffen-SS-General Leon Degrelle telefonisch zuschaltete. Teilnehmer war ebenfalls Otto Ernst Remer ("Der Bismarck-Deutsche", vgl. 2.4.5).
Einen Sonderdruck des Apartheid-freundlichen Artikels "Entscheidung im Süden" aus "Nation Europa" vertreibt auch die "Hochschulpolitische Gruppe Bielefeld" des GDS; Autor des Artikels ist Heinrich Jordis von Lohausen, der neben P. Krebs, Hunke, Benoist u.a. auch in dem Buch "Mut zur Identität - Alternativen zum Prinzip der Gleichheit" des "Thule-Seminars" schreibt (Krebs 1988).
Mit dem "Thule-Seminar" arbeitet die alt- und neofaschistische Religionswissenschaftlerin Sigrid Hunke eng zusammen, die bis Ende 1988 fast zwei Jahrzehnte Vize- und Ehrenpräsidentin der Sekte "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft" war. In der Sekte fanden sich nach 1945 zahlreiche Anhänger und enge Mitarbeiter Alfred Rosenbergs zusammen. Rosenberg war Mitglied des Geheimordens "Thule-Gesellschaft", der als eine Keimzelle der NSDAP gilt. Hunke ist unbestritten die herausragende deutschsprachige Ideologin der "Neuen Rechten" und des "Thule-Seminars". Sie schreibt in dem "Thule"-Grundlagenbuch "Mut zur Identität" - Alternativen zum Prinzip der Gleichheit" (Krebs 1988). Richard W. Eichler, ebenfalls ein "Deutscher Unitarier" und Bewunderer des Hitler-Bildhauers Arno Breker, schrieb bereits in dem ersten Buch des "Thule-Seminars" "Das unvergängliche Erbe" (Krebs 1981; im Verlag des Rosenberg-Mitarbeiters und "Unitarier"-Mitbegründers Herbert Grabert erschienen), u.a. gemeinsam mit Alain de Benoist und Armin Mohler. Benoist beruft sich in seinem Buch "Heide-Sein zu einem neuen Anfang" auf das neuheidnische Buch Hunkes "Europas andere Religion" von 1969.

Die Arabien-Kennerin Hunke verfaßte u.a. das Buch "Allahs Sonne über dem Abendland - Unser arabisches Erbe", das bis 1986 in zwölf Übersetzungen und in einer Gesamtauflage von über 800.000 Exemplaren erschienen war. Die Antisemitin Hunke will hierin zeigen, daß der Einfluß der Araber über die deutschen Kaiser der Stauferzeit in Mitteleuropa bedeutender war als der des Juden- und Christentums; ähnliches vertritt sie auch in dem Buch "Kamele auf dem Kaisermantel". In "Allahs Sonne" beruft sie sich offen auf ihren Doktorvater von 1940/41, den SS-Rassepsychologen Ludwig Ferdinand Clauß, und dessen bereits ethnopluralistisch ausgerichtetes Buch von 1937 "Semiten der Wüste unter sich". Der als Wissenschaftler unbedeutende Clauß gehörte 1933 zu den führenden Nazi-Psychologen. Auf dem Gleichschaltungskongreß der Deutschen Gesellschaft für Psychologie 1933 hielt er eines der vier Hauptreferate, das bereits deutlich ethnopluralistisch ausgerichtet war und sich daher von der herrschenden Strömung der NS-Herrenmenschen-Ideologie abhob. Clauß genoß in der SS hohes Ansehen wegen seiner rassistischen Ableitungen der menschlichen Psyche, fiel jedoch zu Ende des "Dritten Reiches" wegen seines Ethnopluralismus in Ungnade. Nach 1945 erhielt er keine Lehrerlaubnis mehr, veröffentlichte jedoch noch bis in die 60er Jahre Schriften, u.a. auch über die "arabische Psyche": bereits 1949 erschien sein Buch "Umgang mit Arabern des Ostens", 1963 folgte "Die Weltstunde des Islams".
Hunke promovierte 1941 bei Clauß über "Herkunft und Wirkung fremder Vorbilder auf den deutschen Menschen", wo sie (deutlich ethnopluralistisch) "artfremde" gegen "nordische Vorbilder" setzt sowie in einer "politischen Schlußbetrachtung" die "Forderung arteigenen Vorbildes" für die Deutschen erhebt. In ihrer Promotion bezieht sie sich nicht nur häufig auf das SS-Organ "Das Schwarze Korps" und die Arbeiten von Clauß; Thema ist die höfische Kultur des angeblich germanischen Mittelalters und ihre Veränderung auch unter mediteran-arabischem Einfluß. Einzelne Themenbereiche wie z.B. den Minnegesang und die Ritterlichkeit greift sie 1960 in "Allahs Sonne" und 1976 in "Kamele" wieder auf. Möglicherweise hatte sie auch Zugang zu den nicht mehr veröffentlichten Arbeiten ihres Lehrers Clauß. In beiden Büchern geht es Hunke vor allem um die Epoche der Stauferkaiser, namentlich Friedrich II., um eine Zeit also, als ein deutscher Kaiser Europa von der Nord- und Ostsee bis vor die afrikanische Küste und bis nach Kleinasien hinein beherrschte. Die Normannen in Sizilien werden von Hunke ebenso für die neofaschistisch-imperialen Gelüste im ausgehenden 20. Jahrhundert eingespannt wie die 30.000 arabischen Familien, die Friedrich II. in Nordapulien ansiedelte. (Die Hinwendung zum Mittelalter Friedrich I. und des II. findet sich im gesamten Neofaschismus, vgl. die Kyffhäuser-Legende, vgl. auch Otto Strassers ständestaatliche Vorstellungen.) Hunke wurde 1973 wegen "Allahs Sonne" als einzige Frau Ehrenmitglied des Obersten Rates für islamische Angelegenheiten Kairo.
Hunkes Arbeiten zu Arabien und der angeblich europäisch-eigenen (kelto-germanischen) Religion, die Pierre Krebs in "Mut zur Identität" als Grundlagenliteratur für das "Thule-Seminar" anpreist, basieren im wesentlichen auf den Ideen des NSDAP-Chefideologen Houston Stewart Chamberlain und den Arbeiten von L.F. Clauß.
Das "Thule-Seminar" hielt am 14.6.1988 *im libyschen Benghazi* eine Veranstaltung unter dem Titel ab: "Les conditions et la nécessité d'une alliance euro-arabe".

## 2.3 Das "Grüne Buch": Gaddafis "Mein Kampf "

Die Beziehungen des historischen Faschismus zu arabischen Politikern (und die von NS-Politikern nach 1945 zu arabischen Asyl-Staaten!) sind Legion. Davon zeugen die Artikel des NSDAP-Organs "Völkischer Beobachter" über den damaligen Palestina-Konflikt ebenso wie z.B. Aussagen arabischer Journalisten auf der vom NSDAP-Chefideologen Alfred Rosenberg 1943 in Wien veranstalteten "Zweiten internationelen Journalistentagung der Union nationaler Journalistenverbände". Im Tagungsbericht (Prag 1944) heißt es: "Der sehnlichste Wunsch der arabischen Journalisten ist die Freiheit ihrer Nation. Dann erst kann eine freie Presse in einem freien Land entstehen. Diese von der ganzen arabischen Nation so glühend ersehnte Freiheit kann aber nicht anders als durch die vollständige Niederlage des angelsächsischen Imperialismus und seiner Verbündeten, des gottlosen Bolschewismus und des internationalen Zionismus, erlangt werden. Der Sieg der Achsenmächte wird auch der Sieg der arabischen Völker sein, deren Schicksal im Mittelmeer aufs engste mit den Geschicken dieser Mächte der Ordnung und Gerechtigkeit, der ehrlichen, freien Zusammenarbeit aller Völker, verbunden ist" (S. 100f). Soweit der arabische Faschist Toubia el Hashem auf der Nazi-Konferenz 1943.

Die heutigen finanziellen und persönlichen Beziehungen zwischen Gaddafi und europäischen Neofaschisten basieren auf politischen Gemeinsamkeiten, von denen der Antiamerikanismus und das Interesse an Waffen nur die Vordergründe sind. Gaddafi hat seine "Weltanschauung", ein unausgegorenes Sammelsurium politischer und philosophischer Ideen, das gleichwohl rechtsextremistischen Sprengstoff birgt, in dem chaotischen Buch "Das Grüne Buch. Die Dritte Universaltheorie" niedergelegt. Das Buch gilt etlichen Befreiungsbewegungen der "Drit-

ten Welt" und auch europäischen Neofaschisten als ernstzunehmendes Grundlagenwerk, dem "Dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Sozialismus zugerechnet.
Gaddafis Ideen bilden die Basis für die politisch-finanzielle Zusammenarbeit mit Faschisten. Sein Buch enthält ebenso nationalrevolutionär-nationalistische Thesen wie offenen Rassismus. Ein paar Ausschnitte:

### *2.3.1 Offener Rassismus*

"Die jüngste Stufe der Sklaverei ist die Versklavung der schwarzen Rasse durch die weiße Rasse. Die Schwarzen werden das nicht vergessen, bis sie sich Genugtuung verschaft und ihre Ehre wiederhergestellt haben...Hinzu kommt die Zwangsläufigkeit der sozialen und geschichtlichen Kreisläufe - einschließlich der Beherrschung der Welt durch die gelbe Rasse, als diese sich von Asien aus über alle anderen Kontinente ausbreitete. Es folgte die Epoche der weißen Rasse. Sie errichtete ein weltweites Kolonialsystem. Jetzt wird es an der schwarzen Rasse sein, sich durchzusetzen" (S. 108). Die These, der Rassenkampf sei der Motor der Geschichte, ist die Grundidee des Faschismus, seit der NSDAP-Chefideologe Houston Steward Chamberlain 1899 sein Buch "Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts" herausbrachte. Auch die Abfolge des Rassenkampfes ist bei Gaddafi anfänglich mit Chamberlains Ideen identisch: Auf die Herrschaft der Juden (asiatische, gelbe Rasse) folgt die der Weißen. Daß Gaddafi als Afikaner dann zu einem anderen Ende kommt als die nordeuropäischen "Herrenmenschen", versteht sich von selbst. Dies spielt jedoch im neofaschistischen Ansatz des "Ethnopluralismus" nicht mehr die herausragende Rolle; heute wird im Neofaschismus von einer theoretischen (allerdings dann *nicht* mehr ökonomisch-praktischen) "Gleichberechtigung" der Völker gesprochen, die dann aber wegen ihrer angeblichen Verschiedenheiten apartheidmäßig zu trennen seien. Den Widerspruch zwischen offenem Rassismus der klassischen Art, wie ihn auch Gaddafi hier vertritt, und dem ethnopluralistisch modernisierten Rassismus können die neofaschistischen Intellektuellen der "Neuen Rechten" nicht auflösen, es geht ihnen immer wieder durcheinander. So auch bei Gaddafi.
Auf Gaddafis Antisemitismus, der wie bei zahlreichen Neofaschisten als modischer Antizionismus daherkommt, braucht hier nicht näher eingegangen zu werden, da er breit bekannt ist. Auch dieser Antizionismus ist wenig neu, man vergleiche z.B. den "Völkische Beobachter" der NSDAP, der in den 30er und 40er Jahren von "Solidarität" mit den Arabern Palestinas gegen die britische Besatzung und die zionistische Einwanderung überquoll.

### *2.3.2 Nationalismus und Ethnopluralismus als Grundlage*

Die Theorie des Nationalismus, wie Gaddafi sie vertritt, basiert auf einer einfachen Verwechslung von Sozialem und Nationalem: "Der soziale, d.h. nationale Faktor ist die treibende Kraft in der Geschichte der Menschheit" (75). Bescheiden gedacht, schreibt er weiter: "Die Beziehung zwischen dem einzelnen und einer Gruppe ist eine soziale Beziehung, d.h. eine Beziehung zwischen den Mitgliedern einer Nation. Nationen aber basieren auf Nationalismus. Es handelt sich folglich um eine nationale Angelegenheit. Die nationalen Beziehungen aber sind soziale Beziehungen. Die sozialen Beziehungen werden von der Gesellschaft abgeleitet, die aus den Beziehungen zwischen ihren Mitgliedern besteht, ebenso wie der Nationalismus von der Nation abgeleitet wird und damit aus den Beziehungen zwischen den Mitgliedern der Nation besteht. Demzufolge ist die soziale Beziehung auch eine nationale Beziehung und die nationale Beziehung eine soziale, hat die Gruppe ungeachtet zahlenmäßiger Unterschiede gleiche Merkmale wie eine Nation und umgekehrt." (75f).
Gaddafis Definition, die keiner soziologischen Prüfung standhielte, führt geradewegs zu der historisch-faschistischen wie neurechten völkischen Grundposition: daß alles Gesellschaftliche (Wirtschaftsverfassung, Staatsverfassung, Recht, Religion/Weltanschauung usw.) sich aus dem je Völkischen, aus dem nationalen Charakter herleite und daher je nach Nation verschieden sei ("Ethnopluralismus"). Auf dieser Basis lehnen die Faschisten z.B. die Demokratie als "undeutsch" oder "uneuropäisch" ab, erst recht, nachdem sie von den Siegern des Zweiten Weltkrieges mit der "Reeducation" wieder nach Deutschland gebracht wurde. Etwas Gemeinsames wie die universelle Geltung gleicher Menschenrechte, so das Credo der neurechten Ideologen, dürfe es wegen der völkischen Unterschiede gar nicht geben; laut Alain de Benoist sind die Menschenrechte nur ein weiterer Versuch des Judentums, analog den mosaischen Gesetzestafeln mit universellen Vorschriften, die den Andersartigen aufgezwungen würden, die Weltherrschaft zu erlangen (vgl. seinen Beitrag in dem Buch des "Thule-Seminars": "Mut zur Identität", Krebs 1988). Gaddafi dementsprechend an anderer Stelle über völkische Minderheiten: "Es ist klar, daß solche Minderheiten ihre eigenen sozialen Rechte besitzen" (107). Und schon vorher: "Aufgrund ihres nationalen Charakters hat jede Gruppe gemeinsame gesellschaftliche Bedürfnisse, die gemeinschaftlich befriedigt werden müssen. Diese Bedürfnisse sind keineswegs individualistisch. Es sind gemeinschaftliche Bedürfnisse, Rechte, Forderungen oder Ziele einer Nation, die durch einen einheitlichen Nationalismus gebunden sind" (76f). Hieraus folgt ebenso eindeutig das faschistische Konzept der "Volksgemeinschaft" wie die Parole "Du bist nichts, Dein Volk ist alles". Daß Gaddafi hier - wie die Alt- und Neofaschisten - mit der Gleichberechtigung der Menschen insgesamt nichts im Sinn hat, zeigt sein anschließender Ausflug in die Biologie, wo es eine Gleichberechtigung nicht gibt,

wohl aber das Recht des Stärkeren: "Das bedeutet, daß der nationale Kampf - der gesellschaftliche Kampf - die Grundlage der geschichtlichen Entwicklung ist, da er stärker als anderen Faktoren, Ausgangspunkt...die Basis...liegt er in der Natur der Menschengruppe...in der Natur der Nation. Er ist die Natur des Lebens selbst. Außer dem Menschen leben auch Tiere in Gruppen. Die Gruppe ist eigentlich die Grundlage für das Überleben aller Arten der Tierwelt. Im gleichen Maße ist der Nationalismus die Grundlage für das Überleben der Nationen. Nationen, deren Nationalismus zerstört ist, sind dem Untergang ausgeliefert" (77, Auslassungen im Original).

### *2.3.3 Nationalreligion als "nationale Identität"*

Hieran nahtlos anschließbar sind die europäischen alt- und neofaschistischen Positionen über den Wert des Nationalismus und das angeblich Selbst-Zerstörerische der "Überfremdung", sei diese "Überfremdung" (wie bei den historischen und neurechten Ideologen des Faschismus) von der "Fremdreligion" des "Judaochristentums" und seiner angeblich alles beherrschenden Weltanschauung verschuldet oder (wie die neofaschistischen Populisten es vereinfachen) von "den Ausländern". Gaddafi gesellt sich zu den historischen faschistischen Theoretikern, wenn er die Nationalreligion in den Mittelpunkt stellt: "Eine vernüftige Regel ist, daß jede Nation eine gemeinsame Religion haben sollte. Das Gegenteil ist als abnorm zu betrachten. Eine solche Abnormität bewirkt einen ungesunden Zustand, der zu einer echten Ursache von Auseinandersetzungen innerhalb einer nationalen Gruppe wird. Es gibt keine andere Lösung als mit der Regel, die besagt, daß jede Nation eine Religion haben soll. Stehen der soziale Faktor und der religiöse in Einklang, so wird Harmonie erreicht, und das Leben der Gruppen wird stabil und stark und entwickelt sich gesund" (79f). Exakt mit dieser Argumentation begründete z.B. der Vater der völkischen Bewegung in Deutschland, Paul de Lagarde, auf den sich die Nazis gleichermaßen wie Franz Schöhuber beriefen/berüfen, die Ablehnung des "Judaochristentums" als einer "Fremdreligion" und (weil "entfremdend" vom angeblichen Nationalcharakter) als verantwortlich für alle über die Deutschen gekommenen Übel im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts; eine eigene deutsche Nationalreligion müsse an seine Stelle treten, die das Deutsche Reich als vorgängiges "inneres Reich" erst einmal geistig begründe. (Am 22.3.1987 hielt das "Thule-Seminar" in Morbach die Veranstaltung ab: "Deutschland: unser inneres Reich".) Exakt dieselbe Argumentation gegen den "Universalismus", die Allgemeingültigkeit von Menschenrechten, vertreten Alain de Benoist in seinem Buch "Heide sein zu einem neuen Anfang" oder Sigrid Hunke vom "Thule-Seminar", die für den Klassenkampf ebenso wie für die Umweltverschmutzung die "Fremdreligion" des Judaochristentums verantwortlich macht (vgl. z.B. ihr Buch "Das Ende des Zwiespalts" 1971 oder "Das nach-kommunistische Manifest" 1974). Ähnliche Positionen finden sich immer wieder bei der "Konservativen Revolution" der 20er Jahre, z.B. bei Ernst Niekisch. Dieser Begriff der "Entfremdung" vom "eigenen Völkischen" ist zentral in Henning Eichbergs Argumentation (vgl. z.B. sein letztes Buch "Abkopplung"); er bezieht ihn auch auf religiöse Phänomene (vgl. Eichberg 1984).
Wer sich nicht zu den Eigenarten seiner Nation bekenne, so auch Gaddafi biologistisch im "Grünen Buch", der werde auch als Individuum krank (79f). Entsprechend forderte er, der die revolutionäre libysche Gesellschaft auf der Grundlage des Islam als der "eigenen Nationalreligion" aufbauen wollte, schon frühzeitig die "Säuberung von allen politisch Kranken des Landes" (eine seiner "Fünf Prinzipien" der libyschen Revolution, vgl. Bianco 1975).
Die (in Teilen nationalrevolutionäre) Sekte "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft" (DUR), die in den letzten 20 Jahren von Sigrid Hunke geistig geführt wurde, sieht sich selbst z.T. in der Tradition des Paul de Lagarde, einer "deutschen Nationalreligion" und als Fortsetzung entsprechender Nazi-Sekten aus dem "Dritten Reich"; führende Funktionäre der Sekte entstammten jahrzehntelang dem Umfeld Alfred Rosenbergs, der mit seinem "Mythus des 20. Jahrhunderts" und dem Nazi-Kirchenkampf eine "deutsche Nationalreligion" an die Stelle des Christentums setzten wollte. Mitglieder der Sekte stehen heute den REPs nahe oder gehören der Schönhuber-Partei an. Aus der DUR heraus wurde in den 50er Jahren u.a. das "Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes" (DEKG) mitbegründet; die "Wiking-Jugend" (WJ) wurde nach Tauber (1967) u.a. von der deutsch-unitarischen Jugend mitbegründet. Die aus der DUR heraus 1983 mitbegründete "Kieler Liste für Ausländerbegrenzung" hat sich inzwischen weitgehend den REPs angeschlossen.

### *2.3.4 Biologistische Grundlagen*

Gaddafi faßt das Nationale ausdrücklich als biologischen Begriff, von Familie und Stamm ausgehend: "In einer sich harmonisch entwickelnden Gesellschaft wächst der Einzelne natürlich in der Familie auf, und die Familie wiederum gedeiht in der Gesellschaft...Das Individuum ohne Beziehung zu einer Familie hat keinen Wert für das soziale Leben...Ein Stamm ist eine Familie, die als Ergebnis der Fortpflanzung gewachsen ist. Daraus folgt, daß der Stamm eine große Familie ist. In gleicher Weise ist eine Nation aus dem Stamm erwachsen...In sozialer Hinsicht ist die Familiengemeinschaft besser als die Stammesgemeinschaft; die Stammesgemeinschaft ist besser als die Gemeinschaft der Nation, und die Gemeinschaft der Nation ist besser als die Weltgemeinschaft, was Kameradschaft, Zuneigung, Solidarität und Nutzen anbelangt...Blutsbande sind der zentrale Faktor bei der Herausbildung von Stämmen, nicht aber der einzige. Denn Zugehörigkeit ist ebenfalls ein Faktor, der für die Herausbildung von Stämmen von Bedeutung ist. Im Laufe der Zeit verschwindet der Unterschied zwischen den Faktoren

Blutsbande und Stammeszugehörigkeit, was den Stamm zu einer sozialen und physischen Einheit macht. Blutsbande und Herkunft wiegen schwerer als andere integrierende Momente" (81-85). Mit dem Faktor "Zugehörigkeit" schließt Gaddafi an die kulturelle Argumentation der "Neuen Rechten" zur "nationalen Identität" an.
Gaddafis grundsätzlich biologistisch fundierte Sicht der Nation wird auch aus dem folgenden Zitat deutlich: "Der Nationalstaat ist die einzige politische Form, die mit ihrer natürlichen sozialen Struktur übereinstimmt. Seine Existenz hat Bestand, es sei denn, er fällt der Tyrannei eines stärkeren Nationalismus zum Opfer" (89). Biologische Abstammung und das Recht des Stärkeren also.

### *2.3.5 Völkische Neuordnung der Welt*

Gaddafi vertritt auch ethnopluralistische Positionen, die den Forderungen der europäischen Nationalrevolutionäre nach einer völkischen Neuordnung Europas nach Maßgabe der "nationalen Identitäten" entgegenkommen: "Politische, ökonomische oder militärische Faktoren haben dazu geführt, daß Gruppen von Familien zu Staaten zusammengefaßt wurden, welche mit der ursprünglichen Natur der Menschheit nichts gemein haben" (80f). "Alle Staaten, die aus unterschiedlichen Gründen aus mehreren Nationalitäten bestehen - ganz gleich ob es sich um religiöse, ökonomische oder militärische Macht oder um eigenständige Ideologien handelt - werden von nationalen Konflikten so lange zerrissen, bis jeder einzelne Nationalismus selbständig geworden ist" (90f). "Die Mißachtung der nationalen Bindung von Menschengruppen und die Errichtung eines politischen Systems, welches im Widerspruch zur sozialen Realität steht, führt zwar zur Herausbildung zeitweilig intakter Strukturen, die jedoch dadurch zerstört werden, daß der soziale Faktor in diesen Gruppen, das heißt die nationalen Bewegungen der Nation, in Gang kommt" (92). Der Nationalismus, so Gaddafi sauber nationalrevolutionär argumentierend, zerschlage übernationale Zusammenschlüsse, wo sie das "Eigene" der Nation bedrohten. Das ist exakt die Argumentation, wie sie z.B. Wolfgang Venohr, Wolfgang Strauss oder Henning Eichberg seit den 60er Jahren gegenüber Osteuropa und der UdSSR vertreten und wie sie im Dezember 1989 als nazistische Schmiererei auf dem sowjetischen Ehrenmal in Ostberlin zu lesen war: "Zerschlagt das letzte Völkergefängnis UdSSR".
Seiner Nation und ihren Eigenarten kann dieser Ansicht nach niemand entfliehen, da sie biologisch fundiert gedacht werden; die Nation ist eine Schicksalsgemeinschaft; Gaddafi: "Schließlich ist für die Nation - unabhängig von Blutsbanden - das Zusammengehörigkeitsgefühl und das gleiche Schicksal charakteristisch" (87).
Der faschistische Begriff von Nation wäre also komplett.

### *2.3.6 Gaddafis faschistisches Frauenbild*

Passend zu seiner biologistischen Fundierung der Politik ist auch Gaddafis Frauenbild. "Warum war es notwendig, Mann und Frau zu schaffen? Es muß die natürliche Notwendigkeit dafür geben, daß es Mann und Frau gibt, und nicht nur den Mann oder die Frau. Daraus folgt, daß sie nicht miteinander identisch sind; das bedeutet, daß es für beide von ihnen eine Rolle gibt, die dem Unterschied zwischen ihnen entspricht. Dementsprechend muß es für beide allgemein gültige Bedingungen geben, unter denen sie ihre natürlicherweise verschiedenen Rollen leben und verwirklichen können" (93). Weiter spricht er von "angeborenen Besonderheiten", die Mann und Frau "unterschiedliche Rollen und Funktionen im Leben zuweisen" (94). Die Rolle der Frau beschreibt Gaddafi dann nach Art von Schönhubers "Ich war dabei" und des Parteiprogramms der REPs: die Frau werde nur als Mutter und Ehefrau ihrer Natur gerecht, es schade auch ihrer Schönheit, anders zu arbeiten denn als Hausfrau.
Die "Verhinderung der Schwangerschaft", "vorsätzliches Eingreifen zur Schwangerschaftsverhütung" bekämpft Gaddafi als "willkürliches Eingreifen in das Wesen des Lebens (!), wie es sich in Empfängnis, Stillen, Mutterschaft und Ehe (!) konkret darstellt", als "Handlungen gegen das natürliche Leben, die im Mord gipfeln" (95). Er lehnt Einrichtungen der öffentlichen Kindererziehung wie z.B. Kindergärten als "Geflügelfarmen" ab, "in welche die Hühner gepfercht werden, nachdem sie ausgebrütet worden sind...Das Fleisch, das von mechanisierten Geflügelfarmen stammt, ist nicht schmackhaft und kann nicht sonderlich nahrhaft sein, da die Küken nicht natürlich aufgezogen werden, das heißt, sie gedeihen nicht im schützenden Schatten der natürlichen Mutterschaft" (96). Die Frau als Fleisch produzierende Glucke. Soziale Einrichtungen, die den Frauen eine gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, soll es nicht geben, weil es diese gleichberechtigte Teilnahme nicht geben soll: "Mutterschaft ist die Funktion des weiblichen Wesens und nicht des männlichen...Die Mutter, die auf Mutterschaft verzichtet, wiederspricht ihrer natürlichen Rolle im Leben...Eine Frau, die Arbeit benötigt, die sie außerstande setzt, ihre natürliche Funktion zu erfüllen, ist nicht frei...Solch eine Arbeit stellt eine Bestrafung der Frau für ihre Mutterschaft und Verrat an der Menschheit dar. Letzteres wäre auch der Preis, den sie für das Betreten der Männerwelt entrichten müßte...Die Frau ist der Besitzer des Hauses, weil das eine der angemessenen und notwendigen Bedingungen für die Frau darstellt, die menstruiert, empfängt und sich der Pflege ihrer Kinder widmet. Die Frau ist der Eigentümer des Obdachs für die Mutterschaft, also des Hauses" (98-101).
Ganz im Sinne der Faschisten, die die Menschen- und Bürgerrechte nach angeblichen Naturgegebenheiten verschieden verteilen wollen, schwebt Gaddafi als Idealbild der Frau die bürgerlich und sozial entrechtete Mutter

vor: sie müsse "die für sie geigneten Rechte und Bedingungen erhalten" (98); "Freiheit bedeutet, daß jeder Mensch die Ausbildung erhält, die ihn zu solcher Arbeit befähigt, die für ihn angemessen scheint" (106). Schon die Nazis gingen 1933 zielstrebig daran, mit der Beschränkung des Frauenanteils an den Universitäten auf 10 Prozent die Führungspositionen der Gesellschaft frauenfrei zu halten und den Frauen durch Vorenthalten höherer Bildung die Chance auf solche Positionen ganz zu nehmen.
"Diese natürlichen Rollen (von Mann und Frau, d.V.) sind angemessen und wohlbegründet, weil sie naturgegeben sind und weil sie die Grundregeln für Freiheit sind...Mißachtung dieser natürlichen Rollen und mangelndes Interesse gegenüber diesen Rollen ist gleichbedeutend mit der Vernachlässigung und Vernichtung der Werte des Lebens selbst" (102); die "Verwischung der Rollen von Mann und Frau" sei "eine Tendenz gegen die Natur...Die Frau, die auf Ehe, Schwagerschaft und Mutterschaft verzichtet - zugunsten der Arbeit - gibt ebenfalls ihre natürliche Rolle unter Zwangsbedingungen auf" (103). Gaddafi schafft es mit Hilfe der altbekannten faschistischen Argumentationskette, die Fesseln der Biologie als "Freiheit" und die Freiheit des zivilisierten Menschen als "Zwangsbedingungen" hinzustellen, um damit unterdrückende soziale Bedingungen schmackhafter zu machen. Auf dieselbe Art wird auch von Vertretern der nationalrevolutionären "Neuen Rechten" "ethnopluralistisch" die ökonomische Unterdrückung von Menschen in der "Dritten Welt" gerechtfertigt, die angeblich eine "agrarische Natur" oder "Identität" hätten; ihre industrielle Entwicklung hin zu mehr Wohlstand wird als "überfremdender Zwang" bekämpft.
Gaddafi: "Eine Frau zu nötigen, die Aufgaben von Männern zu übernehmen, ist ein ungerechter Angriff gegen ihre Weiblichkeit, mit der sie die Natur für einen natürlichen und lebensnotwendigen Zweck ausgestattet hat...Wenn Frauen Aufgaben von Männern verrichten müssen, nehmen sie deren Rollen an und entledigen sich ihrer eigenen. Dabei gehen sie ihrer Schönheit verlustig. Eine Frau hat das volle Recht zu leben, ohne gezwungen zu sein, die Rollen eines Mannes zu übernehmen und auf ihre Weiblichkeit verzichten zu müssen" (105).
Diese zynische Rechtfertigung von Unterdrückung kommt bei Gaddafi im menschenfreundlichen Gewand einher, ebenso wie z.B. die Parole "Nationalismus aus Liebe zur Vielfalt der Völker und Kulturen", mit der Gaddafis nationalrevolutionäre europäische Freunde die südafrikanische Apartheid verteidigen.
"Frauen sind meist zart und hübsch, neigen zum Weinen und Erschrecken. Sie sind meist sanftmütig, während das männliche Wesen Robustheit entwickelt hat. Die natürlichen Unterschiede aber zwischen Mann und Frau zu ignorieren und die darauf basierenden Rollen zu vermischen, ist eine zutiefst unzivilisierte Haltung. Sie steht den Naturgesetzen feindlich gegenüber, wirkt sich verheerend auf das menschliche Leben aus und ist eine wichtige Ursache für die Armseligkeit und Erbärmlichkeit des sozialen Lebens des Menschen" (105).
Dieses Frauenbild findet sich so auch in Schönhubers Buch "Ich war dabei" oder im Parteiprogramm der REPs. Es ist auch das Frauenbild des Faschismus.
Im Parteiprogramm der REPs (Stand 1.1.90) heißt es: "Diejenige Frau, welche sich gleichzeitig in Ehe, Familie und Beruf zu bewähren versucht, leidet oft unter dieser Mehrfachbelastung und Selbstüberforderung. Sie fühlt sich ebenso unerfüllt - was oft zu psychischen Schäden führt - wie diejenige Frau, welche im Beruf alleinige Befriedigung sucht".

### 2.3.7 *Antiimperialismus als pseudolinker Machtanspruch*

Gaddafis Antiimperialismus richtet sich insbesondere gegen die USA. Das macht ihn auch für manche unreflektierte europäische Linke zu einem Vorbild. Andererseits beansprucht Gaddafi, selbst der Führer eines arabischen Imperiums zu sein, das als "arabische Nation" vom Atlantik bis zum Persischen Golf reichen soll. Auch diese panarabische Idee korrespondiert mit pangermanischen Vorstellungen, wie man sie heute bei den Neofaschisten immer noch antrifft: alle Deutschen in einem neuen Reich (vielleicht nur konföderativ) vereinigt (vgl. Schönhubers Südtirol-Differenzen zu den italienischen Faschisten!), dieses Deutschland als Führungsmacht eines ethnopluralistischen "Europa der Vaterländer". Die antiamerikanische, national-neutralistische Ausrichtung der bundesdeutschen nationalrevolutionären Neofaschisten stimmt ebenso mit Gaddafis Vorstellungen überein wie mit denen der in Kapitel 2.1 genannten spanischen Falangisten. Ihr Antiamerikanismus half den Nationalrevolutionären, in der ersten Hälfte der 80er Jahre vielfach als Linke mißverstanden zu werden und somit Einfluß auch auf linke Bewegungen zu bekommen.
Als "antiimperialistisch" gab sich bereits das NSDAP-Organ "Völkischer Beobachter" in seinen Artikeln gegen die britische Kolonialmacht in Palestina. An die proarabischen, antisemitischen Positionen der Nazis im Palestinakonflikt wurde nach 1945 von neofaschistischer wie von arabischer Seite angeknüpft.

# 2.4
# Bundesdeutschen Nationalrevolutionäre an Gaddafis Öldollar-Tropf

## *2.4.1. Nationalrevolutionäre basteln am Neofaschismus*

Der bundesdeutsche Neofaschismus hat nach dem Niedergang der NPD Ende der 60er Jahre über die Schiene der Nationalrevolutionäre, der "Konservativen Revolution" und der Ideen des Hitler-oppositionellen Flügels der NSDAP um die Gebrüder Strasser (zwischen den Strömungen gab es in den 20er und 30er Jahren personelle und weitgehende ideologische Überschneidungen) wieder an Bedeutung gewinnen können. Schönhubers REPs sind das bisherige Endergebnis dieser 20jährigen Entwicklung, auch wenn einzelne Fraktionen der REPs hier (noch) andere Positionen vertreten mögen. Insbesondere Schönhubers "Intellektualisierungs"-Kampagne trägt heute Nationalrevolutionäre in seine Partei, die faschistisches geistiges Niveau an die Stelle großmannssüchtigen Querulantentums setzen.
Die "taz" zitiert dazu am 21.11.89 den Vorsitzenden des "Republikanischen Hochschulverbandes", Alexander von Schrenck-Notzing: "'Wir müssen in den Hörsälen genauso präsent sein wie in den Bierzelten.' Jungakademiker Alexander von Schrenck-Notzing, Sohn des Herausgebers des rechtsintellektuellen Magazins 'Criticon', ist optimistisch. Der 23jährige Münchner Jurastudent will mit dem im Mai in der bayrischen Landeshauptstadt gegründeten 'Republikanischen Hochschulverband' (RHV) beweisen, daß 'nationalkonservatives Gedankengut auch bei Menschen mit höherer Schulbildung Anklang findet'. Experten und Wissenschaftler sollen an den Universitäten für die Programm- und Parlamentsarbeit rekrutiert werden, um 'das Niveau der Partei zu heben'." Dies geschieht heute vor allem durch die Rekrutierung des Potentials bei Burschenschaften, GDS, dem "Ring freiheitlicher Studenten" (RFS) und anderen rechtsextremistischen Studentengruppen der 80er Jahre, die allesamt nationalrevolutionär ausgerichtet waren und sind.
Von der NPD hatte sich Anfang der 70er Jahre die nationalrevolutionäre "Aktion Widerstand" und die "Aktion Neue Rechte" (ANR) abgespalten. Die "Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation/Sache des Volkes" (NRAO/SdV) einerseits (eher mehr an Ernst Niekisch orientiert) und die "Solidaristische Volksbewegung" andererseits (stärker auf Strasser fixiert) traten dann das Erbe der ANR an, der "Nationalrevolutionäre Koordinationsausschuß" (NRKA) spaltete sich Ende der 70er Jahre hauptsächlich von der NRAO/SdV ab. Aus diesen Gruppen und einem Teil der inzwischen (1979) nationalrevolutionär orientierten NPD-Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten" (JN) wurde 1979 die Zeitschrift "wir selbst" gegründet, die Anfang bis Mitte der 80er Jahre das bedeutende Theorieorgan der antikapitalistischen Neofaschisten mit zahlreichen Verbindungen in eine teilweise verwirrte Linke war. Der Untertitel der Zeitschrift "für nationale Identität" ist das Programm auch Gaddafis. Die Zeitschrift erscheint inzwischen unregelmäßig, seit 1986 meist nur mit einer oder zwei Ausgaben im Jahr und enthielt auch früher schon meist nicht mehr als drei oder vier Hauptaufsätze pro Heft. In ihren besten Zeiten Mitte der 80er Jahre war "wir selbst" laut Dudek/Jaschke ("Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik", Opladen 1984, S. 77) das "wohl mit Abstand operativste Organ" der nationalrevolutionären Szene.
Bereits im ersten Heft (Dezember 1979, S. 2) bekannten die "wir selbst"-Macher: "Jawohl, wir sind Nationalisten". 1981 hieß es dann programmatisch (Heft 2/1981, S. 17): "Als Leitbilder müssen natürliche Gemeinschaften: Völkergemeinschaft, Volk, Religion, Gemeinde, Nachbarschaft angeboten werden". Damit ist das rechte Programm der Zeitschrift benannt.
(Die verbreitete Auffassung, zur "wir selbst"-Gründung hätten auch Reste maoistischer K-Gruppen beigetragen, hat sich in den meisten Fällen als falsch erwiesen: die genannten Personen, z.B. Hans-Josef Ackermann, waren vor ihrer Mitgliedschaft in maoistischen Gruppen bereits im Neofaschismus - NPD und Umfeld - aktiv. Das gleiche gilt für Peter Bahn, vgl. 2.4.4.)

## *2.4.2 Henning Eichberg*

Vordenker von "wir selbst" ist einer der Chefideologen der bundesdeutschen "Neuen Rechten", Henning Eichberg. Eichberg nahm bereits als Schüler 1956 Kontakt zum Hamburger Zweig der Partei Otto Strassers, der Deutsch-Sozialen Union, auf. In der Zeit zwischen 1965 und 1968 war er nach Aussagen des Hamburger Schriftstellers Peter Schütt eifriger Aktivist des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB) der NPD und hatte Verbindungen zu den vom ehemaligen HJ-Funktionär Wolf Schenke (vgl. 3.4.3.1) mitgegründeten Organisationen "Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher" (AUD) und "Vereinigung Deutsche Nationalversammlung" (VDNV) (dazu mehr in Kapitel 3). Über Arthur Erhardt, den Begründer der rechtsextremistischen Zeitschrift "Nation Europa", die mit ihrem Waffen-SS-Konzept des ethnopluralistischen "Europa der Vaterländer" seit 1950 maßgeblich am Aufbau des europäischen Neofaschismus beteiligt war und ist, gelangte Eichberg sowohl an die französischen Neofaschisten als auch an die Nationalrevolutionäre. Eichberg entwarf die hochschulpolitischen

Thesen des NPD-Studentenbundes NHB und schrieb die Grundsatzplattform der "Aktion Neue Rechte". Er publizierte in den 70er Jahren Gedichte in der Zeitschrift "Pfeil" der nationalrevolutionär orientierten NPD-Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten", war in der NRAO/SdV aktiv und legte mit seinem Buch "Nationale Identität" 1978 eine der Grundlagen für den Erfolg der Neofaschisten am Ende der 80er Jahre. Hierin breitete er den für den bundesdeutschen Neofaschismus damals wenig bekannten "Ethnopluralismus" aus, der bis heute von den meisten und den wichtigsten Teilen des bundesdeutschen Neofaschismus übernommen wurde. "wir selbst" gilt als Eichbergs Hausblatt, dort verbreitete er fast in jedem Heft seine Ideen.
Eichberg gehörte schon früh (1971) zu den Autoren der Zeitschrift "Criticon" des Caspar von Schrenck-Notzing, ebenso wie die NRAO/SdV-Mitglieder Wolfgang Strauss oder Sven Thomas Frank und der Vorsitzende des NPD-Studentenbundes NHB, Uwe Sauermann.

### 2.4.2.1. RFS

Eichbergs Buch "Nationale Identität" erschien 1978 in Zusammenarbeit mit dem hochschulpolitischen Ausschuß der Deutschen Burschenschaft, in der rechtsextremistische Burschenschaften wie "Danubia" (München) oder "Germania" (Köln) eine herausragende Rolle spielen; beide Burschenschaften arbeiten auch mit dem GDS zusammen. Der hochschulpolitische Ausschuß der Deutschen Burschenschaft betrieb in den 70er Jahren die Etablierung des "Ring freiheitlicher Studenten" (RFS) als eigener politischer Hochschulgruppe. Der enge Mitarbeiter des Nationalrevolutionärs und Deutschland-Vereinigers Wolfgang Venohr und ehemalige "Danubia"-Sprecher Michael Vogt (vgl. 3.4.2.3) erklärte laut einer Broschüre (1989) des ASTA der Universität Köln: "Wir sind aufgrund der geschilderten Umstände dazu übergegangen, uns unter dem Namen 'Ring freiheitlicher Studenten' eine eigene Basis zu schaffen". Unter anderem aus RFS und "Danubia" entstand 1989 der "Republikanische Hochschulverband" (RHV). Der RFS, meist nur mit Lokalgruppen an einigen Universitäten vertreten, hatte in Mainz starke Verbindungen zum NPD-Hochschulverband NHB, für den Eichberg in den 60er Jahren die hochschulpolitische Plattform geschrieben hatte. Laut der Broschüre (1989) des ASTA der Universität Köln gab es zwischen RFS und hochschulpolitischem Ausschuß der Deutschen Burschenschaft einerseits und der Wehrsportgruppe Hoffmann andererseits Beziehungen über den "Hochschulring Tübinger Studenten" (HTS), der seinerseits Mitglied im RFS war und dessen Tübinger Lokalgruppe darstellte. HTS-Mitglied Uwe Behrendt ermordete den jüdischen Verleger Shlomo Levin und dessen Lebensgefährtin Frida Pöschkes auf Geheiß Hoffmanns. HTS-Mitglied Gundolf Köhler war der Bombenattentäter vom Münchner Oktoberfest.
Zu Seminaren des RFS waren bis 1987 als Referenten eingeladen worden: der Schönhuber-Berater und "wir selbst"-Autor Bernhard Willms, das REP-Bundesvorstandsmitglied Emil Schlee, und Franz Schönhuber persönlich.
Als Publikationsorgan des RFS erschien lange Zeit die Zeitung "student", die später offen den REPs nahestand (vgl. 3.4.2.10). Heute erfüllt diese Funktion offenbar die Zeitschrift "Junge Freiheit", in der Torsten Witt vom GDS und von den REPs, Ulrich Korell (ehemals Generalsekretär des RFS) oder der Kühnen-Vertraute Michael Krämer (FAP, "Collegium Humanum", heute REPs-Bezirksvorstand Oberbayern, vgl. 3.4.2.8) schreiben.
Kandidat der REPs bei der Kommunalwahl 1989 in Köln war der ehemalige RFS-Generalsekretär und ehemalige NPD-Wahlkandidat Manfred Rouhs, Autor in der Zeitung "Der Republikaner" und seit 1987 Herausgeber der Zeitschrift "Europa vorn - Zeitschrift für Demokratie und nationale Identität", mit der er vergeblich versuchte, die Nachfolge von "wir selbst" anzutreten. In "Europa vorn" publizieren heute der stellvertretende Bundesvorsitzende und Chef der Programmkommission der REPs, der Europaabgeordnete Emil Schlee, auch Hellmut Diwald oder Armin Mohler sowie Wolfgang Strauss von der ehemaligen NRAO/SdV. Dort wird heute die "Neuvereinigung Deutschlands" gefordert und die "operative Deutschlandpolitik" (eine Forderung auch des CDU-MdB Friedmann). Der Redaktion gehört auch Marcus Bauer an, ein Nationalrevolutionär des NRKA-Kreises, der sich inzwischen den REPs angeschlossen hat. "Europa vorn" druck auch Anzeigen für die Burschenschaft "Danubia".
Die Nähe des RFS zur "Nouvelle Droite" des Alain de Benoist und der "Neuen Rechten" in Europa überhaupt analysierte bereits Reinhard Opitz in einer Broschüre (1987) des ASTA der Universität Köln zum RFS.
Rouhs schrieb zur Zeit seines Generalsekretariats für den RFS in "Der Republikaner": "Deutschland und Europa sind heute aufs tiefste gedemütigt. Unser Volk wurde von den Siegern des Zweiten Weltkriegs seiner Souveränität beraubt...Europa ist nicht mehr, weil Deutschland nicht mehr ist...Mit Deutschland hat Europa den Zweiten Weltkrieg verloren...Der französische Philosoph Pierre Krebs schreibt: 'Europa wird nirgendwo so verhöhnt, so entwürdigt, so verleugnet - wie in Deutschland". (Der Republikaner Nr. 4/1987, S. 5f). Dasselbe hatte Alain de Benoist 1985 auf dem vom "Bund Heimattreuer Jugend" ausgerichteten "Norddeutschen Forum" vertreten (vgl. Kapitel 0.1); dort war auch Claus Fritzsche aufgetreten, der im Haus der Burschenschaft "Danubia" wohnte und heute ebenfalls im "Republikaner" schreibt (vgl. auch 3.4.3.3).

**2.4.2.2 Eichbergs nationalrevolutionäres Konzept**

Die Grundpositionen der "Neuen Rechten", wie sie Eichberg in seinem Buch "Nationale Identität" und später im dem Buch "Abkopplung" darlegte, sind mit den oben dargestellten Gaddafis weitgehend identisch: Ausgehend von der völkischen Ordnung der Welt nach Maßgabe "nationaler Identitäten", die sich auch im Religiösen zeigen, wird der "Universalismus", der weltweite Gültigkeitsanspruch politischer Prinzipien wie z.B. der Menschenrechte, abgelehnt. Mit dem "Ethnopluralismus" wird dagegen eine völkische Neuordnung der Welt nach Maßgabe der angeblich in ihrem Wesen unterschiedlichen Völker gefordert, damit ihre Unterschiedlichkeit erhalten bleibe: Apartheid. (Daß Gaddafi sich gegen die südafrikanische Version der Aparteid stellt, hängt mit der dortigen Vorherrschaft der Weißen zusammen, die Gaddafi als kontinentalfremde Rasse vertrieben sehen möchte, nicht jedoch mit einer grundsätzlichen Ablehnung von Apartheid-Konzeptionen. Vgl. auch Gaddafis Rassismus, Kapitel 2.3.1.) Die "nationale Identität" wird selbstverständlich auch auf das politische System bezogen, das je nach "nationaler Identität" verschieden sein soll. Als Hauptgegner und Hauptagent einer "Überfremdung" durch "volksfremde" politische Konzepte wird der Liberalismus angesehen, die Gleichheitsforderungen der Aufklärung und der bürgerlichen Revolutionen also ("der Westen"). Ihm wird gleichzeitig die Schuld an "biologischer Überfremdung" durch ausländische Arbeitnehmer in Nordmitteleuropa gegeben, weil er aus Profitgier diese Arbeitnehmer ins Land geholt habe. Eichbergs Ziehvater Arthur Erhardt von "Nation Europa" hatte kurz vor seinem Tod Anfang der 70er Jahre die "Überfremdungs"-These als den zentralen Hebel zum Neuaufbau des Neofaschismus in der Bundesrepublik ausgegeben.
Der Marxismus wird nur als Anhängsel des Liberalismus gesehen, sozusagen als seine soziale Ergänzung. Gegen beide, denen als gemeinsame Wurzel das "vorderasiatische Judaochristentum" mit seiner Idee der Gleichheit der Menschen vor Gott zugrunde liege, wird das angeblich ureuropäische faschistische "Recht auf Ungleichheit" der Menschen gesetzt.
Das Mittel der völkischen Neuordnung ist der "Befreiungsnationalismus", der sich in Europa gegen die "Überfremdung durch die Wodka-Cola-Kultur" der Sieger des Zweiten Weltkriegs wendet. Die "Dekolonisierung Europas", die als "Antiimperialismus" ausgegebene Vertreibung der "Besatzer" USA und UdSSR samt ihrer politisch-kulturellen Systeme, die Neuschaffung Deutschlands als alle Deutschen umfassendes nationalrevolutionäres Viertes Reich, das nach einer geistigen "nationalen Erneuerung" das "Europa der Vaterländer" anführt, sind die vordergründig politisch-weltanschaulichen, in Wahrheit wirtschaftlichen Ziele.
Das Ergebnis des Zweiten Weltkriegs soll umgekehrt werden. Der Kampf gegen die "Reeducation" als angeblicher "Charakterwäsche" der Deutschen durch die Sieger des Zweiten Weltkriegs, der Kampf *gegen* die Demokratisierung des besiegten faschistischen Deutschland also, ist ein agitatorisches Mittel des "Befreiungsnationalismus". Ein anderes ist die Forderung nach staatlicher Wiedervereinigung *aller* Deutschen bzw. *Deutschsprachigen*, möglicherweise auch über die Grenzen von 1937 weit hinaus.
Das Konzept der "Balkanisierung" Mitteleuropas, das Eichberg erfand, der Aufteilung der Nationalstaaten in jeweilige "Stammesgebiete", wiederspricht der übergeordneten Zusammenfassung in einem mitteleuropäischen Reich keineswegs. Mit dem "Balkanisierungs"-Argument hat Eichberg im übrigen dazu beigetragen, das Konzept der "nationalen" statt der sozialen Identität in die Linke zu tragen. Seine "Hauptleistung" besteht wohl darin, in weiten Kreisen der Linken den Inhalt des französisch-amerikanischen Nation-Begriffs ("Wir sozial Unterdrückten hier unten als Nation gegen die Reichen da oben") auszutauschen gegen den deutschen, völkischen Nation-Begriff ("Wir mit gleicher Abstammung und Sprache gemeinsam gegen die Fremden da draußen"). An die Stelle des sozialen Wir der materiell Unterdrückten tritt das nationale Wir der Unterdrücker mit den Unterdrückten gemeinsam gegen "fremde" Unterdrückte. Eichberg machte sich regionalistische, anti-imperiale Vorstellungen auf der Linken zunutze, die bei ihm sogar scheinbar *gegen* Nationen und den imperialen Machtanspruch des Faschismus stehen und den "Stämmen" den Vorzug vor den Nationen geben. Hauptsache, das völkische statt dem sozialen Identitätskonzept konnte sich verbreiten. Antiimperiale Konzepte fanden sich bereits breit bei dem NSDAP-Chefideologen H.St. Chamberlain; Eichberg übernimmt diese Argumentation in der Ablehnung des abstrakten Imperiums-Konzepts "Rom", eine Position, die sich auch bei Niekisch in den 20er/30er Jahren findet (und heute wieder bei Rudolf Bahro, vgl. sein Buch "Die Logik der Rettung", Stuttagrt 1987).
Für Eichbergs Balkanisierungs-Konzept der "abgetrennten, überschaubaren Einheiten" interessierte sich eigentlich niemand, erst recht nicht bei den Faschisten. Wohl aber für den Austausch des Sozialen durch das Völkische als Hauptbezug in den Köpfen der Menschen.
Gelegen kamen Eichberg schließlich auch die Öko- und Friedens-probleme, da von den Auswirkungen der Vergiftung der Natur oder vom radioaktiven Fallout Unterdrücker wie Unterdrückte in gleicher Weise betroffen sind. Und über beide Problemfelder läßt sich Nationalismus und Abgrenzung transportieren: französisches Kalisalz vergiftet den Rhein, US-amerikanische Raketen gefährden den Frieden.
Antikapitalistisch sind die Nationalrevolutionäre vor allem immer dann, wenn das Kapital multinational ist.
Das biologistische Menschenbild, das dem Prinzip der "Ungleichheit der Menschen" zugrunde liegt, fordert innenpolitisch antidemokratische, "organische" Staatsformen nach der Organismus-Methapher: ein Zentralnervensystem lenkt und befiehlt, die BürgerInnen als ausführende Organe befolgen (vgl. den Nazi-Begriff "Volkskörper"). Unterschiede gibt es bei den Nationalrevolutionären lediglich hinsichtlich der regionalen Größe des

Staatsgebietes; Eichberg hält in der "Balkanisierung" Europas auch regionale Zwergstaaten für lebensfähig, steht damit aber im Neofaschismus isoliert da. Die "nordischen Freiheitstraditionen", so Eichberg im Stil der NSDAP-Theoretiker, sollen an die Stelle der "westlichen" Demokratie treten; die Nationalrevolutionäre bezeichnen dies gerne als "Volksbasis" oder "Basisdemokratie" und wollen hier Parallelen zu Gaddafis Libyen sehen.
Eichberg, Benoist oder Hunke betonen immer das "Eigene", angeblich eigene europäische Urmythen als Basis einer anti-"judaochristlichen" Weltanschauung zum Beispiel, und knüpfen auch damit geschickt an Tendenzen der "Wurzelsuche" in den Neuen Sozialen Bewegungen oder im New Age an; ihre romantizistische Zivilisationskritik, mit der sie ihre "Supermächte-Überfremdungs"-Thesen ummänteln, verschaffte ihnen ebenfalls einen Zugang zur Alternativszene, den sie bei breiterer Bekanntheit ihrer faschistischen Grundpositionen wohl niemals bekommen hätten.
Eichberg konnte in dem alternativen Buch "Unter dem Pflaster liegt der Strand" ebenso einen heidnisch-germanischen Artikel ("Kommen die alten Götter wieder? Zur Genese alternativer Mythen", 1984) platzieren wie im SPD-"Lexikon des Sozialismus" die "Freidenkerbewegung" auf angeblich heidnisch-germanische Wurzeln zurückführen. Seine Wiedervereinigungsthesen (ein Volk in einen Staat) druckte Ende der 70er Jahre Klaus Rainer Röhls Zeitschrift "das da". Die Sekte "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft", in der sich nach 1945 Anhänger und enge Mitarbeiter des NSDAP-Chefideologen Alfred Rosenberg zusammenfanden und die sich heute um ein New Age-Image bemüht, lud Eichberg zum Vortrag auf ihren Jahreskongreß.
In ihren wesentlichen Punkten unterscheidet sich die Ideologie der "Neuen Rechten" nicht von den historischen völkisch-faschistischen Theoretikern seit Paul de Lagarde (auf den sich ja, wie man weiß, das Parteiprogramm der REPs namentlich bezog).

### *2.4.3 Exkurs: Zum Konzept der "Deutschen Konföderation"*

Der Weg der nationalrevolutionären Neofaschisten und inzwischen der gesamten europäischen Neuen Rechten zu einer Neuordnung Europas und zum Rückgängigmachen der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs führt über die Aufhebung der "deutschen Spaltung". Die Aufhebung der Teilung des "deutschen Volkes" durch die Systemgrenze gilt von Alain de Benoist bis Henning Eichberg als der zentrale Hebel, mit dem das "System von Jalta" aus den Angeln gehoben werden soll. In den 80er Jahren ist die "deutsche Konföderation" ein agitatorischer Ansatz, den die Nationalrevolutionäre maßgeblich mitentwickeln. Die aktuelle Entwicklung am Ende des Jahrzehnts beschert ihnen einen bis vor kurzem ungeahnten politischen Erfolg.
Die Idee, die staatliche Einheit der Deutschen über den Weg einer Konföderation beider deutscher Staaten zu erreichen (der sich nach einzelnen Plänen dann auch Österreich anschließen könnte), entstand Mitte bis Ende der 50er Jahre sowohl von kommunistischer wie von neofaschistischer Seite. Bei beiden war das primäre Ziel, die "Westintegration" der Bundesrepublik, also einerseits die Integration in die Werte von Freiheit-Gleichheit-Brüderlichkeit (Faschisten) und andererseits in die politisch-militärischen Systeme des Westens (Kommunisten), zu verhindern. Als weiteres Ziel wurde letztlich die wirtschaftliche Eingemeindung des jeweils anderen Teils "Deutschlands" angestrebt. Die Motivationen waren gegensätzlich: bei den Kommunisten die Verhinderung einer Stärkung des kapitalistischen Lagers durch die drohende Intergration der westdeutschen Wirtschaftsmacht; bei den Neofaschisten die Verhinderung der politischen "Überfremdung" durch "den Westen", der den Deutschen angeblich "fremde" Politikkonzepte aufdränge.
Die Idee einer Konföderation zweier deutscher Staaten konnte sich erst nach der relativen Konsolidierung dieser Staaten entwickeln. Vor 1949 war klar, daß niemand eine Konföderation selbständiger Besatzungszonen wollte, sondern den Erhalt eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes "Deutschland"; dabei behandelten die Westalliierten die ehemaligen deutschen Ostgebiete als Teil "Deutschlands", die UdSSR sah diese Territorien endgültig bei Polen bzw. bei sich selbst. Auf der Pariser Außenministerkonferenz von 1946 machten die USA den Vorschlag der wirtschaftlichen Zusammenlegung der amerikanischen mit *jeder* anderen Besatzungszone zur Rettung der wirtschaftlichen Einheit. Auch die UdSSR beharrte auf der wirtschaftlichen Einheit "Deutschlands"; diese Wirtschaftseinheit war das Instrument sowohl sozialistischer wie antisozialistischer Politik der damaligen Zeit.
Das Jahr 1947 war das für den späteren Verlauf entscheidende: hier wurden die Weichen zur Zweistaatlichkeit gestellt. Mit der Gründung der Bizone aus amerikanischer und britischer Besatzungszone als dem größten und stärksten einheitlichen deutschen Wirtschaftsgebiet waren die deutschland- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen im wesentlichen vorweggenommen. Die Sozialisierungsbestrebungen der britischen Labour-Regierung in ihrer Zone, vor allem im Ruhrgebiet, kamen mit Bildung der Bizone zum Erliegen. (Zur gleichen Zeit hatte das Ahlener Programm der CDU mit seinen Sozialisierungsforderungen noch einmal eine Gefahr für die Interessen des Kapitals dargestellt.) Das neue "Deutschland" wurde von den Westmächten und dem deutschen Kapital als kapitalistischer Staat konzipiert. Die Forderung nach wirtschaftlicher Einheit wurde als wirtschafts-expansionistisches Instrument auf der Vier-Mächte-Konferenz 1947 in London von den USA bekräftigt. Nachdem eine kapitalistische Ausrichtung eines zudem in seiner Größe unklaren Gesamtdeutschland unmöglich erschien, gingen die Westalliierten ab 1947 an die Schaffung eines kapitalistischen westdeutschen Teilstaates und boten der sowje-

tisch besetzten Zone mehrfach die Angliederung an. Stattdessen kam es zur Gründung der DDR als betont antifaschistischem, "antimonopolistischem" und "antiimperialistischem" Staat, der seinerseits die wirtschaftliche Einheit "Deutschlands" auf der Basis des Sozialismus bis in die Mitte der 50er Jahre forderte.
Sowohl die Westmächte als auch die Bundestagsparteien beharrten bis in die 60er Jahre auf einem Modell staatlicher Einheit, das den Anschluß der DDR an die Bundesrepublik vorsah. Erst in den 70ern wollte man in Bonn die Einheit der Deutschen dem langen Atem der Geschichte überlassen und sie auch nicht mehr durchgängig als *staatliche* Einheit verstanden wissen. Eine Konföderation aus BRD und DDR war bis zum November 1989 für die Bundestagsparteien indiskutabel (bis auf die kurze Phase des "Deutschlandplanes" der SPD, s.u.).
Die UdSSR hatte sich bereits kurz nach der Gipfelkonferenz Mitte 1955 von der Idee der staatlichen Wiedervereinigung zur Schaffung eines einheitlichen deutschen Wirtschaftsgebietes verabschiedet und damit die Situation angesichts der Pariser Verträge, der beginnenden NATO- und europäischen Integration des Westteils Deutschlands realistisch eingeschätzt. Ihre Versuche, durch Wiedervereinigungsangebote die Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern, waren gescheitert, die DDR hatte als sozialistischer deutscher Staat konsolidiert werden können. Nun erteilte Chruschtschow der "mechanischen Vereinigung beider Teile Deutschlands" durch Wahlen zu einer gesamtdeutschen Nationalversammlung als "unreale Sache" eine Absage. An dieser Absage der UdSSR vom Sommer 1955 hat sich bis heute nichts geändert.
Die Neofaschisten, ohnehin der - wie sie fanden: - "Bevormundung des deutschen Volkes" durch die Sieger des Zweiten Weltkriegs und deren Unvermögen, sich über "Deutschland" einigen zu können, überdrüssig, reagierten sofort mit Überlegungen, wie die "deutsche Frage" in die eigenen deutschen Hände genommen werden konnte: deutsch-deutsche konföderative Lösungsvorschläge entstanden.
Im Dezember 1956 schlug dann SED-Chef Walter Ulbricht im "Neuen Deutschland" für die DDR erstmals "eine Zwischenlösung in Form einer Konföderation oder Föderation" vor, um eine "Annäherung" der sich gefestigten beiden deutschen Staaten herbeizuführen. Mitte 1957 bekräftigte der Ministerrat der DDR den Konföderationsvorschlag, der auf dem Leninschen und Stalinschen Prinzip der "friedlichen Koexistenz" der verschiedenen wirtschaftlichen Systeme beruhte. Motiv der SED war zu dieser Zeit vor allem, über den Umweg der Konföderation zweier deutscher Staaten die völkerrechtliche Anerkennung der DDR als selbständiger Staat zu erreichen. Die SED wiederholte die Konföderationsvorschläge in ihrem "Deutschlandplan des Volkes" vom April 1960, in dem die Konföderation zweier deutscher Staaten als Endpunkt der Wiedervereinigung beschrieben wurde, sowie ein weiteres Mal über das "Nationale Dokument" der von ihr beherrschten "Nationalen Front der DDR" vom Juni 1962, das die Konföderation wiederum als Zwischenstufe zur staatlichen Einheit der Deutschen ausgab.
Der Friedensvertragsvorschlag der UdSSR von 1959 enthielt ebenfalls die Idee der Konföderation als Synthese aus Zwei- *und* Einstaatlichkeit.
Zur gleichen Zeit gab es im bundesdeutschen Neofaschismus zahlreiche Bemühungen um die Propagierung einer Konföderation. Hier war auf der Basis des Tauroggen-Mythos (Zusammengehen von Deutschland und Rußland gegen "den Westen") und dauernder Erinnerung an den Vertrag von Rapallo (als sich Anfang der 20er Jahre die beiden Verlierer des Ersten Weltkriegs, das Deutsche Reich und die isolierte Sowjetunion, zur Kooperation entschlossen und dabei teilweise das Ergebnis des Ersten Weltkriegs, den Versailler Vertrag, unterliefen) schon von Anfang an auf die UdSSR als Schlüsselmacht bei der Verwirklichung eines wiedervereinigten neutralen Deutschland gesetzt worden. Hierin schlug sich auch die faschistische, heute von der Neuen Rechten wieder verstärkt vertretene These vom "Hauptfeind Amerika/Liberalismus" nieder. Berührungen zwischen Nationalrevolutionären, Nationalbolschewisten und antikapitalistischem Flügel der NSDAP und der KPD in den 20er und 30er Jahren, gemeinsame Leidenserfahrungen der Hitler-oppositionellen nationalrevolutionären Faschisten und der Kommunisten in den Zuchthäusern und KZs des "Dritten Reiches" überdeckten in den 50er Jahren zweitweise die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen den friedens- und gesellschaftspolitischen Konzepten der Faschisten und der Kommunisten. Die Neofaschisten hatten bereits auf die sowjetischen Vorschläge zur deutschen Einheit von 1950 und 1952 positiv reagiert (vgl. z.B. Schenkes Bemühungen in der "Dritten Front" und im "Deutschen Kongreß", Kratz 1986). Hier ging es ihnen noch darum, über gesamtdeutsche Initiativen das nationale Geschehen schnell wieder in die eigenen deutschen (und faschistischen) Hände zu bekommen. Noch im Februar 1955 hatte Wolf Schenke versucht, über eine deutschlandpolitische Offensive die Unterzeichnung der Pariser Verträge und damit die Besatzungsrecht-freie Installation der souveränen Bundesrepublik und ihre Integration in die NATO als Zementierung der deutschen Zweistaatlichkeit zu verhinden. In seinem Papier hieß es noch zu den geforderten gesamtdeutschen Wahlen: "Als Grundlage des Wahlvorganges wird aus Gründen der Rechtskontinuität des deutschen Reiches das Reichstagswahlgesetz der Weimarer Republik vorgeschlagen" (Zit. nach Dohse 1974, S.235).

Kurze Zeit später war es dann vorbei mit der Reichskontinuität. Der nationalrevolutionär-neutralistische Flügel der Deutschen Reichspartei (DRP, einer Nachfolgeorganisation der verbotenen nazistischen SRP und Vorläuferin der NPD), mit dem Schenke eng zusammenarbeitete, diskutierte 1955/1956 könföderative Konzepte, die im Januar 1956 vorgestellt wurden (vgl. Stöss 1983, S.1124f). Dies war fast ein Jahr früher als der Ulbricht-Vorschlag vom Dezember 1956, der dann den Begriff "Konföderation" verwendete. Im November 1956 legte Otto Strasser vom antikapitalistischen Flügel der NSDAP einen seiner Deutschland-Vereinigungspläne vor, der ebenfalls mit dem "Rat der deutschen Einheit" ein konföderatives Element vorsah (vgl. Stöss 1983, S.1251). Diese konföderativen Elemente waren als sehr kurzlebige Übergangsregelungen zur Erreichung gesamtdeutscher Wahlen und zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung hin zur Einstaatlichkeit gedacht. Es fällt jedoch auf, daß die implizite Anerkennung der DDR als Voraussetzung einer "innerdeutschen" Regelung der Wiedervereinigung für die Neofaschisten kein unüberwindbares Problem darstellte. Strasser bot der DDR sogar die (vorläufige) Beibehaltung ihres sozialistischen Wirtschaftssystems an, ein Punkt, der zur Grundausstattung aller Konföderationsvorschläge wurde.
Die Konförderationsidee war die Antwort der Neofaschisten auf die Verleihung der vollständigen Souveränität an die Bundesrepublik durch die Pariser Verträge vom Mai 1955 und an die DDR durch die UdSSR vom September 1955.
Im August 1957 ging Schenke in seiner Zeitschrift "Neue Politik" (NP) positiv auf den Konföderationsvorschlag der DDR ein. Der von der UdSSR im Januar 1959 vorgeschlagene Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten brachte erneut Bewegung in diese Szenerie: der Vorschlag enthielt das Konzept der deutsch-deutschen Konföderation. Während dieser Vorstoß der UdSSR von den Westmächten und der konservativen Bundesregierung abgelehnt wurde, antworteten die Neofaschisten mit einem ausgearbeiteten Konföderationsvorschlag, den Schenke Ende März 1959 in der NP veröffentlichte. Die von ihm im Jahr 1960 gegründeten Organisationen "Deutschland-Rat" und "Vereinigung Deutsche National-Versammlung" (VDNV) veröffentlichten bis 1963 mehrfach Konförderationsvorschläge, bis hin zum fertigen Vertragsentwurf durch den "Deutschland-Rat" im Januar 1963. Die Aktionsgemeinschaft unabhängiger Deutscher (AUD) Haußleiters und Schenkes, 1965 unter anderem aus dem nationalrevolutionär-neutralistischen Flügel der DRP und den Schenke-Organisationen entstanden, schlug in dem von Schenke zur Bundestagswahl 1965 geschriebenen "Notprogramm für Deutschland" wiederum konföderative Elemente vor, die in einem sechstufigen Plan zum föderativen Zusammenschluß "Deutschlands" führen sollten. Vom Ende der 50er bis zum Ende der 60er Jahre, als die Konföderationsvorschläge vorerst durch die neue Ostpolitik der sozialliberalen Regierung versandeten, wurde die Idee der deutsch-deutschen Konföderation in der Bundesrepublik fast ausschließlich von dem Kreis um den Altnazi und Neofaschisten Wolf Schenke entwickelt und vertreten. Das sollte sich in den 80er Jahren *nicht* ändern.
Diese Vorschläge, ob sie nun von der UdSSR, der SED oder den bundesdeutschen Neofaschisten kamen, waren angesichts der festen Position der konservativen Bundesregierung und der Westmächte, die auf einem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik beharrten, vollkommen irreal. Das gleiche muß vom "Deutschlandplan" der SPD gesagt werden, den die Partei dann auch schnell wieder BRDigte. Der Friedensvertragsentwurf der UdSSR vom Januar 1959 mit dem Konföderationsvorschlag und die für Mai 1959 bevorstehende Vier-Mächte-Konferenz über Deutschland in Genf hatten elektrisierend gewirkt. Nicht nur die Neofaschisten sahen hier eine Möglichkeit zur Verwirklichung eines völkischen "Dritten Weges" für "Deutschland". Auch die SPD glaubte nun noch einmal, ihr Dritte-Wegs-Konzept des Demokratischen Sozialismus gesamtdeutsch-konföderativ erreichen zu können. Der letztlich nur vom Vorstand der Partei und vom Vorstand der Bundestagsfraktion der SPD im engsten Kreis beschlossene "Deutschlandplan" vom März 1959 erwies sich jedoch als gänzlich wirklichkeitsfremd und wurde von vorneherein nur halbherzig vorgetragen und verfochten. Der Plan, der den Begriff "Konföderation" nicht erwähnte, begann gleich in den ersten Sätzen mit tiefgreifenden politischen Fehleinschätzungen: "Das deutsche Volk steht vor einer furchtbaren Gefahr. Wenn sich die vier Großmächte nicht über Berlin verständigen, droht Krieg." 30 Jahre später weiß man, wie sehr diese Ausführungen *neben* der Wirklichkeit lagen. Weiter hieß es, "daß die Teilung Deutschlands den Weltfrieden bedroht". Auch hier muß man rückblickend sagen: in den letzten 30 Jahren der deutschen Teilung war der Friede im Gegensatz zur Meinung des SPD-"Deutschlandplanes" sicherer denn je. Der Plan sah eine dreistufige Hinführung der beiden deutschen Staaten zur Einheit über konföderative Elemente vor. Bereits nach wenigen Monaten wurde er von der SPD wieder fallengelassen und in dem berühmten Bekenntnis zur Westintegration der Bundesrepublik, das Herbert Wehner am 30.6.1960 in Deutschen Bundestag abgab, endgültig BRDigt: "ein Vorschlag, der der Vergangenheit angehört", so Wehner damals.
Die Idee der Konföderation war politisch tot, sieht man von dem randständigen neofaschistischen Schenke-Kreis ab. Erst Anfang der 80er Jahre wurde er von den neofaschistischen Nationalrevolutionären wieder aus der Kiste gezogen: von Schenke in der NP, von Wolfgang Venohr (dem alten Schenke-Mitstreiter aus den 60er Jahren), der wie Theodor Schweisfurth oder Richard Sperber (dem alten Schenke-Mitstreiter aus den 50er Jahren) im nationalrevolutionären Umfeld an völkerrechtlichen Konföderationsvorschlägen arbeitete, von Peter Brandt und Her-

bert Ammon in ihrem Faschisten und Linke umarmenden Dokumentenband "Die Linke und die nationale Frage" von 1981. In Venohrs Buch "Die deutsche Einheit kommt bestimmt" von 1982 nahmen Personen auch zur Konföderation Stellung, die bis zum Ende der 80er Jahre die Diskussion bei den nationalrevolutionären Neofaschisten bestimmen sollten: Venohr, Harald Rüddenklau, Hellmut Diwald, Wolfgang Seiffert, Schweisfurth, Ammon und P. Brandt.
Neben der NP war Anfang der 80er vor allem *"wir selbst"* das Organ, in dem die Konföderation als Hebel zur Überwindung des "Jalta-Systems" diskutiert wurde. Die Ergebnisse gingen in die unter Kapitel 3.4.2 dargestellten Initiativen ein, die Mitte der 80er in der Friedensbewegung versuchten, Deutschlandvereinigungspolitik zu betreiben.
Dabei kam ihnen zupaß, daß ein Grundelement der Vereinigungspolitik die Neutralisierung "Deutschlands" war; dies war das Zuckerbrot für die Sieger des Zweiten Weltkriegs und die europäischen Nachbarn, auch für die bundesdeutsche Linke in der Friedensbewegung. Da man von neofaschistischer Seite ohnehin "Deutschland" als seinen ***eigenen*** Block wollte, konnte man positiv auf die Sicherheitsinteressen der UdSSR reagieren, die die Neutralisierung "Deutschlands" als Pufferzone gegen die NATO anstrebte. So wurden von den Neofaschisten auch immer wieder Beziehungen zwischen der Konföderations-Wiedervereinigung und dem Rapacki-Plan zur atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa gezogen. Mit dieser nationalistisch verstandenen Neutralisierungspolitik gelangen Einbrüche in die Friedensbewegung, wo man empfänglich für scheinbare friedenspolitische Verbündete war und sich keine Gedanken über die wahren Hintergründe der Neofaschisten machte.
So kam es, daß Mitte der 80er Jahre das NPD-Blatt "Deutsche Stimme" (Juni 1987) mit demselben Konzept der "Deutschen Konföderation", mit inhaltlich denselben Begriffen und Redewendungen Politik machte wie die nationalrevolutionären Initiativen am Rande der Friedensbewegung, die hier und da Grünen-Prominenz für sich gewannen; so kam es, daß schließlich das deutschlandpolitische Programm der REPs vom 1.9.1989 als einziges Programm nennenswerter Parteien das Erbe der Konföderationsdebatte enthielt und ein Verfechter aus den frühen 80ern, Hellmut Diwald, eine dementsprechende Präambel zum Parteiprogrammentwurf 1990 der REPs schrieb.
Damit war nun endlich das realisiert, was die Nationalrevolutionäre der bundesdeutschen Politik mehr als 30 Jahre abverlangt hatten: "das entscheidende Desiderat auch einzulösen, nämlich das vorzulegen, was man eine operative Deutschlandpolitik nennt", so Günter Rohrmoser in der nationalrevolutionären Zeitschrift "Junge Freiheit" 1989 an die Adresse der REPs.

### *2.4.4 Peter Bahn*

Der nationalrevolutionäre Ideologe Peter Bahn führte geistig den "Nationalrevolutionären Koordniationsausschuß" (NRKA) und dessen Zeitschrift "Aufbruch", schrieb häufig auch in "wir selbst" (zwischen den beiden Zeitschrift fand ein reger Autorenaustausch statt).
Bahn war in den 80er Jahren Mitinhaber des nationalrevolutionären Verlages "Helios" (Mainz), der überhaupt nur eine Handvoll Bücher publizierte, darunter ein Buch des ehemaligen NHB-Vorsitzenden Uwe Sauermann, ein Reprint des nationalrevolutionären Vordenkers der 20er Jahre Ernst Niekisch, Eichbergs "Balkanisierung für jedermann", ein Buch über den "Nationalbolschewismus" der 20er Jahre mit einem Nachwort eines Otto-Strasser-Anhängers oder zwei nationalrevolutionäre Reprints aus den 20er Jahren mit Nachworten von Michael Vogt (einem ehemaligen Sprecher der Burschenschaft "Danubia" und Mitarbeiter Wolfgang Venohrs, vgl. 2.2 und Kapitel 3). ***Zum kleinen "Helios"-Verlagsprogramm gehörte auch Gaddafis "Grünes Buch".***
Bahn war bereits 1969 politisch im Rechtsextremismus aktiv; damals schrieb er in dem Blatt "Missus" des niedersächsischen NPD-Funktionärs Hans-Michael Fiedler, das auch der Bundesverfassungsschutzbericht erwähnte. Fiedler erweckte als Funktionär und Organisator in den 70er Jahren den schlummernden GDS (damals noch "ODS: Ostpolitischer Deutscher Studentenverband") wieder zum Leben. Bahn war in den 80er Jahren mehrmals Referent des nationalrevolutionär orientierten GDS (vgl. 2.2). In derselben "Missus"-Ausgabe wie Bahn (Mai 1969) schrieb auch der Nationalrevolutionär H.-J. Ackermann, Ende der 70er Mitbegründer des NRKA und Mitarbeiter von "wir selbst", in den 80ern wie Bahn Unterstützer des "Initiativkreises Linke Deutschland-Diskussion" (LDD) (dazu mehr in Kapitel 3). Bahn veröffentlichte auch in der Zeitschrift "Neue Politik" des ehemaligen HJ-Funktionärs und unermüdlichen Wiedervereinigers sowohl Deutschlands als auch der Nazi-Szene, Wolf Schenke, der seinerseits auch Verbindungen zur SRP usw. pflegte (mehr in Kapitel 3).
Bahn war prominentes Mitglied der Sekte "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft", in deren Zeitschrift er ebenso publizierte wie bei der neofaschistischen Germanensekte "Artgemeinschaft", in deren "Nordischer Zeitung" (Heft Nr. 2/1988) sein Artikel über "Die Legende vom christlichen 'Abendland'" stand. Erst kürzlich schrieb Bahn einen Leserbrief an die nationalrevolutionäre, REP-nahe Zeitschrift "Junge Freiheit", die heute offenbar die Funktion von "wir selbst" übernommen hat: "Die JUNGE FREIHEIT - vielleicht ein kleiner Ansatz, um die gewaltige Lücke zwischen Bayernkurier/Rheinischer Merkur einerseits und Frey-Presse andererseits zu füllen" (JF Nr. 6/89, S. 14).

## 2.4.5 Die Verlage von "wir selbst" im Neofaschismus

"wir selbst" wurde 1979 von Siegfried Bublies gegründet und erschien Anfang der 80er Jahre im Verlag Bublies und Höffkes, schließlich im Verlag Siegfried Bublies, Koblenz.
*Bublies hat für die Bundesrepublik den Alleinvertrieb für Gaddafis "Grünes Buch".*
Bublies war stellvertretender Landesvorsitzender der "Jungen Nationaldemokraten" und stellvertretender Parteivorsitzender der NPD in Rheinland-Pfalz, Ende der 80er Jahre Kreisvorsitzender der REPs in Koblenz.
Karl Höffkes saß jahrelang in der Redaktion von "wir selbst". Er ist in etlichen neofaschistischen Gruppen aufgetaucht, als häufiger Autor in "Nation Europa" bekannt, veröffentlichte Bücher im Grabert-Verlag und im Arndt-Verlag, der dem Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) nahesteht. Höffkes Bruder Heinz-Gerd war Bundesführer des BHJ. Höffkes war Beisitzer im Vorstand der Gesellschaft für freie Publizistik (GfP), Mitglied des BHJ und der "Jungen Nationaldemokraten"; er veröffentlichte auch ein Buch beim Thule-Seminar, alles Organisationen, die vom Bundesinnenminister in den 70er und 80er Jahren als rechtsextremistisch oder völkisch eingestuft werden.
Inzwischen ist er an dem Verlag Heitz und Höffkes (Essen) beteiligt, der sich auch mit neuheidnischer Religion befaßt; hierüber vermittelte er Probenummern der Tageszeitung "Die Welt", in der auch die neuheidnische Ideologin Sigrid Hunke vom "Thule-Seminar", jahrelang Vize- und Ehrenpräsidentin der Sekte "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft", Kolumnen schrieb. ("Die Welt" hatte für die deutsche "Neue Rechte" zeitweise eine ähnliche Funktion wie "Le Figaro" für die französische "Nouvelle Droite": "Criticon"- und "Nation Europa"-Autor Hans Dietrich Sander war "Welt"-Journalist, der Mitarbeiter der Alain de Benoist-Zeitschrift "Nouvelle Ecole" Günter Deschner war Leiter des Kulturressorts der "Welt". Deschner macht heute den "Straube Verlag", bei dem z.B. Venohr, W. Seiffert oder Kießling publizieren, alle drei "wir selbst"-Autoren.) Finanziell beteiligt am Verlag Heitz und Höffkes sind nach einem Bericht der Zeitschrift "Revier" (Nr. 12/1988) auch der Alt-Nazi Werner Georg Haverbeck vom "Collegium Humanum" in Vlotho (wo Haverbeck zweitweise den Kühnen-Vertrauen Michael Krämer beschäftigte, der heute im Bezirksvorstand Oberbayern der REPs sitzt) und Heinz Mahncke, ebenfalls eine zentrale Figur des Neofaschismus. Mahncke war 1986 verantwortlich für den Kulturteil des REP-Organs "Der Republikaner" und war im Dezember 1988 noch mit 12,5 % Mitgesellschafter der "res publica GmbH", des ökonomischen Rückgrads der REPs, so "Revier". Mahncke gehörte in den 50er Jahren der SRP an, in den 60er Jahren zum Kreis um Wolf Schenke (vgl. 3.4.3.1), in den 70ern zur NPD und war 1983, zur hohen Zeit der bundesdeutschen Nationalrevolutionäre, Sekretär des Alt- und Neonazi Otto Ernst Remer ("Freiheitsbewegung Der Bismarck-Deutsche").
Der Zeitschrift "wir selbst" wurde 1983 eine Satz- und Druckfirma angegliedert, die "druck + text GmbH" Koblenz. In diesem Betrieb wurden u.a. der für den Neofaschismus zentrale Informationsdienst "DESG-Inform", die neurechte Zeitschrift "Europa" und das "Südafrika-Journal" produziert, ein Organ der "Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft", die Propaganda für das Apartheidregime macht (vgl. Siegfried Jäger (Hrsg.): Rechtsdruck - Die Presse der Neuen Rechten, Bonn 1988, S. 62).
Neben H.J. Ackermann gehörte auch Jürgen Kraus zu den "wir selbst"-Begründern und arbeitete im Verlag. Laut Aussagen von Bublies gehörte Kraus dem Bundesvorstand der "Jungen Nationaldemokraten" an, war als Jugendlicher aber auch Gründungsmitglied der "Deutschen Volksunion" (DVU) des Gerhard Frey. Kraus gehörte Mitte der 80er Jahre zu den Begründern des "Initiativkreises Linke Deutschland-Diskussion" (LDD), vgl. Kapitel 3.
"wir selbst"-Chef Bublies griff im Gegensatz zu Höffkes fast nie selbst zur Feder. In der Schönhuber-Nummer (1/1987, vgl. 2.5.1) schrieb er allerdings einen Kommentar zum "Historikerstreit": "Habermas' Forderung einer Bindung der Deutschen an 'universalistische' Verfassungsprinzipien (gemeint sind solche des Westens) steht urplötzlich wieder im luftleeren Raum traditionsloser Beliebigkeit", habe also mit der "nationalen Identität" der Deutschen nichts zu tun. Vielmehr werde von Habermas versucht, "die westlichen individualistischen Wertorientierungen und das Gefühl einer westlichen Wertegemeinschaft den Deutschen als Ersatz für ihre verlorene nationale Identität zu vermitteln": Eichbergs Gerede vom Coca-Cola-Kolonialismus.

## 2.4.6 Caspar von Schrenck-Notzing

Der Herausgeber des rechtsextremen bis konservativen Elite-Blattes "Criticon", Caspar von Schrenck-Notzing, legte sich zum Ende von "wir selbst" 1988 für die Nationalrevolutionäre aus dem Fenster.
Der WMF- und BASF-Großaktionär Schrenck-Notzing hatte 1970 "Criticon" als extremistisches konservatives Blatt gegründet. Zu den Autoren zählten sehr bald z.B. die Nationalrevolutionäre Henning Eichberg, Uwe Sauermann vom NPD-Studentenbund NHB (für dessen Buch über den nationalrevolutionären Vordenker der 20er Jahre Niekisch "Ernst Niekisch und der revolutionäre Nationalismus", München 1985, Armin Mohler ein Vorwort schrieb), Sven Thomas Frank und Wolfgang Strauss vom NRAO/SdV (vgl. 3.4.2.3), der Nationalrevolutionär Günter Bartsch, Günther Deschner von der "Nouvelle Ecole" des Alain de Benoist und der "Welt", der "wie selbst"-Autor Hellmut Diwald und auch der Kopf der europäischen "Neuen Rechten" selbst, Alain de Benoist.
"Criticon" hatte im Januar 1981 einen Jubelartikel über Gaddafis Sieg im Tschad gebracht, dann aber im Dezember 1981 einen eher distanzierten Artikel über "Das Terror-Phänomen Muhammar Ghaddafi". Im selben "Criticon"-Heft war bereits eine lobhudelnde ganzseitige Rezension des damals neuen Buches "Ich war dabei" von Franz Schönhuber erschienen; Rezensent: der langjährige "Criticon"-Autor und Förderer der "Nouvelle Droite"/Neuen Rechten im deutschsprachigen Raum, der Geschäftsführer der Siemens-eigenen "Carl Friedrich

von Siemens Stiftung" Armin Mohler. "Dieses Buch ist ein Markstein in der wechselvollen Geschichte der deutschen Vergangenheitsbewältigung", so Mohler über Schönhubers "Ich war dabei", weil der spätere REP-Chef "sein Leben im Dritten Reich nicht als geheimen Widerstand oder als ohnmächtiges Erleben des Bösen, sondern als summa summarum freudiges Mitmachen schildert". Wenig später wird Mohler zu einem engen Berater Schönhubers (vgl. 3.4.2.2). Schrenck-Notzings Sohn Alexander ist 1989 einer der drei Vorsitzenden des REP-Hochschulverbandes RHV; "Criticon" ergreift heute offen zugunsten der REPs Partei.

Caspar von Schrenck-Notzing hatte bereits in den 60er Jahren das programmatische Buch "Charakterwäsche" geschrieben, daß gegen die "Reeducation" zu Felde zog und gegen die angeblich "amerikanische" Demokratie eine deutsche "nationale Identität" setzte. Schrenck-Notzing geht in seinem Buch von 1965 von der wahnwitzigen These aus, die USA hätten mit Mitteln der psychologischen Kriegsführung planmäßig eine "Charakterwäsche" der Deutschen vorgenommen (ähnliche Ansätze finden sich auch bei dem Chef der LDD Rolf Stolz, vgl. 3.4.3.4). Dabei hätten sie sich insbesondere auf die Psychoanalyse Freuds und deren "Politisierung" durch die Frankfurter Schule Horkheimers gestützt. Die von Schrenck-Notzing als ideologisch verantwortlich aufgeführten Personen sind überwiegend Juden: Freud, Marie Jahoda, Horkheimer, Carl Grünberg, Herbert Marcuse, Erich Fromm, Leo Löwenthal, Walter Benjamin, Theodor Adorno usw. Über das US-amerikanische Office of War Information (OWI) seien nicht nur die UNO und vor allem die UNESCO als jüdisch-psychoanalytisch-marxistische Einrichtungen vorbereitet und propagiert worden, sondern schließlich auch die Presselizenzen im Nachkriegsdeutschland vor allem an Marxisten (Sozialdemokraten und Kommunisten) vergeben worden. Die Lizenznehmer hätten dann mit ihren Zeitungen und Zeitschriften die "Reeducation" nach Maßgabe der "überfremdenden" US-Vorschriften betrieben. Schrenck-Notzing, dessen Großvater Albert in den 10er und 20er Jahren als Okkultist und Parapsychologe Verbindung zur völkischen Bewegung und der faschistischen Sektengründerin Mathilde Luden-dorff hatte, ist von dem Wahn besessen, die USA hätten den Deutschen mit Hilfe der Psychoanalyse den "Nationalcharakter" ausgewechselt: "Wenn eine einzelne Geistesströmung für die amerikanische Kultur repräsentativ ist, so ist es die psychoanalytische" (S. 107). "Die Couch-Elite formiert sich" nach 1945 in der "Information Control Division" (ICD) der US-Militärverwaltung, die in Bad Orb ein "Sreening Center" zur "Charakterwäsche" der Deutschen eingerichtet hätte; dessen Leiter: David M. Levy, ein Jude und Psychoanalytiker (S. 138). Usw. usf.

Schrenck-Notzings Ausführungen über die Zeitschrift "Der Ruf" (S. 234ff) sind interessant. Der Mitbegründer der Schriftsteller-"Gruppe 47" Hans Werner Richter habe u.a. diese Zeitschrift gemacht. 1947 sei die Redaktion von Erich Kuby übernommen worden, der im Dienste des ICD gestanden habe und die Zeitschrift fortan im Sinne der Reeducation ausschließlich für amerikanische Interessen geführt habe: "Die Zeit der Brückenbauer zwischen West und Ost war auch auf dem Zeitschriftenmarkt vorbei", Kuby habe sich gegen die Mittlerrolle Deutschlands zwischen den Blöcken gestellt. Fast wortgleich mit Schrenck-Notzing wird der Bildungsreferent beim SPD-Parteivorstand Tilman Fichter diese Schmierengeschichte gegen die "Charakterwäsche" 1989 wieder aufwärmen (vgl. 3.4.2.17).

Das Konzept des "Widerstands" gegen "den Westen", das sich schon bei Niekischs "Widerstand"-Gruppe in den 20er Jahren explizit fand (vgl. 3.4.3.2.1), feiert auch bei Schrenck-Notzing fröhliche Urständ: 1967 spricht er beim Witiko-Bund über "Die öffentliche Meinung als Instrument der Umerziehung". Der Vorsitzende des Bundes schreibt im Vorwort zu der als Broschüre erschienenen Rede Schrenck-Notzings: "Die Verteidigung gegen diese Zersetzungserscheinungen erfolgt von Widerstandsinseln aus. Eine davon ist der Witikobund". Man ist in den 60ern Stolz auf die Tradition des geistigen Werwolfs gegen Freiheit-Gleichheit-Solidarität.

Am 4.3.1988 erscheint eine Zeitschriftenkritik Caspar von Schrenck-Notzings über "wir selbst" in der Tageszeitung DIE WELT. Schrenck-Notzing versucht hierin, die marode nationalrevolutionäre Zeitschrift noch einmal am rechten Ort großzuschreiben. Er rezensiert dabei das bisher vorletzte Heft von "wir selbst" überhaupt und insbesondere Eichbergs Aufsatz "Fremdes und Eigenes" daraus. Schrenck-Notzing konstruiert hier biologistisch "die Anders*artig*keit des Fremden" und läßt sich über Eichbergs "nationale Identität neuen Typs" aus. Er verschweigt dabei den wirklichen Inhalt von Eichbergs "wir selbst"-Artikel, einen Inhalt alten Typs: daß die Juden in Europa "Fremde" seien!

"wir selbst" hatte bereits vorher immer wieder mit Anzeigen für "Criticon" geworben.

Passend zur biologischen "Andersartigkeit" Schrenck-Notzings ist der erste Satz des "wir selbst"-Kommentars in diesem Heft: "Ich bin mir heute nicht mehr sicher, ob der Antifaschismus nicht doch eine Art Geisteskrankheit ist".

Autoren in Schrenck-Notzings "Criticon" sind neben Größen der europäischen "Neuen Rechten" u.a. die "wir selbst"-Autoren und Schönhuber-Berater Diwald und Willms oder auch der nationalrevolutionäre NRAO/SdV-Kopf Wolfgang Strauss (vgl. 3.4.2.3).

### *2.4.7 "wir selbst" als Propagandaorgan Gaddafis*

Nach Aussagen eines Vertreters des "Bundes deutscher Solidaristen", einer Konkurrenz zum nationalrevolutionären "wir selbst"-Kreis, bekam das Blatt finanzielle Zuwendungen aus Libyen. Die rechtsextreme Zeitschrift

"Diagnosen" zitierte ihn im Juni 1983: "Die Leute, die am direktesten mit Gaddafi zusammenarbeiten und auch eine Menge Geld von ihm bekommen, sind die Leute und die Zeitschrift 'Wir selbst' in Koblenz".
Eine Auswertung der Ausgaben von "wir selbst" ergibt folgendes Bild:
Bereits das allererste "wir selbst"-Heft enthielt einen Artikel, der von einem Mitglied der Presseabteilung der libyschen Botschaft in Bonn (Ibn al Fateh) geschrieben war und die "Direkte Demokratie in der Jamahiria", der libyschen Revolution, behandelte.
In Heft 6/1980 wurde der arabische Nationalismus positiv als Gegner der beiden "Supermächte" herausgestellt.
Im Jahre 1981 reiste eine Gruppe der "wir selbst"-Redaktion auf Einladung Libyens nach Tripolis. Ein naiver Jubel-Artikel auf die libysche Revolution und die libysche Erdölindustrie findet sich im Heft Nr.1/1982 der Zeitschrift, illustriert mit Pin-Ups von Gaddafi und Jubelbildern libyscher Massen. Wie bei einigen neuheidnischen Kadern der historischen SA und HJ ist vom "Sozialismus als göttlichen Auftrag" die Rede (34). "Unsere gemeinsamen weltpolitischen Interessen" mit Libyen werden von diesen bundesdeutschen Neofaschisten beschworen (33) und emphatisch gefragt: "Warum um Gottes willen sollten wir von dem libyschen basisdemokratischen Sozialismus nicht lernen dürfen?" (33).
1983 reisen wiederum drei "wir selbst"-Mitarbeiter nach Libyen und interviewen dort "in einem Beduinenzelt" Gaddafi persönlich. Im "wir selbst"-Heft vom August/September 1983 erscheint das Interview als Titelgeschichte. Diesmal illustriert nur ein Bild aus Libyen die Story, dafür aber Fotos vom Brandenburger Tor und der Berliner Mauer, und gleich im Vorspann steht der Satz: "Uns ist kein zweiter Staatsmann der Welt bekannt, der in ähnlich klaren und unmißverständlichen Worten die im Interesse der imperialistischen Supermächte fortbestehende Spaltung Deutschlands anzuprangern wagt" (4). Auszüge:

### *2.4.8 Gaddafi in "wir selbst" als Sprachrohr der Neofaschisten*

Frage der Redaktion: "Wie denken Sie über die Nationale Frage der Deutschen?"
Gaddafi in "wir selbst" 1983: "Ich denke, daß diese Nation von den Feinden niedergeworfen wurde und daß sie von den Feinden in Stücke gerissen worden ist...Ich bin der festen Meinung, daß nach dem Zweiten Weltkrieg, als Deutschland geschlagen war, die Alliierten die Deutschen ganz zielbewußt durch eine Phase der Gehirnwäsche hindurchgeschleust haben. Man hat versucht, Euch Eure Geschichte zu nehmen...Ihr solltet immer bedenken, daß Eure Geschichte von den Siegern des Zweiten Weltkriegs geschrieben wurde und wird. Wir hören heute in der ganzen Welt nur das, was die Sieger über diesen Krieg und über Deutschland sagen. Ein objektives Bild über Deutschland kann dadurch natürlich nicht entstehen...Ihr müßt Euch zunächst einmal von der Gehirnwäsche der Siegerstaaten befreien. Denn diese Gehirnwäsche ist die Grundlage der Kolonisierung und Teilung Deutschlands. Ihr müßt Euch davon befreien, Eure eigene Geschichte zu mißachten und zu hassen. Die Kräfte, die ein Interesse an der Teilung Deutschlands haben, sind die gleichen Kräfte, die die Spaltung der arabischen Nation wollen, um ihre imperialistischen Geschäfte besser ausführen zu können. Befreit Euch von Eurem Schuldkomplex. Selbst Konzentrationslager existierten bei den meisten Siegermächten. Sie existieren noch, und jährlich werden Tausende getötet. Sogar in solchen Ländern, die als progressiv oder sozialistisch gelten, hat es Massenmorde gegeben. Stalin brachte mehr Menschen um als Hitler. Begin ließ in Palästina 30.000 Kinder umbringen. Was für ein Recht hat Begin, sich über Hitler zu erheben? Er selbst fährt fort, Menschen zu töten. Die israelische Expansion im mittleren Osten läßt sich vergleichen mit derjenigen Hitlers. Die amerikanische Expansion geht, wie bereits gesagt, weit darüber hinaus, was Hitler getan hat...Sie wollen Euch einen Schuldkomplex einreden, weil Deutschland früher einmal expandiert hat, aber sie expandieren heute noch. Hitler hat viele Menschen umbringen lassen, aber sie setzen heute das Umbringen von Menschen in allen Teilen der Welt fort, um ihre Macht zu erhalten und zu erweitern. Das müßt Ihr durchschauen, um zu erkennen, warum man die Deutschen auf die ewige Anklagebank setzt. Man will Deutschland geteilt und besetzt halten. Eine neue Generation muß heranwachsen, die sich von allen Schuldkomplexen frei macht. Eine Generation wie ihr. Ihr müßt unermüdlich dafür arbeiten, studieren, kämpfen, daß Deutschland frei und *neuvereinigt* wird...In Deutschland muß eine emanzipatorische Bewegung entstehen, die alle positiven Möglichkeiten nutzt, um die ausländischen Militärbasen zu beseitigen. Es ist eigentlich auch eine Selbstverständlichkeit, daß eine solche Bewegung auch nicht die erzwungene Mauer mitten durch Berlin und die erzwungene Grenze mitten durch Deutschland hinnimmt. Deutschland ist eine Nation, und irgendwann einmal muß diese Mauer zerstört werden. Und darum muß sich diese Bewegung über ganz Deutschland ausbreiten - in Ost und West."
Gaddafi argumentiert hier exakt auf der Linie der Neofaschisten: "Deutschland" sei "niedergeworfen", "in Stücke gerissen worden", durch amerikanische "Gehirnwäsche" in der Reeducation überfremdet, müsse sich vom "Schuldkomplex" der KZs befreien und seine Geschichte neu schreiben. Diese Positionen vertritt auch Franz Schönhuber.

## *2.4.9 Weitere Libyen-Propaganda in "wir selbst"*

Im "wir selbst"-Heft vom Mai/Juni 1983 hatte bereits ein Reisebericht von der "1. Internationalen Konferenz über das Grüne Buch" gestanden. In der typischen Aufgeblasenheit der selbsternannten faschistischen Avantgarde (man vergleiche nur die SA-Propaganda der frühen 30er Jahre) heißt es: "Für das revolutionäre Deutschland war die nationalrevolutionäre Bewegung der WIR SELBST-Mitarbeiterkomitees vertreten. Das Symposium, das die Tradition früherer Kongresse zum Grünen Buch fortsetzte, stand unter dem Ehrenschutz Muammar el-Khadaffis". Anschließend werden die Foltervorwürfe gegen die libysche Botschaft in Bonn als "wutgeifernder Presserummel" zurückgewiesen, der nur veranstaltet werde, weil "die USA den antiimperialistischen 'Störenfried' Libyen ausschalten" wollten.

In der "wir selbst"-Nummer 1/1984 erscheint ein Interview mit dem libyschen Botschafter in Bonn, der sich ethnopluralistisch und befreiungsnationalistisch ausläßt: "Sehen wir uns doch einmal die Supermächte USA und Sowjetunion an. Beide Systeme sind ein Gemisch vieler Nationalitäten, die Entstehung von nationalen Bewegungen muß daher von ihnen als Bedrohung ihres Herrschaftsanspruchs angesehen werden". Nach einer Sympathieerklärung des Botschafters für die "Friedensbewegung in Europa" fragt "wir selbst":

"So wie sich die libyschen Revolutionäre für die arabische Einheit einsetzen, so tritt unsere Zeitschrift für die Einheit der deutschen Nation ein. Lassen sich aus Ihrer Sicht da politische Parallelen aufzeigen?".

Botschafter: "Ja, ich meine sogar, daß sich die Lage in der sich das arabische und das deutsche Volk befinden, sehr ähnlich ist. Abgesehen davon, daß beide Völker geteilt leben müssen, wird in Arabien wie in Deutschland die öffentliche Meinung von reaktionären Kräften beherrscht, die am Gedanken der nationalen Einheit keinerlei Interesse haben...Die arabische Nation wird sich ebenso wie die deutsche Nation aus der Umklammerung der Imperialisten befreien".

Im selben Heft schrieb auch Prof. Hellmut Diwald über "Bemerkungen zur deutschen Identität"; heute schreibt Diwald die Präambel des Parteiprogramms der REPs.

Im Januar 1986 schrieb in "wir selbst" Berhard Willms, ebenfalls Berater Schönhubers, über "Die geistige und völkerrechtliche Lage der Deutschen Nation" (vgl. 3.4.2.2).

Im Mai 1986 erschien ein "wir selbst"-Heft mit der Titelgeschichte "US-Bombenterror gegen Libyen". Im selben Heft schrieb auch Peter Bahn über die "Nationale Frage - neu gestellt" im Rahmen der Friedensbewegung - dazu mehr in Kapitel 3.

Im bisher letzten "wir selbst"-Heft Dezember 1988/Januar 1989 erscheint als eine der wenigen von dieser Zeitschrift gedruckten Buchrezensionen eine Besprechung des Buches "Libyens Außen- und Sicherheitspolitik. Moamar el Gaddafis Motive und Visionen" von Heinz Brill. Brill gehörte in den 60er Jahren zu den militärpolitischen Beratern Wolf Schenkes (vgl. 3.4.3.1), publizierte häufig in Schenkes Zeitschrift "Neue Politik", aber auch in "Wehrkunde" und "Europäische Wehrkunde". 1977 schrieb Brill eine Dissertation über den Gewinner der Nazi-Säuberungen nach dem 20.-Juli-Attentat Bogislaw von Bonin, einen weiteren Mitstreiter Schenkes in rechtsextremistischen Gruppen (vgl. 3.4.2.2. und 3.4.3.2). 1976 hatte Brill in Schenkes Hamburger "Verlag Neue Politik Wolf Schenke KG" das Buch "Bogislaw von Bonin: Opposition gegen Adenauers Sicherheitspolitik" herausgebracht. Der Nazi-Oberst Bonin mußte in den 50er Jahren auf Druck des (allerdings für Linke keineswegs ehrenhafteren) Zweite-Weltkriegs-Generals Heusinger aus Adenauers Militärapparat ausscheiden; im Zusammenhang mit den Nazi-Säuberungen der 40er Jahre schrieb Brill 1976: "Aufgrund der Ereignisse des 20. Juli 1944 wurde Heusinger durch Bonin ersetzt" (S. 12). Opfer und Gewinner der Fehden zwischen den Nazi-Wehrmachts-Cliquen nach dem 20.-Juli-Attentat trafen in Adenauers "Amt Blank" dann aufeinander. Der sozialdemokratische Parteienforscher Richard Stöss schreibt über Bonins Entlassung aus dem Amt Blank, Bonin habe "Kritik an den Demokratisierungsbestrebungen in der aufzubauenden Armee und an der EVG-Planung" geübt und sei deshalb schließlich 1955 entlassen worden (Stöss 1980, S. 198; EVG = Europäische Verteidigungs-Gemeinschaft). Bonin war später ein enger Mitarbeiter Schenkes und veröffentlichte in der rechtsextremen Schenke-Zeitschrift "Neue Politik", teilweise auch unter dem Pseudonym "Peter Tauroggen" (!; Tauroggen steht im Neofaschismus als Synonym für das Zusammengehen Deutschlands und Rußlands gegen "den Westen": in Tauroggen verbündeten sich am 30.12.1812 Russen und Preußen gegen den Feldherrn der bürgerlichen Revolution Napoleon I. und leiteten damit den "Befreiungskrieg" Preußens gegen den Imperialismus der jungen französischen Bourgeoisie ein). Bonin hatte auch Verbindungen zu dem rechtsextremistischen AUD-Vorläufer "Deutsche Gemeinschaft" des August Haußleiter, der später gemeinsam mit Schenke die AUD gründete. In Brills 1976er Bonin-Buch kommen auch so illustre Personen wie der englische Faschist Enoch Powell oder der ehemalige nationalsozialistische Regierungschef von Danzig Hermann Rauschning mit Beiträgen über Bonins "Sicherheitspapiere" zu Wort. Brill veröffentlichte 1987 das Buch "Bogislaw von Bonin im Spannungsfeld zwischen Wiederbewaffnung - Westintegration - Wiedervereinigung". (Vgl. auch 3.4.3.1 und 3.4.3.2.)

### *2.4.10 Henning Eichberg als Gaddafi-Fan*

In Nummer 11/1986 von "wir selbst" erschien der Aufsatz von Henning Eichberg "Die Revolution, die aus der Wüste kommt. Über das libysche Phänomen und den Weg des Sufi". Eichberg, der vorher bereits mehrfach und andernorts seine Zuneigung zu neuheidnisch-faschistischer Religiösität hatte erkennen lassen, läßt sich hier insbesondere über die mystischen und spirituellen Hintergründe der libyschen Revolution aus, ganz im Sinne Lagardes und seiner faschistischen Nachfolger, die die "deutsche Revolution" aus angeblich ureuropäischen, kelto-germanischen, jedenfalls "national eigenen" nichtchristlichen mystisch-spirituellen Wurzeln begründen wollten und wollen. "Woher kommen die Einsichten des 'Grünen Buches'?", fragt Eichberg: "Sie stammen - so erfährt man - aus der Meditation über die Erfahrung aller Völker der Welt, sie stammen aus direkter Erleuchtung in der Wüste, unter Umgehung der soziologischen Schriftgelehrten". "Visionäre Erfahrungen" trügen Gaddafi "von der Spiritualität zum antikolonialen Kampf". "Im Gespräch im Zelt strahlt er eine Ruhe aus, die überrascht, wenn man vom Derwisch-Bild der westlichen Presse geprägt ist". Eichberg, der immer wieder versuchte, den Neofaschismus und die New Age-Bewegung zu verbinden, geht in ähnlicher Weise auch 1987 in seinem Buch "Abkopplung" auf die Beziehung "nationale Religion - nationale Revolution" bei Gaddafi ein; das Buch erschien im Verlag Siegfried Bublies und hat die von den Neofaschisten geforderte "Abkopplung" "Deutschlands" von der westlichen Zivilisation (Demokratie, Freiheit-Gleichheit-Solidarität) und Kultur ("Cola-Kultur") sowie vom Sozialismus ("Wodka-Kultur") zum Thema.
Eichbergs Artikel in "wir selbst" läßt erkennen, daß der nationalrevolutionäre Chefideologe Henning Eichberg ebenfalls Libyen besucht hat - nach der bisherigen libyschen Praxis ist anzunehmen: auf Gaddafis Kosten.

## 2.5

## Bundesdeutsche Nationalrevolutionäre schließen sich Schönhuber an

Zahlreiche Gruppen und Personen der nationalrevolutionären "Neuen Rechten" haben sich inzwischen den REPs angeschlossen. Das NRKA, aus dem heraus "wir selbst" (und die zweite bedeutsame nationalrevolutionäre Zeitschrift der frühen 80er Jahre, "Aufbruch", in der viele der "wir selbst"-Autoren ebenfalls schrieben) mitbegründet wurde, benannte sich 1987 in "Politische Offensive" um, hatte als solche Kontakte zur militant-neonazistischen, FAP-nahen "Nationalistischen Front" (Bielefeld) und schloß sich schließlich unter der Leitung von Marcus Bauer als "Junge Republikaner" den REPs an. Die "Nationalistische Front" wird vom Verfassungsschutzbericht des Bundesinnenministers als nationalrevolutionär beurteilt; der ehemalige FAP-Funktionär Krämer ist schon seit längerem bei den REPs im Bezirksvorstand Oberbayern. Diese Nationalrevolutionäre von NRKA/PO beanspruchen nun, in Nordrhein-Westfalen die Jugendorganisation der Schönhuber-Partei zu sein; die geforderten "fünf Revolutionen" aus der "Nationalrevolutionären Plattform" des NRKA von Anfang der 80er Jahre (nationale, soziale, kulturelle, demokratische und ökologische Revolution) finden sich fast unverändert in der Grundsatzerklärung der "Jungen Republikaner" von 1988 wieder. Der Chef der PO und der "Jungen Republikaner", Marcus Bauer, ist in Köln bei den REPs aktiv (Mitglied der Bezirksvertretung Köln-Ehrenfeld seit der Kommunalwahl 1989) und warb noch Anfang 1989 für "wir selbst". Im Januar 1990 ist er Mitglied der Redaktion der REP-nahen Zeitschrift "Europa vorn" des ehemaligen RFS-Generalsekretärs Rouhs, in der Diwald, Mohler, Schlee oder der Nationalrevolutionär Wolfgang Strauss schreiben (vgl. 2.4.2.1). Die "Leverkusener Erklärung" der "Jungen Republikaner" von 1988 endet mit einem Niekisch-Zitat: "Wer nicht von den Völkern sprechen will, soll von den Menschen schweigen".
Die beiden Mitglieder der frühen "wir selbst"-Gruppe Axel Emmrich und Jürgen Kraus, die auch Mitbegründer der LDD waren (dazu mehr in Kapitel 3) und ebenfalls dem NRKA entstammen (Kraus war vorher wie der "wir selbst"-Verleger Bublies bei den nationalrevolutionären "Jungen Nationaldemokraten" Landesvorstandsmitglied von Rheinland-Pfalz), betreiben heute einen nationalistischen "Motorrad- und Lederclub Schwarz-Rot-Gold" in Koblenz, der sich um eine Zusammenarbeit mit den REPs bemüht, wie aus den Club-Nachrichten zu schließen ist. Es ist ihm bisher jedoch anscheinend nicht gelungen, weil der Club in Teilen offen schwul ist.
Der "wir selbst"-Verleger Siegfried Bublies selbst ist Ende der 80er Jahre Kreisvorsitzender der REPs am Sitz seines Verlages, in Koblenz.
Bei gleichbleibenden Wahlerfolgen der REPs werden sich im Rahmen der Schönhuber'schen "Intellektualisierungs"-Kampagne wohl weitere bekannte Ideologen aus nationalrevolutionären Organisationen der 80er Jahre bei den REPs einfinden. Die nordrhein-westfälische Kommunalwahl ließ das schon erkennen: der stellvertretende Bundesvorsitzende des nationalrevolutionär orientierten GDS, Peter Boßdorf, kandidierte ebenso für die

REPs wie der ehemalige Landesvorsitzende der "Jungen Nationaldemokraten" NRW, Manfred Rouhs, der "wir selbst" mit seiner Zeitschrift "Europa vorn - Jugendzeitschrift für Demokratie und nationale Identität" beerben wollte. In der Zeitschrift stehen auch Anzeigen der Burschenschaft "Danubia", mit der der GDS eng zusammenarbeitet (vgl. 2.2) und in dessen Haus sich der REP-Hochschulverband RHV gründete. Aus dem ehemaligen Kölner RFS trat Markus Beisicht für die REPs zur Kommunalwahl an. Der stellvertretende Landesvorsitzende der "Jungen Nationaldemokraten" Baden-Württembergs, Thorsten Paproth, trat zu den REPs über. Der "Sprecher" der nationalrevolutionär orientierten Münchner Burschenschaft "Danubia", Hans-Ulrich Kopp, wurde einer der drei Vorsitzenden des REP-Hochschulverbandes. Usw. vgl. 2.2, 2.4.1 und 2.4.2.1.

### *2.5.1 "wir selbst" als Propagandablatt Schönhubers*

"wir selbst" hatte bereits vor den spektakulären Wahlerfolgen der REPs auf Schönhuber gesetzt.
Schönhuber-Berater Prof. Bernhard Willms (Bochum) schrieb in "wir selbst" (Januar 1986), für seine Bücher druckte "wir selbst" Anzeigen und Rezensionen (von Höffkes) ab. Der Autor der Präambel des neuen REP-Programms, Prof. Hellmut Diwald (Erlangen), hatte bereits in "wir selbst" Nr. 1/1984 und Nr. 3/1985 geschrieben. Für den rechtsextremen Sinus-Verlag, der bereits mehrfach Diwald und Willms mit Büchern gepuscht hatte, erschienen in der ersten Hälfte der 80er Jahre etliche Anzeigen in "wir selbst", zum Teil herausgehoben auf dem Heftrücken. Geworben wurde u.a. für die folgenden "sinus"-Bücher: Armin Mohler "Wider die All-Gemeinheiten" (gegen die universelle Geltung politischer Grundsätze); Ernst Niekisch "Widerstand" (Widerstand gegen Versailles, also den territorialen, politischen und wirtschaftlichen Ausgang des Ersten Weltkriegs, nicht etwa gegen die Nazis!); Caspar von Schrenck-Notzing und Armin Mohler "Deutsche Identität"; Alain de Benoist "Kulturrevolution von rechts" (mit einem Vorwort Mohlers); Wolfgang Venohr, Hellmut Diwald u.a. "Dokumente deutschen Daseins"; Wolfgang Venohr "Ohne Deutschland geht es nicht" (mit Beiträgen von Diwald, Wolf Schenke, Harald Rüddenklau, Wolfgang Seiffert u.a.).
In der Nummer 1/1987 erscheint als Titelgeschichte des Eichberg-Hausblattes ein Interview mit Schönhuber. "Demoskopische Untersuchungen bestätigen", so heißt es im Editorial, "daß es ein erhebliches Bedürfnis nach einer konservativen demokratischen Alternative zu den Unionsparteien gibt...Wertkonservative haben derzeit nicht nur die Chance, sondern auch die Pflicht zur organisatorischen Formierung." Und die Rechtsextremisten von "wir selbst" fahren scheinheilig fort: "Ob die Partei Franz Schönhubers in der Lage sein wird, diese Chance zu nutzen, hängt ganz wesentlich davon ab, ob sie es schafft, sich zum Sprachrohr der Wertkonservativen aller Lager zu machen und eine klare Trennlinie zum Rechtsextremismus zu ziehen". In dem folgenden Interview spielen dann die "wir selbst"-Leute mit ihren Fragen Schönhuber die gewünschten Bälle zu; Schönhuber bemüht sich, den Fragestellern ständig zuzustimmen. Zum Dank ermöglicht es "wir selbst" dem REP-Chef, sich als demokratischer Patriot zu präsentieren. Kritik an Schönhuber wird nicht geäußert. Die Methode geht dann so:
"wir selbst": "Die *Medien* vermitteln den Eindruck, daß es das Hauptproblem der Republikaner sei, sich vom rechtsextremistischen Lager (Frey, NPD) abzugrenzen". Schönhuber: "Wir bekennen uns ohne Wenn und Aber zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, was natürlich nicht ausschließt, daß wir diejenigen kritisieren, die sich selber mit dem Staat verwechseln. Erfahrungsgemäß besteht bei Parteien, die keine Angst vor klaren Richtungsangaben haben, immer ein gewisses Abgrenzungsproblem. Das ist links nicht anders als rechts. Aber sollen wir nur deshalb das patriotische Anliegen verleugnen, weil es von Extremisten oder einem hinlänglich bekannten NS-Devotionalienhändler mißbraucht wird?" Die Arbeitsteilung hat also geklappt. Sodann meint "wir selbst", Schönhubers Waffen-SS-Buch "Ich war dabei" sei "eine ehrliche und nicht verherrlichende Darstellung der eigenen Kriegserlebnisse".
In der folgenden und bislang letzten "wir selbst"-Nummer vom Januar 1989 durfte Schönhuber dann sogar den Kommentar des Blattes schreiben, in dem er "weniger atlantisches als vielmehr deutsches Denken" forderte und damit auf die national-neutralistische Linie des nationalrevolutionären Neofaschismus anspielte.
Nachdem "wir selbst" nun längere Zeit nicht mehr erschienen ist, scheint die REP-nahe Zeitschrift "Junge Freiheit" die Brückenfunktion zur nationalrevolutionären Szene einzunehmen. Hier finden sich jetzt Anzeigen der Burschenschaft "Danubia", des DESG-Inform aus dem Verlag von "wir selbst", Werbeartikel zur Rekrutierung für den GDS ("Der 'Gesamtdeutsche Studentenverband' als deutschlandpolitische Kaderschmiede", JF Nr. 3/1989); und im "Junge Freiheit"-Buchdienst findet man die Bücher, die auch der "wir selbst"-Buchdienst anbot bzw. für die "wir selbst" mit großformatigen Anzeigen warb, überwiegend "wir selbst"-Autoren:
Hellmut Diwald, Bernhard Friedmann, Günter Kießling, Armin Mohler, Franz Schönhuber, Wolfgang Seiffert, Wolfgang Venohr, Henning Eichberg, Caspar von Schrenck-Notzing, Bernhard Willms u.a. "wir selbst"-Autor Peter Bahn, zeitweise Chefideologe des NRKA, schrieb in der Ausgabe Dezember 1989 in der "Jungen Freiheit" einen Leserbrief, indem er es begrüßt, daß die "Junge Freiheit" nun die publizistische Lücke zwischen dem Bayernkurier und der Frey-Presse ausfülle.
In der "Jungen Freiheit" schreiben auch REP-Generalsekretär Neubauer oder der Chef der Programmkommission der REPs, Emil Schlee.

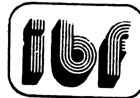
Herbert Ammon
Theodor Schweisfurth



Vorwort:
Alfred Mechtersheimer

# FRIEDENSVERTRAG DEUTSCHE KONFÖDERATION EUROPÄISCHES SICHERHEITSSYSTEM

Denkschrift
zur Verwirklichung
einer europäischen
Friedensordnung
mit 50 Seiten Dokumenten



Die Denkschrift wurde von Herbert Ammon und Theodor Schweisfurth ausgearbeitet und zunächst von einem kleineren Initiativkreis an friedenspolitisch engagierte Freunde und Repräsentanten der Friedensbewegung verschickt.

Der Dank der Autoren gilt insbesondere Ingeborg Drewitz, die das Unternehmen von Anbeginn unterstützt hat sowie Peter Brandt, der bei einer redaktionellen Durchsicht wertvolle Überlegungen beisteuerte. Für Hinweise und Anregungen aus dem Unterzeichnerkreis danken die Autoren Manuel Aicher, Jürgen Bickhardt, Helga Ernst und Tilman Fichter. Dank und Anerkennung verdient Karin Hoßfeld, die mit Umsicht und Humor den technischen Aufwand des Unternehmens „Denkschrift" bewältigte.

Diese Denkschrift zur Verwirklichung einer europäischen Friedensordnung wurde bisher unterschrieben von:

Manuel Aicher (Gustav-Heinemann-Initiative); Herbert Ammon (StR); Gert Bastian (MdB); Willi Becker (Betriebsrat); Traute Behnke (Verw.-Ang.); Hermann Benz (BAg Christen bei den Grünen); Prof. Joseph Beuys (Bildhauer); Dr. Jürgen Bickhardt (Leit. Arzt); Karola Bloch; Edmund Bode (Sozialarbeiter); William Borm (Politiker); Friedrich Brandl (Lehrer); Dr. Peter Brandt (Historiker); Dr. Werner Dobrinski (Stud. Rat. i.E.); Rainer Dümmler (OStR); Dr. Ingeborg Drewitz (Schriftstellerin); Axel Emmrich (linke Deutschlanddiskussion); Dr. Helga Ernst (Dozentin); Tilman Fichter (Publizist); Peter Geiger (Pilot); Ingeborg Glaß (Organisatorin); Martin Glaß (Uhrmachermeister); Jürgen Graalfs (Rechtsanwalt); Michael Großheim (Student); Walther Grunwald (AL); Ernst Haas (OStR); Sarah Haffner (Schriftstellerin); Ingrid Hartl (Lehrerin); Peter Hartl (Lehrer); Karl Hartmann (OStR), Dr. Reinhard Hesse (Hochschullehrer); Holger Heimann (Die Grünen); Eckard Holler (Lehrer); Karin Hossfeld (Sekretärin); Brigitte Hottner (Lehrerin); Reinhard Jung (Zivildienstleistender); Rüdiger Jung (Lehrer); Prof. Dr. Werner Jung (Gustav-Heinemann-Initiative); Dieter Kersten (Kaufmann); Susanne Klopries (Lehrerin); Jürgen Kraus (linke Deutschlanddiskussion); Dr. Henning Labitzke (SPD); Gertraud Langer; Horst Langer; Dr. Peter J. Lapp (Redakteur); Brigitte Mark (Hausfrau); Lothar Mark (Stadtrat); Paul Mayer (Angestellter); Heinrich Christian Meier (Intern. PEN); Prof. Dr. H. Mynarek (Religionswissenschaftler); Friedrich Niethammer (Staatsanwalt und Vorsitzender der Stadtratfraktion Heilbronn); Fritz Ottmann (Dipl.-Volksw.); Hans Eduard Patega (Dipl.-Volksw.); Eugen Pfersich (OStR); Dr. Ulrich Probst (Politikwissenschaftler); Klaus Prömpers (Redakteur); Thomas Rauberger (Dozent); Ruth Reinhard (Dipl.-Volkw.); Werner Reinhard (Stud. Dir. a.D.); Heike Riemer (Stewardess); Luise Rinser (Theologin); Almute Runze (Redakteurin); Ottokar Runze (Regisseur); Wolf Schenke (Publizist); Christine Scheppler (Dipl. Soz.-Päd.); Heinrich Schirmbeck (PEN-Zentrum BRD); Theo Schneid (Sozialarbeiter); Heinrich Schröder (Rentner); Dr. Heribert Schwan (Redakteur); Dr. Theodor Schweisfurth (SPD); Manfred Schwinger (Lehrer); Hans-Joachim Seufert (Jurist); Richard Sperber (Publizist); Winfried Steinl (OStR); Brigitte Stich (Kfm. Ang.); Klaus Stiller (Redakteur), Rolf Stolz (Die Grünen); Jürgen M. Streich (StD); Johannes Stüttgen (Die Grünen), Peter Tartler (Redakteur), Dr. Rhea Thönges (Dozentin); Helmut Thomas (OStR); Dr. Wolfgang Venohr (Chefredakteur); Birgit Voigt (Die Grünen); Dr. Martin Walser (Schriftsteller); Thomas Weber (Die Grünen); Wolfgang Wied (Dipl.-Handelslehrer); Wilhelm Wölfing (Oberst i.G.a.D.);

Dokument 2: Ammon/Schweisfurth-"Denkschrift" mit Unterstützerliste, vgl. 3.4.2.6 (38)

# 3. Mechtersheimer - Schönhuber

## 3.0 Zusammenfassung

Alfred Mechtersheimer arbeitet seit Jahren und bis in die jüngsten Tage mit den nationalrevolutionären Schönhuber- und Gaddafi-Fans von "wir selbst" zusammen. Antiamerikanismus und Nationalismus ergänzen sich dabei hervorragend.
Die Neofaschisten von "wir selbst" puschten in den 80er Jahren "Friedensinitiativen", die der Friedensbewegung ein staatlich vereinigtes "Deutschland" in unklar bleibenden Grenzen als Ausweg aus der atomaren Bedrohung anpriesen und in denen Mechtersheimer kräftig mitmischte. Dabei wurde vor allem versucht, das Konzept der staatlichen Einheit der Deutschen gemeinsam mit Alt- und Neofaschisten auf die Tagesordnung zu setzen. Diese Initiativen waren und sind beherrscht von einem nationalrevolutionären Spinnennetz. Der Verdacht, daß es trotz aller Friedensschalmeien diesen Gruppen letztlich um nichts anderes als um ein "Viertes Reich" geht, liegt nahe.
Immer wieder erschienen in der von Mechtersheimer herausgegebenen Zeitschrift "Mediatus" Angriffe gegen die "Reeducation"-Politik der Sieger über den Faschismus, im Herbst 1989 z.B. verpackt in das Thema "Frauen nach 1945: Wir wurden befreit - wir sind nicht frei", sondern besetzt von den "Feinden". Derartiger Antiliberalismus wird immer mal wieder ergänzt durch Angriffe gegen die Linke: im zitierten Falle gegen die bundesdeutschen Gewerkschaftsführer der ersten Stunde, die nach 1945 - so die "Mediatus"-Autorin Gerda Guttenberg - angeblich die Nazi-Lohnpolitik unverändert fortgesetzt hätten. Wie Gaddafi meint Mechtersheimer, die Sieger des Zweiten Weltkriegs seien schlimmer als ihre Gegner, die Nazis nämlich. Mechtersheimer: "Die Siegermächte haben die Chancen von 1945 moralisch und politisch verspielt und die Menschheit an den Abgrund der Selbstvernichtung geführt. Welchen Anlaß gibt es, das Kriegsende von 1945 zu feiern?" (Mediatus, 1/1985).

## 3.1 Eichberg in "Mediatus"

Es gibt mehrere "Glanzstücke" der jahrelangen Zusammenarbeit Mechtersheimers mit den neofaschistischen Nationalrevolutionären. Im Heft 10/1989 von "Mediatus" präsentiert Mechtersheimer einen "Essay" von Henning Eichberg: "Herausforderungen der europäischen Identität". Als Hauptfeind wird hier wiederum der angeblich gleichmacherische Westen definiert und ein "Europa der Vielfalt" gegen die Weltkultur gefordert: "Europäische Völker haben dem römischen Reich widerstanden, und ihre Volkssprachen überlebten die lateinische Harmonisierung". Dieser Denkansatz findet sich schon bei dem Nazi-Ideologen Houston Steward Chamberlain, der die "Germanen" als Erben der Antike ausgab, die am "Völkerchaos" des Römischen Reiches zugrunde gegangen sei.
Wird in der Abwertung der romanischen Sprachen schon deutlich, *welches Europa* Eichberg in "Mediatus" meint, so läßt er im nächsten Abschnitt seines "Essays" keinen Zweifel mehr daran, wessen Geistes Kind er ist: "Darum ist die *Demokratie des Nordens* etwas anderes als diejenige des 'Bürgers' im Süden und Westen. Sie hat ihre Voraussetzungen eher im Thing als in der Polis". In der Zeitschrift des Bundestagsabgeordneten Mechtersheimer wird somit - noch nebulös - die alte faschistische Vision eines "germanisch" bestimmten Staates propagiert.
Eichberg vergißt nicht, auch in diesem Artikel eine Verbindung zu Libyen zu konstruieren und gibt in einer Liste von ihm empfohlener Bücher, die seinen "Mediatus"-Beitrag abrundet, auch ein Buch von Jean Ziegler an. Was er nicht angibt: Ziegler war Mitglied der Juri, die den von Gaddafi gestifteten "Menschenrechtspreis" verliehen hat.

## 3.2 "Friedensbewegung NPD"

Mechtersheimers enger Mitarbeiter im Starnberger "Forschungsinstitut für Friedenspolitik" Erich Schmidt-Eenboom brachte in "Mediatus" Nr. 6/1989 unter dem Titel "'Friedensbewegung NPD'" (ohne Fragezeichen) und "Antimilitarismus von Rechts?" (mit Fragezeichen) eine reißerische Geschichte über die angeblich neue Entwicklung zum Neutralismus auf der extremen Rechten. Ein Flugblatt der "NPD-Initiativgruppe-Frankfurt" wird dokumentiert und scheinheilig fragt Schmidt-Eenboom: "Gibt es einen zivilen Nationalsozialismus mit Resonanz?". Er bittet die "Mediatus"-Leser um Antworten, die in Nummer 8-9/1989 abgedruckt werden. Der "Mediatus"-Redakteur Schmidt-Eenboom ist hier am Ziel, er überschreibt seinen begleitenden Artikel diesmal gänzlich ohne Fragezeichen, vielmehr mit einem Ausrufezeichen: "Antimilitarismus von Rechts!". Jetzt weiß er plötzlich, daß die NPD "schon zu Beginn der 80er Jahre auf die Verbindung von Nationalismus und Friedensbewegung" gesetzt habe und gibt zu erkennen, daß man eine Kooperation mit Faschisten nicht mehr rundheraus ablehnt. Gegen die Linke und den Habermas'schen "Verfassungspatriotismus" höhnt Schmidt-Eenboom in Erinnerung an seine rhetorische Frage nach der "Resonanz" des "zivilen Nationalsozialismus" nun: "Gehofft hatte die MEDIATUS-Redaktion, daß sich in ihrem Selbstverständnis berührte kritische Sozialwissenschaftler/innen - Typ Frankfurter Schule - von den neuen gesellschaftlichen Verwertungszusammenhängen ihrer Arbeit herausgefordert fühlen und auf den MEDIATUS-Artikel reagieren. Vielleicht ist aber gerade die Frankfurter Schule z.Z. in den Ferien. Erreicht haben Starnberg dennoch einige Leserbriefe von Mitgliedern des Forschungsinstituts für Friedenspolitik e.V.". Und die haben's in sich!

Von den sieben abgedruckten Briefen der Mechtersheimer-Anhänger ist nur einer skeptisch gegenüber der Kooperation mit Neofaschisten. Ansonsten herrscht eitel Freude:

"Jeder, der dieses Ziel (Bekämpfung des Militarismus, d.V.) mit Mitteln und auf Wegen unterstützt, die im Einklang mit dem Ziel und seinen Werten stehen, muß uns - wollen wir glaubwürdig bleiben (sic!) - willkommen sein."

"Was macht es denn, wenn sich von rechts jetzt 'unpazifistische' Stimmen gegen ausländische Truppen bei uns richten?"

"Warum soll ein deutscher Linker nicht national sein und ein deutscher Rechter Pazifist?"

"So vertragen sich extrem außen angesiedelte Weltbilder widersprüchlichster Art harmonisch."

"Freuen wir uns doch über die neue Brüderlichkeit zwischen links und rechts, die aufzukeimen beginnt. Sie wird die Legitimationskrise unserer Besatzer und ihrer deutschen Helfershelfer verstärken."

"Dennoch oder vielleicht um so eher sollte man den Antimilitarismus dieser Kreise nicht stören und bei Bitten um Hilfestellung sogar unterstützen."

Lediglich *einer* hat Zweifel: "Beim derzeitigen allgemeinen Entspannungstrend können auch die neuen Rechten nicht anders als sich antimilitaristisch zu geben. Später werden sie davon nichts mehr wissen wollen."

Im August desselben Jahres hatte Schmidt-Eenboom auf einer Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion über "Gleichberechtigte Partnerschaft im Bündnis" noch vor dem "akuten Antimilitarismus von rechts" als "gefährlich" gewarnt (S. 113 der Dokumentation), um die zögerlichen Sozialdemokraten zu eigenen Angriffen gegen die amerikanische Militärpräsenz in Europa zu bewegen.

## 3.3 "Mediatus" in "wir selbst"

Diese Entwicklung ist freilich keineswegs neu. Im Oktober 1985, in der "wir selbst"-Nummer 4/1985, erscheint die von Mechtersheimer, Franz Miller und Schmidt-Eenboom verfaßte "Friedensplattform '87" als eingehefteter Sonderdruck. Dies geschieht ohne Wissen der Institutsgremien des Starnberger Friedensforschungs-Instituts, als Soloaktion der Autoren. Die Kopfzeile der zu diesem Zweck gedruckten "Friedensplattform" lautet auf jeder Seite: "wir selbst - Sonderdruck - mediatus". Im Impressum zeichnet für die Seiten verantwortlich: "Forschungsinstitut für Friedenspolitik e.V., Starnberg". Es werden jedoch nur die Autoren der "Friedensplattform" genannt, keine presserechtlich verantwortliche Person. Das "Impressum" ist also keins, auch juristisch ist der "wir selbst"/"mediatus"-Sonderdruck ein unselbständiger Teil des "wir selbst"-Heftes. In dem Text, der im wesentlichen nur den Diskussionsstand der Friedensbewegung widergibt, heißt es dennoch: "Durch gemeinsame Abrüstungsschritte und vertraglich festgelegte militärische Selbstbeschränkungen sind Voraussetzungen für eine qualifizierte

Souveränisierung der beiden deutschen Staaten und für eine friedensvertragliche Regelung der deutschen Frage zu schaffen".

## 3.4 Nationalrevolutionäre in der Friedensbewegung: Ein Spinnennetz

Mechtersheimers Beziehung zum Neofaschismus und den nationalrevolutionären Gaddafi-Schönhuber-Fans ist weitaus breiter. Sie rührt von dem deutschlandpolitischen Konzept des Neofaschismus her, das sich seit Anfang der 80er Jahre ideologisch und personell wie ein Spinnennetz über Teile der Friedensbewegung legte. Das Konzept läßt sich (außenpolitisch) auf den einfachen Nenner des CDU-MdB Friedmann bringen: "Einheit statt Raketen". Friedmanns heiß diskutiertes Papier wurde dann auch in Ausschnitten von "wir selbst" nachgedruckt.
Nicht das Kapitalinteresse an der Niederwerfung des Sozialismus und des konkurrierenden Kapitals sei die entscheidende Kriegsursache, so heißt es bei den Nationalrevolutionären; nicht die Raketen seien das *Mittel* zu diesem Kampf um Märkte und Rohstoffe, sondern die "Spaltung" Europas *als solche*, die Teilung Deutschlands als deren Zentrum sei die *eigentliche* Kriegsgefahr. Deshalb müsse die Teilung überwunden, die staatliche Einheit der Deutschen (oftmals inklusive Österreichs) durchgesetzt werden, dann komme der Frieden von selbst. Daß die Vertreter dieser Positionen heute, nach dem Zusammenbruch des "Ostblocks", immer noch an der staatlichen Einheit der Deutschen festhalten und dies nun überwiegend völkisch begründen ("Es wächst zusammen, was zusammen gehört", die Zeitschrift "Junge Freiheit" begeistert sich über Willy Brandts Berliner Rede vom 10.11.89, sie sei "eine geradezu patriotische Rede", JF Nr. 6/1989), zeigt, daß ihre Argumentation in Wahrheit immer schon genau umgekehrt verlief: Die Friedensbewegung sollte von rechts her in Dienst genommen werden, um das lang ersehnte Ziel der staatlichen Wieder- oder Neuvereinigung Deutschlands (bisweilen auch mit Österreich), der Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs zu erreichen. Ein starkes blockfreies Deutschland als sein eigener Block oder als Führungsmacht des neuen Blocks Europa - das alte Ziel der Faschisten und des deutschen Kapitals. Die atomare Hochrüstung als Gefahr für die Menschheit trat während der 80er Jahre in den Hintergrund, denn der Kampf dagegen war nur Mittel zu einem anderen Zweck.
Mechtersheimer in der "taz" vom 9.7.87: "Für mich war immer klar, seit ich mich mit Abrüstung beschäftige: eigentlich geht es gar nicht um eine Raketendiskussion, sondern um die deutsche Frage. Das ist der Kern der Debatte, es hat gar keinen Sinn, drumrum zu reden". In der "BILD-Zeitung" am 14.9.89: Die Grünen "müssen für ein grünes, neu vereinigtes Deutschland arbeiten". Am 22.8.88 (vor der Berlinwahl mit dem ersten großen REP-Anteil also) in der "taz": *"Ich kann mir nicht vorstellen, daß bei uns neue faschistische Zeiten bevorstehen. Das Kapitel ist abgeschlossen"*.

### *3.4.1 Geschichtsrevision für die Linke: Das Spinnennetz wird geknüpft*

Nach einigem Vorgeplänkel erscheint 1981 als Startschuß einer Geschichtsrevision für die Linke das Buch "Die Linke und die nationale Frage" von Peter Brandt und Herbert Ammon. Die völkische Interpretation der Welt wird in Vorwort und Einleitung als "links", weil angeblich volksnah ausgegeben, völkische Theoretiker wie Eichberg und radikale Rassisten wie Niekisch werden als "linke" Denker vorgeführt: "Die politische Breite unserer Zusammenstellung, der bewußte Verzicht auf die Ausgrenzung von Texten" sei "auch eine programmatische Aussage". Und natürlich wird auch wieder biologistisch "die gemeinsame Abstammung" als Nationen konstituierendes Element anerkannt (S. 21f) und es wird - das kennt man seit dem Vater der völkischen Bewegung in Deutschland, Paul de Lagarde - der angebliche Mangel an "nationaler Identität" der Deutschen für alle Unbill verantwortlich gemacht: für "die Identitätskrise der Jugend", für "Antriebs- und Willensschwäche, Narzißmus, Mißtrauen gegen die Lehrer, abgesehen von der spektakulären Drogensucht" (S. 24) - als gäbe es z.B. in Frankreich keine Drogensucht! Das geeinte Europa können sich die beiden Ethnopluralisten nur als "Völkerbund" vorstellen; an die Nazi-Verbrechen erinnert zu werden, empfinden sie als "ein Stück Fremdbestimmung"(S. 25) - Ernst Nolte und Franz Josef Strauß von "links".
Die beiden Herausgeber haben die neofaschistische Weltsicht Eichbergs internalisiert: sie sprechen selbst von "regionalistischen Bewegungen in den 'inneren Kolonien' gegen die europäischen Herrschaftszentren" (S. 18), preisen - wie Eichberg - das "deutsche Liedgut" und die "deutsche Romantik", auf die sich die völkisch-faschistische Bewegung schon immer berufen hat. Daß sie es genauso meinen wie diese, zeigen ihre Aktionseinheiten mit Völkischen und mit Faschisten.
Brandt/Ammon verlangen unter Vorgriff auf den Historikerstreit bereits 1981 eine "von ideologischen Scheuklappen befreite Unbefangenheit" im Umgang mit deutscher Geschichte und "nationaler Identität", die sie ausdrücklich gegen "universalistische Industriezivilisation" setzen (S. 19). Damit liegen sie exakt auf der Argumentationslinie des Neofaschismus. Habermas hatte 1986 im Historikerstreit *gegen* diese "Unbefangenheit" gefordert:

"Wir können einen nationalen Lebenszusammenhang, der einmal eine unvergleichliche Versehrung der Substanz menschlicher Zusammengehörigkeit zugelassen hat, einzig im Lichte von solchen Traditionen fortbilden, die einem durch die moralische Katastrophe belehrten, ja argwöhnischen Blick standhalten" (Die Zeit, 7.11.86). Von einem "argwöhnischen Blick" halten die Brandt/Ammon überhaupt nichts, im Gegenteil: Während Habermas "Verfassungspatriotismus" zum Grundgesetz einforderte, bekritteln Brandt/Ammon, der Auftrag zur Ausarbeitung einer bundesdeutschen Verfassung sei "von den Besatzungsbehörden" gekommen (S. 22). Einen - unverfänglich klingenden - Text des antisemitischen Vernichtungshetzers Niekisch (vgl. 3.4.3.2.1) drucken sie ab und Eichberg selbst darf (Soziales gegen Völkisches austauschend) schreiben: "Identität oder Entfremdung, das ist der neue Hauptwiderspruch, Imperialismus oder unser Volk". Und Eichbergs Beitrag schließt mit dem Wort vom "Wodka-Cola-Imperialismus", das heute zum Grundwortschatz des Neofaschismus gehört.
1981 arbeitet in Berlin die "Arbeitsgruppe Berlin- und Deutschlandpolitik in der Alternativen Liste" unter Mitarbeit von Ammon und P.Brandt, von Jürgen Graalfs und Jürgen Tribowski, an der Schrift "Paktfreiheit, Atomwaffenfreie Zone in Europa, Einheit Deutschlands". "wir selbst" berichtet sogleich positiv in Heft Nr. 1/1982 darüber - im selben Heft mit dem ersten "Reisebericht des WIR SELBST-Redaktionskomitees" nach Libyen. Wenig später erscheint die überarbeitete Fassung der Schrift: "Paktfreiheit für beide deutsche Staaten oder Bis daß der Tod uns eint?". In den Literaturempfehlungen findet sich Mechtersheimer neben Niekisch und das Buch des Nationalrevolutionärs Rainer Dohse: "Der dritte Weg. Neutralitätsbestrebungen in Deutschland zwischen 1945 und 1955", das vor allem die Bemühungen der Nazis nach 1945 um eine Wiedergewinnung ihres Deutschlands positiv beschreibt, im Zentrum damals: Wolf Schenke, in dessen Verlag das Buch Dohses dann auch erschienen war. Positiv hingewiesen wird von der AL-AG auch auf Theodor Schweisfurth und den Bundeswehrgeneral Jochen Löser, beide werden später in "wir selbst" schreiben, Löser beruft sich bei dieser Gelegenheit offen auf Alain de Benoist. Die AL-AG läd schließlich 1984 Henning Eichberg zu einer Diskussion ein und löst damit einen viel beachteten Eklat in der AL aus.
1982 erscheint im rechten Lübbe-Verlag, der auch die trivialen Bastei- und Landser-Heftchen herausbringt, Wolfgang Venohrs Buch "Die deutsche Einheit kommt bestimmt". Venohr versteht sich selbst als Niekisch-Schüler und ist laut "wir selbst" einer der wenigen Nationalrevolutionäre der älteren Generation. Venohr schrieb in den 60er Jahren häufig in Wolf Schenkes Zeitschrift "Neue Politik", in der auch Niekisch und Otto Strasser publizierten.
In Venohrs 1982er Buch sind als Autoren die Personen vereint, die auch am Ende der 80er Jahre diese Szene bestimmen: der REP-Anhänger Hellmut Diwald, der Rechtsaußen Harald Rüddenklau (1988 gründet er zum Zwecke der Wiedervereinigung den "Neuen Deutschen Nationalverein", von dem "wir selbst" im Januar 1989 promt das "Grundsatzprogramm" druckt, vgl. 3.4.2.13), Theodor Schweisfurth, Peter Brandt und Herbert Ammon (sie empfehlen hier das deutsche Volkslied als Gegenmittel gegen die "Identitätskrise der Jugend") und Wolfgang Seiffert; bis auf Rüddenklau und P. Brandt werden sie alle auch in "wir selbst" schreiben. Venohr entwickelt in dem Buch seine Idee der staatlichen Wiedervereinigung eines nationalrevolutionären "Deutschland" als blockfreier "Konföderation". Das Buch gilt heute neben dem von Brandt/Ammon als grundlegend für die nationalrevolutionäre Deutschlandpolitik der 80er Jahre.
"wir selbst" (Heft 2/1982) bringt wieder einen Problemaufriß: Antiamerikanismus und neofaschistische Sozialdemagogie bestimmen den Text, der über den "Bonner Vasallenstaat" und die "gesamtdeutschen Friedensinitiativen" unter der sinnig umgedrehten Überschrift "...bis alles in Scherben fällt" berichtet. Das alte Nazi-Lied soll natürlich nicht auf die eigenen braunen Bataillone hinweisen, die bis 1945 "alles in Scherben" schlugen, sondern auf die atomare Vernichtungsdrohung der 80er Jahre, die von den Kriegsgegnern der Nazis ausgehe. Vom "Umerziehungskomplex der Deutschen" ist die Rede und es heißt: "Unbeeindruckt vom 'Nationalismus'-Vorwurf findet die gesamtdeutsche Friedensbewegung immer mehr und mehr Anhänger..., weil es sich um einen antiimperialistischen Befreiungsnationalismus handelt". Der Artikel endet mit einem als Sinnspruch gesetzten Zitat von Hellmut Diwald: "Westdeutsche Gewehrläufe und Geschütze nach Osten auf Deutsche gerichtet - das ist ein Tiefpunkt sittlicher Verwahrlosung und politischer Korruption" (S. 8). Diwalds Geschichtsverständnis beschränkt diese Bewertung auf *Deutsche*. Im selben "wir selbst"-Heft schreibt auch Venohr.
Ebenfalls noch 1982 bringt "wir selbst" eine offenbar von Eichberg (sonst spricht dort niemand dänisch!) verfaßte erste Bilanz der Einigungsbemühungen. Der Autor zieht selbst den Bogen von Peter Brandt über Diwald und Venohr, die NPD und Freys "Deutsche Nationalzeitung" bis zum "Thule-Seminar" und Alain de Benoist's "Nouvelle Droite".
Man wußte zu dieser Zeit allerorten sehr wohl, was man hier tat, daher die Zurückweisung des "'Nationalismus'-Vorwurfs" in "wir selbst". Die Illustrierte "stern" hatte im März 1983 den Artikel "Die roten Nazis - Die rechte Gewalt hat ein linkes Programm" über die Nationalrevolutionäre gebracht.
Die Geschichtsrevision für die Linke, die hier betrieben wurde, war Teil der Debatte um angebliche "nationale Identität", die den größten Angrff auf das Recht der Schwächeren, ihre materiellen Interessen durchzusetzen und notfalls zu erkämpfen, war, seit Ludwig Erhard in den 60er Jahren das Konzept der "Formierten Gesellschaft" präsentierte. Allerdings weist die Debatte der 80er Jahre einen erheblichen Unterschied zu der der 60er Jahre

auf: Die Konservativen und Neofaschisten haben jetzt ein Thema gefunden, dem sich auch Teile der Linken nicht verschließen möchten. Denn während sie in den 60ern und 70ern kritisches Bewußtsein schaffen wollten (siehe Bildungsreform und Rahmenrichtlinien-Diskussion), will ein Teil der Linken in den 80ern die nationale Integration, auch in Zusammenarbeit mit Neofaschisten. Das "soziale Wir" der Linken wird hier durch das "nationale Wir" der Rechten ersetzt. Dies ist Ziel und Effekt der Geschichtsrevision für die Linke: nationaler Kleister zur Abwicklung der Sozialschäden des 80er/90er-Jahre-Kapitalismus. Dazu dient auf der Linken ein Rückgriff auf scheinbar sozialrevolutionäre Konzepte der "Konservativen Revolution", der Nationalrevolutionäre der 20er Jahre und des antikapitalistischen Flügels der NSDAP, auf die Vordenker des Faschismus also. Im Hintergrund steht als Ziel die Einschwörung der Linken auf territoriale Expansion, ein Konzept, gegen das sich die Linke bis zum Beginn der 80er Jahre ebenso geschlossen wie vehement zur Wehr setzte. Wie im Historikerstreit, so geht es hier darum, nicht 1933 sondern 1945 als die "deutsche Katastrophe" zu verkaufen: wenn z.B. Herbert Ammon "die Absurdität der deutschen Teilung" als die "deutsche Misere" präsentiert. Mitstreiter Wolf Schenke drückte dies in einem Aufsatztitel aus: die "Deutsche Daseinsverfehlung" sei nicht etwa die Zeit vor 1945, sondern die nach 1945. Für "Verfassungspatriotismus" bleibt hier kein Platz.

### *3.4.2 Die Personenbündnisse entstehen*

Die Personen haben sich bis 1982 gefunden, nun geht es Schlag auf Schlag: Initiativen von immer denselben Personen werden gegründet, um via Friedensbewegung "Deutschland" zu vereinen. Eine Auswahl:

#### 3.4.2.0 Das "Manifest neues Deutschland" des GDS

Im September 1982 bringt der GDS (der bis 1984 "Ostpolitischer Deutscher Studentenverband" ODS hieß), sein nationalrevolutionäres "Manifest neues Deutschland" heraus, zu dem der spätere Bonner REP-Kandidat Peter Boßdorf ein Vorwort schreibt. Mit einem Aufkleber der Burschenschaft "Danubia" wird es auch von München aus vertrieben. Alle inhaltlichen Punkte, die sich durch die verschiedenen Initiativen ziehen werden, tauchen hier bereits auf. Das "System von Jalta" wird für die Kriegsgefahr verantwortlich gemacht: "Die Teile Deutschlands sind zur Spielwiese für die Kraftakte der Supermächte geworden". Es gehe um "die Verhinderung eines Krieges"; "die deutsche Einheit stellt keine Gefahr für die Völker Europas und der Welt dar. Die Gefahr liegt ausschließlich in der Konfrontation der Supermächte mitten in Europa". Die (zum Teil offen militanten) Neofaschisten des GDS geben sich sozialrevolutionär: "Das Konzept eines Übergriffs des kapitalistischen Westens auf den Osten (ökonomischer Missionsgedanke) stellt eine latente Aggressionsdrohung dar und ist als deutschlandpolitische Perspektive völlig unbrauchbar". Offen wird die zukünftige Besetzung Westpolens gefordert.
Wie der spätere GDS-Bundesvorsitzende Weisig offen zugab, wurde dieses Programm als Lockangebot für die Zusammenarbeit mit sich als links ausgebenden Initiativen geschrieben. Tatsächlich gab es später enge Kontakte des GDS mit Theodor Schweisfurth (vgl. 3.4.2.6 und 3.4.3.3) und Verbindungen zur LDD (vgl. 3.4.2.4).

#### 3.4.2.1 Die "Kölner Konferenz Grünalternative Bewegung und deutsche Frage"

Auf dieser noch von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der Grünen finanzierten Konferenz im November 1983 wird zum ersten Mal in der Öffentlichkeit der praktische Versuch einer Zusammenarbeit von Teilen der Friedensbewegung und Nationalrevolutionären gemacht. "wir selbst" wird den Konferenzteilnehmern zum Kauf angeboten. Auch die Anwesenheit zahlreicher Mitglieder des NRKA, die Papiere verteilen, in denen indirekt der Anschluß Österreichs und "geschlossene Siedlungsgebiete für nichtdeutsche Volksgruppen" gefordert wird, irritiert die Pressevertreter, die seit dem "stern"-Bericht über die "roten Nazis" informiert sind.

#### 3.4.2.2 Schönhubers "Deutschlandrat"

Ende 1983 gründet u.a. Schönhuber die REPs-Partei, nur eine Woche später, Anfang Dezember 1983, finden sich intellektuelle Schönhuber-Berater im "Deutschlandrat" zusammen, der in einer Erklärung vor der "atomaren Vernichtung" warnt und die Wiedervereinigung fordert: "Wir wollen wieder eine normale Nation sein". Der "Deutschlandrat" knüpft ausdrücklich an die Friedensbewegung an. Zu seinen Mitgliedern zählen neben Franz Schönhuber drei weitere "wir selbst"-Autoren: Hellmut Diwald, Bernhard Willms und Wolfgang Seiffert sowie Armin Mohler und der rassistische Bevölkerungspolitiker Robert Hepp.
"Deutschland-Rat" hieß bereits eine Gruppe, die Wolf Schenke zu Beginn der 60er Jahre mit seinen engen neofaschistischen Mitstreitern zur Propagierung einer deutsch-deutschen Konföderation ins Leben gerufen hatte (vgl. 2.4.3 und 3.4.3.1). Herbert Ammon wird Mitte der 80er Jahre in "wir selbst" den damaligen "Deutschland-Rat"-Aktivisten Bogislaw von Bonin als Alternative zum SPD-Bundestagsabgeordneten Andreas von Bühlow und seinem sicherheitspolitischen "Bühlow-Papier" präsentieren (vgl. 2.4.9 und 3.4.3.2).

Der Deutschlandrat von 1983 findet fast nur in neofaschistischen Zeitungen Widerhall; seine Erklärung drucken "Nation Europa", "Criticon", "Deutschland in Geschichte und Gegenwart" usw.
Ende 1983 bringt "wir selbst" einen dritten Aufriß des Problems: "Entkolonisierung der Deutschen - Friedensbewegung und neuer 'deutscher Patriotismus' - eine Analyse der gesamtdeutschen Friedensbewegung". Im selben Heft schreibt auch Herbert Ammon, und der bekannte Insider der nationalrevolutionären Szene Günter Bartsch (ebenfalls Autor in "Criticon") gibt hier zum besten: "Der Nationalrevolutionär besteht auf der Unabhängigkeit jeder Nation und ist daher entschieden gegen alle universalistischen Konzeptionen. Seines Erachtens würde durch eine Vereinigung oder gar Vermischung aller Völker ein ungenießbarer Einheitsbrei angerührt, in dem die kostbare Vielfalt der Nationen und Kulturen unterginge. Für den Nationalrevolutionär enthält die nationale Frage die 'Sprengkraft für die Lösung aller anstehenden Probleme in Deutschland'" (S. 24). Ein Bild des Hitler-oppositionellen Rassisten und Antisemiten Ernst Niekisch, dem der Österreicher Hitler zu sehr von "romanischem Blut" durchflossen war, ziert diesen "wir selbst"-Artikel.

### 3.4.2.3 Die Gruppe "Den Frieden retten - Deutschland vereinen!"

Am 3. Februar 1984 erscheint in der "Frankfurter Rundschau" eine Anzeige unter dem Titel "Den Frieden retten - Deutschland vereinen!". Unter namentlichen Bezug auf Ernst Niekisch und die aktuelle atomare Vernichtungsdrohung wird die deutsche Einheit als Ausweg aus der Aufrüstung ausgegeben. Die Anzeige ist initiiert von ehemaligen Mitgliedern des NRAO/SdV, der nationalrevolutionären Neofaschisten der 70er Jahre also: Sven Thomas Frank und Udo W. Reinhard, die schon Ende der 60er Jahre aktiv waren, und dem NRAO/SdV-Führer Wolfgang Strauss, fleißiger Autor in "Nation Europa" und (wie Frank) im "Criticon" des Caspar von Schrenck-Notzing. Die Anzeige ist namentlich unterzeichnet von 18 Personen, unter ihnen der Sohn des Mitbegründers der Sekte "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft" und späteren Vertrauten Wolf Schenkes Gerhard Bednarski, Wolfram Bednarski, der seinerseits Mitglied der "Unitarier"-Sekte war und dessen Schwester Freya heute Funktionärin der Sekte ist (nicht die Linke, sondern die Rechte gibt so viel auf "Sippe"!); Wolfram Bednarski gehörte später dem ÖDP-Landesvorstand Niedersachsen an, der geschlossen zu den REPs übertrat (vgl. 3.4.3.1); der Nationalrevolutionär Konrad Buchwald, der häufig in dem NRAO-Blatt des Wolfgang Strauss, "neue zeit", schrieb; Wolfgang Strauss und seine Mitstreiter Frank und Reinhardt; der ständige "Criticon"-Mitarbeiter Gerd-Klaus Kaltenbrunner, auf den sich heute das "Hochschul- und bildungspolitische Programm" des REP-Hochschulverbandes RHV *namentlich* bezieht; der Nationalrevolutionär Ottokar Runze; Schenke, die "wir selbst"-Autoren Schweisfurth, Seiffert, Venohr und Michael Vogt, ehemals Sprecher der "Danubia"-Burschenschaft, in deren Haus der REP-Hochschulverband gegründet wurde. Ebenfalls dabei: der "Anthroposoph" Gerhard Josewski vom rechtsextremistischen "Collegium Humanum" des "Heidelberger Manifest"-Unterzeichners und Altnazis Werner Georg Haverbeck (vgl. 3.4.2.8).

### 3.4.2.4 Der Initiativkreis Linke Deutschland-Diskussion (LDD)

Im Oktober 1984 wird von dem engen persönlichen und politischen Freund (Selbstbezeichnung) sowohl Ammons als auch Mechtersheimers und Mitglied in Mechtersheimers Starnberger Forschungsinstitut für Friedenspolitik e.V., Rolf Stolz, die LDD gegründet. Stolz, Mitglied des ersten Bundesvorstands der Grünen, steht seit Jahren und bis heute auf der Gehaltsliste des Chemiemultis Bayer AG. Im Zusammenhang damit, daß Mechtersheimer der einzige Politiker der westlichen Welt war, der die libysche Giftgasfabrik in Rabta besichtigen konnte, könnte dies eine interessante Begebenheit am Rande sein. In Nr. 49/1989 berichtet DER SPIEGEL, bei Ermittlungen der Zollfahnder gegen die Bayer AG seien Akten über ein Chemie-Geschäft mit dem Iran beschlagnahmt worden. Ohne staatliche Exportgenehmigung habe Bayer Giftgas-Grundstoffe an die islamisch-fundamentalistischen Mullahs geliefert.
Gründungsmitglieder der LDD sind auch die "wir selbst"-Mitbegründer Axel Emmrich, Jürgen Kraus und H.J. Ackermann (vgl. 2.5). Als Postfach der LDD wird jahrelang dasselbe Postfach in Lahnstein angegeben, das zeitweise vom NRKA, von einer Fraktion der PO und heute von dem Motorad- und Lederclub "Schwarz Rot Gold" benutzt wird; es ist das Postfach von Emmrich und Kraus (vgl. 2.5 und 3.4.3.5).
"wir selbst" wird von der LDD linken Kritikern gegenüber als linkes Blatt ausgegeben, Niekischs Faschismus rechts von Hitler als "linkssozialistische Tradition" bezeichnet.
Das LDD-Papier "Anstoß für eine deutsch-deutsche Alternative" wird u.a. unterstützt von Ammon, Schenke, Emmrich, Kraus, dem rechtsextremen Sektenprediger Hubertus Mynarek (der mit den "Deutschen Unitariern" zusammenarbeitet), dem "Helios"-Verlag Bahns, dem Sprecher des NRKA Armin Krebs, H.J. Ackermann, Peter Bahn selbst, Claus-Heinrich von Wendorff (ein Schenke-Vertrauter der 60er Jahre, der damals auch im rechtsextremistischen "Volksbund deutscher Ring" Beisitzer des erweiterten Vorstands war), Schweißfurth, Venohr, Dorothea Wieczorek (die zu der von Schenke mitbegründeten AUD zählte), Ex-Grünen-MdB Christa Reetz (ebenfalls früher AUD), und einem Thomas Scharmann aus Salzburg (sic!). Ein paar Mitglieder der Grünen, unter ih-

nen das damalige Bundesvorstandsmitglied Brigitte Berthold, und der schon sehr alte Ossip K. Flechtheim geben dieser Liste linke Flecken. Die LDD wirbt (!) mit all diesen Namen für sich.
Die erste, dann doch nicht veröffentlichte Fassung des "Anstoß" hatten auch Jürgen Graalfs und Ingeborg Drewitz unterschrieben, die bei der veröffentlichten Fassung ihre Zustimmung wieder zurückzogen.
Der LDD-"Anstoß" fordert ein staatlich geeintes blockfreies "Deutschland" mit nationaler, "sozialistischer" Prägung.
Zu den Gründern der LDD gehört auch der nationalrevolutionäre Aktivist Willi Becker, ein alter "Kampfgefährte" von Stolz. Becker gab die Zeitschrift "Debatte" (Köln) heraus, in der auch der Neofaschist Peter Bahn publizierte.
Die LDD veranstaltet im Mai 1985 eine "Tagung" in Berlin (West) mit Reetz, Ammon und Schenke.

3.4.2.4.1 Die Grünen-Kongresse 1984/85

Durch die Verankerung der LDD innerhalb der Partei Die Grünen ist es dieser Gruppe möglich, am rechten Rand der Ökopartei entgegen den Parteitagsbeschlüssen, die sich für die Beibehaltung der deutschen Zweistaatlichkeit aussprechen, Vereinigungspolitik zu betreiben. Besonders in den Grünen-Landesverbänden Baden-Württemberg und Bayern finden sich ehemalige AUD-Mitglieder, die die LDD in diesem Bemühen unterstützen. Bayern und Baden-Württemberg sind traditionell seit den 50er Jahren Hochburgen der neofaschistischen Deutschen Gemeinschaft/Aktionsgemeinschaft unabhängiger Deutscher (DG/AUD) des August Haußleiter (vgl. R. Stöss 1980), der den größten Teil der AUD-Mitglieder 1980 in die Grünen führte.
Haußleiter beteiligte sich 1923 am Hitler-Putsch der NSDAP vor der Münchner Feldherrnhalle, wandte sich dann aber dem Hitler-oppositionellen nationalrevolutionären Flügel des Faschismus zu. Mit seiner rechtsextremistischen Partei DG der 50er Jahre, die auch in Stil und Erscheinungsbild die NSDAP und ihre Gliederungen zu kopieren versuchte, beteiligte er sich am Aufbau des Neofaschismus in der Bundesrepublik. Gemeinsam mit Wolf Schenke gründete er 1965 die AUD, die sogleich über ein Wahlbündnis zur Bundestagswahl mit der NPD verhandelte. Die AUD war gesamtdeutsch, neutralistisch und auf die Konföderation als erstem Schritt zur staatlichen deutschen Einheit ausgerichtet. In den 70er Jahren wandte sich die AUD verstärkt dem Umweltschutz zu, der bereits seit Anfang des Jahrhunderts ein Standbein der völkischen Bewegung in Deutschland war (vgl. Klönne 1984).
Im März 1984 veranstaltet der Landesverband Baden-Württemberg der Grünen einen Kongreß "Friedensvertrag, Blockfreiheit, Neutralität", bei dem Haußleiter die Eröffnungsansprache hält. Die Thesen der Berliner AL-AG zur Deutschland- und Berlinpolitik werden diskutiert, zu einer Podiumsdiskussion, die von Torsten Lange (ehemals AUD) moderiert wird, sind u.a. eingeladen die "wir selbst"-Autoren Theodor Schweisfurth und Wolfgang Seiffert. Der vom Landesverband anschließend herausgegebene Reader zum Kongreß enthält auf den vorderen Deckel Brechts "Kinderhymne", die wegen ihres ethnopluralistisch-völkischen Kerns zum Hit der Nationalrevolutionäre wurde, und auf dem hinteren Deckel eine Anzeige der Zeitschrift "MOZ", die nach einem Bericht der "taz" vom 6.4.1989 über hervorragende Verbindungen zu *Gaddafi* verfügt: die Geschäftsführung des Verlages, in dem MOZ erscheine, werde von Libyen betrieben, der Verlag sei in undurchsichtige Giftgas-Chemie-Lieferungen an Libyen verwickelt (vgl. Kapitel 1.2, Juni 1988).
Im November 1984 veranstaltet der Landesverband Bayern der Grünen einen deutschlandpolitischen Kongreß, auf dem wiederum Haußleiter und Alfred Mechtersheimer Eröffnungsansprachen halten; der alte Schenke-Mitstreiter Richard Sperber stellt seinen "Friedensvertragsentwurf" vor (vgl. 3.4.2.8). An der Podiumsdiskussion dieses Kongressen nehmen u.a. Haußleiter, Sperber, Wolfgang Seiffert und Rolf Stolz von der LDD teil, vorbereitet wird der Kongreß u.a. von dem ehemaligen AUD-Mitglied Dorothea Wieczorek, die schon den LDD-"Anstoß" unterschrieben hatte.
Der Landesarbeitskreis "Frieden" der bayrischen Grünen versucht noch einmal im Oktober 1985 einen ähnlichen Kongreß im kleinen Rahmen, an dessen Podiumsdiskussion wiederum Haußleiter, Mechtersheimer und Lange teilnehmen.

**3.4.2.5 Die "Offener Brief"-Gruppe**

Im November 1984 schreibt eine Gruppe schon genannter Personen einen "Offenen Brief an die Grünen", in dem diese aufgefordert werden, die deutsche Wiedervereinigung nach dem Modell der Konföderation in einem ethnopluralistischen Europa anzustreben. "Wir stellen die Gleichung auf: Deutsche Teilung = latente Kriegsgefahr, Deutsche Einheit = gesicherter Frieden", heißt es hier; eine Formel, die Venohr schon in seinem 1982er Buch verfocht, obwohl die Geschichte das Gegenteil bewiesen hat. Venohrs "Zehn-Punkte-Plan für die Herstellung einer Konföderation Deutschland" wird als Anlage mitverschickt. Der ethnopluralistische Ausdruck des "Europa der Vaterländer" (ein altes Waffen-SS-Konzept) kommt explizit im Text vor. Den "Offenen Brief" unterzeichnen

u.a. die Nationalrevolutionärin Almute Runze, Schenke, Seiffert, Michael Vogt von der "Danubia"-Burschenschaft und Venohr.
"wir selbst" druckt in der Nommer "Februar/März 1985" den Text des "Offenen Briefes" und Venohrs "Zehn-Punkte-Plan" zu deutschen Könföderation ab.

### 3.4.2.6 Die Denkschrift "Friedensvertrag, Deutsche Konföderation, Europäisches Sicherheitssystem"

Im März 1985 erscheint zuerst hektografiert, dann im Laufe des Jahres 1985 gedruckt die "Denkschrift" von Herbert Ammon und Theodor Schweisfurth. Sie ist der bisher am meisten ausgearbeitete Text zu diesem Thema aus dieser Ecke und stellt den *einen* Friedensvertrag mit "Deutschland" als zentralen Lösungsschritt hin, um den "Besatzungszustand" durch die Sieger des Zweiten Weltkriegs und angeblich damit auch die Kriegsgefahr für Europa zu beenden. "Deutschland" sei vom Krieg bedroht, "weil sich am Besatzungszustand materiell seit 1945 fast nichts geändert hat" (S.19); in der Zeit *vor* diesem "Besatzungszustand" allerdings, darauf geht man lieber nicht ein, war Europa vom Krieg *nicht mehr nur bedroht*! Dafür wird dann, auch ein bekanntes Vorgehen, Hitler als Person verantwortlich gemacht: am Anfang des Problems stehe "gewiß Hitlers Krieg" (S.19).
Die staatliche Einheit der Deutschen und Berlin als ihre Hauptstadt sind das Ziel der "Denkschrift": "Die Zukunft Berlins - der ganzen Stadt - liegt in der Tat in ihrer nationalen Aufgabe: Hauptstadt zu werden des Deutschen Bundes, der Deutschen Konföderation" (S.27)
Die "Souveränitätsproblematik", die ansonsten nur noch bei Manöverschäden oder Tiefflugübungen der US-Army hochgespült wird, wird zum zentralen Problem der Raketen-Hochrüstung aufgebauscht: nicht die Raketen als solche, sondern vor allem die *Nationalität* der Raketen ist demnach das Problem der "Denkschrift". Hierin stimmt sie mit der Argumentation der neofaschistischen Rechtsneutralisten seit 1950 überein. Im Stil der neofaschistischen Agitation heißt es in der "Denkschrift", "dem deutschen Volk" werde von den Siegern des Zweiten Weltkriegs "die innere Selbstbestimmung vorenthalten" (S.9). Die Sieger des Zweiten Weltkriegs kommen nicht als Befreier vom Faschismus vor, sondern als "die Rivalen um Deutschland" (S.28); die "geteilten Deutschen" seien von den Siegern "domestiziert" worden - auch hier sind kaum noch Unterschiede zu Diwalds Präambel des 1989er REP-Programmentwurfs (vgl. dort z.B. Abschnitt zwei).
Nationalistisch erhebt man "die Forderung nach einer Lösung der Deutschen Frage (immer mit großen "D", d.V.) als zentraler europäischer Frage" (S.10); in der von Hellmut Diwald geschriebenen Präambel des 1989er REP-Parteiprogrammentwurfs wird es heißen: "Solange Deutschland nicht wiederhergestellt ist, gibt es in Europa keinen wirklichen Frieden". In der "Denkschrift" heißt es (S.16f), man stoße überall "auf den Kern der europäischen Sicherheitsfrage: Die ungelöste Deutsche Frage".
Im Stile rechter Bundestagsredner wird die angebliche "Entspannungseuphorie" der 70er Jahre beklagt (S.15). Der Helsinki-Prozeß wird von den "Denkschrift"-Autoren nationalistisch motiviert ausdrücklich abgelehnt, weil er "nicht spezifisch deutsche Angelegenheiten" (S.37) betreffe; über die angebliche "Fruchtlosigkeit der Mammutkonferenzen" (S.15) wird lamentiert, ein bereits historisch von den Faschisten immer wieder vorgebrachtes Argument gegen Verständigung, Verhandlung und Interessensausgleich der Völker. (Erstaunlicherweise werden sich 1989 SPD-Politiker wie der Bildungsreferent beim Parteivorstand Tilman Fichter dessen ungeachtet positiv auf die "Denkschrift" beziehen, obwohl es offizielle SPD-Politik ist, die Deutschlandpolitik nicht vom Helsinki-Prozeß abzukoppeln.)
Es heißt in der "Denkschrift": "Wir wollen das 'Europa der Vaterländer' und in ihm Deutschland als unser ungeteiltes Vaterland" (S.36), und im REP-Programmentwurf 1989: "Nicht die 'Vereinigten Staaten von Europa', sondern das 'Europa der Vaterländer' ist das politische Ziel der REPUBLIKANER".
Schließlich beziehen sich Ammon und Schweisfurth auf das "Nationale Dokument" der SED-beherrschten Nationalen Front der DDR von 1962: "Natürlich ist eine solche Konföderation nicht für die Ewigkeit gedacht. Sie hätte die Zeit zu überbrücken, in der es zwei deutsche Staaten gibt. Sie würde also mit der Wiedervereinigung Deutschlands erlöschen" (S.43) und machen damit deutlich, daß die "Konförderation" nur der erste Schritt zur Landnahme ist. Im REP-Programmentwurf 1990 heißt es: "Ein erster Schritt zur Wiedervereinigung des deutschen Volkes in einem demokratischen Staat in der Mitte Europas wäre nach entsprechenden demokratischen Voraussetzungen in der DDR eine Konföderation der beiden Staaten in Deutschland".
Ebenfalls im extremem Chauvinismus und gegen die Verständigung mit den europäischen Nachbarn gerichtet, schreiben Ammon und Schweisfurth: "Die Gewohnheit, zunächst immer nach den Interessen der anderen Staaten zu fragen, ist Ausdruck politischer Unmündigkeit. Jeder Staat definiert erst einmal seine eigenen Interessen und versucht dann, diese in die internationale Politik einzubringen. Die Deutschen sollten nicht anders verfahren" (S. 32). 1989 fordert Diwald dann in der Präambel zum REP-Programmentwurf 1990 ein gegen internationale Bedenken und internationales Recht rücksichtsloses Durchsetzen der staatlichen Einheit der Deutschen. Man denkt in dieselbe Richtung, das war schon 1982 deutlich geworden, als Schweisfurth, Ammon und Diwald gemeinsam in Venohrs Buch schrieben.

Im Sinne des ethnopluralistischen Konzepts der völkischen Identität fordert die "Denkschrift", "das deutsche Volk" (natürlich nicht die fünf oder sechs Millionen ausländischen Mitbürger in diesem "Deutschland") solle "über *sein* soziales, politisches und ökonomisches System...letzten Endes selbst entscheiden" (S. 28), eine Forderung, die einen im Zusammenhang mit der Orientierung der "Denkschrift"-Autoren an Ernst Niekisch schaudern läßt (vgl. 3.4.3.2.1).
Die Autoren beziehen sich explizit auf *Alfred Mechtersheimer* (S. 19) mit dessen Zitat, "daß die westdeutsche Sicherheitspolitik deshalb keine Sicherheit für die Deutschen schaffen kann, weil sich am Besatzungszustand materiell seit 1945 fast nichts geändert hat". Das ist nicht nur historisch falsch, die Autoren geben damit auch zu erkennen, daß sie in der Nicht-Besatzungszeit *vor* 1945 eine größere Sicherheit für "die Deutschen" sahen. Der UdSSR werfen sie (1985!) ein "exzessives, maximalistisches Sicherheitsstreben" vor (S. 17) und zeigen auch hiermit, worauf es ihnen eigentlich ankommt.
Die "Denkschrift" fordert auch die Streichung der "Feindstaatenklausel" der UNO-Charta, nach der sich Staaten ohne Zustimmung des Weltsicherheitsrates gegen ein Wiederaufleben der gegen sie gerichteten Aggressionen einer der Achsenmächte des Zweiten Weltkriegs (Deutsches Reich, Japan usw.) oder ihrer damaligen Verbündeten zur Wehr setzen darf (S. 38). Die Forderung wird z.B. auch von den REPs erhoben, vgl. Der Republikaner Nr. 10/87. Nach Meinung der REPs und der "Denkschrift" ist die "Feindstaatenklausel" diskriminierend gegen die Deutschen.
Die "Denkschrift" erscheint als Buch 1985 im ibf-Verlag Starnberg, einem von *Alfred Mechtersheimer* parallel zu seinem Friedensforschungsinstituts gegründeten "Informationsbüros". *Mechtersheimer schreibt zur "Denkschrift" selbst das Vorwort.* Im befreiungsnationalistischen Pathos der Nationalrevolutionäre spricht er vom "patriotischen Aufschrei" der Deutschen und der "Fremdbestimmung der deutschen Politik" durch die Sieger des Zweiten Weltkriegs. "Diese Denkschrift formt das nationale Aufbegehren in ein Friedenskonzept für Mitteleuropa", meint Mechtersheimer. Mit den Worten der Neofaschisten und in Verdrehung eines Zitates von Heinrich Böll fordert Mechtersheimer die "Selbstbefreiung" der Deutschen von den Siegern des Zweiten Weltkriegs (S. 8), eine alte nationalrevolutionär-befreiungsnationalistische Forderung. Und auch beim eigentlichen Ziel wird er recht deutlich: Die "Denkschrift" sei "so angelegt, daß die Verwirklichung der Selbstbestimmung zur staatlichen Einheit Deutschlands führen müßte. Autoren und Mitunterzeichner gehen wohl davon aus, daß die deutsche Einheit, wie im Detail auch immer organisiert, als logische Konsequenz am Ende eines langen Prozesses zur Überwindung der europäischen Nachkriegsordnung stehen wird" (S. 7).
Zu den Unterzeichnern der "Denkschrift" gehören die Autoren Ammon und Schweisfurth, Peter Brandt, die vier LDD-Gründungsmitglieder Stolz (der Mitautorenschaft beansprucht), Willi Becker, Kraus und Emmrich (letztere beiden von "wir selbst"); Rheinhard Hesse, der mit Stolz zusammen einen "Materialbrief Deutsche Probleme - Probleme mit Deutschland" herausgibt; der rechtsextreme Sektenprediger Mynarek und sein gläubiger Gefolgsmann Hermann Benz; Jürgen Graalfs von der früheren, nationalrevolutionär geprägten Berliner AL-AG "Berlin- und Deutschlandpolitik"; der Deutschlandfunk-Redakteur Peter Joachim Lapp (ständiger Mitarbeiter des "Deutschland Archiv"), Heinrich Schirmbeck (aus dem Schenke-Kreis) und H.J. Seufert, die alle drei wie Hesse ebenfalls schon beim LDD-"Anstoß" dabei waren; die Mitglieder der "Offener Brief"-Gruppe Almute und Ottokar Runze, Schenke, Venohr sowie der Künstler Josef Beuys und sein "Meisterschüler" (Selbstbezeichung) Johannes Stüttgen, der beste Verbindungen zu den Nationalrevolutionären vom NRKA und zu "wir selbst" hat, wo er und Beuys Autoren waren. Für das "linke" Image der "Denkschrift" werden präsentiert: Gerd Bastian, Karola Bloch, William Borm, der SPD-Bildungsreferent Tilman Fichter, Ingeborg Drewitz, Sarah Haffner, Martin Walser und Luise Rinser (die allerdings später wegen ihrer Nazi-Lobesdichtungen während des Dritten Reiches in die Auseinandersetzungen um die faschistische Vergangenheit von Publizisten geriet). Die Autoren danken insbesondere Peter Brandt, Tilman Fichter und Drewitz für die Mitarbeit an der "Denkschrift" (S. 95).
"wir selbst" ist offenbar bereits sehr früh im Besitz des Textes der Denkschrift. Die Zeitschrift druckt einen Auszug in ihrer Nummer "Februar/März 1985", als selbstgedruckte Broschüre ist die Denkschrift laut Impressum ab März 1985 über eine Privatadresse in Berlin erhältlich, die Ausgabe in Mechtersheimers ibf-Verlag erscheint noch später im Jahr. "wir selbst" aber schreibt schon im März: "Wir danken Herrn Dr. Mechtersheimer vom Informationsbüro für Friedenspolitik für die Abdruckgenehmigung und weisen darauf hin, daß die vollständige Denkschrift über den wir selbst-Buchdienst bezogen werden kann" (S. 6; vgl. 3.4.4).
Im Januar 1990 verschickt Mechtersheimers "Friedenskomitee 2000" Fotokopien des Mechtersheimer-Vorwortes der "Denkschrift" als Werbung für diese ibf-Broschüre.

**3.4.2.7 Der Eklat auf dem Kongreß "Kein Frieden mit der NATO" und die gescheiterte "Einstweilige Verfügung" der LDD gegen die NRW-Antifaschisten**

Die LDD will im Sommer 1985 auf dem Kongreß "Kein Frieden mit der NATO" des linken Flügels der Friedensbewegung in Köln eine autonome Arbeitsgruppe abhalten, bei der Schweisfurth sprechen soll. Durch eine Aktion der Bonner Initiative "Gemeinsam gegen Neofaschismus" auf dem Kongreß, die unter dem Titel "Frieden mit den

Nazis?" steht, wird dies verhindert. Der Kongreß beschließt mit überwältigender Mehrheit, daß die LDD mitsamt ihrem Infostand das Gebäude des Kongresses zu verlassen habe. Der französischen Grünen Solange Fernex (eine völkische Regionalistin, die 1989 Mitglied der Grünen Fraktion des Europaparlaments wird), die für die LDD sprechen möchte, wird das Wort verwehrt. Dieser Flopp für die LDD und ihren Anhang ist die erste offene und für die bundesweite Wirkung entscheidende Niederlage, die Antifaschisten den Nationalrevolutionären in der Friedensbewegung beibringen.
Im Juni 1987 scheitert vor dem Landgericht Bonn der Veruch von Rolf Stolz, gegen die nordrhein-westfälische Landesweite Konferenz der antifaschistischen Initiativen und Organisationen eine einstweilige Verfügung durchzusetzen, nach der es nicht mehr erlaubt hätte sein sollen zu behaupten, in den genannten Initiativen "arbeiten Vertreter der 'Neuen Rechten' mit", wie es in einer Resolution der Antifa-Konferenz hieß. Statt dessen urteilt das Gericht, die genannten Initiativen dürften sowohl in die Kategorien "Neue Rechte", "nationalistisch" als auch "neofaschistisch" eingeordnet werden.

**3.4.2.8. Der "Initiatiykreis Friedensvertrag"**

Der ehemalige deutschamerikanische Journalist Richard Sperber, der bereits in den 50er Jahren in Schenkes Zeitschrift "Neue Politik" auftauchte, betreibt in Hannover den "Initiativkreis Friedensvertrag", mit dem er seinen eigenen Entwurf eines Friedensvertrages für Deutschland propagiert. Den Vertragsentwurf schickt er in alle Welt und freut sich, wenn ihm ein US-amerikanischer Kongreßabgeordneter darauf antwortet.
In Sperbers "Initiativkreis" sitzen an einem Tisch: Stolz, Reetz, Schenke, Graalfs, Ammon, "Friedensarbeiter" und Libyen-Kontakter Roland Vogt sowie Gerhard Josewski. Josewski gehörte bereits zu den Unterzeichnern der nationalrevolutionären Anzeige in der FR (vgl. 3.4.2.3). Er führt zu dieser Zeit gemeinsam mit Ursula Haverbeck-Wetzel die "Aktion Gesamtdeutsche Solidarität", als deren Adresse das "Collegium Humanum" in Vlotho angegeben wird. Diese freie Bildungsstätte wird von Haverbeck-Wetzels Ehemann Werner-Georg Haverbeck geführt, einer zentralen Person des bundesdeutschen Neofaschismus. Haverbeck war hoher Funktionär der Nazi-Organisation "Kraft durch Freude", Autor in den wichtigen NSDAP-Zeitungen und Zeitschriften "Völkischer Beobachter" oder "Nationalsozialistische Monatshefte" bereits vor 1933, unterzeichnete in den 80er Jahren das ausländerfeindliche "Heidelberger Manifest" und beschäftigte den damaligen Vertrauten Michael Kühnens und FAP-Funktionär Michael Krämer in der Geschäftsführung des "Collegium Humanum". Haverbeck-Wetzel verteidigte dies zur Zeit der "Aktion Gesamtdeutsche Solidarität" offensiv, nachdem die Presse diese Verbindungen aufgedeckt hatte. Krämer ist heute Mitglied des oberbayrischen Bezirksvorstandes der REPs. (Vgl. zu Haverbeck auch 2.4.5.) Im "Collegium Humanum" tagt auch oft die Sekte "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft", die heute versucht, u.a. über die Welle der "Naturreligion" Anhänger zu gewinnen. Der Verfassungsschutzbericht 1984 des Landes Nordrhein-Westfalen erwähnt das "Collegium Humanum" als Tagungsstätte des von Michael Kühnen gegründeten "Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers" (KAH): Man habe sich in Haverbecks Haus unter der Tarnung eines Seminars über "Naturreligionen" getroffen.
Josewski ist zu dieser Zeit auch bei den "Achberger Anthroposophen" aktiv (vgl. 3.4.5.8). Haverbeck wird von den Anthroposophen als einer der ihren ausgegeben.

**3.4.2.9 Die "Koordination Friedensvertrag"**

Um die verschiedenen Initiativen zu vereinheitlichen, versucht Rolf Stolz Ende 1985 die Gründung einer "Koordination Friedensvertrag", zu der u.a. der Nationalrevolutionär Haußleiter und die ehemaligen Mitglieder der Haußleiter/Schenke-Partei AUD, Torsten Lange und Christa Reetz aufrufen. Stolz, Reetz und Sperber bilden den "Sprecherrat". Auf einer "Koordinationskonferenz Friedensvertrag" im November 1985 (die unter röhrendem Hirsch und Kuckucksuhr im Hinterzimmer des Bonner "Kessenicher Hof" tagt) wird ein "Offener Brief an die Aktionskonferenz der Friedensbewegung" beschlossen, den unter anderem Bastian, Ammon, Peter Brandt, Schweisfurth und Roland Vogt, Stolz, Reetz und Sperber namentlich unterzeichnen. Auf dem Flugblatt, das anschließend mit dem Text der Erklärung verbreitet wird, ist zu lesen: "Für den Inhalt verantw.i.S.d.Lpg. Rolf Stolz; Druck: Eigendruck; Satz: Jürgen Kraus."
Der "Friedensarbeiter" (Selbstbezeichnung) Roland Vogt von den rheinland-pfälzischen Grünen begleitete Mechtersheimer bei dessen persönlichen *Gaddafi*-Kontakten Anfang der 80er Jahre nach Wien und Tripolis (vgl. Kapitel 1).
"wir selbst" druckt in der Nummer "Januar 1986" die Presseerklärung der "Koordination Friedensvertrag" vollständig ab, inklusive der Adresse von Stolz, der als "Koordinationsbüro" fungiert und offenbar "wir selbst" den Text zugänglich gemacht hatte.

### 3.4.2.10 Die rechtsextreme Zeitung "student"

Die Zeitung "student" des "Ring freiheitlicher Studenten" (RFS, einer Vereinigung hauptsächlich von Burschenschaftlern, die sich inzwischen weitgehend den REPs und ihrem "Republikanischen Hochschulverband" - vgl. 2.2, 2.4.6 und 2.5 - angeschlossen hat) bringt im Februar 1987 einen Artikel "Der Horror vor dem eigenen Vaterland", der breit die hier dargestellten Bündnisse lobt, die LDD, die Denkschrift, Stolz, Schweisfurth und Ammon positiv heraushebt und die linken Kritiker aus der Friedensbewegung scharf angreift, insbesondere den Kongreß "Kein Frieden mit der NATO".
Die Neofaschisten haben die Botschaft dieser selbsternannten "Friedensinitiativen" verstanden. Für die Gegner von links verwendet der Artikel die biologistische Bezeichnung "Nationalallergetiker", die auch Schweisfurth gegen Andersdenkende schleudert. Verräterisch schreibt "student", es ginge um "die Erhaltung des Friedens und die Wiederherstellung Deutschlands" als "zwei Seiten einer Medaille". Die "Wiederherstellung Deutschlands" wird 1989 von Diwald zum zentralen Begriff des neuen Programmentwurfs der REPs erkoren. "student" weiter: "Sämliche wesentlichen Erkenntnisse des linken Nationalismus stammen aus der Zeit der Nachrüstungsdebatte und verschafften der Linken einen programmatisch nutzbaren Argumentationsstatus, der - dem bürgerlichen weit überlegen - nur hätte genutzt werden müssen. So wurde damals die Erkenntnis formuliert und begründet, daß die Teilung unseres Landes durch die Supermachtrivalität die Kriegsgefahr erhöht." In Wahrheit ist natürlich der nationalrevolutionäre Neofaschismus gemeint, der hier als "die Linke" ausgegeben wird. Weiter: "Daraus folgt die Forderung nach Abkopplung ganz Deutschlands von den Supermächten und nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit. Diese Argumentation wurde von Teilen der Friedensbewegung und der Grünen aufgegriffen, variiert und in diversen 'Deutschlandmodellen' ausgestaltet." Der Begriff "Abkopplung" wird später zum Titel des Eichberg-Buches, das im "wir selbst"-Verlag Siegfried Bublies erscheint. Schließlich schreibt "student": "Theodor Schweisfurth gehört zu den wenigen Linken, die sich trotz allem weiter mit Lösungsmodellen in Sachen Deutschland befassen und daher zu den wenigen beachtenswerten und kompetenten Kennern der Materie zählen...Friedensvertrag und Konföderationsmodell für ganz Deutschland sind die Thesen, die Schweisfurth zusammen mit Herbert Ammon ihren linken Freunden anempfehlen." Und am Ende, weil die Linke nicht auf Schweisfurth hat hören wollen: "So erweist sich auch die Linke als sittsames Produkt der Reeducation, die Linken als Theoretiker ohne nationales Rückgrad". (Der Artikel ist im Anhang abgedruckt.)
Über die Verbindungen von "student" und dem RFS zu den REPs und ihrem Hochschulverband, zum hochschulpolitischen Ausschuß des Deutschen Burschenschaft und Henning Eichberg, der "Danubia" und den Mordanschlägen der Wehrsportgruppe Hoffmann vgl. 2.4.2.1. Der enge Mitarbeiter Wolfgang Venohrs und ehemalige "Danubia"-Sprecher Michael Vogt (vgl. 3.4.2.3) erklärte laut einer Broschüre des ASTA der Universität Köln: "Wir sind aufgrund der geschilderten Umstände dazu übergegangen, uns unter dem Namen 'Ring freiheitlicher Studenten' eine eigene Basis zu schaffen". In derselben Ausgabe der RFS-Zeitung "student" wird auch der antisemitische Hetzer und rassistische NS-Vordenker der Sekte "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft", Wilhelm Hauer, gelobhudelt (student, Nr. 115, Februar 1987) - es ist immer dasselbe braune Spinnennetz.

### 3.4.2.11 Die "Verleumdung und Diskussionsverbote"-Gruppe

Im November 1987 erscheint in der Zeitschrift "Kommune" eine Anzeige unter dem Titel "Für Antifaschismus, gegen Verleumdung und Diskussionsverbote", die von Rolf Stolz organisiert worden ist. Über ein halbes Jahr hat Stolz Unterschriften gesammelt und versucht, die Anzeige in der linken Publikumspresse unterzubringen. Die "taz" lehnte den Abdruck ab. Zahlreiche Mitglieder der Bundestagsfraktion Die Grünen bekennen durch ihre Unterschrift ihre Solidarität mit Stolz und seiner LDD, klagen zwei Vertreter der nordrhein-westfälischen Landesweiten Konferenz der antifaschistischen Initiativen und Organisationen namentlich an und bezeichnen die Aufdeckung der nationalrevolutionären Hintergründe der LDD und verwandter Gruppen durch die Landesweite Konferenz als "Diffamierungs-, Einschüchterungs- und Abgrenzungsversuche", die "unverzüglich einzustellen" seien. Dieses Armutszeugnis demokratischer Kultur geben u.a. ab: Willi Hoss, Petra Kelly, Helmut Lippelt, die Libyen-Kontakter Alfred Mechtersheimer und Roland Vogt, Eckart Stratmann, Gert Bastian, Henning Schierholz, Karola Bloch, Milan Horacek, Günther Minnerup, Eva Quistorp, Ulrich Albrecht, Heinrich Schirmbeck und etliche weitere Unterzeichner der verschiedenen Aufrufe dieser Initiativen.
Der damalige Vertreter der VVN-Bund der Antifaschisten in der Koordination der Friedensbewegung, Kurt Faller, damals Mitglied des DKP-Bundesvorstands, versucht vergeblich, eine Unterschriftensammlung unter den Teilnehmern der nordrhein-westfälischen Landesweiten Konferenz der antifaschistischen Initiativen und Organisationen gegen diesen Stolz-Aufruf zu verhindern. Fallers Begründung: die DKP brauche Mechtersheimer in der Friedensbewegung als Bündnispartner und man dürfe ihn nicht angreifen. Unbeeindruckt von diesem Pressionsversuch unterschreiben mehrere Hundert Teilnehmer der Landesweiten Konferenz, die sich bereits vorher eingehend und ablehnend mit diesen "Friedensinitiativen" befaßt hatte (vgl. 3.4.2.7), eine Resolution gegen die "Verleumdung und Diskussionsverbote"-Erklärung und fordern von den dortigen Unterzeichnen endlich einen klaren Trennungsstrich zum Neofaschismus. Niemand der Unterzeichner der "Verleumdung und Diskussionsverbote"-

Erklärung antwortete der NRW-Konferenz der AntifaschistInnen, obwohl alle zur nächsten Konferenz eingeladen worden waren.

### 3.4.2.12 Der CDU-Bundestagsabgeordnete Friedmann: "Einheit statt Raketen"

Mit dem Pressewirbel um das sogenannte "Friedmann-Papier" vom Mai 1987 und dem Erscheinen seines Buches "Einheit statt Raketen" im Dezember 1987 wird auf voller Breite klar, daß die Verbindung von deutscher Einheit und Friedensbewegung gar kein "linkes" Thema ist. Der nationalrevolutionäre Spuk in der Friedensbewegung, der sich immer an sehr Bewegte, aber wenig Informierte gewandt hatte, hört schlagartig auf. Auf der extremen Rechten findet Friedmanns Forderung nach einer "operativen Deutschlandpolitik" vehemente Zustimmung. "wir selbst" druckt das Friedmann-Papier im September 1987. Schweisfurth bekennt sich im Dezember 1987 in einem Artikel für die Zeitschrift "Aus Politik und Zeitgeschichte", der Beilage zur Zeitung "Das Parlament", ausdrücklich zu Friedmann, den er ausgerechnet aus dem "GDS-Info" des rechtsextremistischen GDS (vgl. 2.2) zitiert.
Der Niedergang der Friedensbewegung tut ein übriges, um diese Diskussion auf der Linken vorerst zu beenden.

### 3.4.2.13 Harald Rüddenklaus "Neuer Deutscher Nationalverein" (NDNV)

Gemeinsam mit dem ehemaligen deutschen Botschafter in Moskau Horst Groepper gründet Harald Rüddenklau 1988 den "Neuen Deutschen Nationalverein" (NDNV). Groepper war Autor im rechtsextremen "sinus"-Verlag, für dessen Schriften auch "wir selbst" warb, und Referent beim "Norddeutschen Forum", das vom "Bund heimattreuer Jugend" ausgerichtet und im Verfassungsschutzbericht 1986 des Bundesinnenministers als rechtsextremistisch aufgeführt wurde; er sprach hier gemeinsam mit Emil Schlee von den REPs, den "wir selbst"-Autoren Schweisfurth und Wolfgang Seiffert und "wir selbst"-Autor und Schönhuber-Berater Berhard Willms. Beim "Norddeutschen Forum" hatten im Jahr vorher (1985) schon Alain de Benoist sowie Volker Beecken vom GDS, Michael Vogt und Claus Fritzsche von der "Danubia" (Fritzsche war Bundesfahrtenführer des Bund Heimattreuer Jugend und 1989 Autor in "Der Republikaner"), und wieder Schlee und Seiffert gesprochen. 1986 gab es Straßenproteste des DGB, der VVN und anderer Antifaschisten gegen das "Forum", das deshalb später nicht mehr tagte. Groepper war auch Autor in Venohrs Buch "Ohne Deutschland geht es nicht" (1985) und in Schrenck-Notzings "Criticon".
Der NDNV Rüddenklaus lehnt sich schon im Namen an die "Vereinigung Deutsche Nationalversammlung" (VDNV) des Wolf Schenke von 1960 an, in der z.B. Bogislaw von Bonin oder Henning Eichberg und etliche spätere AUD-Mitglieder mitwirkten. Rüddenklau, auf vielen rechten Feldern deutschlandpolitisch aktiv, war schon 1982 in Wolfgang Venohrs Konföderations-Buch "Die deutsche Einheit kommt bestimmt" mit Diwald, Schweisfurth, Seiffert, Peter Brandt und Ammon dabei (vgl. 3.4.1). Mit seiner Neugründung hofft er jetzt, sowohl bei Konservativen als auch bei Grünen Boden für die staatliche Einheit der Deutschen gewinnen zu können. Da die Zeit der Friedensbewegung bereits vorbei ist, läuft seine friedenspolitisch angemalte Argumentation ins Leere. "wir selbst" druckt den Aufruf der NDNV im vorerst letzten Heft vom Dezember 1988/Januar 1989 ab.
Gemeinsam mit dem Bund der Mitteldeutschen, dessen Vizepräsident der REP-Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein, stellvertretende Bundesvorsitzende der REPs, inzwischen Europaabgeordneter und Vorsitzender der Programmkommission der REPs Emil Schlee ist, veranstaltet Rüddenklaus als gemeinnützig anerkannte "Arbeitsgemeinschaft für Politische Gespräche e.V." im März 1989 in Oberursel am Rhein ein Seminar "Deutschlandpolitik in der Gegenwart", auf dem als Referenten auftreten: Hans Eschbach vom RFS, Rüddenklau, der von der nationalrevolutionären REP-nahen Zeitschrift "Junge Freiheit" als "Nationalmarxist" gepuschte Reinhold Oberlercher, die Referenten des "Norddeutschen Forums" Hermann von Berg und "wir selbst"-Autor Wolfgang Seiffert sowie Volker Beecken vom GDS. Anmeldungen zu diesem Seminar sind an den Venohr-Mitarbeiter, ehemaligen "Danubia"-Sprecher und RFS-Aktivisten Michael Vogt zu richten. Für dieses Seminar erhalten Bundesbeamte und Richter im Bundesdienst laut Seminarankündigung Sonderurlaub, Fahrtkosten werden den Teilnehmern erstattet.
Die nationalrevolutionäre Zeitschrift "Junge Freiheit", die den REPs nahesteht, schreibt im Februar 1990 von der Gründung eines "Professoren-Beirates" für Rüddenklaus NDNV; dem Beirat gehören u.a. an: Hermann von Berg, Theodor Schweisfurth und Wolfgang Seiffert, die alle drei beim rechtsextremistischen "Norddeutschen Forum" sprachen, und Günter Kießling, bis auf von Berg alle drei "wir selbst"-Autoren.

### 3.4.2.14 Versuche in der Evangelischen Kirche, Propaganda des "Deutschland Archiv"

Nach langem Schweigen dieses Spinnennetzes gegenüber der Linken wird im Jahre 1989 ein Neuanfang versucht. Im März 1989 erscheint in der Zeitschrift "Deutschland Archiv" eine von Ammon verfaßte Rezension des Buches "Recht ströme wie Wasser: Christen in der DDR für Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung". Über die 'gesamtdeutsche Organisation' des evangelischen Christentums wird ein neuer Anlauf mit den alten völkischen

Zielen versucht. Der Eichberg-Freund Ammon schreibt hier in Anlehnung an Eichbergs Konzept der "nationalen Identität": "Durch den Bezug auf die unverkennbar gesamtdeutschen Tendenzen der Friedensbewegung weckt der Erfurter Dozent Edelbert Richter mit seinen Reflexionen zu 'Abgrenzung und nationaler Identität' Interesse. Das - keineswegs spezifisch deutsche - Dilemma, sich zwischen dem 'objektiven' - ethnisch-kulturellen - und 'subjektiven' - aufklärerisch-westlichen Nationsbegriff - hindurchlavieren zu müssen, löst Richter mit eleganter Kehrtwendung des marxistischen Klassenbegriffs: 'Was der proletarische Internationalismus an Infragestellung des Nationalen zu leisten vermag, scheint er bei uns jedenfalls geleistet zu haben: in der Spaltung der Nation'." Bei dieser von Ammon geschickt geführten Indienstnahme des nicht näher spezifizierten "Dozenten" Richter bleibt das "Ethnische", das Völkische eben, Sieger. Natürlich bringt Ammon hier wieder den Vorschlag der Konföderation als Weg der staatlichen deutschen Einheit ins Gespräch.
Bei Richter handelt es sich in Wirklichkeit um einen evangelischen Pastor und Mitarbeiter der "Predigerschule Erfurt" und Mitbegründer des DDR-"Demokratischen Aufbruchs", der sich laut FAZ vom 4.12.89 für die staatliche Einheit der Deutschen und die "Einberufung einer Deutschen Nationalversammlung" ausspricht.
Im Frühsommer 1989 veranstaltet Rolf Stolz in einem evangelischen Gemeindehaus in Köln eine Lesung mit dem Schriftsteller Heinrich Schirmbeck, der das Spinnennetz in den genannten Initiativen mitflocht.
Im Mai 1989 bringt das vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen zu großen Teilen finanzierte "Deutschland Archiv" aus heiterem Himmel eine Darstellung des Totalitarismustheoretikers Eckart Jesse (ein Assistent der Universität Trier, der sich über die Bundesanstalt für politische Bildung bekannt zu machen versucht) über den "'dritten Weg' in der deutschen Frage", die die bisher genannten Initiativen behandelt, zahlreiche ihrer rechtsextremistischen Unterstützer nennt und die Antifaschisten, die in der Vergangenheit die rechtsextremistischen Hintergründe dieser Initiativen aufgewiesen hatten, als "nicht immer fair" (S. 545) bzw. "gänzlich denunziatorisch" (S. 555) diffamiert sowie versucht, sie in den Zusammenhang von "marxistisch-leninistischen Kreisen" (S. 554) zu bringen und damit politisch zu isolieren.
Im Dezember 1989 veranstaltet Rolf Stolz mit dem Deutschland-Vereiniger Edelbert Richter vom DDR-"Demokratischen Aufbruch" wiederum in demselben evangelischen Gemeindehaus in Köln wie im Frühjahr eine Deutschland-Vereinigungs-Diskussion.

### 3.4.2.15 Die "Memorandum"-Gruppe

Zum Besuch Gorbatschows in der Bundesrepublik im Frühsommer 1989 erscheint in Mechtersheimers Zeitschrift "Mediatus" ein "Offener Brief" an Gorbatschow, mit dem sich das Spinnennetz wieder auf der Linken ins Gespräch bringen will. Moderat formuliert wird wiederum ein blockfreies, staatlich geeintes "Deutschland" gefordert und an die Friedensbewegung angeknüpft. Als Kontaktadresse für die Memorandum-Gruppe fungiert wiederum der Nationalrevolutionär Rolf Stolz.
Von den "Erstunterzeichnern" sind die meisten einschlägig bekannt: Ammon, Schweisfurth, Stolz, Schmidt-Eenboom, Mechtersheimer, Peter Brandt, der LDD-Mitbegründer Willi Becker, Gerda Degen (laut Mynarek eine ehemalige Mitarbeiterin des antisemitischen Nazi-Hetzers und Vordenkers der Sekte "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft", Wilhelm Hauer), Johannes Stüttgen und die bereits vom LDD-"Anstoß" und/oder der "Denkschrift" und/oder der "Koordination Friedensvertrag" bekannten Ossip Flechtheim, Helmut Grieser, Franz Löser und Karola Bloch. Neu in dieses Gemisch haben sich die beiden Marxisten Peter Schütt und Leo Kofler verirrt sowie der Mitbegründer der "Demokratischen Sozialisten" Manfred Coppik, über den man inzwischen an anderer Stelle sonst nicht mehr redet.

### 3.4.2.16 Das deutschlandpolitische Konzept der REPs

Bereits in ihrem alten Parteiprogramm hatten die REPs die nationalrevolutionäre "Friedens"- und Deutschland-Diskussion der 80er Jahre beerbt: "Die illegale, unnatürliche und gewaltsame Zerstückelung des deutschen Volkes und seines Landes im Herzen Europas ist eine Gefahr für den Frieden in der Welt und eine Entwürdigung der Menschen". In der Zeitung "Der Republikaner" heißt es im April 1987: "Es ist daher die vordringliche Aufgabe des verantwortungsbewußten Patrioten, immer wieder darauf hinzuweisen, daß nicht eine auf deutsche Einheit abzielende Politik den Frieden gefährdet, sondern gerade die Aufrechterhaltung der deutschen Spaltung". Das ist die alte neofaschistische Leier seit 1950, die mit der friedenspolitischen Wirklichkeit der letzten 40 Jahre nichts gemein hat.
Ausgerechnet am 50. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen und des Beginns des Zweiten Weltkriegs am 1.9.1989 bringen die REPs ihr "Deutschlandpolitisches Konzept 1989" heraus. Autorin ist die stellvertretende und geschäftsführende Bundesvorsitzende, die Europaabgeordnete der REPs Johanna Grund. Das Papier, das später nur indirekt in Diwalds Präambel und den entsprechenden Textteil des neuen REP-Parteiprogrammentwurfs 1990 eingehen wird, enthält alle Anknüpfungspunkte bisheriger nationalrevolutionärer Deutschland-Diskussion: die Herausstellung eines völkisch verstandenen "Selbstbestimmungsrechtes" als "Schlüssel zur Lösung

der deutschen Frage und der Wiedervereinigung" (die Millionen ausländischer Mitbürger haben keinen Anteil an diesem "Recht"); die "Überwindung des Status Quo in Deutschland"; die Blockfreiheit "Deutschlands" "in einem militärisch neutralen Status"; die Ablehnung der Politik der kleinen Schritte hin zu menschlichen Erleichterungen, weil dies deutschlandpolitisch kontraproduktiv sei; die Forderung nach operativer "aktiver Deutschlandpolitik"; den "Friedensvertrag" mit "Deutschland"; den Appell an die wirtschaftlichen Interessen der UdSSR zur Entwicklung Sibiriens bei Kooperation mit dem vereinigten "Deutschland", den schon Schweisfurth in seinem Beitrag in Venohrs 1982er Buch "Die deutsche Einheit kommt bestimmt" hervorgehoben hatte; schließlich die "Konföderation" der beiden deutschen Staaten als "Zwischenstadium". Sätze wie der folgende könnten fast wörtlich der Ammon/Schweisfurth-"Denkschrift" aus Mechtersheimers ibf-Verlag entstammen: "Die Überwindung des 'Status Quo' in Deutschland mündet in eine europäische Friedensordnung und in ein wechselseitig garantiertes Sicherheitssystem, in dem die militärische Konfrontation nicht mehr stattfindet, weil an keiner Stelle Mitteleuropas die Bündnissysteme NATO und Warschauer Pakt mehr aufeinanderstoßen".
DER SPIEGEL berichtet in Nr. 48/1989 über die Deutschland-Vorstellungen der REPs: als erste Stufe "Konföderation mit einer demokratisierten DDR mit einer Nationalversammlung in Berlin als Hauptstadt eines 'blockfreien und bewaffneten Landes'" - die alte Idee z.B. aus Schenkes Organisation "Dritte Front" der 50er Jahre.
In Diwalds Präambel des neuen REP-Programmentwurfs wird dann offen mit Krieg gedroht, wenn das Verlangen der Neofaschisten nach einem geeinten Deutschland nicht erfüllt werde: "Solange Deutschland nicht wiederhergestellt ist, gibt es in Europa keinen wirklichen Frieden". "Etappenziel" sei eine "Konföderation Deutschland", die "gipfeln und enden" soll "in einem Friedensvertrag mit Deutschland". Die Ablehnung der Militärpakte und die statt ihrer angestrebte Blockfreiheit "Deutschlands" als sein eigener, militärisch starker Block in Europa macht Diwald mit seinen Ressentiments gegen die "verordnete Einbindung West- und Mitteldeutschland in unterschiedliche Besatzungs- und Gesellschaftssystemen" deutlich. Gegen die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs ruft Diwald zu offenem Widerstand und Rechtsbruch auf, als seien noch die Zeiten des faschistischen "Werwolf" angesagt.
Weitere Gemeinsamkeiten zwischen REPs und Ammon/Schweisfurth-"Denkschrift" vgl. 3.4.2.6.

### 3.4.2.17 Tilman Fichters Versuch, die "Denkschrift" in die SPD-Deutschlandpolitik einzubringen

Nach dem Zusammenbruch der Deutschlandpolitik der SPD im September 1989 versucht der Bildungsreferent beim SPD-Parteivorstand Tilman Fichter sogleich, die in Mechtersheimers ibf-Verlag erschienene Ammon/Schweisfurth-"Denkschrift" als eine Grundlage in die beginnende Diskussion um eine Neuorientierung der SPD-Deutschlandpolitik einzubringen. In der parteieigenen Zeitung "Berliner Stimme" vom 23.9.89 präsentiert Fichter in einem langen Artikel die "Denkschrift" als Ausweg aus der Misere. Daß diese Schrift mitten im nationalrevolutionären Neofaschismus entstand und durch "wir selbst" mit Öldollars Gaddafis gepuscht wurde, stört den SPD-Bildungsreferenten offenbar nicht. Obwohl der Eiserne Vorhang bereits buchstäblich zerschnitten ist und somit die vorgebliche Grundlage der nationalrevolutionären "Friedenspolitik", der europäische Status Quo des "Jalta-Systems", gar nicht mehr existiert, erneuert Fichter am 16.12.1989 wierum in der "Berliner Stimme" seinen Vorschlag, die "Denkschrift" zur Grundlage der SPD-Deutschlandpolitik zu machen. Deutlicher kann man das wahre Motiv, den Nationalismus, nun nicht mehr machen.
Am 12.10.89 startet Fichter in der "taz" einen für viele gänzlich unverständlichen Angriff auf den linken Publizisten Erich Kuby. Kuby hatte sich mit Blick auf die Wiedervereinigungseuphorie einiger Leute beim Besuch Gorbatschows in der Bundesrepublik (vgl. 3.4.2.14) über "Gorbimanie und Schönhuberei" hergemacht. Fichter kontert dies, indem er eine Schmierengeschichte des Jahres 1946 ausgräbt: Kuby habe sich im Dienst der amerikanischen Militärregierung in Deutschland "als deutscher Mitarbeiter der amerikanischen 'Information Control Division' (ICD)" an "Reeducation" und "Charakterwäsche" der Deutschen beteiligt! Die Begriffswahl und der Duktus des gesamten Artikels des Bildungsreferenten beim SPD-Parteivorstand macht gedankliche Nähe zum Neofaschismus deutlich: mit dem Wort "Charakterwäsche" hatte der "wir selbst"-Rezensent Caspar von Schrenck-Notzing in seinem Buch aus den 60er Jahren die Demokratisierung des faschistischen Deutschland durch die Sieger des Zweiten Weltkriegs als Überfremdung zu diffamieren versucht (vgl. 2.4.6).
Schrenck-Notzing hatte dieselbe von Fichter aufgewärmte Geschichte bereits damals als Beweis für seine wahnwitzige These angeführt, die USA hätten den Deutschen mit Hilfe der als jüdisch-marxistisch dargestellten Psychoanalyse den "nationalen Charakter" ausgewechselt. Im Gegensatz zu Schrenck-Notzing, der unterschiedslos alle Köpfe der Schriftsteller-"Gruppe 47" verantwortlich machte, geht Fichter nun klüger vor: er versucht, einzelne Mitglieder der "Gruppe 47" gegen Kuby auszuspielen. Das hat sich der Bildungsreferent der SPD wohl doch noch nicht getraut: alle deutschen Nachkriegsschriftsteller für die auch seiner Meinung nach stattgefundene "Charakterwäsche" verantwortlich zu machen. Dennoch kommt der Mann, der die Bildungsarbeit der SPD unter sich hat, 1989 zu denselben Schlüssen wie die Neofaschisten. Fichter in der "taz": "Die Anti-Hitler-Koalition hatte Deutschland besiegt und *nicht* befreit". Kuby habe mit der Übernahme der Zeitschrift "Der Ruf" im Auftrag der US-amerikanischen Umerzieher mit verhindert, daß "Deutschland...eine Mittlerrolle zwischen Ost und West ein-

nehmen" könne, so Fichter 1989. Schrenck-Notzing hatte denselben Vorfall 1965 mit fast denselben Worten kommentiert: "Die Zeit der Brückenbauer zwischen West und Ost war auch auf dem Zeitschriftenmarkt vorbei" (S. 236). Wieder Fichter: "Es liegt durchaus in der Kontinuität seiner Denkweise, wenn Kuby heute den Neutralismusvorwurf wieder aufgreift und angesichts der sich verändernden deutsch-sowjetischen Beziehungen erneut in der BRD Deutschtümelei und Verrat am Westen wittert". Ginge diese Witterung wirklich so fehl, angesichts von Fichters eigener politischer Praxis?
Tatsächlich ist Fichters Angriff auf Kuby und die Praxis der genannten "Friedensinitiativen" die beste Bestätigung für Kubys Vorwürfe. Fichter kennt die wahren Hintergründe der von ihm unterzeichneten "Denkschrift" mindestens seit Februar 1987.
Natürlich bringt der "Denkschrift"-Propagierer Fichter hier auch wieder die "deutsche Konföderation" ins Spiel, gegen die Kuby, so der Eindruck des Fichter-Artikels, im Auftrag des Kriegsgegners USA bereits 1946 angetreten sei.

**3.4.2.18 November/Dezember 1989: Vereinigungsforderungen hüben und drüben**

Anfang November greift Alfred Mechtersheimer seine eigene Fraktion der Grünen im Bundestag scharf an: es gebe "eine grüne animalische Angst vor der deutschen Einheit" (taz, 16.11.89). Die deutschlandpolitische Position der Grünen sei "inhuman, undemokratisch und unhistorisch". Mechtersheimer tritt jetzt nachdrücklich für die Wiedervereinigung ein und sieht in der Entwicklung in der DDR "Stufen zur staatlichen Einheit", die "Voraussetzungen für einen *organischen* Prozeß der Vereinigung" seinen. Sein Bezug auf einen biologistischen Begriff macht deutlich, in welcher Denktradition Mechtersheimer Politik betreibt: der nazistische "Volkskörper" scheint durch den "organischen" Prozeß der Vereinigung.
Zur gleichen Zeit ist der unermüdliche nationalrevolutionäre Deutschland-Vereiniger und Mechtersheimer-Freund Rolf Stolz mit einer neuen Initiative zugange. Mit dem Mechtersheimer-Libyen-Spezi Roland Vogt, mit Eckart Stratmann von der "Verleumdungs- und Diskussionverbote-Gruppe" (vgl. 3.4.2.11) und anderen unterzeichnet er einen Text, der an Frankfurter Rundschau, Stern, SPIEGEL, taz und ZEIT geschickt wird. Darin wird auf eine beabsichtigte "Volksbefragung" in BRD und DDR verwiesen, die "eine breite Mehrheit für die deutsche Einheit" erbringen soll. Der ganze pseudolinke Firlefanz der 80er Jahre-Initiativen wird kurzerhand über Bord geworfen, wo doch das nationalistische Ziel des bundesdeutschen Kapitals nun fast erreicht ist: "Bei Verzicht (sic!) auf einen neutralistischen Sonderweg kann eine emanzipatorische Neu-Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten die Überwindung der europäischen Teilung und den blockübergreifenden Abrüstungsprozeß vorantreiben". Der Gegner ist weiterhin die Linke: "Wir finden es unerträglich, daß Status-Quo-Fixierte ihre Mauer im Kopf als 'linkes' Bauwerk vorstellen. Wir setzen uns für einen offenen und kreativen Umgang mit der neuen deutschen Frage ein: Starres Festhalten an der Zweistaatlichkeit ist keine Option für Zukunft denkende Grüne", heißt es in dem Aufruf.
Dagegen tragen antifaschistische Demonstranten am 11.12.89 angesichts der rechtsextremistischen Umtriebe in Leipzig auf der "Montags-Demonstration" ein Transparent mit der Aufschrift: "Den antifaschistischen Schutzwall braucht jetzt jeder im Kopf" (SPD-Pressedienst "PPP" vom 12.12.89).
Mußte die rechtsextremistische Zeitung "student" des RFS im Februar 1987 noch beklagen, die Konföderations- und Deutschland-Wiedervereinigungsideen seien in der politischen Praxis eine Domäne des Neofaschismus, und die Versuche, den Nationalismus über die Friedensbewegung in die Linke zu tragen, seien gescheitert, so bricht angesichts der Öffnung der DDR-Westgrenze nun die gesamte Politik der deutschen Zweistaatlichkeit zusammen. Das Konföderationsmodell, während der 80er Jahre in den politisch randständigen Zirkeln nationalrevolutionärer und rechtskonservativer Intellektueller diskutiert und entwickelt, zum Teil mit Gaddafis Unterstützung verbreitet, wird nun unerwartet zur offiziellen Regierungspolitik. Für die größte Oppositionspartei vollzieht die Bundestagsfraktionsspitze der SPD während einer Bundestagsdebatte ruckartig die Wende vom Konzept der "Kulturnation" in Zweistaatlichkeit zur völkisch motivierten staatlichen Einheit in der Konföderation. Der ehemalige Vorsitzende der ehemals systemüberwindenden Jungsozialisten Karsten Voigt schreibt im SPD-Pressedienst einen Artikel: "Durch Zusammenarbeit zur Konföderation - zu den deutsch-deutschen Perspektiven jenseits von Spaltung und Wiedervereinigung", in dem er bereits die "Umwandlung einer deutsch-deutschen Konföderation in einen Bundesstaat" anvisiert. Die seltenen Beiträge der Nationalrevolutionäre und/oder "wir selbst"-Autoren Venohr, Ammon und Schweisfurth sowie Peter Brandts in der von Tilman Fichter maßgeblich mitbeinflußten SPD-Theoriezeitschrift "Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte" zeigen offenbar ihre Wirkung. Schweisfurth wird am Tag nach der Verkündung des "10-Punkte-Planes" des Bundeskanzlers von der kapitaleigenen BILD-Zeitung auf Seite 2 (29.11.89) als Erfinder des Konföderations-Konzeptes gefeiert. Schweisfurth, für den sich bisher die Publikumsmedien in keiner Weise interessierten, ist der Mann der Stunde: Am Abend des Kohl-Vorschlags, dem 28.11.89, interviewt ihn die Jugendsendung des Südwestfunks "Popshop", am 29.11.89 ist er Stargast des ARD-"Brennpunkt" im Ersten Deutschen Fernsehen.

Shlomo Levin? GDS? "wir selbst"? Gaddafi? - Querverbindungen zum Neofaschismus interessieren im deutschnationalen Taumel niemanden.
Willy Brandt hatte schon am 10.11.89, nach dem "Tag der deutschen Freiheit", in Berlin ausgerufen: "Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört". Damit waren *natürlich* nicht die Türken Kreuzbergs und die Vietnamesen Treptows gemeint. Später wird er mit dem Namen "Deutscher Bund" für die auch von der Bonner SPD-Führung angestrebte deutsche Konföderation einen Vorschlag der Ammon/Schweisfurth-"Denkschrift" aufgreifen, an deren Formulierung Brandt-Sohn Peter Brandt mitgearbeitet hat, wie die Frankfurter Rundschau am 27.4.1985 berichtete. In der "Denkschrift" heißt es: "Die Konföderation trägt den Namen 'Deutscher Bund'" (S.44). Die Berliner SPD schließt sich diesem Namensvorschlag im Dezember 1989 an.
Bereits im Mai 1987 hatte Willy Brand einen "Aufruf zum Frieden" losgelassen, auf den zahlreiche Prominente antworteten. Die SPD-Broschüre "Aufrufe zum Frieden" mit einigen dieser Texte enthält auch den Hinweis, daß die Antworten u.a. von Theodor Schweisfurth und Christa Reetz (vgl. 3.4.2.9) beim "Kulturforum der Sozialdemokratie" im Ollenhauerhaus "abgerufen" werden könnten.

**3.4.2.19 Die Initiative für eine andere Grüne Deutschlandpolitik**

Im Januar 1990 gründet Rolf Stolz eine weitere Initiative, die die Politik der deutschen Zweistaatlichkeit bei den Grünen bekämpfen will. Gemeinsam mit dem Libyen-Kontakter Roland Vogt, dem Grünen-MdB Eckhart Stratmann und dem Grünen-Mitglied des Europäischen Parlaments Eva Quistorp präsentiert er in Bonn eine Erklärung unter der ethnopluralistischen Überschrift "Einheit in der Vielfalt - Deutschland und Europa ökologisch und zivil umbauen". Nach Art des Bäumchen-wechsle-Dich hat Stolz im Januar 1990 alle Sozialismus-Demagogie, mit der er in den 80er Jahren in die Linke einzuwirken versuchte, ebenso fallen gelassen wie seine Gegnerschaft zu einem geeinten Europa.
"Europa - Einheit in der Vielfalt" hieß bereits ein 1988 erschienenes Buch des rechten Professors Reinhard Biskup; es enthielt ein Vorwort des ehemaligen Bundesverteidigungsministers Georg Leber, der ein Jahr später gemeinsam mit CDU-Biedenkopf über eine DDR-Hilfsstiftung den BundesbürgerInnen Geld abnehmen will, um damit die ökonomische Eroberung der DDR durch das westdeutsche Kapital zu finanzieren. Das "Einheit in der Vielfalt"-Buch von 1988 war "Hanns Martin Schleyer zum Gedenken" gewidmet: "der Herausgeber dankt der Hanns Martin Schleyer-Stiftung für die *bewährte* Zusammenarbeit bei der Gestaltung des Symposiums und der Förderung des Buches". Der "Einheit in der Vielfalt"-Aufruf des Rolf Stolz von 1990 fordert - nun ganz unsozialistisch - "Deutschland" als "freiheitlichen Bundesstaat" und bekennt sich "zur Verantwortung der Bundesrepublik, die Bevölkerung der DDR beim wirtschaftlichen Aufbau und ökologischen Umbau durch ein umfassendes Hilfsprogramm zu unterstützen. Wir sind für wirtschaftliche Kooperation und westdeutsche Investitionen in der DDR".
Die angeblich so "andere" Deutschlandpolitik dieser Initiative fordert "den Aufbau konföderativer Strukturen" und eine "deutsch-deutsche Kooperation mit dem Ziel der Einheit", die "den Prozeß der europäischen Einigung fördern muß". Angesichts der Perspektive des bundesdeutschen und westeuropäischen Kapitals, Osteuropa als Hinterland zu übernehmen, entmachtet Rolf Stolz sozusagen in sich selbst den sozialrevolutionären Flügel der Neuen Rechten und legt ein Bekenntnis zur EG ab; seine "linke" Demagogie von früher ist in den heutigen Zeiten nicht mehr nötig: "Die EG muß demokratisch, zivil und ökologisch umgestaltet werden" in Richtung einer "gesamteuropäischen Wirtschaftsordnung".
Schließlich unterstützt er sogar noch den in der "Denkschrift" (vgl. 3.4.2.6) abgelehnten Helsinki-Prozeß: "Wir unterstützen daher den Vorschlag nach Einberufung der Helsinki II-Konferenz noch im Jahr 1990" - man geht nun arbeitsteilig vor: zur gleichen Zeit versendet Mechtersheimer die "Denkschrift", an der auch Stolz mitgearbeitet hatte und die den KSZE-Prozeß ablehnt, weil er "nicht spezifisch deutsche Angelegenheiten" betreffe.
Bei einer Pressekonferenz, die Stolz, Stratmann und Quistorp am 12.1.1990 in Bonn zu ihrer neuen Initiative abhielten, bezeichnete der Grünen-Vorstandssprecher Fücks diese Gruppe als "Kyffhäuser", die sich für eine Wiedervereinigung einsetzten. Libyen-Kontakter Vogt konterte mit dem Ausfall, dies sei eine "dieser üblichen Unverschämtheiten, Herr Fücks!" (FAZ, 13.1.90).
Am 19.1.1990 distanzierte sich die AL Berlin in einem Schreiben von dieser Stolz-Truppe, die versucht hatte, mit der Behauptung: "Diese Erklärung wurde gemeinsam mit dem deutschlandpolitischen Arbeitskreis der Alternativen Liste West-Berlin erarbeitet" die AL für sich zu vereinnahmen. Nach Meinung der AL stellt die Stolz-Erklärung vielmehr "Wasser auf die Mühlen der rechten Einheitsideologen dar".

**3.4.2.20 Die aktuelle Fortsetzung dieser unendlichen Geschichte möge sich jede/r selbst aufschreiben.**

## 3.4.3 Das Netz ist geknüpft: Immer dieselben Personen

Ein paar wenige Personen mit nationalrevolutionärer Ausrichtung bilden die Schnittstellen dieses Spinnennetzes. Sie haben die Fäden in der Hand, entwickeln die Konzepte, organisieren die Initiativen und sammeln die Unterstützer-Unterschriften.

### 3.4.3.1 Wolf Schenke

An erster Stelle, weil die historische Kontinuität personell verkörpernd, steht der 1989 verstorbene Wolf Schenke.
Er war hoher Funktionär der Reichsleitung der Hitlerjugend, zeitweise Herausgeber und Chefredakteur des anfangs nationalrevolutionär ausgerichteten HJ-Schulungsbriefes "Wille und Macht". Als Anhänger des Hilter-oppositionellen nationalrevolutionären Flügels der NSDAP lehnte er Mitte der 30er Jahre die ihm angebotene Leitung des außenpolitischen Amtes der HJ-Reichsführung ab und ging als Korrespondent für die NSDAP-Zeitung "Völkischer Beobachter" in den japanisch-chinesischen Krieg, wo er nach eigenen Angaben auch als Agent für Japan tätig war. Seine Artikel über diesen Krieg, auch in anderen Zeitschriften der Nazis veröffentlicht, waren gekennzeichnet vom nationalrevolutionären "Antiimperialismus", der antibritisch und antiamerikanisch, aber projapanisch ausgerichtet war. Den chinesischen Freiheitskampf gegen die japanische Besatzung diffamierte Schenke hier als terroristisch und beklagte, bei der japanischen Armee, die bekanntermaßen mit äußerster Brutalität gegen die unterjochten Völker Ostasiens vorging, fehle es dennoch am "unbedingten Vernichtungswillen" gegenüber den Chinesen (Zeitschrift für Geopolitik, 1938, S.705ff). 1946 wurde Schenke von den USA im Schanghaier Kriegsverbrecherprozeß angeklagt und freigesprochen.
Ab 1950 machte er in der Bundesrepublik mit alten Parteigenossen und ehemaligen Waffen-SS-Leuten, aber auch in Bündnissen mit einigen naiven Linkspazifisten, Politik für ein nationalrevolutionäres, wiedervereinigtes, blockfreies und militärisch starkes Deutschland als Viertes Reich. Die von ihm gegründete Zeitschrift "Neue Politik" (NP) diente als Sprachrohr für diese Bemühungen. Sie war in den 60er Jahren das wichtigste Diskussionsorgan des nationalrevolutionären Neutralismus mit Verbindungen in alle Bereiche des Neofaschismus, eine ähnliche Rolle, wie sie in den 80ern "wir selbst" hatte. In der NP standen auch immer wieder antisemitische Artikel, in den 60er Jahren auch Hetzartikel gegen die Auschwitz-Prozesse, Ende der 70er gegen den Film "Holocaust" (auch von Venohr).
Eine Durchsicht der Jahrgänge der NP zeigt immer wiederkehrende, zentrale Themen der extremen Rechten als Inhalte des Blattes:
- Leugnen der deutschen Kriegsschuld am Ersten und am Zweiten Weltkrieg besonders durch den NP-Autor Alexander Andrae und Leugnen der japanischen Kriegsschuld ("Wie man andere in den Krieg treibt: Roosevelts Kriegsschuld 1941", NP 1958, 32, S.5) durch Schenke und Richard Sperber (vgl. 3.4.2.8); Kampf gegen die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse und -urteile, über die Schenke noch 1983 den Eindruck zu erwecken versuchte, sie seien "nichts als Anmaßung und Willkür" gegen die Deutschen und durch von den USA gekaufte jüdische Zeugen zustande gekommen (NP 1983, 3, S.10ff); Forderungen nach Freiheit für die Nazi-Führer Speer, v.Schirach und Heß, die aufgrund der Nürnberger Urteile in Spandau einsaßen;
- subtiler Antisemitismus, der suggerieren soll, die Juden hätten an ihrer Ermordung durch die Nazis selbst Schuld: großes Herausstellen der angeblichen Finanzierung der bankrotten NSDAP durch amerikanische jüdische Bankiers und der angeblichen Wurzeln des Antisemitismus in den Texten alter zionistischer Theoretiker; Beschuldigung der USA und Englands, die Lösung der "Judenfrage" durch Ansiedlung der jüdischgläubigen Europäer in anderen Kontinenten hintertrieben zu haben (wer diese "Judenfrage" überhaupt stellte und warum Deutsche jüdischen Glaubens ihr Land hätten verlassen sollen, wird dagegen nicht problematisiert); Abdruck antisemitischer Leserbriefe zum Film "Holocaust" und ganzseitiger Anzeigen des antisemitischen Buches von Kardel "Adolf Hitler - Begründer Israels";
- Ablehnung des Existenzrechtes Israels ("Die Existenz des zionistischen Staates Israel steht nicht außerhalb jeder Diskussion", Schenke in NP 1979, 4, S.46) und Eintreten für ein "großarabisches Reich" (vgl. Gaddafis panarabische Position!), in dem die "Endlösung der Judenfrage", so Schenke 1978 die Opfer von Auschwitz verhöhnend, als "eine in der arabischen Welt lebende religiöse Minderheit" der Juden daherkomme (NP 1978, 1, S.33ff); 1985 schrieb Schenke zum negativen Echo innerhalb der Grünen-Bundestagsfraktion auf die Nahostreise einiger Grüner, die Fraktion sei von "der zionistischen psychologischen Kriegsführung" und ihrem "Psychoterror" "ins Bockshorn gejagt" worden (NP 1985, 1, S.25ff).
In der NP traten seit den 80er Jahren Autoren aus den genannten nationalrevolutionären Gruppen auf, Anzeigen für "wir selbst" wurden gedruckt; kontinuierlich fanden sich Artikel mit nationalrevolutionärer Stoßrichtung gegen "westlichen Liberalismus" und parlamentarische Demokratie wie gegen "östlichen Marxismus" (so eine Artikelserie 1958, Hefte 23 bis 29, später z.B. 1974, 5, S.22ff).

Die bei Jenke (1961) zu findende Darstellung des Buchprogramms des Schenke-eigenen Holsten-Verlages (kriegsverherrlichende Bücher von Wehrmachtsoffizieren und ehemaligen NSDAP-Mitgliedern) rundet dieses Bild ab.
Mit seiner nationalrevolutionären Pointierung nach 1950 schloß Schenke an seine Veröffentlichungen aus den ersten Jahren des Nationalsozialismus an. Volksgemeinschaftsideologie vertrat er in "Wille und Macht" Anfang der 30er ebenso wie "die Botschaft des Sozialismus" und "die Botschaft des Reiches" gegen die "fremde Ideologie des Westens", die als "ein Element der Auflösung bestehender Ordnungen" das Individuum "aus der Gemeinschaft der Nation und der Ordnung des Staates" gelöst habe (Wille und Macht, 1934, 3, S.3ff). 1958 schrieb er dann in der NP: "Im deutschen Nationalsozialismus gab es zu Anfang wenigstens noch Elemente freiheitlich-völkischer Natur"; den "völkischen Sozialismus (d.h. einer nicht auf dem Klassenkampf beruhenden, sondern alle sozialen Kräfte im Zusammenwirken dem Gemeinwohl verpflichtenden Volksordnung)" habe Hitler jedoch abgewürgt (NP 1958, 41, S.3f). Der immer wiederkehrende Bezug der NP auf Ernst Jünger oder Oswald Spengler findet sich ebenso schon in "Wille und Macht".
Für Schenke stellte die Wiedervereinigung Deutschlands das alles überragende Ziel dar (vgl. Kapitel 2.4.3). Nach Austritt aus den Paktsysteme müßte die Vereinigung über eine Konföderation von BRD und DDR schrittweise erfolgen. In der NP wurden von anderen Autoren auch Konföderationen für die Kerngebiete des Ersten Kaiserreiches vorgeschlagen (die deutschen Staaten, Österreich, Ungarn, CSSR und zudem Polen).
Schenke war der Meinung, daß nicht die Zeit vor 1945, sondern die nach 1945 eine "Deutsche Daseinsverfehlung" (so ein Artikel Schenkes in Anlehnung an Niekisch) sei und als Vergangenheit bewältigt werden müsse. Er hatte in den 50ern/60ern intensiven Kontakt mit Otto Strasser und Ernst Niekisch, die in der NP publizierten. Ebenfalls dort häufig vertreten war Wolfgang Venohr bereits in den 60er Jahren; der Alt- und Neonazi Werner Georg Haverbeck ("Collegium Humanum", "Heidelberger Manifest", vgl. 3.4.2.8 und 3.4.2.3) publizierte ebenfalls hier und Erklärungen des von Haverbeck geführten ökofaschistischen "Weltbund zum Schutz des Lebens" wurden von der NP gedruckt.
Enge Mitarbeiter Schenkes bei seinen zahlreichen Deutschlandvereinigungs-Initiativen waren:
- der von Griechenland zu viermal lebenslänglicher Haft verurteilte Kriegsverbrecher und ehemalige Wehrmacht-Besatzungskommandant von Kreta, Alexander Andrea, nach seiner Begnadigung in den 50er Jahren ein Mitbegründer der "Deutschen Reichspartei" (SRP-Nachfolger, NPD-Vorläufer);
- Bruno Kray, der als Paul Stadtler oder K.E.Schaffner für rechtsneutralistische Positionen aktiv war, in Wirklichkeit Paul Schall hieß und von 1940 bis 1945 Chefredakteur der "Straßburger Neuesten Nachrichten" und NSDAP-Kreisleiter war;
- Bogislaw von Bonin, beim Ausbruch des Zweiten Weltkriegs Mitglied der Operationsabteilung des Heeres, dann ein Gewinner der Nazi-Säuberungen nach dem 20.-Juli-Attentat: er wurde nun Chef der Operationsabteilung des Heeres;
- der ehemalige Botschafter Werner Otto von Hentig, der 1924 in den thüringischen Kommunistenaufstand verwickelt und später ein enger Freund Otto Strassers war (hier ergeben sich Anknüpfungspunkte zum "Nationalbolschewismus" und dem neofaschistischen "Tauroggen"-Mythos, vgl. 2.4.9); in der NP schrieb Hentig u.a. antiisraelische Artikel;
- Gerhard Bednarski, Mitbegründer der von Anhängern und engen Mitarbeitern des NSDAP-Chefideologen Alfred Rosenberg ins Leben gerufenen Sekte "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft" (DUR) und Vertrauter des Alt- und Neonazis Herbert Böhme, eines Mitbegründers der DUR ebenso wie des "Deutschen Kulturwerkes Europäischen Geistes"; später zerstritt sich Schenke mit Bednarski an der Frage der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR, Bednarski war inzwischen dafür, Schenke dagegen.
Mit diesen Personen und dem ehemaligen NSDAP- und FDP-Mitglied Hermann Schwann gründete Schenke nach vergeblichen rechtsneutralistischen Bündnisversuchen der 50er Jahre 1960 die "Vereinigung Deutsche Nationalversammlung", der auch Henning Eichberg angehörte. Ebenfalls 1960 gründete er den "Deutschland-Rat" (vgl. 3.4.2.2), 1965 gemeinsam mit August Haußleiter die rechtsextremistische "Aktionsgemeinschaft unabhängiger Deutscher" (AUD), die sich nach Wandlungsprozessen 1980 den Grünen anschloß (vgl. Richard Stöss: Vom Nationalismus zum Umweltschutz. Die Deutsche Gemeinschaft/Aktionsgemeinschaft unabhängiger Deutscher im Parteiensystem der Bundesrepublik, Opladen 1980). Die in Kapitel 3.4.2 genannten Initiativen der 80er Jahre speisten sich zu einem erheblichen Teil aus ehemaligen AUD-Mitgliedern; die von Haußleiter in den 80ern herausgegebene, bei den Grünen aber nur wenig gelesene Zeitung "Die Grünen" puschte diese Initiativen immer wieder. Schenke schrieb das erste Programm der AUD; in seiner NP wurde über eine gemeinsame Kandidatur von NPD und AUD bei der Bundestagswahl 1965 nachgedacht (Überschrift: "Eine Antwort auf viele Fragen: Warum nicht gemeinsam?", NP 1965, 30, S.7ff), entsprechende Verhandlungen zwischen NPD und AUD hatten stattgefunden.
In den 70ern steuerte Schenke seine NP in die Richtung einer seriös erscheinenden, ökologisch orientierten politischen Monatszeitschrift, ohne seine alten Positionen aufzugeben, wie die 80er Jahre zeigten. Erst jetzt griff er seine rechtsneutralistische Politik wieder verstärkt auf.

Kurz vor ihrem Ende Mitte der 80er Jahre war die NP neben "wir selbst" ein Hauptsprachrohr all dieser Initiativen. Ohne Schenke und seine jahrzehntelange Arbeit hätte es die Initiativen der 80er Jahre nicht gegeben; als Schlüsselfigur des neofaschistischen Nationalneutralismus war er als "der Pate" dann auch bei fast allen der dargestellten Gruppen dabei.
1975 erschien im Holsten Verlag, den Schenke besaß, und der nach 1960 vor allem der Propagierung nationalneutralistischer Positionen diente, *die erste Biographie Gaddafis*. Die Französin Mirella Bianco hatte Gaddafi schon während der libyschen Revolution begleitet und in den ersten Jahren danach zahlreiche Interviews und Reden mit dem Revolutionsführer aufgezeichnet. Ihr Buch "Kadhafi, Messager du desert" erschien als erstes breites und positives Werk über Gaddafi 1974 in Paris; die deutsche Übersetzung "Kadhafi - Der Sohn der Wüste und seine Botschaft" brachte Schenke 1975 im Holsten Verlag heraus. Es ist ein gänzlich unkritisches Jubelbuch. Aus dem Buchrückentext des Verlages: "Mirella Bianco ist bis heute die einzige Person aus dem Westen, die an seinen verschiedenen Stationen dem Lebensweg des Vorsitzenden des libyschen Revolutionsrates in Unterhaltungen mit seinen Eltern und Geschwistern, Lehrern und Mitverschworenen nachspüren konnte. In ausgedehnten Gesprächen erhielt sie schließlich aus Kadhafis Munde auf ihre eingehenden Fragen Auskunft über seine Weltanschauung, seine ferneren Ziele und seine Meinung zu allen aktuellen Problemen der arabischen und der Weltpolitik. Mit diesen unvergleichlichen Informationen aus erster Hand ist ihr Werk bahnbrechend für das Verständnis der Persönlichkeit und der politischen Rolle des libyschen Staatschefs."
In Schenkes "Verlag Neue Politik" veröffentlichte Heinz Brill 1976 sein Buch über Bogislaw von Bonin; Mitte der 80er Jahre schrieb Brill über die Militärpolitik Gaddafis (vgl. 2.4.9).
Schenke ist in den 80ern beim Aufruf "Den Frieden retten - Deutschland vereinen!" dabei (vgl. 3.4.2.3), bei der LDD (vgl. 3.4.2.4), der "Offerner Brief"-Gruppe (vgl. 3.4.2.5), der "Denkschrift" (vgl. 3.4.2.6) und dem "Initiativkreis Friedensvertrag" (vgl. 3.4.2.8).

### 3.4.3.2 Herbert Ammon

Der Co-Autor von Peter Brandt und Theodor Schweisfurth ist ein persönlicher Bekannter Eichbergs. Ammon hat durch seine Bekanntschaft mit dem Sohn des ehemaligen SPD-Vorsitzenden Willy Brandt Zugang zu einigen Funktionären der SPD-Baracke. Er ist auch ein persönlicher Bekannter des SPD-Bildungsreferenten Tilman Fichter.
Ammon war ein eifriger Autor in Eichbergs Hausblatt "wir selbst".
Der "wir selbst"-Chef und REP-Kreisvorsitzende von Koblenz Siegfried Bublies sagte in einem Interview 1988: "Ich stehe Ammon näher als dem Mystiker Eichberg".
Im "wir selbst"-Heft August/September 1984 schreibt Ammon über "Politische Kultur und nationale Identität in Deutschland". Er startet hier eine vehemente Verteidigung Eichbergs, um den es kurz vorher wegen der Einladung der von Ammon mitgeführten "Arbeitsgemeinschaft Berlin- und Deutschlandpolitik" der Alternativen Liste Berlin an Eichberg Wirbel gegeben hatte. Ammon wirft den Antifaschisten "die moralische Hinrichtung eines Kulturhistorikers" vor (S. 48, gemeint ist Eichberg), schwadroniert über Konföderation, Identität und "die in der Friedensbewegung artikulierte deutsche Identitätskrise" (S. 49) und meint, im Vorgriff auf den "Historikerstreit": "Vor dem Hintergrund ungebrochener nationaler und nationalstaatlicher Bewußtseinsstrukturen in den europäischen Nachbarländern halte ich den Versuch, eine 'politische Kultur' für ein Kunstprodukt wie die BRD nachträglich zu konstituieren, für wenig erfolgversprechend" (ebd.). (Habermas hatte dagegen den "Verfassungspatriotismus" auf der Basis des Grundgesetzes eingefordert, den Bublies in "wir selbst" Nr. 1/1987 zurückwies, vgl. 2.4.5; vgl. auch 3.4.1.)
In demselben "wir selbst"-Heft wird für die neofaschistischen Bücher des "sinus"-Verlages geworben (Mohler, Niekisch, Schrenck-Notzing, Venohr, Diwald oder Heinrich Jordis von Lohausen, der 1988 auch in dem Buch des "Thule-Seminars": "Mut zur Identität - Alternativen zum Prinzip der Gleichheit" schreibt), im selben Heft schreiben Venohr (über Stauffenberg), Eichberg (über "Sinne, Mythen und volkliche Identität"), der Neofaschist und "Nation Europa"-Autor Werner Olles (über die "Staatsschutzmentalität der 'Antifa-Linken'"), Johannes Stüttgen (über den Begriff "national"), und es erscheint ein ausführliches Interview mit dem Otto-Stasser-Anhänger Karl Ernst Naske, dem Verwalter des politischen Erbes Strassers und Herausgeber des "Strasser Archivs". In dem Heft ist also der größte Teil des nationalrevolutionären Spektrums vertreten.
In "wir selbst" Februar/März 1985 empfiehlt Ammon die Ideen des Faschisten-Obersten und Gewinners bei den Säuberungen nach dem 20.-Juli-Attentat und späteren Schenke-Vertrauten Bogislaw von Bonin als Alternative zum sozialdemokratischen Bühlow-Papier und preist das Buch des Schenke-Gefolgsmannes Heinz Brill über Bonin an, das 1976 in Schenkes Verlag Neue Politik erschien (vgl. 2.4.9). Ammon beklagt hier den "de-facto-Besatzungszustand in Deutschland", beschwört "die *deutsche* Unruhe in Gestalt der Friedensbewegung" (S. 23), will - ganz Nationalist - eine "*deutschlandpolitisch* zentrierte Konfliktlösung" (S. 25).
Im selben Heft berichtet die "wir selbst"-Redaktion über ein Interview, das die arabische Zeitung Al-Moukif al-Arabi mit Bublies und Höffkes gemacht habe. Der "zukunftsweisende und programmatische zweite Teil" (Vor-

spann der "wir selbst"-Redaktion) der Ammon/Schweisfurth-"Denkschrift" wird abgedruckt, Mechtersheimers und Schmidt-Eenbooms "wir selbst"/"Mediatus"-Sonderdruck beigeheftet, eine Carl-Schmitt-Apologie gedruckt; zahlreiche Rezensionen durch Höffkes und ein von Eichberg geschriebener Verriß des Buches "Wotans Wiederkehr. Blut-, Boden- und Rassereligionen" des evangelischen Sektenbeauftragten Friedrich-Wilhelm Haack runden das Heft ab. (Haack hatte in diesem Buch auch die faschistischen Hintergründe der Sekte "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft" aufgezeigt. Die Sekte hatte auch Eichberg einmal als Referenten zu ihrem Jahreskongreß geladen. "wir selbst" Autor und LDD-Unterstützer Peter Bahn war Mitglied der Sekte.) Schließlich steht in diesem Heft noch ein Artikel des Solidaristen Lothar Penz, von dem der neurechte Insider Günter Bartsch in seinem Buch "Revolten von rechts?" (1974) geschrieben hatte: "Er war maßgebender Konzepteur des Biohumanismus der Neuen Rechten, ihrer naturalistisch-philosophischen Grundlage, beteiligte sich aber auch an der Ausgestaltung des biologischen Menschenbildes" (S. 23), ein Rassist also; Penz war häufiger "wir selbst"-Autor. Das Spektrum der Nationalrevolutionäre in diesem "wir selbst"-Heft ist noch breiter als im erstgenannten.
Ammon ist in den 80ern bei der LDD engagiert (vgl. 3.4.2.4), bei der "Denkschrift" (vgl. 3.4.2.6), beim "Initiativkreis Friedensvertrag" (vgl. 3.4.2.8), der "Koordination Friedensvertrag" (vgl. 3.4.2.9) und bei der Memorandum-Gruppe (vgl. 3.4.2.15).

3.4.3.2.1 Zu Ernst Niekisch

Ammon hatte mit Peter Brandt bereits 1982 in dem Buch des Niekisch-Schülers Wolfgang Venohr "Die deutsche Einheit kommt bestimmt" Seite an Seite mit Schweisfurth, Rüddenklau, Seiffert und Diwald geschrieben. 1981 war von Ammon und P. Brandt das Buch "Die Linke und die nationale Frage" mit Texten Eichbergs und Niekischs erschienen, die als "Linke" ausgegeben wurden. 1987 verteidigt Ammon in einem Info-Blättchen seines Freundes Rolf Stolz den antisemitischen Hetzer Niekisch.
Die Ideen Ernst Niekischs bilden einen Zentralpunkt der in Kapitel 3.4, dem Spinnennetz, behandelten Personen und Initiativen. Auf Niekisch berufen sich alle: die Nationalrevolutionäre der Linie NRKA-PO-"Junge Republikaner"; die LDD; Venohr, der sich als Schüler Niekischs sieht und in den von ihm herausgegebenen Büchern den Willy Brandt-Sohn Peter Brandt, Ammon, SPD-Schweisfurth, Rüddenklau, REP-Diwald, den "Nouvelle Droite"-Föderer Mohler von der Siemens-Stiftung, M. Vogt von der "Danubia" und dem RFS, den eifrigen Referenten bei neofaschistischen Organisationen Wolfgang Seiffert, Wolf Schenke vereinigt. Auf Niekisch berufen sich "wir selbst" und Henning Eichberg, Peter Bahn von der Sekte "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft" bringt in seinem Verlag ein Niekisch-Buch heraus. Auf Niekisch beruft sich die Erklärung "Den Frieden retten - Deutschland vereinen!" explizit, die von Schweisfurth, dem Mitarbeiter des "Criticon" Schrenck-Notzings Kaltenbrunner, dem "Antroposophen" Josewski von Haverbecks "Collegium Humanum" oder dem "Unitarier" und REP-Mitglied Bednarski unterzeichnet wurde. In dem von Rolf Stolz herausgegebenen "Materialbrief" wird Niekisch verteidigt, P. Brandt und Ammon drucken Niekisch in ihrem Quellenbuch "Die Linke und die nationale Frage". Usw.
Was Niekisch wollte, ist also zentral zum Verständnis und zur Einordnung des Spinnennetzes. Daß man sich überall auf ihn bezieht, ihn aber nirgends wirklich zitiert (außer in dem Buch Brandt/Ammons mit einem harmlos erscheinenden Textausschnitt), hat seinen grund.
Niekisch war vor allem in den 20er und 30er Jahren politisch aktiv. Nach 1945 spielte er eine kurze Rolle in der SED, bis man ihn dort hinauswarf. Wie viele Faschisten (prominente Beispiele: Mussolini oder Otto Strasser) stammt er aus der sozialistischen Bewegung, war 1918/19 an der Münchner Räterepublik beteiligt. (Allerdings soll die historische "Thule-Gesellschaft", ein Geheimorden, dem zahlreiche spätere NSDAP-Größen angehörten, in den ersten Tagen der bayrischen Revolution Verbindungsleute in linke Gruppen der Räterepublik eingeschleust haben, vgl. Braun 1987.) Später greift Niekisch den Kopf der Räterepublik, Kurt Eisner, an, er habe in Wahrheit "auf Seiten des 'edlen' Frankreich" gestanden und die bayrisch-deutschen Interessen verraten (1929, S. 32). Niekischs Politik ist prinzipiell gegen "den Westen", "das Welsche", den Liberalismus und Marxismus, gegen den Ausgang des Ersten Weltkrieg gerichtet. Wie heute die REPs in der Präambel zu ihrem Parteiprogrammentwurf 1990, so stellt Niekisch in den 20er Jahren alles unter den Primat des "völkischen Lebenswillens" (1929, S. 52). In seinem Buch "Politik und Idee" (Dresden 1929a) schreibt er: "Wer sich der Moral so sehr verpflichtet fühlt, daß er selbst die Rettung seines Volkes nicht durch die Preisgabe sittlicher Grundsätze erkaufen wollte, mag zu manchen Dingen taugen; unter keinen Umständen ist er dazu berufen, Staatsmann zu sein" (S. 15). Die nationalrevolutionären angeblichen "Friedenspolitiker" der 80er Jahre berufen sich auf einen Niekisch, der 1929 schrieb: "Die pazifistische Idee ist der schillernde Schleier, den satte Besitzhaltungsinstinkte - seien es solche der Engländer oder der um große Kolonien bangenden Holländer - sich umwerfen" (S.47); Pazifismus sei "die Proklamation des Willens zur Ohnmacht" (S. 62). Und er macht noch eine Kampflinie klar, die man aus dem Neofaschismus der "Neuen Rechten" kennt: "Das deutsche Volk verurteilte sich selbst; indem es demokratisch wurde, hatte es jene Wertmaßstäbe gewählt, durch die seine frühere Art zu sein *verdammt* wurde...Damit wurde das deutsche Volk ein entwurzeltes Volk, dem sein geistiges Gesetz von außen her

aufgezwungen wurde" (1929b S. 81). Schließlich: "Deutschlands Heil liegt nicht bei Girls, liegt nicht bei emanzipierten Frauen; für Deutschland ist der Feminismus mit all seinen pazifistischen, humanitären, ethisierenden und ökonomisierenden Masken der politische Krebs. Deutschland hat es zu schwer, als daß es sein Schicksal Weibern anvertrauen dürfte" (1929b S. 298) - das kennen wir ebenfalls, von Gaddafi bis Schönhuber.

In seinem Buch "Entscheidung" (Berlin 1930) fordert Niekisch die Deutschen zur Entscheidung zwischen ihrer angeblichen völkischen Identität und dem "Westen" auf, der sie überfremde. Seitenweise lobhudelt er im Stile der Nazis das deutsche Bauerntum gegen das "westliche" Städtertum. Der extreme Rassist Niekisch meint aber lange nicht alle Deutschen: "Soviel romanisches Blut floß in die Menschen südlich des Grenzwalles ein (des römischen Limes, d.V.), daß nicht nur ihr leibliches, sondern auch ihr geistiges und seelisches Dasein dem Gesetz römisch-lateinischen Wesens verfiel" (S. 19). Dagegen sei "Verheidung" nötig: "Der Weltkrieg" (sic!) habe "im deutschen Volk seelische Schichtungen freigelegt, bis zu denen hinunter noch nie eine Wurzel des Christentums drang und für deren unerschlossene ursprüngliche Fruchtbarkeit das Christliche ein fremdes Gewächs ist" (S. 152). Er beschwört die "Aufwallungen jener germanischen Zornmütigkeit, die lieber tot als Sklave der Welschen sein möchte" (S. 153). "Seit Jahrhunderten ist das Christentum am Werk, das Germanisch-Heroische zu domestizieren und für die romanische Knechtschaft reif zu machen" (S. 153), eine These, die man schon bei Lagarde und Chamberlain las, die man heute bei Hunke, Alain de Benoist und dem "Thule-Seminar" liest. Niekisch fordert eine "Selbstreinigung des deutschen Blutes von romanischem Erbgut" (S. 166) und im Kapitel "Der Mut zum Abgrund" heißt es: "Weil es um Sein oder Nichtsein geht, bleibt Deutschland, wenn es *sich selbst* erhalten will, das Schwerste nicht erspart: die Bartholomäusnacht und Sizilianische Vesper gegen alles, was an Welschem in ihm lebt. Mit grausamer Härte muß es in sich selbst ausrotten, was in ihm dem Westen verbündet ist, dem Westen Zuträgerdienste anbietet, dem Westen Vorschub leistet" (S. 162f). Das ist die Forderung nach dem Völkermord, der dann in Auschwitz stattfand. Niekisch sogleich weiter: "Das Bürgerlich-Liberale ist unter den heutigen Weltverhältnissen für Deutschland 'Feind im Land'; es ist die Romanisierungs-, Zivilisations-, Urbanisierungs-, Verwestlichungs- und Entdeutschungsform des deutschen Menschen. Je mehr einer Bürger ist, desto weniger ist er Deutscher" (ebd.). Um keinen Zweifel zu lassen, gegen wen es geht, hetzt Niekisch bereits in "Gedanken über deutsche Politik" (1929b): "Nie kann der Jude, auch wenn er besten Willens und edelster Absichten voll ist, Führer des andersgearteten Volkes sein; er ist nicht Fleisch und Blut von dessen Fleisch unf Blut; für dessen Takt, Rhythmus, Gerichtetsein fehlt ihm das Organ: einem anderen, ihm eingeborenen Takt, Rhythmus, Gerichtetsein gehorcht er; wo er führt, unterwirft er das andersgeartete Volk einer fremden Gesetzlichkeit; er vergewaltigt es. Es ist für ein jedes Volk ein Zeichen geschwächten Lebenswillens, wenn Juden nach seiner politischen Führung streben dürfen" (S. 99). Die angebliche Fremdheit der Juden hatte auch Henning Eichberg in dem von Schrenck-Notzing rezensierten "wir selbst"-Heft behauptet, vgl. 2.4.5. Zur Ermordung Rathenaus merkt Niekisch an, "die Ministerschaft Rathenaus jedoch (sei) ein Triumph des Judentums über die Art deutschen Daseins" gewesen (S. 100); "im Attentat gegen Rathenau suchte er (der "deutsche Mensch", d.V.) sich dem blutsaugerisch zupackenden Shylockgriff des internationalen Finanzkapitals zu entwinden" (S. 101).

Auch die außenpolitischen Ziele sind 1929 klar und seltsam aktuell: "Es ist eine der unfaßlichsten politischen Instinktlosigkeiten Deutschlands gewesen, selbst dieses Polen geschaffen zu haben" (1929b S. 251). "Deutschland als Kopf, Organisator und Bestandteil eines vom Großen Ozean (d.i der Pazifik, d.V.) bis an den Rhein ausgedehnten Staatenblocks: davor hätte Frankreich freilich zu zittern" (S. 255). Deutschland habe "nur noch die Freiheit, zwei Wege einzuschlagen: entweder asiatisch oder afrikanisch zu werden, sich an das vernegerte Frankreich oder das tatarische Rußland zu schmieden" (S. 255); Niekisch neigt letzterem zu, da er von der Kreuzung des "germanischen Barbarismus" mit der "russischen Volksseele" träumt. "Vielleicht aber bleibt dieses düstere Entweder-Oder Deutschland noch erspart, vielleicht winkt ihm noch die dritte Möglichkeit: *das deutschgeführte Mitteleuropa*" (S. 256) - ebenfalls eine sehr aktuelle Perspektive!

Niekisch fordert "Gehorsam, Disziplin, Unterordnung, Treue, Hingabefähigkeit, Dienstwilligkeit" (S. 292) und die Hinwendung zum deutschen Bauerntum: "Ländlicher werden heißt ärmer und primitiver werden, vielleicht auch roher und barbarischer, sicher aber auch wieder deutscher. Barbarismus trägt sein Recht in sich, wo er Kraft und insbesondere, wo er die Kraft deutscher Selbstverteidigung ist. Dem deutschen Volke tut der Mut zu seinem Barbarentum not; seine Stärke ruht in Germaniens Wäldern; je tiefer es sich dorthin zurückzieht, desto mehr findet es sich selbst. Es braucht die Schluchten des Teutoburger Waldes, um den Welschen die Köpfe abschlagen zu können" (1930, S. 100). "Seine innere Haltung ist entscheidend: daß es in der westlichen Zivilisation seinen Abgrund und in der Abkehr davon sein Heil erblicke" (1930 S. 101). Und schließlich Niekischs Vision: "Deutschland hört auf, noch mehr Zivilisation zu wollen; wird es durch seine Haltung sogar Ursache ihrer *Vernichtung*, so weicht es auch vor dieser geschichtlichen Mission nicht zurück" (S. 115); was er hier 1930 schrieb, wurde ja dann auch Wirklichkeit.

1932 schreibt er das Buch "Hitler - ein deutsches Verhängnis", in dem er den Faschismus rechts von Hitler predigt. "Die nationalsozialistische Bewegung ...kann aufwühlende Pflugschar, sie kann Kampf schöpferischen Gebärens, sie kann das Gewitter sein, daß die Erde tränkt und die Luft reinigt" (S. 6), wenn sie sich nur endlich von Hitler trenne. Hitler sei zu sehr "Demokrat", "eine Spielart des demokratischen Menschen" (S. 7). Und

positiv über den Hitler-Ludendorff-Putsch von 1923: "In den ersten Jahren allerdings war Hitler unleugbar noch ein Mundstück des deutschen Protestes...Das Aufgebot, das der Eifer des Demagogen (d.i. Hitler, d.V.) in Bewegung setzte, war ein deutscher Glücksfall (sic!), wenn der Feldherr (d.i. Ludendorff, d.V.) vorbereitet war, es zu ordnen und zweckvoll einzusetzen" (S. 7f). Dann aber seien bei Hitler die nicht-deutschen Gene bestimmend geworden: "Er ist romanisierter Deutscher; gegenreformatorische Instinkte, halb wittelsbacher, halb habsburger Färbung, trägt er in seinem Blute" (S. 9). Das habe zur "römischen Überfremdung" des Nationalsozialismus geführt, "ein gebrochenes deutsches Rückgrad" (ebd.). Hitler habe *mißachtet,* "daß die räumliche Mittellage Deutschlands ein Höchsmaß an Zwang, an 'Kaserne', an 'Selbstverzicht', an 'Unnatur' fordert" (S. 10). Schließlich sei Hitlers Politik "jüdischen Ursprungs" (S. 12). "Wer an den geistigen Werten, den zivilisatorischen Gütern des Abendlandes hängt, gehört zu Versailles; er gibt Deutschland preis, um diese Werte und Güter nicht zu gefährden...Das Abendland kannte stets das beklemmende Grauen vor dem, was nördlich der Donau und östlich der Elbe liegt" (S. 16), dort, wo Niekisch sein "Deutschland", seinen "germanischen Barbarismus" sucht. Hitler sei (1932!) davor zurückgeschreckt, "die alte Welt in Flammen" zu setzen (S. 25), habe sich statt dessen der Legalität verschrieben, aber: "Weder Weimar noch Versailles läßt sich legal vernichten" (S. 26). Niekischs Vorwurf gegen die Nazis: "Ein tiefgreifendes Mißtrauen gegen die abendländische Überfremdung war in Deutschland erwacht; der Nationalsozialismus schläferte das Mißtrauen wieder ein" (S. 29).
Das also ist der wirkliche Niekisch, auf den sich die Schweisfurth, Ammon, P. Brandt, Stolz, Venohr, Eichberg, "wir selbst" usw. berufen. Niekisch hat von alledem niemals auch nur eine Zeile zurückgenommen oder bereut, zu schweigen davon, daß er ein Schuldbekenntnis für die geistige Mitvorbereitung des Völkermords abgelegt hätte. Seine beiden Schriften "Im Reich der niederen Dämonen" und "Deutsche Daseinsverfehlung" stellen lächerliche Versuche dar, die eigene Schuld auf die Hitler-Linie des deutschen Faschismus zu übertragen, selbst ausgestellte Persilscheine. Niekisch glaubte nach 1945, seine Positionen zuerst in der SED und dann - nach seinem Rauswurf dort - im nationalrevolutionären Niemandsland erneut angehen zu können - war er doch ab 1937 ein "Verfolgter" des Naziregimes, einer von zahlreichen Hitler-oppositionellen Faschisten, die in die Zuchthäuser kamen. Allerdings wurde Niekisch dort - im Gegensatz zu sozialdemokratischen und kommunistischen oder manchen christlichen Häftlingen - kein Haar gekrümmt.
Das also sind die geistigen Quellen, denen sich das Spinnennetz verpflichtet fühlt. Für Ammon ist Niekisch eine Quelle seiner Deutschland-Politik; daß er ein erbitterter Feind der Weimarer Republik war, die er für undeutsch hielt, paßt in Ammons heutiges Konzept der Agitation gegen die Bundesrepublik, die von Gnaden der westlichen Sieger des Zweiten Weltkriegs und keineswegs deutsch gewollt sei. Im "Materialbrief" Nr. 8/9 (Februar 1987) des Rolf Stolz startet Ammon nach Angriffen von Antifaschisten gegen die Niekisch-Anhänger eine - wie er schreibt - "Ehrenrettung" Niekischs, auf den er offenbar nicht verzichten will: Niekisch gehöre zum "Vermächtnis des deutschen Widerstandes" gegen Hitler.

### 3.4.3.3 Theodor Schweisfurth

Schweisfurth ist Mitglied der SPD und konnte - wie Ammon - sicher mit Unterstützung des "ständigen Mitarbeiters" der SPD-Theoriezeitschrift "Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte" (NG), dem SPD-Bildungsreferenten Tilman Fichter, auch in dieser Zeitschrift seine Positionen verbreiten - im Gegensatz zu antifaschistischen SPD-Mitgliedern (vgl. z.B. Venohr in NG 1982, S. 712-806; Ammon in NG 1982, S. 950-954; Schweisfurth in NG 1982, S.943-949; Ammon in NG 1984, S. 703-711; Hesse in NG Nr. 10/1986 und Nr. 4/1988; P. Brandt/G. Minnerup in NG Nr. 8/1987).
Ansonsten hält sich Schweisfurth offenbar gern im Neofaschismus auf.
Im April 1987 spricht er beim rechtsextremistischen GDS (vgl. 2.2; der stellvertretende Bundesvorsitzende des GDS Peter Boßdorf kandidierte 1989 für die REPs). Im April 1986 spricht Schweisfurth bei dem vom Bund Heimattreuer Jugend (BHJ, in dem der "wir selbst"-Verleger Höffkes engagiert war) veranstalteten "Norddeutschen Forum" gemeinsam mit dem vom Verfassungsschutzbericht genannten Veranstalter Gernot Mörig, mit dem "wir selbst"-Autor und Schönhuber-Berater Bernhard Willms, dem REP-Bundesvorstandsmitglied Emil Schlee, dem "sinus"- und "Criticon"-Autor Horst Groepper (der mit Rüddenklau den "Neuen Deutschen Nationalverein" gründete, vgl. 3.4.1 und 3.4.2.13) und Frank Butschbacher von der "Danubia"-Burschenschaft, die nicht nur eng mit dem GDS verbunden ist, sondern auch bei der Gründung des REP-Hochschulverbandes Hilfe leistete. Diese Veranstaltung wird auch im Bundesverfassungsschutzbericht 1986 als rechtsextremistisch aufgeführt. Die dort gehaltenen Reden erscheinen später im rechtsextremistischen, BHJ-nahen Arndt-Verlag als Buch - neben Hetzbüchern gegen Polen, Lobhudeleien der Waffen-SS und kriegsverherrlichender Literatur, Arno Breker-Bildbänden und einem Buch des Goebbels-Adjutanten Wilfred von Oven über den spanischen Bürgerkrieg und die Legion Condor; Venohr veröffentlichte ebenfalls bei Arndt. (Übrigens erschien der "LaPlata Ruf", die von W. von Oven herausgegebene Exilzeitschrift der Nazis, für die Bundesrepublik über denselben "Verlag Peter Wegener", in dem die langjährige Vize- und Ehrenpräsidentin der Sekte "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft" und "Thule-Seminar"-Mitarbeiterin Sigrid Hunke publizierte; Wegener ist ein alter Nazi-Aktivist,

der wegen mehrerer, auch politischer Delikte in den 50er Jahren Haftstrafen verbüßte.) 1985 hatte auf dem vorhergehenden "Norddeutschen Forum" der europäische Chefideologe der Neuen Rechten persönlich, Alain de Benoist, gesprochen, gemeinsam mit "wir selbst"-Autor Wolfgang Seiffert, REP-Emil Schlee, dem GDS-Funktionär Volker Beecken, dem Mitarbeiter Venohrs Michael Vogt (von der "Danubia"-Burschenschaft, die Geburtshilfe bei der Gründung des REP-Hochschulverbandes leistete) und dem "Danuben" Claus Fritzsche, 1989 Autor in "Der Republikaner" - es ist immer dasselbe Spinnennetz.
1985 tritt Schweisfurth, "ein alter Corpsstudent" (Burschenschaftliche Blätter Nr. 8/1985), auf einem Kongreß der Deutschen Burschenschaft ("Deutschland in Europa - Freiheit, Ehre, Vaterland") gemeinsam mit dem k.u.k.-Enkel Otto Habsburg auf. 1984 gehört Schweisfurth mit Schenke, Seiffert, Venohr, Michael Vogt u.a. zu den Unterzeichnern der nationalrevolutionären Anzeige in der FR (vgl.3.4.2.3). Seine guten Kontakte zum militant-neofaschistischen GDS beweist Schweisfurth auch im Dezember 1987, als er sich in der Zeitschrift "Aus Politik und Zeitgeschichte" positiv auf eine interne Informationsschrift des GDS bezieht; die SPD-Parteizeitung "Vorwärts" hatte dagegen kurz vorher mehrmals über die rechtsextremistische Ausrichtung des GDS berichtet - bei Schweisfurth ohne Wirkung.
Schweisfurth gehört bereits 1982 zu den Autoren in Venohrs Buch "Die deutsche Einheit kommt bestimmt", gemeinsam mit Ammon, P. Brandt, Schönhuber-Berater Willms, Seiffert, Rüddenklau. Hier schreibt er unter dem Titel "Das Ziel: Blockfreiheit", "Deutschland" sei heute ein "Tummelfeld fremder Mächte" (S. 81) und greift die internationalistische Linke scharf an: "Die Nationalallergetiker haben...giftige Vokabeln schon ausgestreut. Wer denkt bei 'deutschnationaler Erweckungsbewegung', bei 'Nationalfuror' nicht an das 'Deutschland erwache!' ? Derartige Ängste müssen und können zerstreut, derartige Verdächtigungen und Unterstellungen müssen und werden entlarvt (sic!) werden" (S. 82f). Daß dunkle ausländische Mächte angeblich gegen den deutschen Nationalstolz aufträten, hatte man schon bei Schrenck-Notzings "Charakterwäsche" 1965 gelesen (vgl. 3.4.3.4). Was Schweisfurth in Wirklichkeit vorschwebt, sagt er deutlich: "Das einige Deutschland unter der Kanzlerschaft Bismarcks war *nicht* aggressiv ('Deutschland ist saturiert')" (S. 97f, Hervh. Org.).
Schweisfurth und Ammon bekennen sich im Juli 1986 im sozialdemokratischen Pressedienst "Blick nach rechts" ausdrücklich zu Rolf Stolz und Wolf Schenke. Wegen eines kritischen Artikels, der dort erschienen war und Schenkes Nazismus nachwies, erklären die beiden ausdrücklich ihre Solidarität mit Schenke.

Daß Schweisfurth und Ammon sowohl in Mechtersheimers "Mediatus" schreiben (z.B. 1983, 1988) als auch bei Diskussionsveranstaltungen in Starnberg Gäste des Mechtersheimer-Friedensforschungsinstituts sind (z.B. 1986), erstaunt nicht mehr.
"wir selbst" gibt Schweisfurth als Autor der Zeitschrift an.
In den 80ern ist Schweisfurth bei dem nationalrevolutionären Aufruf "Den Frieden retten - Deutschland vereinen!" engagiert (vgl. 3.4.2.3), bei der LDD (vgl. 3.4.2.4), Autor der "Denkschrift" (vgl. 3.4.2.6) und bei der Memorandum-Gruppe (vgl. 3.4.2.15).

### 3.4.3.4 Rolf Stolz

Stolz ist ein Hauptorganisator des Spinnennetzes. Er knüpft die Verbindungen zu den Personen, verteidigt sie notfalls gegen Angriffe der Linken und ruft unermüdlich immer neue Initiativen mit denselben Leuten und denselben Zielen unter neuen Namen ins Leben. Er ist Gründer der LDD (vgl. 3.4.2.4), Mitautor der "Denkschrift" (vgl. 3.4.2.6), beim "Initiativkreis Friedensvertrag" (vgl. 3.4.2.8), Gründer der "Koordination Friedensvertrag" (vgl. 3.4.2.9), der Memorandum-Gruppe (vgl. 3.4.2.15) und bei der Initiative für eine andere Grüne Deutschlandpolitik beteiligt (vgl. 3.4.2.19). Er ist jahrelang Mitherausgeber des "Materialbrief Deutsche Probleme - Probleme mit Deutschland" (MB) und hat als ehemaliges Mitglied des allerersten Bundesvorstandes der Grünen und Bundestagskandidat der Grünen 1983 in Köln hervorragende Verbindungen in die Ökopartei, insbesondere zum AUD-Flügel. Er ist mit Ammon wie mit Mechtersheimer politisch wie auch persönlich befreundet und Mitglied des Mechtersheimerschen "Forschungsinstituts für Friedenspolitik" in Starnberg. Seit Jahren als Angestellter der Bayer AG in Dormagen tätig, hat Stolz im Gegensatz zu anderen prominenten Mitgliedern der Grünen, die Arbeitnehmer der Bayer AG waren, wegen seines herausgehobenen Engagements in der Umweltpartei bisher keine Schwierigkeiten mit dem Arbeitgeber bekommen (vg. 1.2, November 1987).
In seinem "Materialbrief" druckt Stolz Texte des Neofaschisten Peter Bahn, Anzeigen für den Schenke-eigenen Holsten-Verlag (in dem die erste deutschsprachige Gaddafi-Biographie erschien), für den "Helios"-Verlag Bahns, für die nationalrevolutionäre Zeitschrift "Aufbruch" und ihre Mutterorganisation NRKA (vgl. 2.4.1 und 2.4.3), auch ein "Leserbrief" des NRKA an den MB erscheint. "Mediatus"-Artikel werden nachgedruckt, die nationalrevolutionäre Anzeige aus der FR wird nachgedruckt und - teilweise kritisch - kommentiert (vgl. 3.4.2.3). Ein Vortrag Günter Kießlings vor der nationalrevolutionär beeinflußten Deutschen Burschenschaft erscheint. (1978 hatte Eichberg sein neofaschistisch grundlegendes Werk "Nationale Identität" in Zusammenarbeit mit der Deutschen Burschenschaft veröffentlicht.) Der neofaschistische Neuheide Peter Bahn rezensiert im MB Venohrs Buch

"Ohne Deutschland geht es nicht" aus dem rechtsextremen "sinus"-Verlag mit dem Schönhuber-Berater Diwald, Rüddenklau, Groepper, Schenke und Seiffert als Autoren und wettert dabei gegen "pfäffisches Abendländertum" (MB Juli 85, S.31; Bahn wird dies bei der nazistisch-religiösen "Artgemeinschaft" 1988 wieder tun, vgl. 2.4.3) Der MB bezieht sich positiv auf die "Offener Brief"-Gruppe (vgl. 3.4.2.5).
Stolz verschickt über sein Büro auch Stellungnahmen Schenkes. Ammon verteidigt im MB (Februar 1987) den antisemitischen Hetzer Ernst Niekisch.
Stolz verteidigt seine Zusammenarbeit mit Neofaschisten im MB gegen Angriffe von links ausgerechnet mit einem Zitat Oswald Spenglers.
Den meisten Aufschluß über die Geisteshaltung von Stolz geben seine eigenen Artikel. Hier wird deutlich, daß er in den Kategorien der Nationalrevolutionäre der 20er Jahre und des antikapitalistischen Flügels der NSDAP um die Gebrüder Strasser denkt und schreibt. Er will "den nationalen Kampf (der Deutschen, d.V.) um Selbstbestimmung des eigenen Volkes verschmelzen mit dem sozialen Kampf um gesellschaftliche Selbstbestimmung" (MB Feb 84, S.30), die "nationale Befreiung" von der "Fremdbestimmung des deutschen Volkes" und dem "Doppeljoch einer Fremdbestimmung" (MB Nov.84, S.25f). Die deutlichen Anklänge an die faschistische Agitation gegen "Versailles" (gegen das Niekisch "Widerstand" leisten wollte) werden überall deutlich: "Jalta" sei "ein friedensfeindliches und undemokratisches Kriegsbeendigungsdiktat" (MB Mai 85, S. 15). Die Bonner Politiker ergingen sich in "hündischer Ergebenheit" gegenüber den USA (ebd). Stolz fordert die "nationale und soziale Emanzipation" (MB Nov.84, S. 27) und meint dies durchaus als Abkehr vom antifaschisten Konsens des Grundgesetzes: "Von der Gemeinsamkeit der Demokraten müssen wir weg - und die einzige Richtung, in der Licht am Ende des Tunnels sichtbar wird, ist der vielbeschworene deutsche Sonderweg in die Neutralität" (S. 25). Im November 1989 läßt er die Neutralitätsforderung, die taktisch auf die Linke gerichtet war, kalt fallen (vgl. 3.4.2.18). Die Agitation des Rolf Stolz ist antiwestlich und nationalistisch, hat Vorbehalte gegen die Demokratie und ist damit von derselben Qualität, wie sie in den 20er Jahren von den verschiedenen Fraktionen des aufkommenden Faschismus gegen die Weimarer Republik vorgebracht wurde. Er greift im Stil der Neofaschisten "die geschichtsblinde Reeducation" an (S. 27), wettert mit der völkischen "Neuen Rechten" gegen Universalismen und den "Einheitsbrei 'Menschheit'" (MB Sep. 87, S.21), will "eine große deutsche Befreiungsbewegung" ins Leben rufen (in der Schrift "Weder Nationalismus noch Status Quo", S.10) und hetzt gegen die Solidaritätsbewegung mit der Dritten Welt, sie sei eine "kleingeistige Fluchtideologie abgewrackter Soli-Kampagnarden, die vor der realen deutschen Misere in die Dritte (Traum) Welt entfliehen" (ebd.). Im Stil des "Charakterwäsche"-Arguments wirft er der bundesdeutschen Linken vor, sie "kultiviert selektiven Deutschen- und Selbsthaß" (MB Sep.87, S.21), die Mehrheit der Grünen sei wegen ihres Festhaltens an der deutschen Zweistaatlichkeit "Anhänger eines grotesken deutschen Selbsthasses" (S.27). Stolz beklagt wie Eichberg angebliche "Versuche einer Zerstörung der deutschen Identität durch das Aufpfropfen einer Kolonialvolkmentalität", ruft zur "nationalen Befreiung" gegen die "Fremdbestimmung des deutschen Volkes" auf und will gar die "Renaissance (sic!) einer sich über die fremdbestimmten Grenzen hinwegsetzenden Gefahren- und Befreiungsgemeinschaft der deutschen Nation" (in Stolz 1985), was ebensogut als Aufruf zum offenen Rechtsbruch gegen internationales Völkerrecht verstanden werden kann. (Diwald schreibt in der Präambel zum REP-Parteiprogrammentwurf 1990: "Wer sein Recht nicht wahrnimmt, gibt es preis. Unsere Politik *entzeiht* sich deshalb dem Diktat und den Auflagen der Siegermächte von 1945".)
Dafür, daß die hungernden und frierenden Menschen am Ende des Zweiten Weltkriegs sich nicht sogleich auf den Sonderweg machten, sondern nur an Wohnung und Essen dachten, tragen nach Meinung von Stolz Ausländer die Verantwortung: "die geschichtslose Blindheit der Reeducation" (MB Nr. 2, S. 27), "Denkverordnungen" (Stolz 1985; S. 6), "psychologische Massenmanipulation" (ebd.), "inländische fünfte Kolonnen" (S. 111) hätten die Deutschen von der Wiedervereinigung abgebracht, jede Umorientierung werde auch heute "argwöhnisch von außen beobachtet und ebenso unverschämt wie heimtückisch beeinflußt" (S. 112f). Hier ziehe auch die antinationalistische Linke mit, die mit "rhetorischen Killerphrasen" (S. 22) und "Bannworten" national Denkende "exorzieren" wolle (ebd.). Dieser ganze Argumentationsstrang einer Drahtziehertheorie über dunkle ausländische Mächte, den man schon bei Schrenck-Notzing kennenlernte (vgl. 2.4.5) kommt bei Stolz in die Nähe blinden Ausländerhasses, wenn er nicht nur die ausländischen Truppen auf deutschem Boden, sondern auch gleich noch die zivilen Einrichtungen der Alliierten von Wohn- und Einkaufszentren bis zu Bildungseinrichtungen angreift ("allein 140 amerikanische und fast 100 englische Schulen" auf deutschem Boden!, S. 106). Das Bekenntnis zum nationalrevolutionären Konzept des Befreiungsnationalismus geht bei Stolz einher mit dem Bekenntnis zum Hauptprinzip des Ethnopluralismus, der Betonung völkischer Unterschiede und daraus abgeleiteter Apartheid. Stolz kleidet es in seine Definition von Souveränität einer menschlichen Gemeinschaft, die für ihn nur "in Abgrenzung von anderen Gemeinschaften" möglich sei (S. 98f.). "Eine Gemeinschaft, die nicht genug eigene Identität und spontanes Autonomiestreben entwickelt, um sich von den sie umgebenden Gemeinschaften abzuheben und sich von ihnen zu emanzipieren, wird niemals objektiv souverän sein" (S. 99), so Stolz ethnopluralistisch. Die Ideen eines vereinten Europa sind für ihn dagegen nur die "dummen Phrasen von Europäertum" (MB Nr. 4, S. 15), die Idee einer "Einen Welt" (die freilich in der UNO auch ein Ergebnis der

Niederlage des Faschismus im Zweiten Weltkrieg war) und weltweiter gemeinsamer Verantwortung, die sich für die Linke heute in Solidaritätsaktionen mit der Dritten Welt und globaler Ökopolitik festmacht, erscheinen ihm als "kleingeistige Fluchtideologie". Logisch aus dem Bekenntnis zum Ethnopluralismus folgend, sind Stolz' politische Forderungen nach - nicht etwa nur kultureller, sondern ohne jedes Adjektiv eingeschränkter - "Autonomie der deutschsprachigen Ostbelgier, der Südtiroler, der Rußlanddeutschen usw." (MB Nr. 0, S. 29), wobei man nicht nur gerne wissen möchte, was sich noch alles hinter diesem "usw." verbirgt, sondern auch, wo hier noch der Unterschied zu der nationalrevolutionären Forderung nach Neuziehung der europäischen Grenzen nach völkischen Gesichtspunkten ist. Vor allem, wenn Stolz zur Erreichung seiner Ziele zur "Diskussion mit allen (sic!) deutschsprachigen Bewegungen, wo immer man uns dazu auffordert" bereit ist (ebd.); Mechtersheimers Mitarbeiter Schmidt-Eenboom bezieht dies sogar auf die NPD, vgl. Kapitel 3.2. In Stolz' Reden und Schriften taucht auch der deutsche Erbfeind Frankreich wieder auf: so spricht er von Frankreich als "Möchtegernweltmacht" (S. 32) und erinnert (wie Schenke) an das "Verbrennt die Pfalz" Ludwig XIV., wenn er schreibt, die französischen Atomwaffen seien "überwiegend zur Ausrottung der Deutschen und zur Verwüstung Deutschlands" bestimmt (1985, S. 108).

In dem LDD-Text "Wege zu einem anderen Deutschland" (1987) wird zwar die freie Wahl der Arbeitsstätte für alle *Deutschen* aus der DDR und der BRD gefordert; die 4,5 Millionen ausländischer Mitbürger allein in der Bundesrepublik kommen aber in dem Text nicht mehr vor. Für sie ist in dem "anderen Deutschland" offenbar kein Platz mehr; das NRKA, mit dem sich Stolz verbündete und das von Stolz offen gegen Angriffe der Linken verteidigt wurde, hatte ja bereits apartheidmäßig "geschlossene Siedlungsgebiete für nichtdeutsche Volksgruppen" gefordert.

Die LDD bringt ein Flugblatt zum Abzug ausländischer Truppen heraus, das eine Karikatur des Niekisch-Freundes A.Paul Weber abbildet (Weber hatte 1932 die Niekisch-Schrift "Hitler - ein deutsches Verhängnis" illustriert) und in dem es heißt: "Soll Deutschland besetzt bleiben - für den nächsten Krieg? Fremde Soldaten: *Ihr sagt*, ihr seid als Befreier gekommen. Aber geblieben seid ihr als Besatzer. Geht heim als Freunde!" Die Verwendung des Adjektivs "fremd" für die ausländischen Truppen ist ebenso verräterisch wie die Tatsache, daß die "Jungen Nationaldemokraten" ein Plakat mit ähnlichem Text verbreiteten - einige LDD- und "wir selbst"-Gründer stammen aus den "Jungen Nationaldemokraten". Stolz-Freund Mechtersheimer gründet im April 1989 das "Starnberger Komitee für die Befreiung Deutschlands von fremden Truppen und die totale Entmilitarisierung", ein in der ersten Hälfte deutlich am nationalrevolutionären Befreiungsnationalismus orientierter Name; den Vorsitz des Komitees hat Schmidt-Eenboom (vgl. 3.2), Geld wollen die Gaddafi-Freunde über "Spenden" bekommen.

Rolf Stolz hatte - kein Wunder - die Möglichkeit, seine Thesen auch in der von AUD-Haußleiter herausgegebenen Zeitung "Die Grünen" zu verbreiten.

In seinem "Materialbrief Nr. 12/13" vom Juni 1988 schreibt Stolz, die inzwischen zu den REPs übergegangegene nationalrevolutionäre Gruppe "Politische Offensive" (PO) zeige "positive Ansätze, die eigene rechte Vergangenheit zu überwinden" (!, S.23). In seinen "12 Thesen zur Selbstbefreiung Deutschlands" (ebd., S. 27) schreibt er dann: "Wir streben einen historischen Kompromiß an zwischen *allen*, die in Deutschland Frieden, Blockfreiheit, Volkssouveränität, Selbstbestimmung und Selbstverteidigung wollen - einen Kompromiß, der politische Handlungsfähigkeit sichert, *ohne* einen weltanschaulichen Konsens vorauszusetzen"; Mechtersheimers Schmidt-Eenboom wird diesen "Kompromiß" ein Jahr später auch auf die namentlich genannte NPD ausdehnen.

Zum Strategiekongreß der Grünen 1989 bringt Stolz dann schließlich ein Flugblatt "Wenn Ihr es wollt, wird es kein Alptraum sein!" heraus, in dem er offen die biologistische These der Neofaschisten vom angeblichen Aussterben der Deutschen aufgreift und - als Kritik an angeblicher "Vergreisung dieser Gesellschaft" getarnt - die Grünen auffordert, familienpolitisch gegen die "0,5-Kind-Familie als Regelfall" anzugehen.

All dies hindert im Januar 1990 weder den Grünen-Bundestagsabgeordneten Stratmann noch die Grünen-Europaabgeordnete Quistorp daran, mit Stolz und dem Libyen-Kontakter Vogt eine "Initiative für eine andere Grüne Deutschlandpolitik" zu gründen.

#### 3.4.3.5 Die NRKA-Leute Bahn, Kraus, Emmrich, Ackermann

Über sie wurde bereits in den vorangegangenen Kapiteln das wichtigste gesagt (vgl. 2.2, 2.4.1, 2.4.3, 2.4.4, 2.4.5 und 2.5). Auch sie mischen bei etlichen der genannten Initiativen mit, darauf wurde mehrfach verwiesen.

Kraus und Emmrich betreiben heute einen "Motorrad- und Lederclub Schwarz Rot Gold", der sich - nach den Mitteilungen in der Club-Zeitschrift zu urteilen - um eine Zusammenarbeit mit den REPs bemüht.

Der neurechte Ideologe Bahn versuchte jahrelang, innerhalb der Linken Verwirrung zu stiften. Heute hat er sich nach eigenen Angaben auf "Ahnenforschung" für "bekannte deutsche Familien" zurückgezogen; im September 1987 schrieb er in "wir selbst" über "den Adel". Tatsächlich taucht er aber immer wieder im religiös-ideologischen Feld des Neofaschismus auf. Der "wir selbst"-Autor Gerd Vonderach hatte Bahn vor kurzem eine zeitlich befristete Stelle ausgerechnet an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg besorgt. In der REP-nahen national-

revolutionären Zeitschrift "Junge Freiheit" vom Dezember 1989 schrieb Bahn einen Leserbrief, in dem er die "Junge Freiheit" als Ausfüllung der publizistischen Lücke zwischen Bayernkurier und Frey-Presse begrüßt.
Die "wir selbst"-Mitbegründer Ackermann, Emmrich und Kraus sind in den 80ern wie Bahn bei der LDD (vgl. 3.4.2.4), Emmrich und Kraus bei der "Denkschrift" (vgl. 3.4.2.6), Kraus auch bei der "Koordination Friedensvertrag" (vgl. 3.4.2.9).

**3.4.3.6 Der Niekisch-Schüler Wolfgang Venohr**

Venohr bezeichnet sich selbst als Schüler des rassistischen Agitators Niekisch, der offen zur physischen Vernichtung von Juden und "Welschen" aufgerufen hatte. Ohne Venohr geschah auf der Rechten in den letzten Jahren deutschlandpolitisch kaum etwas. Alle nationalrevolutionären Gruppen und Zeitschriften der 70er und 80er Jahre kamen auf Venohr zu, in fast allen dieser Publikationen war er vertreten. Er konnte aber auch in der SPD-Theoriezeitschrift "Die Neue Gesellschaft" sein Konzept einer "Konföderation Deutschland" publizieren.
Der Journalist Venohr trägt vor allem durch Buchveröffentlichungen zur Verbreitung nationalrevolutionärer Ideen in der demokratischen Öffentlichkeit bei. Von ihm herausgegebene Bücher enthalten meist als Autoren einen Querschnitt durch den Rechtsextremismus. Besonders mit dem Autor der Präambel des neuen Parteiprogramms der REPs, Hellmut Diwald, publizierte Venohr öfter, daneben mit Seiffert, Schweisfurth und Ammon, Rüddenklau, Schenke, auch im "Arndt Verlag", der dem rechtsextremistischen "Bund heimattreuer Jugend" nahesteht.
In den 60er Jahren war Venohr häufig in Schenkes Zeitschrift "Neue Politik" vertreten; dort wetterte er später auch gegen den Film "Holocaust", der den Nazi-Mord an den Juden zum Inhalt hat.
Venohr schuf gemeinsam mit seinem Mitarbeiter Michael Vogt von der "Danubia"-Buschenschaft (die beim REP-Hochschulverband Geburtshilfe leistete) und vom in Teilen terroristischen RFS (vgl. 2.4.2.1) einen mehrteiligen Film über die Germanen, der ganz im Sinne Niekischs und der breiteren faschistischen Ideologie die Germanen jenseits des geringen historischen Wissens über sie als das bedeutendste Volk Europas idealisiert. "wir selbst"- und "MUT"-Autor Venohr ist in den 80ern beim nationalrevolutionären Aufruf "Den Frieden retten - Deutschland vereinen!" engagiert (vgl. 3.4.2.3), bei der LDD (vgl. 3.4.2.4), der "Offener Brief"-Gruppe (vgl. 3.4.2.5) und der "Denkschrift" (vgl. 3.4.2.6).
Ende der 80er Jahre publizierte er auch im Straube-Verlag des "Nouvelle Droite"-Journalisten Günther Deschner, der mit Alain de Benoist in der Zeitschrift "Nouvelle Ecole" zusammenarbeitete.

**3.4.3.7 Der rechtsextreme Sektenprediger Hubertus Mynarek**

Wie Johannes Stüttgen gehört Mynarek nicht dem engsten, sondern dem weiteren Umfeld des Spinnennetzes an.
Mynarek arbeitet eng mit der Sekte "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft" (DUR) zusammen, spricht bei ihr und schrieb "für ihre Jugendarbeit" ein Buch ("Orientierung im Dasein", München 1979). In der DUR sammelten sich nach 1945 Anhänger und enge Mitarbeiter des NSDAP-Chefideologen Alfred Rosenberg, u.a. aus der DUR entstand in den 50er Jahren das "Deutsche Kulturwerk europäischen Geistes". Wie die antifaschistische Literatur berichtet (z.B. Tauber 1967), sei die Wiking-Jugend u.a. aus der deutsch-unitarischen Jugend heraus mitbegründet worden. Die Mitarbeiterin des "Thule-Seminars" Sigrid Hunke war in den 70ern und 80ern jahrelang Vize- und Ehrenpräsidentin der DUR. U.a. von Mitgliedern der Gemeinde der "Deutschen Unitariern" wurde Anfang der 80er Jahre die rechtsextremistische "Kieler Liste für Ausländerbegrenzung" gegründet, die sich inzwischen weitgehend den REPs angeschlossen hat. Mit Peter Bahn, Henning Eichberg und Werner-Georg Haverbeck (vgl. 3.4.2.8) schrieb Mynarek gemeinsam in dem Buch "Zurück zur Natur-Religion?" (Freiburg 1986), das von dem Unitarier-Funktionär Holger Schleipp herausgegeben wurde. Mynarek stützt sich in seinen religionswissenschaftlichen Arbeiten u.a. auf die Rassisten, Nazi-Propagandisten und DUR-Vordenker Wilhelm Hauer und Sigrid Hunke. Mynarek ist mit der Hauer-Witwe persönlich bekannt und forschte nach eigener Angabe auch "im Hause Hauer".
In seinem Buch "Ökologische Religion" (München 1986) propagiert er einen biologistischen, antidemokratischen Gottesstaat, in dem die als biologisch höherstehend angesehenen "ökoreligiösen Menschen" den Willen eines "göttlichen Naturprinzips" politisch durchsetzen und in dem "Irrläufer der Evolution" (das sollen letztlich auf dem jüdisch-christlichen Weltbild basierende "technisch-utilitaristische" Menschen sein) als Naturzerstörer der Vernichtung im "Kampf ums Dasein" anheimfallen.
Mynarek ist mit Haverbeck bekannt und hielt auch in dessen "Collegium Humanum" Vorträge.
Mynarek hat auch Verbindungen zu den "Achberger Anthroposophen", bei denen er sprach und publizierte (vgl. Josewski, 3.4.2.8).
Er ist bei der Ammon/Schweisfurth-"Denkschrift" dabei und beim LDD-"Anstoß" (vgl. 3.4.2.4 und 3.4.2.6); von LDD-Mitgliedern wird er als linker "Freireligiöser" ausgegeben.

### 3.4.3.8 Der Beuys-"Meisterschüler" Johannes Stüttgen

Der "Denkschrift"- und Memorandum-Unterzeichner Stüttgen (vgl. 3.4.2.6 und 3.4.2.15) war Anfang der 80er Jahre bekannt mit dem Sprecher des NRKA und Unterzeichner des LDD-"Anstoß", dem Nationalrevolutionär Armin Krebs. Bei dem Parteiausschlußverfahren, das der Landesvorstand der Grünen NRW 1983 wegen der Politik des NRKA gegen Krebs betrieb, vertrat Stüttgen seinen Freund Krebs als "Beistand" vor dem Parteischiedsgericht. Seine Position veröffentlichte Stüttgen anschließend in "wir selbst" (Heft August/September 1984). In "wir selbst" Nr. 1/1984, in dem auch Höffkes und der Schönhuber-Berater und REP-Parteiprogramm-Autor Diwald schrieben, ließ sich Stüttgen über das Eichberg-Thema "Deutsche Identität" und "Eigenes und Fremdes" aus. Beide Male setzte er seinem Namen hinzu: "Freie Internationale Universität" (FIU).
Die FIU war von dem Künstler Josef Beuys gegründet worden. "wir selbst" brachte im Heft Nr 1/1982, dem Heft mit der ersten Libyen-Reisegeschichte der "wir selbst"-Redaktion, eine Titelgeschichte zu Josef Beuys. Das "Hochschul- und bildungspolitische Programm" des REP-Hochschulverbandes RHV beruft sich positiv (!) und namentlich auf Beuys.
Die FIU wurde Ende der 70er Jahre von dem "Achberger Anthroposophen" Wilfried Heidt gemanagt, der zu Veranstaltungen der FIU den Alt- und Neonazi Werner-Georg Haverbeck, AUD-Haußleiter, Schenke und den Anhänger Otto Strassers Nikolaus Ryschkowsky als Referenten einlud. Für das Kulturzentrum Achberg lud Heidt auch den bereits genannten Heinrich Schirmbeck vom Schenke-Kreis ein. In dem von Heidt 1980 herausgegebenen Buch "Abschied vom Wachstumswahn" schreiben sowohl der Nationalrevolutionär Günther Bartsch als auch Hubertus Mynarek.
In "wir selbst" Mai 1986 schreibt Höffkes über den Anthroposophie-Gründer Rudolf Steiner, auf den sich die "Achberger" berufen. Steiner entstammte ursprünglich der antisemitischen "Theosophischen Gesellschaft", die in Teilen in die historische "Thule-Gesellschaft" und mit dieser in die NSDAP mündete; Steiner löste sich selbst ideologisch überwiegend von den Theosophen.
Heidt und Stüttgen betreiben heute die "Aktion Volksentscheid".
Josef Beuys war vor seinem Beitritt zu den Grünen Bundestagskandidat für die Freisoziale Union (FSU) der Anhänger Silvio Gesells. Heidt hat versucht, die abstruse ökonomische Theorie Gesells (noch abstruser) weiterzuentwickeln. Die Gesell-Anhänger hatten bereits in den 20er Jahren Verbindung zu völkischen Gruppen; das hat sich nach 1945 nicht geändert.
Die politischen Schriften des Künstlers Josef Beuys drehen sich um eine organische Gesellschaftsvorstellung, wie sie sowohl in der faschistischen Ideologie selbst als auch in den ideologischen Vorläufern und Seitensträngen der 10er und 20er Jahre zu finden ist. Die antidemokratischen Konsequenzen dieser politischen Schriften sind bisher nicht herausgearbeitet worden. Beuys gilt nach wie vor als Linker, obwohl er z.B. mit seinen politischen Aussagen gegen das staatlich organisierte Bildungswesen und zugunsten von Privatschulen Errungenschaften der Linken angriff.
Johannes Stüttgen versteht sich als Verwalter des politischen Erbes von Beuys. Er ist ein oft und gern gesehener Gast im Bundestagsbüro der Grünen *Antje Vollmer*. Die bisher letzte "wir selbst"-Nummer vom Dezember 1988/Januar 1989 brachte nicht nur einen von Franz Schönhuber verfaßten Kommentar, sondern auch den Nachdruck eines Artikels von Antje Vollmer aus der Zeitschrift "Kommune", in dem Vollmer sich eher positiv zur staatlichen Einheit der Deutschen äußert. Vollmer hat angeblich von dem Nachdruck in "wir selbst" nichts gewußt, jedoch kann es sich keine Zeitschrift presserechtlich erlauben, Artikel anderer ohne deren Genehmigung abzudrucken.
Antje Vollmers Bundestags-Mitarbeiter Bernd Ulrich vertritt in einem von der "taz" (14.9.89) veröffentlichten Thesenpapier die Ansicht: "Es ist nicht alles nur dumm, was die REPs sagen", während die anderen Parteien nach Ulrichs Meinung "Lügendiskurse" betrieben, insbesondere bei der "Deutschlandpolitik". Ulrich wendet sich gegen den Antifaschismus mit der Forderung "Freiheit für die Feinde der Freiheit!".
In der Bundestagsdebatte um die deutsche Einheit vom November 1989 sprach sich Vollmer als Sprecherin der Grünen-Fraktion klar für die Zweistaatlichkeit der Deutschen aus.
Am 15.11.89 berichtete die "taz", Vollmer habe mit Bernd Ulrich "ein Modell der 'sanften Zweistaatlichkeit' formuliert...Für die ist eine Konföderation bereits das Ziel und nicht ein 'Vehikel zur Einstaatlichkeit'".
Im Januar 1990 bringt die Vollmer-Gruppe "Grüner Aufbruch" ein Papier zur "Ökologischen Konföderation" heraus, in dem es heißt: "Was muß die Konföderation leisten?...Endlich einen Friedensvertrag. Mit dem konföderierten Deutschland wird er schnell geschlossen werden können".

## 3.4.4 "wir selbst"-Unterstützung für diese Initiativen

"wir selbst" hat die genannten Initiativen immer wohlwollend begleitet, wie bereits deutlich wurde. Das nationalistisch-faschistische Syndrom aus der Forderung nach staatlicher Einheit aller Deutschen bzw. Deutschsprachigen, aus Antiamerikanismus bzw. antiwestlichen Ressentiments allgemein, Bekämpfung der Ergebnisse des Zweiten

Weltkriegs inklusive der Demokratisierung der Deutschen durch die Sieger über den Faschismus als "Kolonialisierung" und "Charakterwäsche", der Hinwendung zum völkisch "Eigenen", das die Deutschen von anderen unterscheide, und der Ablehnung des Antifaschismus bildete die ideale gemeinsame Basis des Spinnennetzes mit den "wir selbst"-Machern.
Außer dem Themenfeld Libyen brachte "wir selbst" seit seinem bestehen fast ausschließlich Titelgeschichten zur "deutschen Frage": "Was soll bloß aus Deutschland werden?", "Blockfreiheit oder Besatzungsstaat","Entkolonisierung der Deutschen", "Staat oder Nation - Abschied vom Vaterland?", "Neutralität für Deutschland - Versuchung oder Chance" usw. lauteten die Titelblätter der Zeitschrift.
Bereits im Oktober 1984 hatte die Zeitschrift auch ein großes Portrait und Interview mit AUD-Haußleiter gebracht, daß von der Redaktion durch eine als Sinnspruch gesetzte Aussage Alfred Mechtersheimers abgeschlossen wurde.
In "wir selbst" Mai 1986 schrieb Peter Bahn gegen die Kritik der Antifaschisten an dieser Art von "Friedensbewegung" an. Er verglich die Antifaschisten mit der EAP - was Rolf Stolz ihm sodann gleichtat.
Zum Schluß machte der Verlag eine Abo-Werbeaktion, in der er vier exemplarische Hefte aus den 80er Jahren als Paket zum Sonderpreis anbot. Es waren dies die Hefte "Deutsche Positionsbestimmungen" (11/86) mit einem Beitrag des Rassisten Lothar Penz, einem über die Friedensbewegung und Eichbergs Libyen-Artikel über den Wüsten-Mystiker Gaddafi; "Neutralität für Deutschland" (September 87) mit dem Friedmann-Papier, einem Exklusivbeitrag Günter Kießlings (auf Kießlings Buch "Neutralität ist kein Verrat" wird später ein großer Teil des deutschlandpolitischen Konzepts 1989 der REPs basieren) und einem Artikel des Generalmajors a.D. Jochen Löser, in dem dieser sich auf den Chefdenker des europäischen Neofaschismus Alain de Benoist bezog; die von Schrenck-Notzing in der WELT rezensierte Ausgabe mit dem Eichberg-Artikel über "Fremdes und Eigenes" und die Ausgabe vom Januar 87 mit dem Schöhuber-Interview als Titelgeschichte. Mit diesem Werbepaket hat "wir selbst" den ideologischen Rahmen umrissen.
Jahrelang hatte "wir selbst" eine ganzseitige Selbstanzeige des "wir selbst-Büchermarktes" im Heft. Es wurden immer dieselben acht Bücher präsentiert, darunter: Venohr und Diwalds "Dokumente deutschen Daseins", Venohrs "Ohne Deutschland geht es nicht" (mit Diwald, Seiffert), "Die deutsche Nation" von Bernhard Willms, Eichbergs "Nationale Identität" und schließlich die Ammon/Schweisfurth-"Denkschrift" aus Mechtersheimers ibf-Verlag. Als Werbetext zu diesem letzten Buch druckte der "wir selbst-Bücherdienst" wörtlich zwei Abschnitte aus dem Vorwort Mechtersheimers zu dieser "Denkschrift".

Wie gut man sich versteht! Man spricht dieselbe Sprache, von Gaddafi über Mechtersheimer bis Schönhuber.

Peter Kratz

# 4. Gaddafi - Mechtersheimer - Schönhuber: Eine chronologische Bilanz

*1979*: die nationalrevolutionäre Zeitschrift "wir selbst" wird von NPD-nahen Neofaschisten mit der innenpolitischen Zielrichtung auf die Friedensbewegung gegründet; man propagiert die staatliche Einheit der Deutschen als Mittel der Friedenspolitik.
In der ersten Nummer schreibt ein Vertreter der Presseabteilung der libyschen Botschaft in Bonn. Derartige Artikel finden sich jetzt kontinuierlich im Blatt. Verleger Siegfried Bublies hat in der Bundesrepublik die Alleinvertriebsrechte an Gaddafis "Grünes Buch". Später heißt es, Gaddafi habe die "wir selbst"-Gruppe direkt finanziell unterstützt.
*1981*: "wir selbst"-Vertreter zu Gast in Libyen;
lobender "wir selbst"-Artikel über die Arbeit Ammons und einiger Nationalrevolutionäre in der Berliner AL-Deutschland-AG, einer Keimzelle späterer "Friedensinitiativen";
Brandt/Ammons "Die Linke und die nationale Frage" erscheint mit Beiträgen des "wir selbst"-Vordenkers Eichberg und Niekischs.
*1982*: Venohrs Buch "Die deutsche Einheit kommt bestimmt" erscheint, eine zweite Keimzelle; Autoren sind die Personen, die in den 80er Jahren größtenteils diese Diskussion im Neofaschismus bestimmen werden: Hellmut Diwald, Venohr selbst, Theodor Schweisfurth, Herbert Ammon und Peter Brandt, Wolfgang Seiffert, Harald Rüddenklau.
"wir selbst" bringt laufend Artikel über die Friedensbewegung und die deutsche Einheit.
*März 1982*: Alfred Mechtersheimer und Roland Vogt treffen Gaddafi in Wien
*Mai 1982*: der libysche Botschafter in Bonn, Mechtersheimer und Vogt treffen sich beim "Hambacher Fest".
*Juli 1982*: Mechtersheimer, Vogt und Schily fahren nach Libyen und treffen Gaddafi.
*Dezember 1982*: Mechtersheimer gründet mit 25.000 DM das Informationsbüro für Friedenspolitik, in dem später die Ammon/Schweisfurth-"Denkschrift" erscheint;
eine erste Bilanz Eichbergs über die neofaschistischen Bemühungen um die Friedensbewegung in "wir selbst".
*Januar 1983*: Mechtersheimer kauft für 600.000 DM ein Haus am Starnberger See und zahlt einen Teil der Summe in bar.
*1983*: Mechtersheimer mietet ein Haus in Weilheim mit einem misteriösen Telefonanschluß;
eine zweite "wir selbst"-Gruppe reist zu Gaddafi nach Libyen, "wir selbst" druckt ein Gaddafi-Interview, in dem dieser hofft, "daß sich aus der grünen Bewegung auch eine Bewegung zur Befreiung ganz Deutschlands entwickelt"
weitere "wir selbst"-Artikel über Friedensbewegung und deutsche Frage;
Schweisfurth präsentiert seine deutschland- und friedenspolitischen Ideen in Mechtersheimers Zeitschrift "Mediatus";
"wir selbst" setzt seine Artikel über Friedensbewegung und deutsche Einheit fort.
*November 1983*: Treffen von "europäischer Friedensbewegung" und arabischen Politikern, das Mechtersheimers Institut mit vorbereitete, in Österreich, organisiert von einem österreichischen "PR-Laden für Khadhafi" (so die Grünen);
im selben Monat die nationalrevolutionär beeinflußte "Kölner Konferenz Grünalternative Bewegung und deutsche Frage".
im selben Monat Gründung der REPs durch Schönhuber u.a.

*Dezember 1983*: Schönhubers "Deutschlandrat" mit den "wir selbst"-Autoren Diwald, Willms und Seiffert will Friedensbewegung und "deutsche Frage" zusammenbringen und knüpft dabei an den Schenke/AUD-"Deutschland-Rat" der 60er Jahre an.
*Frühjahr 1984*: Mechtersheimer will 25.000 DM aus unklaren Quellen für eine von Libyen auf Malta offenbar mitveranstaltete Konferenz "für Friedens-, Befreiungs- und Alternativbewegungen" gesammelt haben. Mechtersheimer nimmt an der Konferenz teil;

Mechtersheimer bringt in die ibf-GmbH als Betriebskapital einen Mercedes im Wert von 24.000 DM ein;

die nationalrevolutionäre Anzeige in der FR u.a. mit den "wir selbst"-Autoren Schweisfurth, Venohr und Seiffert und dem "Danubia"-Sprecher und RFS-Funktionär Michael Vogt, dem "Unitarier" und späteren REP-Mitglied Bednarski sowie Kaltenbrunner von Schrenck-Notzings "Criticon" als Unterzeichnern erscheint, man beruft sich ausdrücklich auf Niekisch;

"wir selbst" bringt ein Interview mit dem libyschen Botschafter in Bonn, in dem dieser Friedensbewegung und deutsche Einheit verbindet;
*Ende 1984*: Die LDD des Ammon- und Mechtersheimer-Freundes Rolf Stolz wird von Nationalrevolutionären der "wir selbst"-Gruppe mitbegründet, etliche Unterstützer des LDD-"Anstoß" kommen auch aus der AUD Haußleiters;

die "Offener Brief"-Gruppe der "wir selbst"-Autoren Seiffert und Venohr wendet sich an die Grünen und will die deutsche Einheit, "wir selbst" druckt den Text;

"wir selbst" bringt ein Portrait von AUD-Haußleiter mit einem Sinnspruch Mechtersheimers.
*1985*: Mechtersheimer verliert durch Wertpapierbetrug 35.000 DM;

die LDD verliert Auseinandersetzungen mit Antifaschisten;

der "wir selbst"/"Mediatus"-Sonderdruck erscheint als Zusammenarbeit von Mechtersheimer und der neofaschistischen "wir selbst"-Gruppe.
*März 1985*: Die "Denkschrift" von Ammon und Schweisfurth erscheint hektografiert als Heft; gleichzeitig druckt "wir selbst" Auszüge und bedankt sich bei Mechtersheimer für die Abdruckgenehmigung.
*Ende 1985*: Der neofaschistisch beeinflußte "Initiativkreis Friedensvertrag" trifft sich, mit dabei: "wir selbst"-Autor, Stolz-Freund, "Mediatus"- und Mechtersheimer-ibf-Autor Herbert Ammon und Mechtersheimers Libyen-Begleiter Roland Vogt;

zur "Koordination Friedensvertrag" des Mechtersheimer-Freundes Stolz rufen ehemalige AUD-Mitglieder und Nationalrevolutionäre auf; u.a. unterzeichnen Mechtersheimers Libyen-Begleiter Roland Vogt und der "wir selbst"-, "Mediatus"- und Mechtersheimer-ibf-Autor Schweisfurth die Abschlußerklärung;

die "Denkschrift" erscheint mit etlichen Unterzeichnern aus der "wir selbst"-Gruppe in Mechtersheimers ibf-Verlag als Buch; mit bei den Unterzeichnern: der Alt- und Neofaschist Schenke, der 1975 in seinem Holsten-Verlag die erste Gaddafi-Biographie herausbrachte.
*1986*: "wir selbst" druckt die Abschlußerklärung der "Koordination Friedensvertrag" prompt;

die rechtsextreme Zeitung "student" lobt Ammon, Schweisfurth und Stolz in einem zweiseitigen Artikel.
*Mai 1986*: Der SPIEGEL berichtet über die Finanzierung von neofaschistischen Organisationen durch Gaddafi; zu ihnen gehört auch die britische "National Front", die mit dem deutschen GDS zusammenarbeitet, bei dem Schweisfurth 1987 sprechen wird.
*1987*: Mechtersheimer kommt als parteiloser Kandidat auf der baden-württembergischen Landesliste der Grünen als Abgeordneter in den Deutschen Bundestag;

er unterschreibt die "Verleumdungs und Diskussionsverbote"-Erklärung gegen die Antifaschisten, gemeinsam mit seinem Libyen-Begleiter Roland Vogt;

Eichberg schreibt in "wir selbst" über seine geistige Verwandtschaft mit Gaddafi;

"wir selbst" bringt als Titelgeschichte ein Interview mit Franz Schönhuber; die Schönhuber-Berater Willms und Diwald sind bereits "wir selbst"-Autoren;

Schweisfurth spricht beim GDS zur deutschen Einheit.
*Mai 1987*: Das Friedmann-Papier macht die Verbindung von Friedenspolitik und deutscher Einheit als rechtes Politikkonzept in den Massenmedien deutlich; "wir selbst" druckt das Friedmann-Papier.
*1988*: Mechtersheimer reist wieder nach Libyen und trifft Gaddafi;

Mechtersheimer arbeitet an einem Stiftungsprojekt, das mit 10 Millionen Dollar Gaddafi-Geldern bezahlt werden soll und Gaddafis Namen tragen soll; Mechtersheimer ist Mitglied des Stiftungsrates;

Mechtersheimer gibt der österreichischen Zeitung "moz" ein Interview, in dem er sich breit über den zwei Jahre alten Überfall der US-Army auf Libyen ausläßt; der Verlag der Zeitschirft "moz" ist in den versuchten Handel hochgiftiger Chemikalien nach Libyen verwickelt.
*1989*: In der "Memorandum"-Gruppe wenden sich u.a. Stolz, Ammon, Schweisfurth, Mechtersheimer und sein Mitarbeiter Schmidt-Eenboom, die allesamt bereits in "wir selbst" als Autoren vertreten waren, an Gorbatschow wegen Frieden und deutscher Einheit;

"wir selbst" läßt Schönhuber einen Kommentar schreiben und druckt einen Artikel von Antje Vollmer nach;

Schmidt-Eenboom diskutiert in Mechtersheimers "Mediatus" die Zusammenarbeit mit der "Friedensbewegung NPD" und läßt Leserbriefe von Institutsmitgliedern drucken, die diese Zusammenarbeit bis hin zur Unterstützung der NPD befürworten;

in "Mediatus" schreibt der "wir selbst"-Vordenker Eichberg und empfiehlt dabei unvermittelt ein Buch Zieglers, Mitglied in der Jury des von Gaddafi gestifteten "Menschenrechtspreises", Stiftungskapital: 10 Millionen Dollar;

Mechtersheimer reist überstürzt und als einziger Politiker der westlichen Welt zur Chemiefabrik ins libysche Rabta und erklärt nach seiner Rückkehr wahrheitswidrig, Rabta sei keine Chemiewaffenfabrik;

aus der Burschenschaft "Danubia", dem GDS, dem RFS u.a. wird der REP-Hochschulverband gegründet;

*November 1989:* Schweisfurth wird als der Erfinder der Idee "Konföderation Deutschland" gefeiert, die Bundeskanzler Kohl im Bundestag präsentiert; Mechtersheimer wirft seiner Fraktion vor, eine "grüne animalische Angst" vor der Wiedervereinigung zu haben und fordert diese Vereinigung vehement.

*Januar 1990:* Nachdem die SPD die Konföderation als Ziel ihrer Politik der staatlichen Vereinigung "Deutschlands" auf dem Berliner Parteitag beschlossen hat, darf Peter Brandt in der SPD-Mitgliederzeitschrift "Vorwärts" über "Die Linke und die nationale Frage" schreiben, als wäre er niemals Teil der Geschichte der nationalrevolutionär-neofaschistischen Deutschlandpolitik der 80er Jahre gewesen;

Rolf Stolz gründet mit der Grünen-Europaabgeordneten Eva Quistorp, dem Grünen-MdB Eckhart Stratmann und dem Libyen-Kontakter Rolnd Vogt - alle schon bei der "Verleumdungs- und Diskussionsverbote"-Erklärung von 1987 dabei - die "Initiative für eine andere Grüne Deutschlandpolitik".

DEBATTE

taz DONNERSTAG, 12/10/89

# Fragen an Erich Kuby

## Streit um eine Episode aus dem Nachkriegsdeutschland namens 'Ruf'

*Der Generalsekretär der KPdSU hat im letzten halben Jahr die beiden deutschen Staaten besucht. Während Gorbatschow in Bonn begeistert gefeiert wurde, blieb seine Route durch Ost-Berlin den meisten Menschen unbekannt. Und der Empfang war entsprechend. Verkehrte Welten? Kuby warf im Sommer den Deutschen (West) in der taz vor, sie würden in Gorbatschow ein neues Vorbild sehen, einen, der sie aus dem Jammertal der Nachkriegszeit herausführt? Morgen antwortet er auf Tilman Fichters Kritik.*

Die Begeisterung für „Gorbi" in Bonn und die an ihn „geknüpften Hoffnungen, nun werde auch die Mauer bald verschwinden" — was ist an diesem Wunsch verwerflich? — machen Erich Kuby mißtrauisch, ja ungerecht: „Eine emotionalisierte, aber nicht befriedigte Bevölkerung braucht als Partner einen Helden. Den hat sie sich schon einmal mit Kennedy 1963 ausgeliehen, und jetzt aus Moskau.

Es hat eine schwachsinnige Delegation wiedererweckter deutscher Träume an die falsche Adresse stattgefunden" — so heißt es in seinem Gastkommentar in der taz vom 27. Juli 1989 unter der etwas absonderlichen Überschrift „Parteien, hört die Signale! Über Gorbimanie und Schönhuberei in der Bundesrepublik". Kuby, selbst Jahrgang 1910, verübelt den vorwiegend älteren Gorbi-Fans ihre — aufgrund ihrer NS- und Kriegserfahrungen verständliche — generationsspezifische Friedenssehnsucht und verrührt die Begeisterung für Gorbatschow mit den Wahlerfolgen des rechtsradikalen Populisten Franz Schönhuber zu einem übelriechenden altdeutschen Eintopf. Linke Ressentiments ersetzen freilich keine Analyse, geschweige denn linke Politik. Kubys Aversionen gegen einen politischen Neutralismus jenseits der Blöcke stammen bereits aus der unmittelbaren Nachkriegszeit. Eine fatale Geschichte aus Trizonesien.

Mir geht es hier um einen Aspekt der noch ungeklärten Nachkriegsgeschichte, nämlich: das Scheitern eines wichtigen linken Zeitschriftenprojekts. Welche Rolle spielte etwa Erich Kuby damals als deutscher Mitarbeiter der amerikanischen „Information Control Division" (ICD) in der Auseinandersetzung mit den Herausgebern der Zeitschrift 'Der Ruf'?

Die erste Ausgabe dieser unabhängigen Links-Gazette erschien in München am 15. August 1946. Auf der Titelseite ist ein deutscher Soldat abgebildet. Er trägt einen Helm und hebt zögernd die Hände zur bedingungslosen Kapitulation. Sein Blick ist in die Ferne gerichtet. Herausgegeben wurde 'Der Ruf. Unabhängige Blätter der jungen Generation' in jenem Sommer von zwei Kriegsheimkehrern: Alfred Andersch (geboren 1914 in München, mit 18 Jahren Org-Leiter des Kommunistischen Jugendverbandes in Bayern, 1933 für ein halbes Jahr im KZ Dachau, danach Soldat und später in Kriegsgefangenschaft) und Hans Werner Richter (geboren 1908 auf der Insel Usedom, Buchhändler, 1930 bis 1933 Mitglied der KPD [Ausschluß], Soldat und Kriegsgefangener). Ihre Sprache war eindeutig und selbstbewußt. Sie traten für ein demokratisches und sozialistisches Europa ein. Im April 1947 verbot die US-Militärregierung das vierzehntäglich erscheinende Blatt für drei Wochen (als offizieller Grund diente der Vorwurf des „Nihilismus"); danach gab Erich Kuby, zusammen mit Walter von Cube und Eitel Fritz von Schilling, die Blätter erneut bis 1949 heraus.

Fast 40 Jahre später sendete der Bayerische Rundfunk eine Fernsehdokumentation über „München in den Jahren 1900 bis 1950". Auf die Frage des Interviewers: „Warum starb 'Der Ruf'?", antwortete Kuby: „Weil da alte Männer für eine junge Generation eine Zeitschrift machten." „Das ist alles gelogen" — entgegnete Hans Werner Richter. Und fügte hinzu: „Er (Kuby) ist doch bekannt als Lügner." Die 'Ruf'-Gründer haben offensichtlich auch heute noch mit Kuby ein Hühnchen zu rupfen.

'Der Ruf' hatte einen Vorgänger: eine Zeitschrift von und für Kriegsgefangene in der Tradition des „Anderen Deutschland" in den verschiedenen Kriegsgefangenen-Camps der USA. Auch an diesem Blatt mit dem Namen 'Ruf' hatten Richter, der 1943 in US-Kriegsgefangenschaft geraten war, und der im Juni 1944 zu den Amerikanern desertierte Andersch mitgearbeitet. Beide gerieten mit ihren Bewachern bzw. später mit der US-Militärregierung schon bald in ständige Auseinandersetzungen. Es gab zahlreiche Streitpunkte: Militärisches Sicherheitsdenken statt demokratische Grundrechte; ein allgemeines Verbot aller politischen Parteien und Gewerkschaften durch General Eisenhower blockierte eine Zusammenarbeit der Amerikaner und Engländer mit den alten Kadern der deutschen Arbeiterbewegung, die zwölf Jahre der systematischen Verfolgung überlebt hatten; bürokratische Entnazifizierung statt revolutionäre deutsche Gerichte; „Charakterwäsche" statt Neubeginn undsoweiter.

Die Anti-Hitler-Koalition hatte Deutschland besiegt und nicht befreit; dennoch fühlten sich die 'Ruf'-Gründer befreit. „Wir waren Radikaldemokraten", so Hans Werner Richter, „und machten aus unserer Unzufriedenheit über die Besatzungspolitik kein Geheimnis." Für Andersch und Richter gab es keine Tabus. Sie fühlten sich als Sprecher einer neuen jungen Generation: „Männer und Frauen zwischen 18 und 35 Jahren, getrennt von den Älteren durch ihre Nicht-Verantwortlichkeit für Hitler, von den Jüngeren durch das Front- und Gefangenschaftserlebnis, durch das eingesetzte Leben also" — so Andersch in seinem programmatischen Leitartikel *Das junge Europa formt sein Gesicht* im 1. Heft. Die amerikanische Reeducationpolitik war für Andersch und Richter keine wünschbare Alternative zum „radikalen Neubau" Deutschlands aus eigener Kraft.

Gerade dieser ständige Nonkonformismus brachte die Herausgeber in Schwierigkeiten mit der US-„Information Control Division". In einem gründlich recherchierten Artikel schrieb Elisabeth Bauschmid rund vierzig Jahre später in der 'Süddeutschen Zeitung' über diese US-Institution: Die ICD war die mit „Medien und Kultur" befaßte Behörde der amerikanischen Militärregierung; zuständig für die Überprüfung der Zeitschriften war dort die „Publications Section", und hier arbeitete Erich Kuby.

Obwohl es bereits fertig vorlag, durfte das Heft 17 Mitte April 1947 nicht mehr gedruckt und ausgeliefert werden. Alfred Andersch (damals 33) und Hans Werner Richter (38) wurden von der US-Militärregierung „abgelöst"; ihre Nachfolge trat der bisherige Kontrolleur selbst an. Erich Kuby wirtschaftete die Auflage des 'Ruf' in nur knapp zwei Jahren von 70.000 verkauften Exemplaren auf eine Miniauflage herunter, bis die Zeitschrift vom Verlag schließlich eingestellt wurde. Der Niedergang des 'Ruf' ist durch die Währungsreform allein sicher nicht erklärbar.

Über die Ursachen für die administrative „Ablösung" gibt es bis heute verschiedene Versionen: So hieß es etwa, die „sowjetische Militärregierung in Deutschland" (SMAD) habe auf den Abdruck des Textes von Arthur Koestler besonders verärgert reagiert. Auch ein kritischer Leitartikel über die Vertreibung der Sudetendeutschen sei in Ost-Berlin übel vermerkt worden. Der für die Kontrolle der Zeitung letztlich zuständige amerikanische Offizier im Zimmer neben Kuby, Ernest Langendorf, erklärte später jedoch: „Da müssen auch noch andere Differenzen zwischen Kuby und Richter vorgelegen haben." Welche? Erich Kuby hatte — soviel steht fest — bereits im Februar 1947 in der 'Süddeutschen Zeitung' Alfred Andersch und Hans Werner Richter „Linksnationalismus" vorgeworfen. Und zwar deshalb, weil sie die Auffassung vertraten, ein demokratisches Deutschland könne — in einem noch nicht in ideologische Blöcke zerteilten Europa — eine Mittlerrolle zwischen Ost und West einnehmen. Na und? M. E. wäre dies auch heute wieder eine richtige Aufgabenstellung für die Außen-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik beider deutscher Teilstaaten bzw. einer — wie auch immer gestalteten — deutschen Konföderation. Bis zum heutigen Tag bezeichnet Kuby die Gruppe 47 als neutralistisch. Seine eigene, uneingestandene proamerikanische Position bleibt hingegen vage. Wie paßt es zusammen, daß ein engagierter Linksintellektueller im Auftrag der US-Besatzungsmacht ein linkes Zeitschriftenprojekt kontrolliert und schließlich zerstört und sich dann jahrzehntelang immer wieder darüber beklagt, daß sich im Nachkriegsdeutschland keine lebensfähigen demokratischen Traditionen herausgebildet haben? Es liegt durchaus in der Kontinuität seiner Denkweise, wenn Kuby heute den Neutralismusvorwurf wieder aufgreift und angesichts der sich verändernden deutsch-sowjetischen Beziehungen erneut in der BRD Deutschtümelei und Verrat am Westen wittert. **Tilman Fichter**

*Dokument 3: Tilman Fichter gegen Erich Kuby, vgl. 3.4.2.17*

# 5. Nachwort

Gaddafis Verwicklung in die nationalrevolutionäre Antwort auf die "deutsche Frage" könnte als Treppenwitz der Geschichte behandelt werden, wenn diese gesponserten Projekte nicht Einfluß in relevante politische Parteien wie die REPs, den Stahlhelm-Flügel der Union, aber auch die Grünen oder die SPD gewonnen hätten.

Das Aufwärmen der nationalsozialistisch-arabischen Koalition zu einem Zeitpunkt, wo das deutsche Kapital als Führungsmacht der EG sich auf einen neuen Endkampf, gegen Japan und USA, vorbereitet, wo die euro-nationalistische Ideologie der Neuen Rechten mit den Wirtschaftsinteressen der EG hervorragend übereinstimmt, wo IG-Farben-Nachfolger nicht genehmigten Chemiegift-Handel mit islamischen Giftgas-Staaten betreiben -- dies alles ergibt ein Mosaik, zu dem die Gaddafi-Mechtersheimer-Schönhuber-Linie ein paar Steinchen beiträgt. Die möglich erscheindende nazi-arabische Giftgas-Koalition gegen die Juden ist dabei nur der schamlose Gipfel der politischen Ökonomie. Das starke vereinigte Deutschland als Kern des Europa vom Atlantik bis zum Ural - wer könnte sich gegen diese Macht stellen! Der europäisch-amerikanisch-japanische Konkurrenz-Konflik ist angesagt, nicht die globale Kooperation einer von der geschundenen Natur bedrohten Menschheit. Die sozialreformerischen, nationalrevolutionären Phantasten des Faschismus wurden schon einmal erfolgreich ausgebootet, nachdem sie ihre Schuldigkeit getan hatten. Diesmal wird es nicht anders sein.

Es mag auch nur ein Treppenwitz sein, daß der heutige Präsident der "deutschgläubigen", von Anhängern und engen Mitarbeitern des antisemitischen Nazi-Chefideologen Alfred Rosenberg gegründeten Sekte "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft", die mehrfach genannt wurde und der die herausragende deutschsprachige Ideologin der Neuen Rechten, Sigrid Hunke, fast zwei Jahrzehnte als Vize- und Ehrenpräsidentin vorstand, daß dieser Präsident Horst Prem ausgerechnet als Ingenieur in der geheimen Entwicklungsabteilung des Waffen-, Luft- und Raumfahrtkonzerns MBB Ottobrunn arbeitet. Treppenwitz oder nicht - die arabischen Interessen an Waffenkäufen sind ebenso bekannt wie der Versuch, mit Hilfe der Fusion von MBB und Daimler-Benz den führenden europäischen Weltraumkonzern zu schmieden; daran hat Daimler-Chef Edzard Reuter nie einen Zweifel gelassen. (Reuters Onkel Otto Sigfrid Reuter war übrigens ungeachtet seiner Abstammung von jüdisch glaubigen Menschen der Gründer und Führer einer deutschgläubigen, völkisch-rassistischen Sekte zu Beginn dieses Jahrhunderts - es ist ja nicht die Linke, die soviel Wert auf "Sippe" legt! Otto Sigfrid Reuters Bücher werden vom "Thule-Seminar" zum eigenen geistigen Erbe gezählt, vgl. Krebs 1988, S. 368). In demselben Buch "Mut zur Identität" des "Thule-Seminars", in dem Sigrid Hunke (die sich in ihrer Promotion bei dem SS-Rassepsychologen L.F. Clauß 1940 so häufig auf das SS-Organ "Das Schwarze Korps" bezog) über "Europas eigene Religion" schreibt, meint der Zweite Mann der französischen Nouvelle Droite, Guillaume Faye: "Es ist daher wichtig, zumal sich unsere Götter nun im Kosmos befinden, diese europäische techno-wissenschaftliche Kultur mit der Eroberung des Weltraums fortzusetzen, die für die Europäer ferner den Schlüssel zu ihrer strategischen und militärischen Unabhängigkeit bildet" (Krebs 1988, S. 250).
Unsere "eigenen" Götter, das soll die angeblich eigene (vgl. den Titel "wir selbst" und das Konzept der "nationalen Identität", zu der hier auch die "Techno-Wissenschaft" als ureuropäische Entwicklung gezählt wird), ureuropäische Gottesvorstellung sein, die z.B. von den erwähnten Henning Eichberg, Peter Bahn, Hubertus Mynarek oder Gerda Degen vertreten wird, die der von der RFS-Zeitung "student" gelobhudelte Nazi Wilhelm Hauer mitentwickelte und die gegen das jüdisch abstammende Christentum und die aus ihm abgeleiteten Gleichheitsforderungen des Liberalismus und des Sozialismus gesetzt werden soll (vgl. auch Gaddafis Position zur "Nationalreligion" in Kapitel 2.3.3). Das "Thule-Seminar" versteht sich als Keimzelle dieses "Kulturkriegs" (Pierre Krebs), der am philosophisch-weltanschaulichen Urgrund ansetzen will. Der "germanische"

Antisemitismus trifft sich mit dem rechtsextrem-nationalistischen arabischen Antizionismus - und das *"Thule-Seminar"* hält im Juni 1988 *im libyschen Benghazi* eine Veranstaltung über "Les conditions et la nécessité d'une alliance euro-arabe" ab! Zufall oder Treppenwitz?

Der ehemalige Offizier der Armee des deutschen Kapitals Alfred Mechtersheimer, der vorgibt, eine Giftgasfabrik nicht von einer Arzneifabrik unterscheiden zu können und der vom "Thule-Seminar" (wie P. Brandt, Ammon, Diwald, Eichberg, Höffkes) als wichtiger "geopolitischer" Denker empfohlen wird (vgl. Krebs 1988, S. 375), mag von solchen Bezügen so wenig wissen wollen wie der Teil der Grünen-Bundestagsfraktion, der ihn und seine nationalrevolutionären Anhänger 1987 unterstütze. Das subjektive Selbst-Verständnis des Einzelnen ist geschichtlich weniger maßgeblich als die politischen Einbrüche, die der Einzelne objektiv zu erzielen vermag. Die Einbrüche, die von der Neuen Rechten in den 80er Jahren in die Linke, bei Grünen und SPD erzielt wurden, scheinen zu einem Teil die Politik der Linken in den 90ern zu bestimmen. Auch auf der Linken entdeckte man - ausgesprochen oder (noch) nicht - die internationalistische Frankfurter Schule mit ihrem liberalistischen "Verfassungspatriotismus" und ihren marxistisch fundierten sozialen Forderungen als Gegner; Fichter, Schmidt-Eenboom, Peter Brandt sind Beispiele dafür.

## 5.1 Am deutschen Wesen soll Europa genesen: Die Hegemonie der sozialdemokratischen Großmacht "Deutschland"

Der Bildungsreferent beim SPD-Parteivorstand Tilman Fichter ist nicht der einzige prominente Sozialdemokrat, der links und rechts verwechselte. Der deutschlandpolitische Sprecher der Berliner SPD, der Bundestagsabgeordnete Prof.Dr. Gerhard Heimann, fühlte sich genötigt, die unter Kapitel 3.4.2 dargestellten nationalrevolutionären "Friedensinitativen" in Schutz zu nehmen. Sein Artikel "Die Last der Geschichte - Die Linke darf Fragen nach der deutschen Identität und der Mitte Europas nicht ausweichen" aus dem Sozialdemokratischen Pressedienst vom 26.6.1987, in dem er die Deutschland-Vereiniger verteidigt und sich gleichzeitig für die Zweistaatlichkeit stark macht, erregte die Konservativen wegen des letzteren Teils (vgl. FAZ 2.7.1987). Laut FAZ vom 1.7.87 teilte der Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Steinke dazu mit, daß Heimann die Meinung der SPD-Bundestagsfraktion vertreten habe. Man kann zu seinen Gunsten vermuten, daß Heimann nichts, aber auch gar nichts von der Wirklichkeit dieser Initiativen wußte, nicht einmal über ihre Feindschaft gegenüber dem KSZE-Prozeß. Am 6. und 7. Dezember 1989 meldet sich Heimann am selben Ort mit aktuellen Betrachtungen über "Das Ende der Nachkriegsordnung - Gedanken zu den Veränderungen im Osten und ihre Bedeutung für Europa" zu Wort.
Man muß nicht nur die beiden Artikel im Zusammenhang sehen, sondern auch die Tatsache, daß die Zeitung "student" vor einiger Zeit eine Anzeige für die "Hamburger Burschenschaftlichen Schriften" druckte, neben Anzeigen für "MUT", für die nationalrevolutionäre Zeitschrift "Scheidewege" der Jünger-Brüder (in der z.B. Mynarek publizierte), für den "wir selbst"-Verlag Bublies und Höffkes Koblenz, das Nationaleuropäischen Jugendwerk usw. Autoren dieser "Burschenschaftlichen Schriften" waren laut dieser Anzeige u.a.: Michael Vogt von der "Danubia"-Burschenschaft, Harald Rüddenklau, Horst Groepper, Gerhard Heimann.
Angesichts der neuen Perspektive eines deutsch-vereinigt geführten Gesamteuropa läßt sich Gerhard Heimann 1989 im SPD-Pressedienst noch einmal über die Souveränitätsdefizite des Phantoms "Deutschland als Ganzes" aus und präsentiert befreiungsnationalistisches Pathos statt einer Politik der Kooperation zur Lösung der Menschheitsprobleme: Die Nachkriegsordnung sei den Europäern "aufgezwungen" worden, ein "Kondominium" der USA und der UdSSR. Die USA trügen Mitschuld an der Berliner Mauer und dem Leid, das sie verursacht habe, weil Amerika im "stillschweigenden Einverständnis" mit der UdSSR und im "diplomatischen Zusammenspiel von Chruschtschow und Kennedy" das "Kondominium" aufbauten - Besatzungskomplizen unterjochen Europa. Europa aber *"ruht* seither". Als hörte man Ernst Nolte sprechen, schreibt Heimann, die Völker Osteuropas seien "von der Herrschaft Hitlers unter die von Stalin" gekommen. Heimann befürchtet, die Sieger des Zweiten Weltkrieges könnten sich des Grundes erinnern, weshalb sie diesen Krieg führen mußten. Er schreibt: "In der beschriebenen offenen Lage (November/Dezember 1989, d.V.) die Einberufung einer Vier-Mächte-Konferenz über Deutschland zu fordern, ist aus deutscher Sicht wenig vernünftig; es sei denn, man will die Vier Mächte ausdrücklich auffordern, den Deutschen die Grenzen ihres Handlungsspielraumes zu zeigen, bevor sich ein neuer deutscher Größenwahn einstellt. Besser wäre es, die Deutschen wüßten selbst, was sie wollen, wollen können und was nicht". Wie schon Alain de Benoist sagte: "Auf die deutsche Frage kann es nur eine deutsche Antwort geben" (vgl. Vorwort). Heimann: "An der Frage, wie wir unser Selbstbestimmungsrecht ausüben, wird sich entscheiden, ob ganz Europa wieder über sich selbst bestimmen kann". Daß diese Art von Selbstbestimmung, das Beharren auf Souveränitäten, angesichts der nur noch in Abstimmung miteinander kooperativ zu lösenden globalen Probleme

nicht mehr angesagt ist, hatte Gorbatschow im Juli 1989 vor dem Europarat in Straßburg deutlich gemacht. Heimann interpretiert dies nun befreiungsnationalistisch um und bringt die alte fixe Idee der Neofaschisten an: "die Sowjetunion spielt die deutsche Karte", als ginge es um Bube, Dame, König und nicht um die materiellen Lebensverhältnisse von Milliarden Menschen. Da scheint die Vorstellung von Politik des Absolutismus durch, während in Wirklichkeit das Volk bereits seine eigenen Karten selbst mischt, siehe DDR oder Rumänien.
Schon in seinem 1987er Artikel hatte Heimann den Kunstgriff geübt, gleichzeitig befreiungsnationalistisch und doch jenseits der Nation zu argumentieren. Blind gegenüber den Entwicklungslinien des europäischen Neofaschismus betrachtete er Nationalrevolutionäre als "Linke" und versuchte sodann, die angestrebte Hegemonie der Deutschen über Europa aus der Antinationalität des geteilten "Deutschland" zu begründen: während Franzosen, Italiener usw. noch in den nationalen Fesseln hingen, so Heimanns Idee, müßten die Deutschen die Nichtexistenz ihrer staatlichen Nation nutzen und sich voll in die übernationale europäische Einigung werfen: "Die Geschichte des mißglückten deutschen Nationalstaates sollte gelehrt haben: Nicht der einheitliche Staat als Ausdruck politischer Selbstbehauptung durch Macht ist der geeignete Identitätsfaktor der Deutschen, sondern ihre spezifische europäische Aufgabe als ein Volk in der Mitte Europas. Die Erfüllung dieser Aufgabe wird aber ersichtlich durch Mehrstaatlichkeit weniger behindert als gefördert." In Richtung "Sonderweg" abgleitend, schrieb er weiter: "Ohne einen Standpunkt, der bewußt als Mitte begriffen und gewollt wird, gibt es nur Orientierung nach der einen oder anderen Seite. Solange die Deutschen in beiden Staaten *ihren* Mittelpunkt nicht bewußt wieder gewonnen haben, wird es kein Europa geben, das seine Identität anders und übergreifender als die des westlichen oder des östlichen Teils definiert. *Auf die Deutschen kommt es an*, wenn das ganze Europa als eine in Politik, Wirtschaft und Kultur erfahrbare Realität zurückgewonnen werden soll. Aber nicht kommt es darauf an, ob die Deutschen wieder einen Staat bilden." Der inzwischen SPD-offizielle Vorschlag der deutsch-deutschen Konföderation *ist* gleichzeitig befreiungsnationalistisch und antinational. Heimann hat den Weg erkannt, der die Deutschen zur Hegemonie über die anderen Europäer führt: "Das Fortbestehen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik hat den unbestreitbaren Vorteil, daß die neue Mittellage der Deutschen nicht wieder zwangsläufig zu politischer Isolierung mit schwankender Orientierung führen muß. Die fortdauernde Zweistaatlichkeit erlaubt der Bundesrepublik, zwei elementare Interessen miteinander zu vereinbaren, die unter einer anderen Konstellation sich gegenseitig im Wege stehen würden. Sie kann im westlichen Bündnis bleiben, solange dies nötig ist, und, für sie noch viel wichtiger, sie kann als treibende Kraft, *die mehr als andere den gemeinsamen Markt braucht*, die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft zu einer Politischen Union vorantreiben. Gleichzeitig kann sie, ohne in Widerspruch zu geraten, alle Vorteile nutzen, die sich aus ihrer Nachbarschaft zum anderen deutschen Staat und zur Sowjetunion ergeben."
In seinem chauvinistischen Höhenrausch fuhr Heimann 1987 fort: "Wenn sie (die Bundesrepublik, d.V.) es außerdem fertigbringt, *die ihr damit zufallende europäische Schlüsselrolle mit der DDR so zu teilen*, daß die menschenfeindliche, das Volk trennende Grenze eine Grenze gemeinsamer Sicherheit, umfassender Partnerschaft und vielfältiger Vernetzung zwischen West und Ost wird, *dann wird das deutsche Volk das europäische Volk werden, auch das modernste*, weil es gezwungen war, das ohnehin überholte Prinzip des Nationalstaates durch Formen zu ersetzen, die zu einem Modell systemübergreifender, gesamteuropäischer Zusammenarbeit werden können." Die Bedingung ist ja inzwischen erfüllt. Daß Heimann den Superlativ vom "modernsten" Volk Europas beim "europäischen Volk" Europas vermied, ist schon alles, was er noch an Schamgefühl zusammenbringen konnte. Seine Botschaft ist klar: am deutschen Wesen soll Europa genesen, wer als Sizilianer, als Portugiesin oder Holländer geboren wurde, kann sich vor dem eigentlichen europäischen Volk, den Deutschen nämlich, nur noch verstecken. Was Hitler, die Wehrmacht und das deutsche Kapital wohl 1945 nicht begreifen konnten, wird hier als *sozialdemokratische* Perspektive dargeboten: das Ergebnis des Nazi-Krieges ist *nicht das Ende* der deutschen Hegemonie über Europa, sondern der *Anfang*.

Heimann am 7.12.1989: "Ich bin dafür, daß wir unser Selbstbestimmungsrecht so und nicht anders ausüben".

Johannes Rau am 20.12.1989 vor dem Berliner Parteitag der SPD:
"Das einige Deutschland wird ein sozialdemokratisch bestimmtes Deutschland sein".

Peter Kratz

# 6. Literatur

*Ammon*, H.: Neues Denken, in: Deutschland Archiv, 1989, 3, 324-327
*ders.* und Th. Schweisfurth: Friedensvertrag, Deutsche Konföderation, Europäisches Sicherheitssystem. Denkschrift zur Verwirklichung einer europäischen Friedensordnung, Starnberg 1985
*ders.*: Europäischer Frieden und Deutsche Frage, in Die Neue Gesellschaft, 1984, S. 703-711
*ders.*: "Linksnationalismus", in: Die Neue Gesellschaft 1982, S. 950-954
*Arbeitsgruppe Berlin- und Deutschlandpolitik der Alternativen Liste Berlin*: Paktfreiheit für beide deutsche Staaten oder Bis daß der Tod uns eint?, Berlin o.J.
*ASTA der Universität Köln*: Braunzone. Faschistische Gruppen an der Uni Köln und deren Umfeld, o.O. o.J. (Köln 1989)
*ders.*: AStA-Dokumentation zum RFS, Köln 1987
*Bahn*, P.: Familienforschung, Ahnentafel, Wappenkunde, Nienhausen 1986
*Bahro*, R.: Logik der Rettung, Stuttgart 1987
*Bartsch*, G.: Revolten von Rechts?, Freiburg 1975
*Bennhold*, M.: "Aufklärung statt Verdrängung". Die 'offene deutsche Frage' - Aussiedler - Vertriebenenverbände, unv. Mnskr. 1989
*Benoist*, A. de: Heide-Sein zu einem neuen Anfang, Tübingen 1982
*ders.*: Kulturrevolution von rechts. Mit einem Vorwort von Armin Mohler, Krefeld 1985
*ders.*: Die deutsche Frage aus französischer Sicht, Göttingen 1985
*Benz, W. und D. Moos (Hg.)*: Das Grundgesetz und die Bundesrepublik Deutschland, München 1989
*Bianco*, M.: Kadhafi - Der Sohn der Wüste und seine Botschaft, Hamburg 1975
*Bleek*, W.: Einheitspartei und nationale Frage 1945-1955, in Deutschland Archiv (Hg.): Der X. Parteitag der SED, Köln 1981
*Brandt, P. und H. Ammon*: Die Linke und die nationale Frage, Reinbek 1981
*dies.*: Patriotismus von links, in: W. Venohr (Hg.): Die deutsche Einheit kommt bestimmt, Berg.-Gladbach 1982
*ders.* und G. Minnerup: Osteuropa und die deutsche Frage, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte Nr. 8/1987
*Braun*, O.R.: Hinter den Kulissen des Dritten Reiches, Markt Erlbach 1987
*Bredow*, W. von: Friedensbewegung und Deutschlandpolitik, in: aus politik und zeitgeschichte, B 46/83, 19.11.1983, S. 34-46
*ders.* und Th. Jäger: Die Stabilität der europäischen Staatenordnung und die nationale Einheit der Deutschen, in: Deutschland Archiv, 1988,7,S. 746-754
*Brill*, H.: Bogislaw von Bonin im Spannungsfeld zwischen Wiederbewaffnung - Westintegration - Wiedervereinigung, Baden-Baden 1987
*ders.*: Bogislaw von Bonin: Opposition gegen Adenauers Sicherheitspolitik, Hamburg 1976
*ders*: Libyens Außen- und Sicherheitspolitik. Moamar el Gaddafis Motive und Visionen, Baden-Baden 1988
*Cramer*, D.: Koexistenz aus Ostberliner Sicht, in: Deutschland Archiv, 1972, 10, 912-918
*Clauß*, L.F.: Semiten der Wüste unter sich, Berlin 1937
*ders.*: Umgang mit Arabern des Ostens, Nürnberg 1949
*ders.*: Die Weltstunde des Islams, Schweinfurth 1963
*Degen*, H.-J. (Hg.): Was soll bloß aus Deutschland werden, Berlin 1982
*Deuerlein*, E. (Hg.): DDR. Geschichte und Bestandsaufnahme, München 1966

*Die Grünen Bayern*: Bericht vom Kongreß "Die Deutschen und der Frieden", München 1985
*Die Grünen Baden-Württemberg*: Bericht vom deutschlandpolitischen Kongreß, Karlsruhe 1984
*Diwald*, H.: Mut zur Geschichte, Berg.-Gladbach 1983
*Dohse*, R.: Der Dritte Weg, Hamburg 1974
*Dove*, D. und K. Klotzbach (Hg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1984
*Dudek*, P. und H.J. Jaschke: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, Opladen 1984
*Eichberg*, H.: Nationale Identität, München 1978
*ders.*: Kommen die alten Götter wieder?, in: H.P. Duerr: Unter dem Pflaster liegt der Strand, Bewrlin 1984
*ders.*: Abkopplung. Nachdenken über die neue deutsche Frage, Koblenz 1987
*Fetscher*, I. (Hg.): Neokonservative und "Neue Rechte", München 1983
*Fischer*, I.: Stalin und der deutsche Kommunismus, Frankfurt o.J. (1948)
*Friedmann*, B.: Einheit statt Raketen, Stuttgart 1987
*Gaddafi*, M. al: Das Grüne Buch, Tripoli o.J.
*Geuter*, U.: Der 13. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Psychologie 1933, in: Psychologie und Gesellschaftskritik, Nr. 12, Dezember 1979
*Glaeßner*, Holz, Schlüter (HG.): Die Bundesrepublik in den 70er Jahren, Opladen 1984
*Hauß*, H.-J.: Vor zehn Jahren Deutschlandplan der SPD, in: Blätter f. deut. u. intern. Politik, 1969, 4, 391-399
*Heidt*, W.: Abschied vom Wachstumswahn, Achberg 1980
*Hesse*, R.: Und die eigene Glaubwürdigkeit?", in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 10/1986
*Hunke*, S.: Herkunft und Wirkung fremder Vorbilder auf den deutschen Menschen, Diss. Berlin 1941
*dies.*: Das Reich ist tot - es lebe Europa, Hannover 1965
*dies.*: Europas andere Religion, Düsseldorf 1969
*dies.*: Das Ende des Zwiespalts, Berg.-Gladbach 1971
*dies.*: Das nach-kommunistische Manifest, Stuttgart 1974
*dies.*: Kamele auf dem Kaisermantel, Stuttgart 1976
*dies.*: Allahs Sonne über dem Abendland. Unser arabisches Erbe, Frankfurt 1980 (Stuttgart 1960)
*Initiative Ost-West-Dialog Berlin*: Der Frieden ist unteilbar, Berlin 1985
*Jacobsen*, H.-A. et al. (Hg.): Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR, München 1979
*Jäger*, S. (Hg.): Rechtsdruck. Die Presse der Neuen Rechten, Berlin 1988
*Jenke*, M.: Verschwörung von rechts?, Berlin 1961
*Jesse*, E.: Der "dritte Weg" in der deutschen Frage, in: Deutschland Archiv, 1989, 5, 543-559
*Kamphausen*, H. (Hg.): Entnationalisierung als Staatsräson? Mit Beiträgen von Hort Groepper, Helmut Kamphausen, Emil Schlee, Theodor Schweisfurth, Bernhard Willms u.a., Kiel 1986
*Kießling*, G.: Neutralität ist Kein Verrat, Straube Verlag 1989
*Klönne*, A.: Zurück zur Nation?, Köln 1984
*Koelschtzky*, M.: Die Stimme ihrer Herren. Die Ideologie der Neuen Rechten, Köln 1986
*Koenen*, R.: Nation und Nationalbewußtsein aus der Sicht der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bochum 1975
*Kosing*, A.: Illusion und Wirklichkeit in der nationalen Frage, in: Einheit, 1962, 5, 13-22
*Kratz*, P.: Siemens zum Beispiel..., hg. von der Bonner Initiative Gemeinsam gegen Neofaschismus, 1990
*ders.*: Friedensvertragsdiskussion: ein nationalistisches Gleis der Friedensbewegung, in: Blätter f. deut. u. intern. Politik, 1987, 2, 217-229
*ders.*: Pläne zur deutschen Konföderation im bundesdeutschen Rechtsneutralismus: Wolf Schenke und August Haußleiter, hg. von der Bonner Initiative Gemeinsam gegen Neofaschismus, 1986
*Krebs*. P.(Hg.): Das unvergängliche Erbe, Tübingen 1981
*ders.* (Hg.): Mut zur Identität. Alternativen zum Prinzip der Gleichheit, Struckum 1988
*Lohberg*, L.: Friedensbewegung und blockübergreifende Strategien, Frankfurt 1985
*Meyer*. W. (Hg.): Europäisches Bekenntnis. Parolen und Gedanken über den Schicksalskampf des Kontinents. Dokumente zur zweiten internationalen Journalistentagung der Union nationaler Journalistenverbände in Wien 1943, Prag 1944
*Mosse*, G.: Ein Volk, ein Reich, ein Führer, Königstein 1979
*Mynarek*, H.: Orientierung im Dasein, München 1979
*ders.*: Ökologische Religion, München 1986
*ders.*: Die Vernunft des Universums, München 1988
*Niekisch*, E.: Politik und Idee, Dresden 1929a
*ders.*: Gedanken über deutsche Politik, Dresden 1929b
*ders.*: Entscheidung, Berlin 1930
*ders.*: Hitler - ein deutsches Verhängnis, Berlin 1932

*ders.*: Deutsche Daseinsverfehlung, Berlin 1946
*ders.*: Das Reich der niederen Dämonen, Hamburg 1953
*Opitz*, R.: Faschismus und Neofaschismus, Bde. I u. II, Köln 1988
*Ostpolitischer Deutscher Studentenverband* (ODS/GDS): Manifest Deutschland, o.O. o.J. (Bonn 1982)
*Republikaner*: Deutschlandpolitisches Konzept 1989, in: Der Schlesier, 30.10.1989
*dies.*: Parteiprogramm 1990 - Entwurf, Bonn 1989
*Rowold*, M.: Im Schatten der Macht, Düsseldorf 1974
*Sauermann*, U.: Ernst Niekisch - Zwischen allen Fronten, München 1980
*ders.*: Ernst Niekisch und ner revolutionäre Nationalismus, München 1985
*Schenke*, W.: Der Raum als Waffe, in: Ztschft. f. Geopolitik, 1938, 9, 705-711
*ders.*: Parteinahme - Die deutsche Daseinsverfehlung nach 1945, in: H.-J. Degen (Hg.): Was soll bloß aus Deutschland werden? Berlin 1982
*Schlee*, E.: Deutsche Fragen - deutsche Antworten, Kiel 1985
*Schönhuber*, F.: Ich war dabei, München 1981
Schleipp, H.: Zurück zur Natur-Religion?, Freiburg 1986
*Schrenck-Notzing*, A.: Grundfragen der Parapsychologie, Stuttgart 1962 (1929)
*Schrenck-Notzing*, C. von: Charakterwäsche, Stuttgart 1965
*ders.*: Die öffentliche Meinung als Instrument der Umerziehung, München 1967
*Schubert*, K.v.: Wiederbewaffnung und Westintegration, Stuttgart 1970
*Schweisfurth*, Th.: Das Ziel: Blockfreiheit, in: W. Venohr (Hg.): Die deutsche Einheit kommt bestimmt, Berg.-Gladbach 1982
*ders.*: Wir müssen an den Einflußsphären in Europa rühren, in: Die Neue Gesellschaft, 1982, S. 943-949
*ders.*: Disengagementpläne und Versuche der deutschen Wiedervereinigung in den fünfziger Jahren, in: U. Albrecht und J. Graalfs u.a.: Deutsche Fragen - Europäische Antworten, o.O.o.J. (Berlin 1982/83)
*ders.*: Die völkerrechtliche Lage der deutschen Staaten und der Weg zu gesamtdeutscher Souveränität, in: H. Kamphausen (Hg.): Entnationalisierung der Staatsräson?, Kiel 1986
*ders.*: Die Deutsche Konföderation - der große nationale Kompromiß als tragendes Element einer neuen europäischen Friedensordnung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1987, B 50/87, 19-36
*Sering*, P.: Jenseits des Kapitalismus, Nürnberg 1946
*SPD-Fraktion* im Deutschen Bundestag: Gleichberechtigte Partnerschaft im Bündnis, Dokumenation 23.8.1989
*Stöss*, R.: Vom Nationalismus zum Umweltschutz, Opladen 1980
*ders.*: Die Aktionsgemeinschaft unabhängiger Deutscher, in ders. (Hg.): Parteien Handbuch, Opladen 1983
*ders.*: Die Deutsche Gemeinschaft, in: ders. (Hg.): Parteien Handbuch, Opladen 1983
*ders.*: Die Deutsch-Soziale Union, in: ders. (Hg.): Parteien Handbuch, Opladen 1983
*ders.*: Die Entwicklung des Rechtsradikalismus, in: Glaeßer, Holz, Schlüter (Hg.): Die Bundesrepublik in den 70er Jahren, Opladen 1984
*Stolz*, R. (Hg.): Ein anderes Deutschland, Berlin 1985
*Tauber*, K.P.: Beyond Eagle and Swastika, Middletown 1967
*Timmermann*, H.: Die SED und die deutschlandpolitischen Konferenzen der Alliierten (1947-1949), in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1989, B51/89, 13-21
*Venohr*, W. (Hg.): Die deutsche Einheit kommt bestimmt, Berg.-Gladbach 1982
*ders.*: Nation und nationale Frage, in: Die Neue Gesellschaft, 1982, S. 712-806
*ders.* (Hg.): Ohne Deutschland geht es nicht, Krefeld 1985
*Wehner*, G.: Die Deutschlandpolitik der Westalliierten von 1945 bis 1955, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1989, B 51/89, 3-12
*Wehner*, H.: Wandel und Bewährung, Frankfurt 1976

*Periodika:*
Aufbruch
Debatte (Köln)
Der Republikaner
Junge Freiheit
Mediatus
Neue Poplitik
national-politische STUDIEN almanach
Sozialdemokratischer Pressedienst
Verfassungsschutzberichte NRW und Bund
Wille und Macht
wir selbst

Spartakus-Terror in Köln S. 6
student
EINHEITLICHE ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, KULTUR UND GESELLSCHAFT

*Dokument 4: Neofaschisten loben, vgl. 3.4.2.10*

Seite 4 · student **Ideologie und Theorie** Nr. 115, Februar 1987

# Der Horror vor dem eigenen Vaterland

## Von der Selbstblockade linker Politik

**Die Nachrüstungsdebatte**

„Kein Stolz, kein Volk, kein Führer! Kein Stolz, kein Volk, kein Führer!" Dieser trutzig antifaschistisch, rhythmisch wiederholte, skandierte Spruch galt keinem ausgewiesenen Neonazi. Es handelte sich vielmehr um den Kölner Grünen Rolf Stolz, der auf einer '86er deutschlandpolitischen Tagung der Grünen derart von seinen linken Genossen diffamiert wurde. Sein „Vergehen": Stolz gehört zu jenen Linken, die sich engagiert für die Abkoppelung **beider** deutscher Staaten von den Paktsystemen NATO und WP und zugleich für eine Überwindung der deutschen Spaltung einsetzen. Um ihm solche als neonationalitisch „entlarvte" Positionen auszutreiben, wurde er von seinen grünen Gegnern, die die Beibehaltung des Status quo favorisieren, kurzerhand mit den Nazis gleichgesetzt.

Diese Episode verdeutlicht, wie eindeutig sich im linken Bereich inzwischen die Nationalallergetiker durchgesetzt haben, und wie groß die Angst vor der eigenen Nation sein muß, daß selbst Linke heute lieber den Erhalt des Status quo predigen, als an der deutschen Frage zu rütteln. Es dokumentiert aber auch den Niedergang der Friedensbewegung, die im Zuge der Nachrüstungsdebatte plötzlich so viele nationale Lichtblicke gehabt hatte, die auch im nichtlinken Bereich positiv registriert wurden. Die Nachrüstung als „Raketenantrieb" des neuen deutschen Patriotismus von links brachte erst Millionen auf die Beine. Noch nie hatten in der BRD so viele junge Menschen gegen ein politisches Vorhaben der Herrschenden demonstriert.

Und schlaglichtartig wurde deutlich, daß Deutschland, geteilt an der Nahtstelle zwischen den Supermächten, dazu auserkoren ist, Aufmarschbasis und Speerspitze der einen Seite gegen die andere und damit potentielles Schlachtfeld zu sein. Und so verband sich der Protest gegen die Nachrüstung von Anfang an mit der deutschen Frage, wurden die Erhaltung des Friedens und die Wiederherstellung Deutschlands zwei Seiten einer Medaille. Sämtliche wesentlichen Erkenntnisse des linken Neonationalismus stammen aus der Zeit der Nachrüstungsdebatte und verschafften der Linken einen programmatisch nutzbaren Argumentationsstatus, der – dem bürgerlichen weit überlegen – nur hätte genutzt werden müssen. So wurde damals erstmals die Erkenntnis formuliert und begründet, daß die Teilung unseres Landes durch die Supermachtrivalität die Kriegsgefahr erhöht.

Der gleiche Gedanke fand auch Eingang in jenen offenen Brief, den der SED-Kritiker und Marxist Prof. Robert Havemann an Leonid Breschnew am 25. September 1981 anläßlich des Besuches des KPdSU-Generalsekretärs in Bonn verfaßte. Dieser von Peter Brandt, Heinrich Albertz und Ingeborg Drewitz initiierte Brief war seit Jahrzehnten das erste **gesamtdeutsche** Manifest, das von Bürgern aus der Bundesrepublik und der DDR gemeinsam unterzeichnet und von den führenden Vertretern der westdeutschen Linken getragen wurde. In diesem Brief finden sich sämtliche Elemente, die dann in den folgenden Jahren immer wieder Gegenstand der nationalen Diskussion werden sollten; man kann den Havemann-Brief daher zurecht als die Kurzfassung des linken Neonationalismus bezeichnen:

*„Bei der Zuspitzung der militärischen Konfrontation in Europa spielt die Teilung Deutschlands eine wesentliche Rolle. Ursprünglich schien hierdurch ein gefährlicher Aggressor für immer entmachtet und damit der Frieden in Europa gesichert. Aber das absolute Gegenteil war die Folge. Denn wenn das nukleare Inferno dereinst über uns kommen wird, dann vor allem, weil die Ost-West-Konfrontation die beiden deutschen Staaten zur Aufmarschbasis und nuklearen Speerspitze des einen gegen den anderen werden ließ. Die Teilung Deutschlands schuf nicht Sicherheit, sondern wurde Voraussetzung der tödlichsten Bedrohung, die es in Europa jemals gegeben hat."*



**Nationalallergetiker und grüner Umweltminister Fischer**

Daraus folgte die Forderung nach Abkopplung **ganz** Deutschlands von den Supermächten und nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit.

Diese Argumentation wurde von Teilen der Friedensbewegung und der Grünen aufgegriffen, variiert und in diversen „Deutschlandmodellen" ausgestaltet. Kritik blieb freilich schon damals nicht aus, und mehrheitsfähig war ein linksnationaler Standpunkt noch lange nicht, aber dennoch standen die linken Patrioten bis zur Bundestagsdebatte über die US-Raketenstationierung nicht ganz so auf verlorenem Posten wie heute.

Immerhin gelang es ihnen auch, einen politisch gangbaren Weg, der aus der erkannten friedensgefährdenden Lage herausführen sollte, zu weisen. So empfahl etwa der Heidelberger Völkerrechtler Theodor Schweisfurth: *„Die Friedensbewegung darf sich den technokratischen Sicherheitspolitikern nicht indirekt unterwerfen, indem sie nur in deren technokratischen Geleisen denke – nur mit umgekehrten Vorzeichen. Die Friedensbewegung muß zu den **politischen** Bedingungen der Waffenkonzentration auf deutschem Boden durchstoßen, und diese Bedingungen sind: die Teilung Europas, die Teilung Deutschlands!"*

**II. Nach der Stationierung**

Inzwischen sind die US-Raketen stationiert und die Friedensbewegung gescheitert: Die postulierte Apokalypse am Day after blieb aus. Weil man es vorzog, in der selbstgestrickten Horrorvision vor Betroffenheit zu schwelgen, hatte man nicht auf jene gehört, die theoretisch zu den Grundlagen einer emanzipatorischen linksnationalen Politik vorgestoßen waren. Die Bundestagsdebatte um die Nachrüstung war der Wendepunkt: Da, wo Souveränitätsdefizite aufgezeigt gehört hätten, wo Wege aus der deutschlandpolitischen Sackgasse hätten gewiesen werden können, wo die bürgerliche Koalition durch einen patriotischen Standpunkt hätte in arge Bedrängnis gebracht werden müssen, wo die Linke statt Helotentum die nationale Alternative eines blockfreien Gesamtdeutschlands als attraktive Antwort auf die Politik der Status-quo-Apologeten hätte formulieren müssen, da erklang bloße „Betroffenheit" und weinerliche Larmoyanz.

Theodor Schweisfurth gehört zu den wenigen Linken, die sich trotz allem weiter mit Lösungsmodellen in Sachen Deutschland befassen und daher zu den wenigen beachtenswerten und kompetenten Kennern der Materie zählen. Sei-

ne Schlußfolgerungen aus der Analyse des völkerrechtlichen Status der Bundesrepublik sind: *„Die deutschen Souveränitätsdefizite können nur behoben werden durch einen deutschen Friedensvertrag. Die Initiative hierzu kann nicht von den Siegermächten erwartet werden; sie sind in den deutschen Angelegenheiten zu Status-quo-Mächten geworden. Die Initiative kann nur von den Betroffenen ausgehen, den Deutschen.“* Und *„die innerdeutsche Entwicklung darf auf keinen Fall abhängig gemacht werden von der Zustimmung Dritter. Wer etwas anderes will, spricht sich gegen das Sedlbstbestimmungsrecht und die Volkssouveränität aus“. „Es genügt nicht ein bloßes Aufrechterhalten des ‚Friedensvertragsvorbehalts‘ oder das Bramarbasieren über ein ‚europäisches Dach‘. Erforderlich sind konkrete Konzeptionen, die eine deutsche Friedensregelung in das übergreifende Konzept einer europäischen Friedensordnung einbetten.“*

Friedensvertrag und Konförderationsmodell für ganz Deutschland sind die Thesen, die Schweisfurth zusammen mit Herbert Ammon ihren linken Freunden anempfehlen. Letzterer betont dabei gegenüber grünen Neutralisierungsvorschlägen für die BRD: *„Eine einseitige Neutralitätspolitik ist weder aufgrund der vertraglichen Bindungen der Bundesrepublik noch aufgrund der Sicherheitsinteressen aller westlichen Nachbarstaaten überhaupt denkbar.“* Sein Fazit resp. der Chancen einer konstruktiven, grünen Deutschlandpolitik: *„Bringen die Grünen die Courage zu aktiver Deutschlandpolitik auf und werden sie den Erwartungen ihrer Wähler gerecht, so könnten sie maßgeblich die Politik des nächsten Jahrzehnts beeinflussen. Schrecken sie unter der Ägide ihrer ‚Realpolitiker‘ und des ‚anti-nationalen‘ Flügels vor dem Thema ‚Friedensvertrag‘ zurück, so degradieren sie sich selbst zu einer Fußnote der westdeutschen Deutschland-, Außen- und Sicherheitspolitik der achtziger Jahre.“*

## III. Grüne Positionen

Soweit die Mahnung der linksnationalen Minderheit. Von der Mehrheit ist seit 1985 bloß Nationalallergetisches zu hören. Ob nun Joschka Fischer fordert, DDR-Flüchtlinge wieder zurückzuschicken, ob der Grüne MdB Henning Schierholz eine Politik befürwortet, „die die Wiedervereinigung überflüssig macht“, ob festgestellt wird, daß „die zentralistische staatliche Nationalform nur zu einem taugt, zum Kriegführen“ oder ob schließlich schlicht gefordert wird, die Präambel des GG zu ändern – offizielle grüne Positionen in der Deutschlandpolitik sind (wenn es überhaupt zu konkreten Beschlüssen kommt) dezidiert antinational. Antje Vollmer brachte es auf den Punkt, als sie im Bundestag für die Grünen erklärte: „Ich meine, jemand, der wirklich ein Friedenskanzler sein will, muß heute Verzichtpolitiker sein.“

Es war ebenfalls Antje Vollmer, die in einer bemerkenswerten Rede vor dem Bundestag für einen Moment den Schlüssel zu einer nationalen Politik der Grünen in den Händen hielt. In einem historischen Abriß der Geschichte der BRD kam sie zu einem aus nationaler Perspektive vernichtenden Urteil über die Adenauersche Politik der Westintegration. Bezogen auf Stalins Angebot von 1952 eines neutralen, freiheitlichen und bewaffneten Gesamtdeutschlands führte sie vor dem Bundestag am 12. 9. 1984 aus:

*„Wollte man die Einheit Deutschlands wirklich erhalten, damals bestand die Chance, sie wenigstens auf dem Verhandlungswege auszuloten. Daß es dazu damals nicht gekommen ist, ist weder dem Druck der Sowjetunion noch dem Druck der Westmächte allein, noch dem diplomatischen Dilettantismus Ihres (Kohls, d. Verf.) ‚Großvaters‘ zu verdanken gewesen, sondern es war die erklärte politische Absicht eines Teils der CDU, die Absicht Adenauers. Es gehört zu den politischen Meisterstücken der Adenauerschen Ära, dieses Faktum der bewußten, gezielten, geplanten Aufgabe der Einheit Deutschlands durch einseitige Westintegration immer noch zu verbinden mit den Forderungen in der Präambel des Grundgesetzes und dem darin enthaltenen Wiedervereinigungsgebot.“*

Frau Vollmer spricht für eine betrogene Generation: *„Ich kann es ganz persönlich sagen, daß meine Generation und ich lange gebraucht haben, um diese Lüge, von der Wiedervereinigung Deutschlands zu reden und die endgültige Spaltung zu wollen und zu zementieren, zu entlarven.“* Nach solchen Erkenntnissen war man auf die politischen Schlußfolgerungen gespannt. Hier lag die Chance der Grünen, mit dem Mehrheitswillen der Bevölkerung im Rücken Deutschlandpolitik zu machen. Doch es kam anders. Nach der Abrechnung mit einer im Hinblick auf die nationale Einheit falsch erkannten Politik der Westintegration kam das Fazit der „Realpolitikerin“, die anerkennt, daß die „Existenz zweier deutscher Staaten und zweier Gesellschaftssysteme auf deutschem Boden das Ergebnis der 40 Jahre währenden Deutschlandpolitik unter Ihrer (CDU, d. Verf.) Verantwortung“ ist, und dann feststellt: „Wir tragen diese Konsequenzen, und wir tragen sie durchaus mit Wut und auch mit Trauer.“ Status quo über alles! – wenn auch mit Betroffenheit. Und so ist es nur natürlich, wenn Frau Vollmer hinzufügt, daß dies alles nun mehr kein Thema sei und sie es für falsch halte, „es wieder für selbstverständlich zu erklären, über die Frage der nationalen Einheit Deutschlands (überhaupt) nachzudenken“.

## IV. Die SED und die Nation

Wenn man heute konstatieren muß, daß sich die Deutschlandpolitik der Linken und Grünen oft mit den Positionen der SED deckt, so trifft dies in einigem nicht den Kern. Zweifellos ist auch die SED nicht an einer Veränderung des Status quo interessiert; dennoch ist gerade in der DDR das Verhältnis zur eigenen Nation und ihrer Geschichte ein ganz anderes.

Bei keinem prominenten Grünen wäre jene positive Einstellung zu Luther, Friedrich dem Großen, zu Preußen und neuerdings zu Otto dem Großen und vor allem zum Reichsgründer Otto von Bismarck denkbar. Und eine Bewertung der deutschen Geschichte, wie sie der DDR-Historiker und Bismarck-Biograph Ernst Engelberg vornimmt, käme einem Linken in der BRD nicht über die Lippen: *„Wenn wir die Verbindung mit dem Volk nicht verlieren wollen, wenn wir unserer Jugend Antworten geben wollen, die schließlich keine Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und an den schrecklichen Verbrechen Hitlers trägt, dann müssen wir die wichtigsten Ereignisse allseitig beleuchten und die Persönlichkeiten aus unserer Geschichte vollständiger darstellen. Die Deutschen können nicht ewig als Büßer herumlaufen. Sie haben ein Bedürfnis an seelischem Gleichgewicht und auch an hellen Farben aus der Geschichte ihrer Nation.“*

Und außerdem bewahrt sich die SED bis heute die revolutionäre Variante eines kommunistischen Gesamtdeutschlands, wenn nämlich der Sozialismus einst an die Türen der BRD klopft. Wenn daher die Grünen deutschlandpolitisch in erster Linie auf der Anerkennung der „polnischen Westgrenze“ beharren, wird deutlich, daß sie sich mit dem Horror vor Deutschland, deutscher Geschichte und deutscher Politik weniger mit der SED, sondern vielmehr mit der offiziellen polnischen Position auf einen Nenner bringen lassen, die von ähnlichen antideutschen Vorurteilen geprägt ist.

## V. Keine nationale Politik von links

Die Linke hat eine Chance verpaßt, Vorreiter in Sachen Nation zu werden. Linke Nationalallergetiker haben dem linken Patriotismus aus Angst, vom bürgerlichen Lager als „Nationalisten“ bezeichnet zu werden, eine Absage erteilt. Die politische Verweigerung gegenüber der eigenen Nation erfolgte nicht aufgrund besserer Argumente, sie erfolgte trotz der auf der Linken formulierten Einsicht, daß Friedensfrage und deutsche Frage zwei Seiten einer Medaille sind, sie erfolgte aus dem gebrochenen Verhältnis zum eigenen Vaterland, zum eigenen Volk, das man – aller basisdemokratischen Schwüre zum Trotz – doch am liebsten unter fremder Aufsicht sieht. So erweist sich auch die Linke als sittsames Produkt der Reeducation; die Linken als Theoretiker ohne nationales Rückgrat. Die Ausnahmen bestätigen dabei die Regel insofern besonders, als auch weiterhin von linken kontruktiven deutschlandpolitischen Anstößen zur Überwindung der Spaltung Anregungen für sämtliche Lager ausgehen werden und jenen Vertretern eines linken Patriotismus auch in Zukunft mehr Beachtung geschenkt werden wird, als jenen, die stets nur die alte Leier des Status quo zu spielen vermögen. Wer indes das nationalpolitische Vakuum in der BRD schließen wird, bleibt zur Zeit noch offen.

**Adam S. Fürst**

FASCHISTEN

# Das Europa der Waffen-SS

**Auch die Rechten funken auf der Europa-Welle. Mit Affekten gegen die Supermächte werben sie für die eigene Identität der europäischen Völker — die angeblich schon von der SS verteidigt wurde.**

Die Parolen „Ausländer raus!" und „Vereintes Europa!" wollen auf den ersten Blick nicht zusammenpassen. Und doch: eine europäische Internationale der Rassisten und Nationalisten sieht hier keinen Widerspruch. Die gemeinsame Fraktion der Euro-Rechten im Europäischen Parlament ist dafür ein Beispiel: einträchtig bekämpfen der Front National des Franzosen Le Pen, der Mussolinitreue italienische MSI (Movimento Sociale Italiano) und die griechische Eren-Partei die angebliche „Überfremdung" Europas.

Im letzten Jahr gründeten die drei mit der spanischen Fuerza Nueva den „Mouvement de la Jeunesse d'Europe", eine europäische Sammlungsbewegung für rechtsradikale Jugendliche. Das Ziel ist ein „Europa der Vaterländer", „frei und unabhängig von außereuropäischen Mächten". Mit einer „europäischen Charta" wollen sie 1989 in die Wahlen zum Straßburger Parlament gehen. Ihr „Manifest der Jugend", dem sich auch bereits die „Jungen Nationaldemokraten" der NPD angeschlossen haben, fordert die Abschaffung des „Jalta-Systems" und die „kulturelle Wiedergeburt Europas".

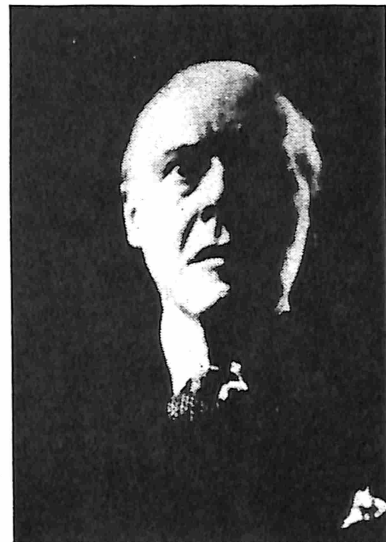
Um „Wiedergeburt aus dem eigenen unvergänglichen Erbe" geht es auch der intellektuellen „Neuen Rechten", die inzwischen in fast allen Staaten der EG Ableger hat. Auf regelmäßigen „Europäischen Kolloquien" und in Zeitschriften wie *Elements* (Frankreich), *elementi* (Italien), *elemente* aus dem Kasseler „Thule-Seminar", *The Scorpion* (England), *Vouloir* (Belgien), *Futuro Presente* (Portugal) oder *Razón Español* (Spanien) werden Ideen und Artikel der führenden Theoretiker europaweit ausgetauscht. Die selbsternannte geistige Elite des Kontinents will die angeblich „eigene Identität der Indoeuropäer" kultivieren, womit heute vorsichtig der altbekannte Ariermythos umschrieben wird. Auf seiner Basis soll die ökonomische Supermacht Europa entstehen, die die USA und die UdSSR auf die Plätze verweist.

## „Wiedergeburt aus Unvergänglichem"

Die Europa-Orientierung des Faschismus ist — wie alles, was die „Neue Rechte" heute präsentiert — ein alter Hut. Bereits 1934 erklärte Mussolini, das Schicksal Europas werde ohne ein Minimum an politischer Einheit und wirtschaftlicher Zusammenarbeit von den USA und der Sowjetunion besiegelt. 1943 präsentierte das „Manifest von Verona" eine europäische Charta, die die politische Gemeinschaft der faschistischen und neutralen Staaten gegen die „außereuropäischen" Weltkriegsgegner vorsah.

In der heutigen Euro-Rechten beruft man sich gern auf die kriegerische Tradition der Waffen-SS. In dieser ersten „europäischen Armee", so heißt es in neurechten Postillen, hätte eine halbe Million Nichtdeutscher gegen „Bolschewismus" und „Liberalismus" als die „Zerstörer Europas" gekämpft. Ziel sei die „Verteidigung" und der Erhalt Deutschlands „als der geschichtsmächtigen zentraleuropäischen Ordnungsmacht" gewesen, die „als organisierendes Schwergewicht einem europäischen System die Voraussetzung der Balance" schaffe.

Hieraus leitet die Euro-Rechte die Notwendigkeit der Einheit Deutschlands ab, denn: „Ohne Deutschland geht es nicht", gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten. Bedingung für die deutsche Rolle eines Primus inter pares in der faschistischen europäischen Gemeinschaft gleichberechtigter Völker war die Abwendung vom Herrenmenschentum in der Waffen-SS und in Hitler-oppositionellen Teilen des Nationalsozialismus. Arier waren nicht mehr nur die Deutschen, sondern alle „Indoeuropäer".



*Houston Stewart Chamberlain (1855—1927). Foto: Ullstein*

Statt der Himmlerschen Idee, die West- und Nordeuropäer in Reichsgauen deutsch zu beherrschen, entwickelte sich in der Waffen-SS ein gleichberechtigter Nationalismus auf Gegenseitigkeit. Und zwar unter einem gemeinsamen machtpolitischen Ziel: das „Europa der Vaterländer" gegen den Rest der Welt. Hierfür hat die „Neue Rechte" den Begriff „Ethnopluralismus" geprägt. Seine politische Konsequenz ist die völkische Apartheid.

## „Ethnopluralismus" als Mimikry

Aus der Tradition der Waffen-SS entstand 1951 die wichtigste neofaschistische Zeitschrift in der Bundesrepublik, die *Nation Europa* des ehemaligen SS-Hauptsturmführers Arthur Erhardt.

Durch seine Schule gingen zahlreiche Ideologen der „Neuen Rechten". Einer von ihnen ist Henning Eichberg, der das Konzept der „eigenen nationalen Identität" im Rahmen eines „Europa der Vaterländer und der Regionen" gegen die angebliche „Überfremdung durch die Wodka-Cola-Kultur", der



*„Vereintes Europa!" und „Ausländer raus!" gehen gut zusammen: Gemeinsame Kundgebung von Le-Pen-Anhängern und italienischen Neofaschisten in Paris am 1. Mai 1988. Foto: dpa*

Weltkriegssieger maßgeblich mitentwickelte. Das Autorenspektrum von *Nation Europa* umfaßt heute die Theoretiker der französischen Nouvelle Droite ebenso wie Funktionäre der NPD, der Republikaner, der Vertriebenenverbände oder auch den Konservativen Klaus Gerd Kaltenbrunner. 1988 kam als Ergänzung das neurechte Nachrichtenmagazin *Europa vorn* auf den Markt. Es steht eher dem Republikaner-Chef und Waffen-SS-Mann Franz Schönhuber nahe, der in der Rolle eines moderaten deutschen Le Pen versucht, bei Wahlen die Prozente-Ernte neurechter Ideologie einzufahren.

Die moderne Erneuerung des Faschismus und die endgültige Abwendung von dem Versuch der Hitler-Linie, die Europäer zu Vasallen Germaniens zu machen, ist das Werk der französischen Nouvelle Droite um Alain de Benois. Sie bekennt sich vor allem zur Weimarer „Konservativen Revolution" und Theoretikern wie Julius Evola oder Drieu la Rochelle. Aber sie interpretiert auch die Ideen Houston Stewart Chamberlains und Alfred Rosenbergs vom „Kampf des germanischen gegen den ungermanischen Geist" und dem „Ringen der Werte" für die größere europäische Ebene neu.

Der Zweite Weltkrieg sei *für Europa* verlorengegangen, nicht nur für Deutschland, so ihr Credo; denn



***Urväter der Eurofaschisten: Benito Mussolini ...***

die Europäer hätten gegeneinander statt gemeinsam gegen die „europafremden" Mächte gekämpft.

Die handfesten politischen Ziele, die sich hinter dem Gerede von der eigenen nationalen Identität verbergen: Demokratie, Menschenrechte und bürgerliche wie sozialistische Gleichheitsforderungen werden zu „uneuropäischen" Ideen erklärt, sie seien Teil der „Überfremdung durch die Wodka-Cola-Kultur". „Eigen" sei uns dagegen eine letztlich aus dem Kelten- und Germanentum abgeleitete Eliteherrschaft in einem antidemokratischen, organisch-hierarchisch gegliederten Staat, der im „Recht auf Ungleichheit der Menschen" gegründet sei. „Ausländer raus" meint so „Demokratie raus".



***... und der SS-Ideologe Alfred Rosenberg.*** ***Fotos: Ullstein***

Die Nouvelle Droite ist heute mehr als nur ein breit akzeptierter Bündnispartner in der Opposition gegen Mitterrand. Sie hat Europas Konservativen eine neue ideologische Basis und eine Vision gegeben, ungeachtet ihrer bisweilen antikapitalistischen Sozialdemagogie.

Ihr Kopf Alain de Benois ist Mitglied der Académie Française. Sein Mitstreiter Yvan Blot wurde von Chirac zum Regierungsbeauftragten für die deutsch-französische Zusammenarbeit ernannt. Blots Denkfabrik „Club de l'Horloge" veröffentlichte 1977 eine Studie, die sogleich in der führenden konservativen Zeitschrift der Bundesrepublik, *Criticón*, verbreitet wurde, dem Hausblatt des langjährigen Chefs der Siemens-Stiftung und Promoters der Nouvelle Droite im deutschsprachigen Raum, Armin Mohler. Die Studie entwickelt ein „soziales Modell Europa", das beansprucht, aus den Mythologien der indogermanischen Völker abgeleitet zu sein. Es mündet in die innenpolitischen Forderungen nach Verstärkung der staatlichen Autorität und der „präzisen Zuweisung von Aufgaben an die Wirtschaft" und in die außenpolitischen nach Wiederherstellung einer europäischen militärischen Elite auf der Basis der deutsch-französischen Achse und der „klaren Bezeichnung des sowjetischen Feindes im Sinne der Freund-Feind-Scheidung von Carl Schmitt". Die europäische Neuordnung in der Tradition der Waffen-SS ist hier vorgezeichnet.

**PETER KRATZ**

<u>Ein Spinnennetz</u>

Alphabetische Übersicht über die in Kapitel 3.4 behandelten Personen

---

<u>Collegium Humanum:</u> Haverbeck, Hunke, Josewski, Mynarek; Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft, NF/FAP

<u>Den Frieden retten - Deutschland vereinen!:</u> Bednarski, Josewski, Kaltenbrunner, Schenke, Schweisfurth, Venohr, M. Vogt

<u>Denkschrift:</u> Ammon, Becker, Benz, Beuys, P. Brandt, Emmrich, Fichter, Hesse, Kreus, Lapp, Mechtersheimer, Mynarek, A. Runze, O. Runze, Schenke, Schirmbeck, Schweisfurth, Seufert, Sperber, Stolz, Stüttgen, Venohr; "wir selbst"

<u>Deutsche Burschenschaft:</u> Eichberg, Schweisfurth, M. Vogt; Bund Heimattreuer Jugend, "Danubia", RFS

<u>Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft/"Öko-Religion":</u> Bahn, Bednarski, Benoist, Benz, Degen, Eichberg, Haverbeck, Hunke, Mynarek; Bund Heimattreuer Jugend

<u>GDS:</u> Bahn, Boßdorf, P. Krebs, Olivier, Schweisfurth, Witt; "Danubia", NF/FAP, Thule-Seminar

<u>Initiative für eine andere Grüne Deutschlandpolitik:</u> Quistorp, Stolz, Stratmann, R. Vogt

<u>Initiativkreis Friedensvertrag:</u> Ammon, Josewski, Reetz, Schenke, Sperber, Stolz, R. Vogt

<u>Koordination Friedensvertrag:</u> Ammon, P. Brandt, Kraus, Reetz, Sperber, Stolz, R. Vogt; "wir selbst"

<u>LDD:</u> Ackermann, Ammon, Bahn, Becker, Emmrich, Hesse, A. Krebs, Kraus, Lapp, Mynarek, Reetz, Schenke, Schirmbeck, Schweisfurth, Seufert, Stolz, Venohr

<u>Memorandum-Gruppe:</u> Ammon, P. Brandt, Becker, Degen, Mechtersheimer, Schmidt-Eenboom, Schweisfurth, Stolz, Stüttgen

<u>Norddeutsches Forum:</u> Benoist, Schlee, Schweisfurth, Seiffert, M. Vogt, B. Willms; Bund Heimattreuer Jugend, "Danubia", GDS

<u>NPD/Junge Nationaldemokraten/Nationademokratischer Hochschulbund (NHB):</u> Ackermann, Bahn, Bublies, Eichberg, Höffkes, Kraus, Sauermann, Schenke; Mechtersheimers "Mediatus"

<u>NRKA/PO/"Helios"-Verlag:</u> Ackermann, Bahn, Bauer, Emmrich, A. Krebs, Kraus, Stüttgen, Sauermann; NF/FAP

<u>"Offener Brief"-Gruppe:</u> A. Runze, Schenke, Seiffert, Venohr, M. Vogt

<u>REPs/Deutschlandrat/Junge Republikaner/RHV/"Junge Freiheit"/MLK Schwarz-Rot-Gold:</u> Bahn, Bauer, Bednarksi, Beuys, Boßdorf, Bublies, Diwald, Emmrich, Kaltenbrunner, Kraus, Mohler, Schlee, Schönhuber, Alex. v. Schrenck-Notzing, C. v. Schrenck-Notzing, Seiffert, B. Willms, Witt; "Danubia", GDS, RFS, NRKA/PO, "wir selbst"

<u>Thule-Seminar:</u> Benoist, Höffkes, Hunke, P. Krebs, Mohler, Olivier; GDS, NF/FAP

<u>"Verleumdung und Diskussionsverbote"-Gruppe:</u> Hoss, Lippelt, Mechtersheimer, Quistorp, Stolz, Stratmann, Schirmbeck, R. Vogt

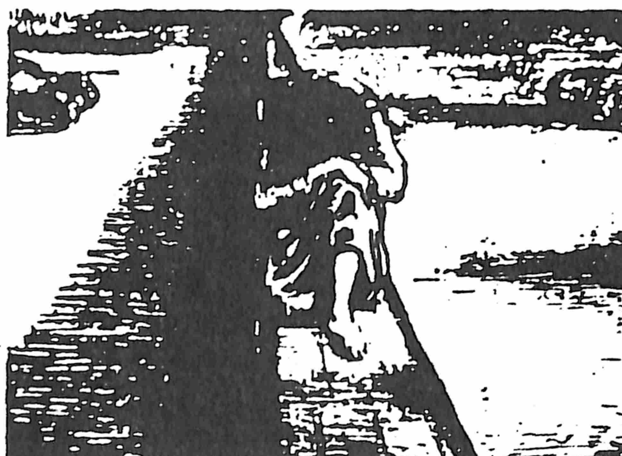
<u>"wir selbst":</u> Ackermann, Ammon, Bahn, Bauer, Benoist, Beuys, Bublies, Diwald, Eichberg, Emmrich, Höffkes, Kraus, Mechtersheimer, Schmidt-Eenboom, Schönhuber, Schweisfurth, C. v. Schrenck-Notzing, Seiffert, Stolz, Stüttgen, Venohr, B. Willms; Mechtersheimers "Mediatus"

*Dokument 5: LDD-Flugblatt gegen die Sieger über den Faschismus, vgl. 3.4.2.4*

<u>**40 Jahre nach dem Krieg:**</u>

# Soll Deutschland besetzt bleiben - für den nächsten Krieg ?

**Fremde Soldaten:**



Lithographie A. Paul Weber →

Der Grafiker A. Paul Weber gehörte zum "Widerstands"-Kreis Niekischs, arbeitete in den 30er Jahren für NSDAP-Zeitschriften und war bis zu Niekischs Tod einer seiner engsten Vertrauten.

## Ihr sagt, ihr seid als Befreier gekommen. Aber geblieben seid ihr als Besatzer.

## GEHT HEIM ALS FREUNDE !

**VERANSTALTUNG**
**wann?** **wo ?**

**LINKE DEUTSCHLAND - DISKUSSION ( LDD )**

# 7. Personenregister